

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

F 57291  
33

# Rathaus - Korrespondenz

Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Ne

Jr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

elm Adametz



F 57291  
Juli  
1951

2. Juli 1951

Blatt 1195

## Amtseinführung des Bezirksvorstehers in der Inneren Stadt

2. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde der neue Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Dr. Otto Friesinger, von Stadtrat Afritsch offiziell in sein Amt eingeführt. Bei diesem Akt waren auch Stadtrat Dr. Robetschek und andere Funktionäre der Gemeindeverwaltung anwesend. Nachdem der Bezirksamtsleiter und die Beamten dem neuen Bezirksvorsteher vorgestellt waren, würdigte Stadtrat Afritsch Sinn und Zweck der Bezirksvorsteher. Es handle sich dabei um eine demokratische Institution, die die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung eines Bezirkes und des Magistrates sehr erleichtert. Es wäre fortschrittlich und wünschenswert, wenn diese bisher nur in Wien bestehende Einrichtung auch in die Bundesländer Eingang finden würde. Stadtrat Afritsch dankte mit besonders herzlichen Worten dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter Zehetbauer für seine erfolgreiche Tätigkeit während der Zeit des Interegnums seit dem Ableben des früheren Bezirksvorstehers Eichberger.

## Autobus-Taglinie 9

2. Juli (Rath.Korr.) Ab Mittwoch, den 4. Juli, an werden die Autobusse der Taglinie 9 nach Beendigung der Straßenbauarbeiten am Burgring nicht mehr über Parlamentsring - Dr. Karl Lueger-Ring - Burgtheater - Löwelstraße - Ballhausplatz - Schauflergasse zum Michaelerplatz, sondern wieder in beiden Fahrtrichtungen auf der normalen Route über Burgring - Äußeres Burgtor - Heldenplatz zum Michaelerplatz geführt.

Ab Montag, den 9. Juli, fahren die Wagen der Autobus-Taglinie 9 wegen Bauarbeiten in der Brandstätte ab Kohlmarkt über Graben zum Stephansplatz.

ene  
eine  
Vost  
ten,  
Tand  
liche  
auf  
Kulose  
Tuberr

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838



Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

2. Juli 1951

Blatt 1195

## Amtseinführung des Bezirksvorstehers in der Inneren Stadt

2. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde der neue Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Dr. Otto Friesinger, von Stadtrat Afritsch offiziell in sein Amt eingeführt. Bei diesem Akt waren auch Stadtrat Dr. Robetschek und andere Funktionäre der Gemeindeverwaltung anwesend. Nachdem der Bezirksamtsleiter und die Beamten dem neuen Bezirksvorsteher vorgestellt waren, würdigte Stadtrat Afritsch Sinn und Zweck der Bezirksvorsteher. Es handle sich dabei um eine demokratische Institution, die die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung eines Bezirkes und des Magistrates sehr erleichtert. Es wäre fortschrittlich und wünschenswert, wenn diese bisher nur in Wien bestehende Einrichtung auch in die Bundesländer Eingang finden würde. Stadtrat Afritsch dankte mit besonders herzlichen Worten dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter Zehetbauer für seine erfolgreiche Tätigkeit während der Zeit des Interregnums seit dem Ableben des früheren Bezirksvorstehers Eichberger.

## Autobus-Taglinie 9

2. Juli (Rath.Korr.) Ab Mittwoch, den 4. Juli, an werden die Autobusse der Taglinie 9 nach Beendigung der Straßenbauarbeiten am Burgring nicht mehr über Parlamentsring - Dr. Karl Lueger-Ring - Burgtheater - Löwelstraße - Ballhausplatz - Schauflergasse zum Michaelerplatz, sondern wieder in beiden Fahrtrichtungen auf der normalen Route über Burgring - Äußeres Burgtor - Heldenplatz zum Michaelerplatz geführt.

Ab Montag, den 9. Juli, fahren die Wagen der Autobus-Taglinie 9 wegen Bauarbeiten in der Brandstätte ab Kohlmarkt über Graben zum Stephansplatz.

Umleitung auf dem Margaretengürtel  
=====

2. Juli (Rath.Korr.) Wegen der Bauarbeiten an der Straßenunterführung Matzleinsdorfer Platz wird ab Mittwoch, den 4. Juli, 7 Uhr früh, der Fahrzeugverkehr auf dem Margaretengürtel in beiden Richtungen zwischen Kohlgasse und Hollgasse gesperrt.

Der Einbiegeverkehr von der Triester Straße nach Margaretengürtel Richtung Südtiroler Platz bleibt bis auf weiteres offen.

Die Umleitung erfolgt über die Kohlgasse - Grünwaldgasse - Wiedner Hauptstraße - Hollgasse zum Gürtel, bzw. umgekehrt.

Einem Volksbarden zum Gedenken  
=====

2. Juli (Rath.Korr.) Auf den 7. Juli fällt der 100. Geburtstag des Wiener Volksschriftstellers, Komponisten und Volksängers Carl Lorens, dessen zahllose, zumeist von ihm selbst in Musik gesetzte Lieder im Volkston, Couplets, Duo-Szenen, Gesangsmärsche etc. sehr populär waren und von denen nicht wenige bis heute lebendig geblieben sind. Als Kind armer Leute in Erdberg geboren, erlernte er das Anstreicherhandwerk, betätigte sich aber seit 1868 als Stegreifdichter und Gesangskomiker, dessen Produktion sich wachsender Beliebtheit erfreute. Sein Schaffen umfaßt etwa 2000 gedruckte und mehr als 1000 ungedruckte Arbeiten. Auch viele Lokalposen stammen von ihm, von denen das Singspiel "Wiens flotter Geist" sogar in Budapest aufgeführt wurde. Zu seinen besten Liedern gehören "Hahn's a Idee", "Schiab i denn net eh an", "A so a Räuscherl", "Allweil lustig, fesch und munter". Er verfaßte ferner die Texte so bekannter Lieder wie "I bin z'schwach auf der Brust", "Grüaß enk Gott alle miteinander", "S' Herz von an echten Weaner", "Mir san halt Landsleut, linzerische Buama". Lorens, der vielfach sein eigener Interpret war und auf mehreren Gastspielreisen zur Verbreitung des Wienerlieds außerhalb der Heimat beitrug, starb am 12. Dezember 1909 und wurde auf dem Meidlinger Friedhof in einem Ehrengrab der Stadt Wien bestattet. Ein Gemeindebau im 12. Bezirk trägt seinen Namen und erinnert an das Wirken des volkstümlichen Künstlers.

## Rinderhauptmarkt vom 2. Juli

=====

2. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Ochse, 12 Stiere, 31 Kühe, Summe 44. Neuzufuhren aus dem Inland: 77 Ochsen, 101 Stiere, 295 Kühe, 31 Kalbinnen, Summe 504. Aus Dänemark: 4 Ochsen, 4 Stiere, 12 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 24. Gesamtauftrieb: 82 Ochsen, 117 Stiere, 338 Kühe, 35 Kalbinnen, Summe 572. Davon wurden verkauft: 81 Ochsen, 117 Stiere, 329 Kühe, 34 Kalbinnen, Summe 561. Unverkaufte dänische Rinder: 1 Ochse, 9 Kühe, 1 Kalbin, Summe 11.

Preise für inländische Rinder: Ochsen 7.80 S, Stiere 8.50 S, Kühe 6.80 S, Kalbinnen 7.30 S, Beinlvieh 6.- bis 6.80 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr erhöhten sich die zu obigen Preisen gewährten Zuschläge der Vorwoche bei Stieren um 80 Groschen, bei den anderen Gattungen um 50 Groschen. Von den auf den Markt gebrachten 24 dänischen Rindern blieben 11 unverkäuflich.

## Von der Straßenbahn niedergestoßen

=====

2. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag ereignete sich ein schwerer Straßenbahnunfall am Margaretengürtel. Der 32jährige Karl Josef Koppensteiner, 3., Wassergasse, und die 42jährige Rosa Klessel, 10., Favoritenstraße, überschritten Arm in Arm so unvorsichtig den Bahnkörper der Straßenbahn, daß sie von einem Triebwagen der Linie 62 erfaßt und niedergestoßen wurden. Der Mann flog zur Seite, während die Frau von dem ausgelösten Fangkorb aufgeschaufelt wurde. Sie konnte erst von der Feuerwehr aus ihrer Lage befreit werden. Der Verunglückte erlitt eine Gehirnerschütterung, Bruch des linken Oberschenkels und Hautabschürfungen. Bei der Frau wurde gleichfalls eine Gehirnerschütterung und Hautabschürfungen festgestellt. Außerdem besteht der Verdacht auf Schädelbasisbruch. Beide wurden vom Rettungsdienst in das Franz Josef-Spital gebracht.

Durch den Unfall wurde eine Störung von ungefähr 15 Minuten verursacht.

Der neue Treffpunkt der Wiener: Das Gänsehäufel  
=====

2. Juli (Rath.Korr.) Die Temperaturen des gestrigen Sonntags reichten auch diesmal für einen richtigen Badebetrieb nicht aus. Daher hatten die Sommerbäder nur schwache Besucherzahlen aufzuweisen. Im Kongreßbad, im Ottakringer Bad und selbst im Strandbad Klosterneuburg blieb der Besuch unter dem zu dieser Jahreszeit gewohnten Durchschnitt.

Eine Ausnahme bildete lediglich die neu errichtete Badeanlage auf dem Gänsehäufel. Die seit dem Saisonbeginn anhaltend steigenden Besucherzahlen sprechen für den großen Zuspruch, den sich dieses moderne Bad mit seinem Wellenbassin und den übrigen erstklassigen Einrichtungen erfreut. Von den rund 30.000 Badegästen in den städtischen Sommerbädern entfielen am gestrigen Sonntag mehr als 50 Prozent auf das Gänsehäufelbad. Mit Beginn der Schulferien setzte auch heuer eine lebhafte Nachfrage nach den Dauerkabinen ein. Wie die Bäderdirektion mitteilt, steht noch eine kleine Anzahl der restlichen Dauerkabinen aller Typen den Interessenten zur Verfügung.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

3. Juli 1951

Blatt 1198a

## Die Verkaufszeiten im Kleinhandel

=====

3. Juli (Rath.Korr.) Eine kleine Wissenschaft sind für den Konsumenten die Verkaufszeiten im Kleinhandel in Wien. Es gibt verschiedene Verordnungen, die die Verkaufszeiten regeln, und sogar in den Bezirken sind die Zeiten, in denen die Geschäfte geschlossen halten, verschieden.

Das "Amtsblatt der Stadt Wien" hat sich nun der Mühe unterzogen, die Verkaufszeiten im Kleinhandel übersichtlich geordnet zusammenzustellen. Auch die verschiedenen Sondervorschriften für Süßwarengeschäfte, Eissalons, für den Prater, für das Ausflugsgebiet usw. sind in der Übersicht enthalten.

Das Amtsblatt Nr. 53 von Mittwoch, den 4. Juli, ist um 80 Groschen im Drucksortenverlag im Rathaus erhältlich.

## Freie Ärztstellen

=====

3. Juli (Rath.Korr.) In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind vom Anstaltenamt der Stadt Wien wieder einige freie Ärztstellen ausgeschrieben. Im Krankenhaus der Stadt Wien Lainz soll die Stelle eines Assistenten an der Augenabteilung neu besetzt werden. Im Krankenhaus der Stadt Wien Mödling ist die Stelle eines Assistenten im Röntgeninstitut frei. Im Krankenhaus der Stadt Wien Floridsdorf sind zwei Assistentenstellen ausgeschrieben, und zwar an der chirurgischen und an der internen Abteilung.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Dokumenten bis 15. August bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, Wien I., Gonzagagasse 23, einzubringen. Nähere Auskünfte erteilt die Magistratsabteilung 17.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

3. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 8. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Ilsenheim" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 5. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Pferdemarkt vom 29. Juni  
=====

3. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 1 Gebrauchspferd und 12 Schlächterpferde, Summe 13. Bezahlt wurden für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 8.



Im Großen Festsaal des Rathauses:

Eröffnung der Tagung für soziale Sicherheit  
=====

3. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde im festlich geschmückten Festsaal des Rathauses die 10. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit eröffnet. Unter den Ehrengästen der Tagung, an der eine große Anzahl von Delegierten aus aller Welt teilnehmen, waren von österreichischer Seite in Vertretung der Bundesregierung Bundesminister Maisel, Bürgermeister Jonas, die Mitglieder des Wiener Stadtsenates und zahlreiche Vertreter verschiedener in- und ausländischer Institutionen erschienen.

Punkt 10.15 Uhr betrat unter den Klängen der österreichischen Hymne Bundespräsident Dr.h.c. Körner, begleitet von Minister Maisel, Bürgermeister Jonas und dem Präsidenten der Vereinigung für soziale Sicherheit Morelli, den Saal. Seit der Präsidentenwahl war dies der erste offizielle Besuch des Staatsoberhauptes im Rathaus. Die Versammlung bereitete Dr. Körner als er nach einer Begrüßungsansprache von Präsident Böhm willkommen geheißen wurde, lang anhaltende Ovationen.

Bundespräsident Dr. Körner gab in seiner Rede der Freude Ausdruck, daß es gerade die Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit ist, die er in seiner Eigenschaft als neugewählter Bundespräsident der Republik begrüßen darf. "Ich wüßte mir keinen Aufgabenkreis, der meiner Auffassung von den Pflichten der modernen Gesellschaft, aber auch meinem menschlichen Empfinden näher stünde, als die Sorge um die soziale Sicherheit. Gilt doch diese Sorge allen jenen, deren wirtschaftliche Lage eine Hilfeleistung für die Gesamtheit notwendig macht, und zwar nicht etwa als Almosen, sondern als ihr gutes Recht. Die Stadt Wien ist stolz darauf, schon vor Jahrzehnten auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine führende Rolle gespielt zu haben. Als nach dem Ende des ersten Weltkrieges das klein gewordene Österreich, und namentlich seine Hauptstadt ganz auf sich selbst gestellt, den Kampf gegen Not und Armut aufnehmen mußte, da waren es Männer wie Hanusch, Tandler und Breitner die die Grundlagen zu einem neuen organisatorisch festgefügt System der sozialen Sicherheit pfleg-

ten."

Der Bundespräsident erinnerte an die Sozialversicherungsinstitute, an die ungeahnten Fortschritte der Volkshygiene, namentlich den Kampf gegen die Tuberkulose, an die vorbildliche Errichtung von tausenden gesunden Wohnungen voll Luft und Licht, an das dichte Netz der Fürsorger, deren Aufgabe es war, der Not auch dort zu steuern, wo sie sich verschämt in die dunkelsten Winkel verbarg. "Freilich mußten finanzielle Opfer gebracht werden", sagte der Bundespräsident, "aber heute weiß man, daß sie nicht vergeblich waren, denn die geschaffenen Einrichtungen haben Jahrzehnte überdauert und die Menschen glücklicher gemacht. Der soziale Fortschritt, dessen Wurzeln in Wahrheit nicht in der Politik, sondern im menschlichen Empfinden liegen, hatte in Wien eine Heimstätte gefunden."

Der Bundespräsident versicherte der Versammlung, daß Österreich an der Arbeit der Vereinigung für soziale Sicherheit genau so interessiert ist, wie vor 24 Jahren als einer der ersten Kongresse dieser Institution in Wien stattgefunden hat. Zum Abschluß gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Österreich, das mit seiner Freiheit auch das Recht zur internationalen Zusammenarbeit eingeübt hat, nun Vertreter von nicht weniger als 27 Staaten als Gäste begrüßen darf. "Die soziale Sicherheit ist die Voraussetzung und Grundlage des Friedens, sie ist die Vorbedingung zum stetigen Aufstieg der Menschheit", schloß Bundespräsident Körner unter tosendem Beifall seine Rede.

Bürgermeister Jonas begrüßte dann die Tagung im Namen der ganzen Stadtverwaltung. Er dankte dafür, daß die Veranstalter diesen Kongreß in Wien abhalten, in der Stadt die zuversichtlich und tatkräftig am Werke ist, sich nach ungemein schweren Heimsuchungen eines barbarischen und verdammenswerten Krieges wieder aufzurichten. "Man hat dieser Stadt", sagte Bürgermeister Jonas, "ehe auch sie das Opfer einer menschen- und völkerfeindlichen Gewaltherrschaft war, den ehrenvollen Titel einer Hauptstadt des sozialen Gewissens gegeben. Und sie führte diesen Ehrentitel nicht mit Unrecht, da ihre Verwaltung im Zeichen einer auf allen Gebieten des menschlichen Lebens verzweigten sozialen Fürsorge und unter dem Leitsatz stand, daß die Sorge um die Schwachen und Kranken, um die Kinder, Mütter und Greise im Mittelpunkt aller

Bestrebungen einer wirklich gesitteten Gemeinschaft bestehen kann. Der Gedanke der öffentlichen Fürsorge ist es, der unsere kommunalen Bestrebungen in eine nahe Verwandtschaft mit den Bestrebungen der internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit rückt."

Bürgermeister Jonas lud die Delegierten ein, die Fürsorge-  
maßnahmen und -einrichtungen der Wiener Gemeindeverwaltung zu  
besichtigen und kritisch zu prüfen. "Die soziale Sicherheit des  
einzelnen wie der Völker, ist zur Schicksalsfrage der ganzen Welt  
geworden", sagte abschließend Bürgermeister Jonas. "In dieser Er-  
kenntnis ist es uns Wienern eine Herzenssache ihren nach gleichen  
und verwandten Zielen gerichteten Kongreß zu begrüßen und seinen  
Beratungen unter lebhaftem Interesse vollen Erfolg zu wünschen".

Nach weiteren Begrüßungsansprachen der einzelnen Hauptdele-  
gierten wurde die feierliche Eröffnung mit der Festfanfare in D  
von Josef Hadraba beendet. Die Tagung wird am Samstag abgeschlos-  
sen.

#### Ein Ständchen für den Bürgermeister

=====

3. Juli (Rath.Korr.) Zweiunddreißig Buben und Mädels einer  
Abschlußklasse aus Tamsweg, die heute vormittag das Rathaus be-  
suchten, wurden auch von Bürgermeister Jonas empfangen. Die Schul-  
kinder brachten dem Bürgermeister zum Dank für die herzliche Auf-  
nahme ein Ständchen. Bürgermeister Jonas lud dann die kleinen  
Salzburger zur Besichtigung der Prunkräume des Rathauses ein und  
stellte ihnen einen Autobus für eine kleine Ausfahrt auf den Kah-  
lenberg zur Verfügung.

#### Schweinemarkt vom 3. Juli, Hauptmarkt

=====

3. Juli (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 3801 inländische  
Fleischschweine, verkauft wurde alles. Außermarktbezüge: 991 in-  
ländische Fleischschweine. Preise: inländische Fleischschweine  
prima Ware 12.30 S, mittlere Ware 12.- bis 12.30 S, mindere Ware  
11.- bis 12.- S. Bei äußerst regem Marktverkehr verteuerten sich  
inländische Fleischschweine prima Ware um 20 g, mittlere und min-  
dere Ware um 30 g je Kilogramm Lebendgewicht.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

4. Juli 1951

Blatt 1203

## Favoritner Bezirksausstellung bis 15. Juli =====

4. Juli (Rath.Korr.) Die von der Bezirksvorstehung Favoriten im Festsaale veranstaltete Ausstellung, die Landschaftsbilder aus Favoriten von Paul Passini und Bühnenbilder und Figurinen von Dr. Wolfram Skalicki zeigt, wird wegen des großen Erfolges noch bis 15. Juli geöffnet sein.

Ein Blick in das dort aufgelegte Besucherbuch zeigt, daß die Ausstellung, die von der Presse einhellig besonders gewürdigt wurde, auch von den Besuchern, darunter zahlreichen Nichtfavoritern und Ausländern, begeistert aufgenommen und als erste Kunstausstellung von Rang in einem proletarischen Bezirk gerade von dieser Bevölkerung richtig erfaßt wurde. Der Zweck der Ausstellung, echte Kunst ins Volk zu tragen und für die Schönheit der engeren Heimat die Augen zu öffnen, wurde somit erreicht.

Eine kleine Auslese von Urteilen der Besucher, zumeist einfachen Menschen, bezeugt den starken Eindruck und den großen Erfolg eines gelungenen Versuches.

"Die Bühnengewürfe Skalickis und die Bilder Passinis von Favoriten sind als absolut sehenswert zu bezeichnen."

"Die Ausstellung hat Kultur. Es ist erfreulich das Schaffen um Favoriten mitzuerleben."

"Als Favoritner ist es mir eine große Genugtuung auch in unserem Heimatbezirk eine Ausstellung zu besitzen, die beweist, daß auch in einem Arbeiterbezirk wahre Künstler zu treffen sind."

Aber auch der "Nichtfavoritner" wird durch die Bilder zum Besuche dieser Gegenden angeregt:

"Ich wollte mir von einem Maler eine fast unbekannte Gegend zeigen lassen und freue mich heute schon auf einen Frühlingsaus-

flug in den Eichenwald" (auf dem Laaerberg).

Viele fügen ihrem Dank gegenüber der Bezirksvorstehung neben dem Wunsche nach weiteren Ausstellungen noch die Bitte an, Bilder aus der Vergangenheit des Bezirkes zu sehen.

Beide Absichten verfolgte der Bezirk, die nunmehr nach dem Erfolg dieser Ausstellung verwirklicht werden können: wechselnde Sonderausstellungen und die Wiedererrichtung des durch den Krieg zerstörten Favoritner Heimatmuseums.

Die Ausstellung ist an Wochentagen täglich von 9 bis 18 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 13 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung (Eingang Gudrunstraße) frei zugänglich.

#### Olympischer Wettbewerb für Kunstwerke

=====

4. Juli (Rath.Korr.) Das Österreichische Olympische Comité hat die Berufsvereinigung der bildenden Künstler Österreichs Zentralverband (BVZ) mit der Durchführung von Wettbewerben für Bildhauerei, Malerei und Graphik beauftragt, die die Beschaffung von Kunstwerken, die sich mit Problemen des Sportes befassen, zum Ziele haben.

Die Wettbewerbsbedingungen sind im Büro der Berufsvereinigung der bildenden Künstler Österreichs, Wien 13., Schloß Schönbrunn, erhältlich.

#### Ein Naturschutzparadies vor den Toren Wiens

=====

4. Juli (Rath.Korr.) Ein Naturschutzparadies vor den Toren Wiens, das sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, ist der Lainzer Tiergarten. Bis 1945 war er auch ein Tierparadies, in dem sich Rot-, Schwarz-, Dam- und Muffelwild ohne Scheu vor den Menschen zeigte. Durch den Krieg wurde der Wildbestand jedoch fast völlig dezimiert, doch auch die schweren Ereignisse des Jahres 1945 konnten dem großen Garten nichts von seiner landschaftlichen Schönheit rauben.

Um den vielen Wienern, die zum Wochenende in den Lainzer Tiergarten pilgern und hier Erholung suchen, einen Führer durch

4. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1205

das weitläufige Gebiet mitzugeben, hat die Pressestelle der Stadt Wien einen Prospekt vom Lainzer Tiergarten herausgebracht, der einen genauen Lageplan enthält, der sowohl die Anschlüsse an die Straßen- und Stadtbahn verzeichnet, als auch die markierten Wege, die Lagerwiesen und die besonderen Blickpunkte des Tiergartens. In einer übersichtlichen Tabelle sind die Entfernungen von den einzelnen Toren zu den wichtigsten Ausflugszielen angegeben. Ferner enthält der Prospekt eine kurze historische Abhandlung über die Entstehung und die Schicksale des Lainzer Tiergartens sowie einige ausgesuchte Landschaftsaufnahmen, die diesen kleinen Führer durch den Lainzer Tiergarten auch zu einem netten Andenken machen.

Der Prospekt wird bei allen Toren des Lainzer Tiergartens um 1.20 S verkauft.

Wiener Spitäler -  
 schwere finanzielle Belastung für die Gemeindeverwaltung  
 =====

Jeder Wiener jährlich 2 1/2 Tage im Spital

4. Juli (Rath.Korr.) Einem von Dr. Josef Leodolter verfaßten Aufsatz "Brief an einen Freund in einem Wiener Spital", der in der Nummer 48 des "Amtsblatt der Stadt Wien" erschienen ist, entnehmen wir folgende interessante Einzelheiten:

13.000 Betten in 23 Gemeindespitalern

Die Gemeinde Wien verwaltet derzeit 23 Spitäler, davon sind 13 allgemeine Spitäler, 5 Kinderspitäler, 2 Frauenkliniken, 3 Sonderheilanstalten für Lungen- und Nervenkrankheiten. Das kleinste der Gemeindespitäler ist das Rochusspital in Penzing mit 100 Betten und das größte das Allgemeine Krankenhaus, das 3000 Betten hat. Insgesamt haben die Gemeindespitäler rund 13.000 Spitalsbetten. Wien hat daneben noch ungefähr 3500 Betten in Privatspitälern. Auf 100 Wiener kommt also rund 1 Spitalsbett.

Die Gemeinde Wien hat nicht immer die gleichen Spitäler verwaltet. Es hat in Wien vor 1938 Gemeindespitäler mit 2919 Betten gegeben; dann daneben die Fondskrankenanstalten, die erst im Jahre 1939 zur Gemeinde Wien gekommen sind, mit 6573 Betten, und ein paar private Spitäler, die ebenfalls 1939 zur Gemeinde Wien kamen. Die derzeit im Besitze der Gemeinde Wien befindlichen 13.000 Spitalsbetten verteilen sich wie folgt:

3200 für interne Medizin .....	oder 25 Prozent,
2500 für Chirurgie .....	oder 19 Prozent,
350 für Augenkrankheiten .....	oder 3 Prozent,
752 für Hautkrankheiten .....	oder 6 Prozent,
300 für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten .....	oder 2 Prozent,
1200 für Geburtshilfe und Gynäkologie .....	oder 9 1/2 Prozent,
1000 für Infektionskrankheiten .....	oder 8 Prozent,
1200 für Tbc-Kranke .....	oder 9 1/2 Prozent,
1300 für Kinder .....	oder 10 Prozent
der Rest für die übrigen Fachgebiete .....	oder 8 Prozent.

4,200.000 Verpflegstage im Jahre 1950

Wie sind nun diese Betten ausgenützt? Im Jahre 1950 sind in die Gemeindespitäler insgesamt rund 200.000 Patienten aufgenommen worden, die insgesamt etwa 4,200.000 Tage Spitalsaufenthalt, das

nennt man in der Fachsprache Verpflegtage, zusammengebracht haben. Somit ist durchschnittlich jeder achte Wiener einmal im Jahr etwa 21 Tage im Spital gelegen. Theoretisch kann man auch sagen, daß jeder Wiener fast  $2 \frac{1}{2}$  Tage jährlich im Spital zugebracht hat.

Diese 13.000 Spitalsbetten sind aber nicht immer zur Gänze ausgenützt, weil es sonst 4,745.000 Verpflegstage hätten sein müssen. Das nennt man die Kapazitätsausnützung, die im Jahre 1950 rund 87 Prozent betragen hat. Man sagt, daß Spitäler in der Regel im Durchschnitt zu 90 Prozent ausgenützt sind. Warum dies in Wien nicht der Fall ist, hat seine Ursache darin, daß die Verschiebungen im Spitalsbettengefüge, die während des Krieges erfolgen mußten, noch nicht wieder zur Gänze auf den heutigen Bedarf hin geändert werden konnten. Es besteht aber ein Plan für die notwendigen Änderungen, der auch schrittweise verwirklicht wird, weil jedes leere Spitalsbett volkswirtschaftlich eine Verschwendung bedeutet.

Die 13.000 Spitalsbetten werden von rund 9.000 Personen betreut, und zwar sind es 1.100 Ärzte, 4.300 Schwestern und medizinisch-technische Assistentinnen, 2.000 Professionisten, Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen, 1.600 Verwaltungspersonal und sonstiges Personal.

#### 24 Schilling pro Patient und Tag muß die Gemeinde draufzahlen

Mit der manchmal gehörten Auffassung, daß die Patienten mehr zahlen als sie kosten, ist es nichts. Im Gegenteil: Die Gemeinde Wien hat in ihrem Budget für 1951 für Spitäler tatsächliche Einnahmen von rund 134,500.000 Schilling und Ausgaben von rund 245 Millionen Schilling, also eine Differenz von rund 110,500.000 Schilling vorgesehen. Man sieht, daß bei insgesamt  $4 \frac{1}{2}$  Millionen Verpflegstagen, und so viel werden es 1951 sein, die tatsächlichen Einnahmen der Spitäler für einen Tag rund 30 Schilling, die Ausgaben jedoch 54 Schilling ausmachen. Man sieht also, daß die Gemeinde Wien pro Patient und Tag um 24 Schilling mehr ausgibt, als sie tatsächlich einnimmt, also aus der Gemeindegasse für den Betrieb der Spitäler pro Tag und Patient 24 Schilling zuschießt. Die Führung der Wiener Spitäler bringt somit für die Gemeinde Wien eine ungeheure finanzielle Belastung mit sich. Das Gesamtbudget der Gemeinde Wien für 1951 sieht rund zwei Milliarden Schilling Ausgaben vor. Das, was für den Betrieb der Spitäler aus der Gemein-



dekasse stammt, rund 110 Millionen Schilling, sind  $5\frac{1}{2}$  Prozent des Gesamtbudgets. Das war nicht immer so, vor dem Jahre 1938 hat die Gemeinde Wien bei den Spitalern 2,500.000 Schilling eingenommen und 5,800.000 Schilling ausgegeben, also 3,300.000 Schilling Abgang gehabt. Das Gemeindebudget hat damals rund 400,000.000 Schilling betragen, der Spitalsabgang also nur 0.8 Prozent des Budgets.

Das ist die Belastung der Spitäler allein, dabei ist hier in der Berechnung für 1951 nicht berücksichtigt, daß der Betrieb der Altersheime, der Herbergen für Obdachlose, der Heil- und Pflegeanstalten und des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes mit rund 60 Millionen Schilling aus der Gemeindekasse gestützt wird. In Summe schießt die Gemeinde Wien für den Betrieb der Spitäler und der hier bezeichneten Anstalten also rund 170 Millionen Schilling zu.

Der beliebteste Urlaubsort: Linnégasse  
=====

4. Juli (Rath.Korr.) Selbst die eingefleischten Floridsdorfer Lokalpatrioten hätten es sich nicht träumen lassen, daß gerade in ihrem Bezirk der Fremdenverkehr besonders aufblühen wird. Mit ihnen werden sich auch die meisten Wiener wundern, daß es seit kurzem einige tausend Wiener Familien vorziehen, ihren heurigen Urlaub in der Linnégasse zu verbringen. Die ungewöhnliche Anziehungskraft dieses Vorstadtgässerls ist nur dem verständlich der weiß, daß am Ende der Linnégasse das Gänsehäufel-Strandbad beginnt.

Mit dem offiziellen Beginn der Urlaubssaison genießen hier täglich tausende Wiener und Wienerinnen ihre Urlaubsfreuden. Ohne Rücksicht darauf, ob das Thermometer die erwünschte hochsommerliche Temperatur anzeigt, bringen seit den frühen Morgenstunden direkte Straßenbahnzüge diese Sommerfrischler in ihr geliebtes Bad. Es wurde schon beobachtet, daß nicht einmal ungünstige Wetterprognosen, sie zur Unterbrechung dieser täglichen Urlaubsfahrten bewegen können. Die steigende Zahl der Besucher ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß sich das Gänsehäufel die Herzen aller "Wasser-ratten" im Sturm erobert hat.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben diesem Andrang Rechnung

getragen und auch an Wochentagen einen verstärkten Verkehr nach Kaisermühlen eingeführt. Im Bad selbst wurde ein Sanitätsdienst eingerichtet. Die Bäderverwaltung hat auch dafür gesorgt, daß die Approvisierungsbetriebe in jeder Hinsicht den Anforderungen eines modernen Badebetriebes entsprechen. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Wiener sich im Urlaubsort Linnégasse zufrieden fühlen. Seit Sonntag, dem 1. Juli, wurden im Gänsehäufelbad rund 50.000 Besucher gezählt, unter ihnen auch viele Ausländer.

#### Wiener Kinder fahren nach Italien

=====

4. Juli (Rath.Korr.) Heute ist der erste Transport erholungsbedürftiger Wiener Kinder zu einem 28tägigen Aufenthalt nach Sori bei Genua abgereist.

Damit haben die Verhandlungen des Wiener Jugendamtes, die mit Unterstützung des Kärntner Landesjugendamtes und der "Associazione Italiana Protezione Infanzia" geführt wurden, einen erfolgreichen Abschluß gefunden. Es handelt sich um eine Austauschaktion, die darin besteht, daß italienische Kinder in Kärntner Heime aufgenommen werden, während erholungsbedürftige Wiener Kinder in den Heimen Sori bei Genua und Rimini am Adriatischen Meer Aufnahme finden. Diesem Transport werden in nächster Zeit noch zwei weitere Transporte nach Sori und Rimini folgen; insgesamt werden vom Wiener Jugendamt 80 Kinder nach Italien entsendet. Damit werden heuer, nach einer 10jährigen Unterbrechung, wieder erholungsbedürftige Wiener Kinder - wenn auch in bescheidenem Ausmaß - vom Wiener Jugendamt im Rahmen der Erholungsfürsorge nach Italien gebracht. Es besteht die Absicht, diese Austauschaktion in den nächsten Jahren weiter auszubauen.

#### Pferdemarkt vom 3. Juli

=====

4. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 2 Gebrauchspferde und 78 Schlächterpferde, Summe 80. Bezahlt wurden für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Markverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 31, Burgenland 2, Steiermark 12, Kärnten 1; Ausland: Jugoslawien 32.

Stadtbibliothek während des Sommers  
=====

4. Juli (Rath.Korr.) Wie die Wiener Stadtbibliothek mitteilt, bleibt der Lesesaal heuer auch im August geöffnet, und zwar Montag bis Freitag 9 bis 15.30 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

4. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 23. Mai von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Hintermoos" gebracht wurden, am Freitag, dem 6. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 15.10 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Goldene Hochzeiter im Rathaus  
=====

4. Juli (Rath.Korr.) Gestern und heute wurden im Rathaus wieder Goldene Hochzeiter aus allen Wiener Bezirken geehrt. Unter den 100 Paaren waren auch drei diamantene Jubelpaare: die Eheleute Elber aus Meidling, Weber aus Rudolfsheim und Niescher aus Ottakring.

Bürgermeister Jonas hatte zum erstenmal die Gelegenheit im Namen der Stadt den Ehejubilaren zu huldigen. An der Feier im Stadtsenatsitzungssaal nahmen die Stadträte Bauer, Koci, Dkfm. Nathschläger und Resch, sämtliche Bezirksvorsteher, sowie der Magistratsdirektor teil.

Bürgermeister Jonas brachte in seiner Begrüßungsansprache die Verbundenheit der Stadtverwaltung, die nach 1945 den schönen Brauch der Ehrung von Goldenen Hochzeitern wieder aufgenommen hat, mit den älteren Gemeindeangehörigen zum Ausdruck. "Die Ehejubilare", so führte er aus, "blicken auf ein arbeits- und

sorgenreiches Leben zurück. Zur Zeit als sie den Bund fürs Leben geschlossen haben, also um die Jahrhundertwende, mußten sie auf vieles, was der heutigen Generation als selbstverständlich erscheint, verzichten. Es war ein schwerer Existenzkampf ohne Anspruch auf Urlaub, Krankenversicherung und die vielen sozialen Einrichtungen, die in Wien erst zu einem späteren Zeitpunkt geschaffen wurden. Auch Katastrophen, wie es die beiden Weltkriege waren, blieben ihnen nicht erspart." Der Bürgermeister bezeichnete jedes einzelne Jubelpaar als Zeuge und Beispiel dafür, daß sich Schwierigkeiten überwinden lassen. Er bat die versammelten Golden Hochzeiter ihre Lebenserfahrungen und ihren großen Optimismus stets ihren Kindern und Enkeln vor Augen zu halten. Er überreichte jedem Jubelpaar ein Diplom und eine Geldspende der Stadtverwaltung.

Die Ansprache des Bürgermeisters wurde von allen mit großem Beifall aufgenommen. Im Rahmen der Feier wirkte die Salonkapelle Hans Faltl und das heitere Quartett der Wiener Feuerwehr mit.

#### Ringstraßenbau fertiggestellt =====

#### Ab Donnerstag früh wieder durchlaufender Verkehr

4. Juli (Rath.Korr.) Nach 35 Arbeitstagen wurde heute nachmittag der Umbau der Ringstraße im Abschnitt Bellaria - Eschenbachgasse fertiggestellt. Die rund 450 m lange neue Fahrbahn wird ab morgen 7 Uhr früh für den durchlaufenden Verkehr freigegeben. Die Fertigstellung der Einbiegungen in die Babenberger Straße und in die Bellaria wird noch einige Tage in Anspruch nehmen. Auch dieser nun fertiggestellte Abschnitt, der an den repräsentativsten Bauten der Ringstraße vorbeiführt, hat jetzt eine Hartguß-Asphaltdecke auf 20 cm Betonunterlage bekommen. An den Kreuzungen wurden erstmalig rote Betonstreifen für Fußgänger eingegeben.

Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, wird in den nächsten Tagen mit dem Umbau der Lastenstraße begonnen. Das schadhafte Holzstöckelpflaster vor dem Justizpalast wird hier durch massives Granitpflaster ersetzt werden. Die Absperrung dieses Bauabschnittes für den Straßenverkehr wird noch bekanntgegeben.

Montag außerordentlicher Städtetag  
=====

4. Juli (Rath.Korr.) Die parlamentarischen Verhandlungen über die Reform der Gewerbesteuer sowie die im Zusammenhang mit der Regelung von Preisen und Löhnen zu erwartenden Belastungen der Gemeindehaushalte waren heute Gegenstand eingehender Beratungen der Geschäftsleitung und des Finanzausschusses des Österreichischen Städtebundes. Nach einem Referat des Wiener Finanzreferenten, Stadtrates Resch, erhoben die Städtevertreter in mehrstündiger Debatte energischen Protest dagegen, daß über ihr Schicksal im Parlament entschieden werden soll, ohne sie anzuhören. Der Städtebund ist bereit, den berechtigten Forderungen des Kleingewerbes entgegen zu kommen, lehnt aber jede Steuerbegünstigung für Großbetriebe ab. Er fordert auch, daß die zur Bedeckung des 5. Lohn-Preisabkommens zu beschließenden Steuererhöhungen nicht einseitig zu Gunsten des Bundes verteilt werden. Die Leitung des Städtebundes beschloß einstimmig, für Montag, den 9. Juli, 10 Uhr vormittags, einen außerordentlichen Städtetag nach Wien einzuberufen. Die Tagung findet im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates statt.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

5. Juli 1951

Blatt 1213

## Österreichische Gäste am Deutschen Städtetag

=====

5. Juli (Rath.Korr.) Der Deutsche Städtetag hält am 6. und 7. Juli in München seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Nähe des Tagungsortes hat eine Reihe österreichischer Stadtverwaltungen veranlaßt, der an sie ergangenen Einladung zur Beschickung des Kongresses Folge zu leisten. Unter der Führung von Bürgermeister Dr. Speck, Graz, und Vizebürgermeister Honay, Wien, werden Vertretungen der Städte Bregenz, Graz, Innsbruck, Krems, Linz, Salzburg, Villach, Wr. Neustadt und Wien an dieser bedeutsamen kommunalpolitischen Tagung teilnehmen.

## Eröffnung einer neuen Parkanlage

=====

5. Juli (Rath.Korr.) Dieser Tage wurde in der Wagramer Straße eine neue Parkanlage fertiggestellt. Die Errichtung der Gartenanlage auf der ehemaligen Müllablagerungsstätte oberhalb des Hubertusdammes wurde noch in den Wintermonaten im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge begonnen. Die neue Grünfläche ist 80 Meter breit und hat ein Ausmaß von rund 55.000 Quadratmeter. Die Promenadenwege und das saftige Grün der Sträucher- und Baumgruppen haben dieses Gebiet, in dem einst die Staubplage besonders unangenehm empfunden wurde, weitgehend umgestaltet. Bürgermeister Jonas, der vor einem halben Jahr noch als Stadtrat für Bauangelegenheiten die Errichtung der Gartenanlage beantragt hatte, wird am Samstagnachmittag, um 17 Uhr, diesen Park seiner Bestimmung übergeben.

Ausstellungen und Museen in Wien (+ Neueröffnungen)

=====

5. Juli (Rath.Korr.)

1. Bezirk

Akademie d. bildenden Künste Schillerplatz 3	Gemäldegalerie der Akademie Sonderausstellung: Meisterwerke der holländischen Landschafts- und Architekturmalerei des 17. Jahrhunderts	Di-So 10-14 Uhr
Akademie d. bildenden Künste, Bibliothek Schillerplatz 3	Wiener Biedermeier	Mo-Fr 10-16 Uhr Sa 10-13 Uhr So geschlossen (bis Ende Juli)
Albertina Augustinerbastei 6	Die schönsten Handzeichnungen Albrecht Dürers	Mo, Di, Do 10-14 Uhr Mi, Fr 10-13, 15-18 Sa 10-13 Uhr (bis Ende August)
--	Die Musik in den graphischen Künsten	--
Alte Hofburg Michaelerplatz Batthianystiege	Goethe-Museum	Sa 10-12 Uhr (ganzjährig)
Erzbischöfl. Palais Rotenturmstraße 2	Dom- und Diözesanmuseum	Di, Do, So 9-12 Uhr (ganzjährig)
Figaro-Haus Domgasse 5	Mozart-Gedenkstätte	täglich außer Mo 9-16 Uhr, So 9-13 (ganzjährig)
Forum-Kino Stadiongasse 11	Das gute Bild für Ihre Wohnung	täglich 15-21 Uhr
Historisches Museum der Stadt Wien Hoher Markt 3	Römische Ruinenstätte	Mo geschlossen Mi, Fr 15-19 Uhr Di, Do, Fr, Sa, So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Kunsthistorisches Museum Maria Theresien-Platz	Gemeinsame Ausstellung der Gemäldegalerie und der Sammlung für Plastik und Kunstgewerbe mit "Canaletto-Sonderschau"	Di, Do, Fr, Sa 10-15 Mi 10-13, 15-18 Uhr So 9-13 Uhr Führung So 10.30 <sup>h</sup> (ganzjährig)
--	Ägyptische Sammlung Antiken-Sammlung	-- --

5. Juli 1951	"Rathaus-Korrespondenz"	Blatt 1215
Künstlerhaus Karlsplatz 5	Unsterbliches Wien - Bilder aus frohen und ernsten Tagen unserer Stadt	täglich 9-19 Uhr Samstag 9-21 Uhr
Palais Lobkowitz Lobkowitz-Platz 2	Gustinus Ambrosi	täglich 9-20 Uhr (bis 15. Juli)
Musikverein - Brahmssaal Bösendorferstr. 12	Konzertstadt Wien	täglich 9-19 Uhr (bis 15. Juli)
Museum für Völker- kunde Neue Hofburg	Sonderausstellung: Kunst und Kunstgewerbe Chinas Afrikanische Königreiche Kunst und Kunstgewerbe Indiens	Di-Sa 10-13 Uhr So 9-13 Uhr
Österreichische Nationalbibliothek Josefsplatz 1	Wiener Theater	täglich 10-16 Uhr (bis Ende Sept.)
Naturhistorisches Museum Maria Theresien-Pl.	200 Jahre Naturwissenschaft- liche Sammlungen in Wien	täglich 9-13 Uhr
Neues Rathaus Lichtenfelsgasse 2 Feststiege 1	Aus dem Historischen Museum der Stadt Wien	Di, Do, Sa 9-18 Uhr Mi, Fr 9-16 Uhr So 9-13 Uhr
Neues Rathaus Felderstraße 2 Wr. Stadtbibliothek	Sonderschau: Preisträger 1951	Mo-Fr 9-18.30 Sa 9-12 Uhr
Neues Rathaus Lichtenfelsgasse 2 Stiege 8, Halb- stock	Fragen des Wiederaufbaues und der städtebaulichen Umgestaltung Wiens	Mo-Fr 8-16 Uhr Sa 8-13 Uhr
Sammlungen des Kunsthistorischen Museums in der Neuen Burg Heldenplatz	Ephesische Reliefs Waffensammlung Sammlung alter Musikinstru- mente Museum österreichischer Kultur	Do 10-13 Uhr So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Österr. Museum für angewandte Kunst Stubenring 5	Sammlungen des Österr. Museums für angewandte Kunst	Mo geschlossen Di-Sa 9-16 Uhr So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Österreichisches Museum für ange- wandte Kunst Weiskirchnerstraße 3	Absolventen-Ausstellung: Diplomarbeiten 1950/51	täglich 10-18 Uhr (bis 7. Juli)
Österr. Staats- archiv Minoritenplatz 1	1100 Jahre österreichische und europäische Geschichte	9-16 Uhr Sa 9.30-13 Uhr (ganzjährig)



5. Juli 1951	"Rathaus-Korrespondenz"	Blatt 1216
Wiener Secession Friedrichstraße 12	Unsterbliches Wien -- im Spiegel der Secession	9-18, So 9-12 Uhr (bis Ende August)
Ausstellungsraum Schottenring 25	+) Kollektivausstellung Herbert Schütz	
Wiener Uhrenmuseum Schulhof 2	Schausammlungen	Di u. Sa 10 und 15 <sup>h</sup> Mi 10 Uhr Führungen (ganzjährig)
<u>3. Bezirk</u>		
Unteres Belvedere Rennweg 6	Meisterwerke österrei- chischer Barockkunst	täglich 10-18 Uhr
<u>5. Bezirk</u>		
Städtische Bücherei Siebenbrunnengasse 13	Wolfgang Klein: Graphik	Mo 9-12, 14.30-19 Di, Do, Fr 14.30-19 Mi geschlossen Sa 9-12 Uhr
<u>6. Bezirk</u>		
Haydn-Wohnhaus Haydngasse 19	Haydn-Gedenkräume	täglich außer Mo 9-16 Uhr, So 9-13 (ganzjährig)
Hotel Münchnerhof Mariahilfer Straße 81	+) Historische Kino- Ausstellung	ab 7. Juli
Städt. Bücherei Stumpergasse 60	Josef Stoitzner-Millinger: Portraitskizzen aus der Ukraine	Mo 9-12, 14.30-19 Di, Do, Fr 14.30-19 Mi geschlossen Sa 9-12 Uhr
<u>7. Bezirk</u>		
Messepalast Mariahilfer Straße 2	Die Frau und ihre Wohnung	10-20 Uhr (ganzjährig)
Bundesmobiliende- pot Mariahilfer Str. 88	Stilmöbel aus dem Be- sitz der Habsburger	Mo-Sa 9-16 Uhr So 9-12 Uhr (ganzjährig)
<u>8. Bezirk</u>		
Ausstellungsraum des Amtes für Kul- tur und Volksbil- dung Friedrich Schmidt-Pl. 5	Zeichner für Buch und Zeitung	Mo-Sa 8-17 Uhr
Museum für Volks- kunde Laudongasse 15-19	Wien und die Volkskunde  Die österreichische Volks- kunst des 17. und 18. Jahr- hunderts	Di-So 9-12 Uhr (ganzjährig)  --

5. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1217

9. Bezirk

Galerie Liechtenstein Japanische Kinderzeichnungen (bis 12. Juli)  
Fürstengasse 1

Schubert-Geburtshaus Schubert-Museum  
Nußdorfer Straße 54  
Di-Sa 9-16 Uhr  
So 9-13 Uhr  
Mo geschlossen  
(ganzjährig)

12. Bezirk

Städtische Bücherei Alexander Rutsch:  
Egger-Lienz-Gasse 3 Schauspielerporträts  
Mo 9-12, 14.30-19  
Di, Do, Fr 14.30-  
19 Uhr  
Mi geschlossen  
Sa 9-12 Uhr

13. Bezirk

Schloß Schönbrunn Ausstellung der Schauräume  
des Schlosses 9-12, 13-17 Uhr  
(ganzjährig)

Sammlung des Kunst- Wagenburg  
historischen Museums  
in Schönbrunn 10-17 Uhr  
(ganzjährig)

14. Bezirk

Technisches Museum Edison  
Mariahilfer Straße 212 Schausammlungen  
Mo-Sa 8-16 Uhr  
So 9-13 Uhr

16. Bezirk

Städtische Bücherei Wilhelm Kaufmann: Blumen-  
Rosa Luxemburg-Gasse 4 stücke und Akte  
Mo 9-12, 14.30-  
19 Uhr, Di, Do, Fr  
14.30-19 Uhr  
Mi geschlossen  
Sa 9-12 Uhr

17. Bezirk

Städtische Bücherei Franz Klasek: Aquarelle  
Elterleinplatz 17 und Temperabilder  
--

19. Bezirk

Städtische Bücherei Hermine Aichanegg:  
Wertheimsteinpark Aquarelle und Freskoentwürfe  
Döbl. Hauptstraße 96  
--

20. Bezirk

Amtshaus, Sitzungssaal Brigittenauer Heimatmuseum  
(ganzj.) Mo-Fr 8-16,  
17-19, Sa 8-13  
17-19, So 9-11

21. Bezirk

Amtshaus Am Spitz 1 Floridsdorfer Heimatmuseum  
3. Stock So 10-12 Uhr

Städtische Bücherei Robert Aigner: Karikaturen  
Brünner Straße 36 Mo 9-12, 14.30-  
19, Di, Do, Fr 14.30-19  
Mi geschl. Sa 9-12 Uhr

Bitte vormerken!

Geehrte Redaktion!

Montag, den 9. Juli; um 10 Uhr vormittag, findet im Gemeinderatssitzungssaal im Wiener Rathaus ein außerordentlicher Städtetag statt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind eine Novelle zur Gewerbesteuer und die Auswirkungen der neuen Lohn- und Preisregelung auf die Gemeindefinanzen. Referent ist Stadtrat Resch.

Im Hinblick auf die Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Gegenstände laden wir Sie ein, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu diesem außerordentlichen Städtetag zu entsenden.

Sechs kleine Wiener erlebten Amerika

=====

Bericht an Bürgermeister Jonas

5. Juli (Rath.Korr.) Am 1. Juni flogen sechs Wiener Schulkinder, Buben und Mädels bis zu 12 Jahren, nach Ohio, wo sie vier Wochen in einem internationalen Kinderdorf nächst der Stadt Cincinnati verbrachten. Die übrigen Gäste dieses Kinderdorfes stammten aus den Vereinigten Staaten, Mexiko, Dänemark, Schweden, Norwegen, Frankreich und Deutschland. Die kleinen Wiener sind gestern wohlbehalten von ihrer weiten Amerikareise nach Wien zurückgekommen.

Obermagistratsrat Professor Tesarek, der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, der die Kinder begleitet hat, berichtete heute vormittag Bürgermeister Jonas über seine während des Aufenthaltes in Ohio gesammelten Eindrücke. Er bezeichnete diesen erstmaligen Versuch, der unter der Patronanz der Universität Cincinnati zustande kam, als vollen wissenschaftlichen Erfolg. Die Kinder erlebten bei Spiel und Sport, naturwissenschaftlichen Studien, bei Arbeit in Werkstätten und Küche und auf Wanderungen eine frohe Gemeinschaft. Die Sprachhindernisse wurden mit kindlicher Schaffenskraft rasch überwunden. Das Kinderdorf selbst stand unter der sorgfältigen Leitung amerikanischer Psychologen, deren Beobachtungen von den europäischen Mitarbeitern unterstützt wurden. Der Erfolg des ersten Kinderdorfes dieser Art ermutigt zur

5. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1219

Fortsetzung dieses Experiments. Der rührende Abschied der europäischen Kinder von ihren amerikanischen Freunden zeigte, wie tief das Erlebnis der Kinder war. Wie Prof. Tesarek mitteilt, werden im nächsten Jahr ähnliche Kinderdörfer in Schweden, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten errichtet werden.

Persönliche Schreiben des ehemaligen Bürgermeisters Dr.h.c. Körner die von den Wiener Kindern dem Bürgermeister von Cincinnati und dem Gouverneur von Ohio überbracht wurden, sind mit Dank entgegengenommen worden. Anlässlich einer Zwischenlandung in New York wurden die Wiener Schulkinder von der American Friends of Austria Children begrüßt und bewirtet.

Eine Verkehrsumleitung

=====

5. Juli (Rath.Korr.) Wegen Kanalgebrecchen in der Stumpergasse und Gleis- und Straßenbauarbeiten an der Kreuzung Kaiserstraße - Stumpergasse - Mariahilfer Straße wird ab 6. Juli die Kaiserstraße und Stumpergasse für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt. Umleitung über Brückengasse - Mollardgasse - Innerer Gürtel.

Rindermarkt vom 5. Juli, Nachmarkt

=====

5. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 1 Ochs, 9 Kühe, 1 Kalbin, Summe 11. Neuzufuhren aus dem Inland: 10 Ochsen, 13 Stiere, <sup>47 Kühe,</sup> 7 Kalbinnen, Summe 77. Gesamtauftrieb: 11 Ochsen, 13 Stiere, 56 Kühe, 8 Kalbinnen, Summe 88. Verkauft wurden: 9 Ochsen, 13 Stiere, 56 Kühe, 8 Kalbinnen, Summe 86. Unverkauft: 2 Ochsen. Außermarktbezüge: 193 Rinder.

Bei raschem Abverkauf verteuerten sich sämtliche Sorten bis 50 Groschen.

Schweinemarkt vom 5. Juli, Nachmarkt

=====

5. Juli (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 244 inländische Fleischschweine, verkauft wurde alles. Außermarktbezüge: 1577 inländische Fleischschweine.

Bei raschem Abverkauf wurden inländische Fleischschweine um 20 Groschen teurer gehandelt.

Tagung der Berufsvorschulen "Jugend am Werk"  
=====

5. Juli (Rath.Korr.) Am 26. und 27. Juni fand in Graz eine vom Bundesministerium für soziale Verwaltung einberufene Tagung der Vertreter der in Österreich bestehenden Berufsvorschulen "Jugend am Werk" statt. Die Tagung, an der u.a. Ministerialrat Dr. Keller vom Bundesministerium für soziale Verwaltung teilgenommen hatte, wurde von Landesrat Maria Matzner mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der sie auf die Bedeutung von "Jugend am Werk" für die Vorschulung der beschäftigungslosen Jugend besonders hinwies. Im Verlauf der Tagung wurden die allgemeinen Ziele, die pädagogischen und organisatorischen Fragen, sowie die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Arbeitsämter besprochen. Dabei wurde festgelegt, daß die Berufsvorschule "Jugend am Werk" keine Fürsorgeeinrichtung darstellt, sondern der Arbeitserprobung und der Berufsvorbereitung jener Schulentlassenen dient, die zunächst nicht auf Lehr- oder Arbeitsplätze gebracht werden können. Schließlich wurde die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der in Österreich bestehenden Berufsvorschulen "Jugend am Werk", Wien, Oberösterreich und Steiermark, beschlossen.

Änderung der Linienführung der Autobuslinie 4  
=====

5. Juli (Rath.Korr.) Von Freitag, den 6. Juli, an kann die Autobuslinie 4 wegen eines Kanalgebrechens in der Stumpergasse auf die Dauer von ungefähr 14 Tagen nicht mehr bis zur Endstelle Neubaugürtel, Westbahnhof, sondern nur bis Barnabitengasse geführt werden. Die Autobusse fahren in beiden Fahrtrichtungen ab Opernring über Eschenbachgasse - Getreidemarkt - Mariahilfer Straße - Stiftgasse - Lindengasse - Kirchengasse bis zur neuen Endstelle Mariahilfer Straße bei Barnabitengasse. Ab Montag, den 9. Juli, fahren die Autobusse dieser Linie wieder ab Burgring über Babenbergerstraße die oben angeführte Route.

Gleichzeitig wird ab Montag, den 9. Juli, die Autobuslinie 9 während der ganzen Betriebsdauer zum Westbahnhof verlängert.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

6. Juli 1951

Blatt 1222

## Teestrauchkulturen auf Wiener Boden?

6. Juli (Rath.Korr.) In einem aufsehenerregenden Artikel im "Amtsblatt der Stadt Wien" untersucht dessen ständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dr. Erich Bandl, die Frage ob auf Wiener Boden Teestrauchkulturen im Freien möglich wären. Wir entnehmen daraus folgende Einzelheiten:

### Ein Verwandter des Veilchens

Als Urheimat der Teepflanze gilt das Bergland Assam im östlichen Teil Mittelindiens. Dort kommt die Pflanze sowohl als Strauch wie auch in Baumform bis zu einer Höhe von 30 Meter wildwachsend vor. Bemerkenswert ist, daß fast in ganz Europa ein Verwandter des Teestrauches größte Verbreitung besitzt, das Märzveilchen. Der chinesische Teestrauch hat im Laufe seiner 1.500 Jahre langen Kultivierung eine wichtige Eigenschaft erworben, nämlich eine gewisse Widerstandsfähigkeit gegen mäßigem Frost. Die indische Weiterzüchtung konnte ihm im Vorgebirge des Himalaja in Höhenlagen bis mehr als 2000 Meter folgen. Auch in Afrika wird Tee gepflanzt, doch hat die Produktion nur einen sehr beschränkten Umfang erreichen können und Pflanzungen in Südamerika und Australien brachten noch weniger den erhofften Erfolg.

### Teepflanzungen in Europa....

Umgekehrt aber zeigen die Teekulturen nach dem Westen nach Vorderasien und mehrfach auch in Europa eine günstige Entwicklung. Sowjetrußland ist es in sechs Jahren gelungen, die bereits in der zaristischen Epoche angebahnte, aber nicht weiter entwickelte Kultivierung des Teestrauches im Kaukasus auch auf andere Gebiete auszudehnen und durch planmäßige, großzügige Aktionen auf eine sehr beachtenswerte Höhe zu bringen. Nach Sowjetrußland war es

die moderne Türkei, die daranging, in den südlichen Ausläufern des Kaukasus, nahe der Küste des Schwarzen Meeres, Teepflanzungen anzulegen. Sogar die Schweiz unternahm vor längerer Zeit wissenschaftlich praktische Vorarbeiten für eine Freilandkultur des Teestrauches in der Gegend von Lugano. Sehr interessante Erfolge hatte eine schon vor fast zwei Jahrzehnten begonnene Teepflanzung im botanischen Garten der Universität Pavia in Norditalien.

Die Arbeiten dreier Universitätsprofessoren dortselbst führten dazu, aus dem chinesischen Teestrauch eine Varietät zu züchten, deren Ernte eine recht gute Qualität ergab. Als besonders wertvoll erwies sich die große Widerstandsfähigkeit der neuen "Ticiner" Sorte gegen selbst strenge Fröste, wobei sich bloß als notwendig ergab, die Kulturen über den Winter entsprechend zu bedecken.

#### ... und in Wien?

Eben diese günstigen Erfolge in Norditalien regen die Frage an, ob man es nicht auch auf dem Boden unseres heutigen Österreichs, wenn auch im kleineren Maßstab, mit Ähnlichem versuchen könnte. Dazu bedürfte es allerdings eingehender Vorarbeiten. Der Tee braucht größte Luftfeuchtigkeit, vor allem reichlichen Regen, auch Nebel ist von günstiger Wirkung. Dabei erfordert aber der Teestrauch intensivste Sonnenbestrahlung. Grundwasserfeuchtigkeit wirkt unbedingt schädlich. Als Bodenarten bewährt sich vor allem sandiger Lehm (in China auch der in großen Mengen vorhandene Löß), andererseits lockerer Moorgrund und insbesondere auch, wie dies auf Java der Fall ist, zersetzter vulkanischer Tuff. Wie bereits erwähnt, verträgt der chinesische Teestrauch und noch mehr die italienische Weiterzüchtung auch Kältegrade.

Was die Verhältnisse im weiteren Bereiche Wiens betrifft, so sind von obigen Voraussetzungen in der Gegend der Hohen Warte Lehm Böden, gegen den Bisamberg zu Löß und lehmige Sande und im Süden, unter anderem im Gebiete des großen städtischen Reservegartens von Albern, gleichfalls ausgedehnte Lagen ähnlichen Bodensubstrats vorhanden. Dabei ließen sich in allen drei Gebieten verhältnismäßig leicht entsprechende sonnseitig ausgerichtete Terrassen anlegen.

Seit Jahresfrist ist in Wien ein Forscher tätig, der Dezentennien hindurch als Fachmann in Indonesien wissenschaftliche und



praktische Arbeit leistete: es ist dies der jetzige Leiter der Geologischen Bundesanstalt, Dr. Heinrich Küpper. Sollte man sich entschließen, auf Wiener Boden tatsächlich eine Teekultur zu versuchen, so wären die Erfahrungen Doktor Küppers, der während seiner früheren Tätigkeit auch Teeplantagen, unter anderem auf der vulkanischen Insel Java, genau kennenzulernen Gelegenheit hatte, von ganz besonderem Wert.

Das Wiener Klima mit seiner in den letzten Jahren anscheinend immer mehr ansteigenden Zahl strahlender Sonnentage würde dem Plan günstig sein. War es doch schon möglich, in einem heißen Sommer bei uns im Freien Baumwolle zur Reife zu bringen. Nur ein Faktor müßte zusätzlich geschaffen werden: die Bewässerung, da die durchschnittliche jährliche Regenmenge in Wien kaum ein Drittel des Feuchtigkeitsbedarfes der Tee-pflanze erreicht. Bei dem jetzigen Stande der Technik künstlicher Beregnungsanlagen dürfte jedoch dieses Problem keine großen Schwierigkeiten bereiten. Ein Ähnliches gilt auch für die Vorsorge eines relativen Kälteschutzes während des Winters.

Ferkelmarkt vom 4. Juli  
=====

6. Juli (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 218 Ferkel, von denen 154 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 141 S, 7 Wochen 192 S, 8 Wochen 237.6 S, 10 Wochen 320 S.

Der Marktbetrieb war lebhaft.

Wer fürchtet sich vor'm Dritten Mann? - Niemand!

=====

Amerikanische Studenten lernen Wien wirklich kennen

6. Juli (Rath.Korr.) Rund ein halbes Hundert amerikanische Studenten weilen nun, nach einem 14tägigen Gratis-Aufenthalt in den österreichischen Bundesländern auf Einladung der Österreichisch-amerikanischen Gesellschaft, schon seit vier Tagen in Wien. Sie wohnen im Gästehaus im Schloß Pötzleinsdorf und haben, wie sie selbst zugeben, vom Dritten Mann und seinem Wirken in Wien nichts entdeckt. Sie sind vielmehr überrascht von den alten Schönheiten unserer Stadt aber auch von den modernen Bauten und Einrichtungen.

Heute vormittag wurden die amerikanischen Studenten, unter denen sich auch ein Neger befindet, von Bürgermeister Jonas im Roten Salon des Rathauses empfangen. Dem Empfang wohnten Stadtrat Mandl, Stadtrat Dkfm. Nathschläger und der Präsident des Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, bei. Dr. Eckardt von der Österreichisch-amerikanischen Gesellschaft stellte die jungen Amerikaner dem Bürgermeister vor.

Bürgermeister Jonas, der herzliche Worte an seine jungen Gäste richtete sagte, er hoffe, daß sie Gelegenheit hatten, Wien richtig kennen zu lernen. Es ist wohl so, daß unsere Stadt durch den Krieg viele Zerstörungen erlitten habe; aber die Studenten werden sich selbst überzeugt haben, daß viel Schutt und Trümmer verschwunden sind und daß man in Wien fleißig arbeitet, um die Kriegsfolgen zu beseitigen. Der Bürgermeister betonte auch, daß das kleine aber begabte österreichische Volk wert ist, von den anderen großen Völkern der Erde respektiert zu werden.

Zum Abschluß richtete der Bürgermeister die Bitte an die Studenten, bei sich zuhause ihren Bekannten und Freunden zu sagen, wie es in Wien aussieht und die Gerüchte zu zerstreuen, daß man hier nur Schnitzel esse und Heurigen trinke.

Ein junger Student sprach einige Worte des Dankes in deutscher Sprache. Nachher hatte der Bürgermeister noch einige Zeit damit zu tun, um die vielen Autogrammwünsche der Studenten zu erfüllen.

Am Abend sind die Amerikaner Gäste der Stadt Wien auf dem Kahlenberg wo sie von Stadtrat Mandl in Vertretung des Bürgermeisters begrüßt werden.

Lehrgang durch die städtischen Kindergärten  
=====

6. Juli (Rath.Korr.) 30 sogenannte "Übungskindergärtnerinnen" aus den Bundesländern, die in den letzten Tagen an einem Schulungskurs des Unterrichtsministeriums teilgenommen haben, besichtigten heute einige städtische Kindergärten. Die Kursteilnehmerinnen wurden vom Zentralinspektor der städtischen Kindergärten und Horte, Dr. Kothbauer, über den Wiederaufbau und die neuen Arbeitsmethoden der Kindergärten der Stadt Wien informiert. Die Kindergärtnerinnen, in der Mehrzahl Ordensschwestern, zeigten sich für alle Einrichtungen sehr interessiert und bezeichneten sie übereinstimmend als mustergültig. Im Sonderkindergarten "Schweizer Spende" trafen sie Direktor Freuthaler, den Spezialisten für taubstumme und schwerhörige Kinder, bei seiner Arbeit an. Die Sprachübungen mit den Kleinkindern sowie die ausgestellten Malereien und Handfertigkeiten der einzelnen Gruppen körperbehinderter Kinder lösten höchste Bewunderung aus. Einige Ordensschwestern haben nach dem Besuch des Kindergartens den Wunsch geäußert, zu einem längeren praktischen Studium in den neuen städtischen Kindergärten nach Wien kommen zu dürfen. Im Laufe des Tages wurde ihnen noch Gelegenheit zum Besuch der städtischen Kindergärten in der Cumberlandstraße, im Auhof und auf dem Girzenberg geboten.

Straßenbahnlinie 106 auch an Sonntagen  
=====

6. Juli (Rath.Korr.) Zur Erleichterung des Ausflugsverkehrs in den Prater wird die Linie 106 "Simmeringer Hauptstraße - Simmeringer Lände", die bisher nur an Werktagen betrieben wurde, vom 8. Juli an, versuchsweise bis auf Widerruf auch an allen Sonn- und Feiertagen betrieben. Die ersten und letzten Züge verkehren ab Simmeringer Hauptstraße um 5'25 Uhr bzw. 21 Uhr, ab Simmeringer Lände um 5'33 Uhr, bzw. 21'08 Uhr.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

7. Juli 1951

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Blatt 1227

## Heute Eröffnung der Gartenanlage Wagramer Straße

=====

7. Juli (Rath.Korr.) Auf der Fläche, auf welcher sich nunmehr die öffentliche Gartenanlage Wagramer Straße befindet, bestand früher ein Teil des Kaiserwassers, das im Lauf der Kriegs- und Nachkriegszeit mit Schuttmaterial aller Art zugeschüttet wurde. Diese Schüttungsflächen stellten für die umliegenden Stadtteile eine große Staubplage dar, so daß die Schaffung einer Grünfläche zur dringenden Notwendigkeit wurde.

Die Gartenanlage bildet einen Grünstreifen entlang der Wagramer Straße und verbessert das Stadtbild an dieser wichtigen Ausfahrtsstraße wesentlich. Der neue Erholungstreifen hat ein Ausmaß von 25.000 Quadratmeter. Die Herstellung dieser öffentlichen Gartenanlage hat einen Kostenaufwand in der Höhe von 800.000 Schilling erfordert.

Aufgewendet wurden 57.000 Arbeitsstunden und 2.000 Fuhrwerksstunden. Die hergestellten Weg- und Platzflächen haben ein Ausmaß von 5.200 Quadratmeter. Eine Schuttverföhrung von 6.500 Kubikmeter wurde notwendig und eine Erdanlieferung von 9.500 Kubikmeter war erforderlich.

Verwendet wurden 750 kg Grassamen, 170 Alleebäume, 3.000 Stück Blütensträucher und 10.000 Blütenstauden. Für die Weg- und Platzflächen waren 60 Kubikmeter Gartenriesel notwendig.

Die Herstellung der öffentlichen Gartenanlage an der Wagramer Straße stellt nur den Beginn einer großzügigen Grünflächenplanung auf dem Gebiet zwischen Hubertusdamm und dem sogenannten Bretteldorf dar. An dieser Stelle soll eine Sport- und Spiel- sowie eine Erholungsinsel entstehen. Unmittelbar hinter der öffentlichen Gartenanlage an der Wagramer Straße ist beabsichtigt einen Sportplatz zu errichten.

Den Bericht über die Eröffnungsfeier, bei der Bürgermeister Jonas sprechen wird, bringt die "Rathaus-Korrespondenz" in ihrer Abendausgabe.

Kompositionswettbewerb 1950  
 =====

7. Juli (Rath.Korr.) Das Amt für Kultur und Volksbildung macht darauf aufmerksam, daß einzelne Einsendungen zum Kompositionswettbewerb 1950 von den Wettbewerbsteilnehmern noch nicht behoben wurden. Die anonymen Einsender werden gebeten, ihre Werke so bald wie möglich im Amt für Kultur und Volksbildung, Wien 8., Friedrich Schmidt-Platz 5, 3. Stock, Zimmer 102, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 7.30 bis 16 Uhr, Samstag von 7.30 bis 13 Uhr) abzuholen.

Die besten Plakate im Juni  
 =====

Das beste Plakat des Vierteljahres

7. Juli (Rath.Korr.) Das Wertungskollegium der Wiener Plakatwertungsaktion hat die Plakate "Semperit-Fahrradreifen" vom Atelier Koszler (Entwurf Josef Drewatolitsch), "Wien" von Hans Fabigan und "... schön braun durch Nivea" von Walter Hofmann als die besten des Monats Juni ausgewählt.

Das "Semperit-Fahrradreifen"-Plakat vom Atelier Koszler (Entwurf Josef Drewatolitsch), wurde für den Preis der Gewista für das beste Plakat des Vierteljahres bestimmt.

Alle Plakate werden wieder auf der von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwand in der Operngasse, gegenüber dem Staatsoperngebäude, affichiert werden.

Einem großen österreichischen Wissenschaftler zum Gedenken  
 =====

7. Juli (Rath.Korr.) Auf den 10. Juli fällt der 100. Geburtstag und auf den 23. der 25. Todestag Friedrich Freiherrn von Wiesers, der mit Carl Menger und Eugen Böhm-Bawerk zu den Begründern der österreichischen Schule der Nationalökonomie gehört, aber auch als Soziologe Bedeutendes geleistet hat. Nach Absolvierung des Schottengymnasiums und der juristischen Studien an der Universität seiner Vaterstadt Wien trat er zunächst in den Dienst der N.Ö. Finanzlandesdirektion. Ein zweijähriger Studienaufenthalt in Hei-

délberg, Jena und Leipzig ermöglichte seine weitere wissenschaftliche Ausbildung. 1884 veröffentlichte er das Werk "Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Güterwertes", in dem neue wichtige nationalökonomische Erkenntnisse, insbesondere die Lehre vom Grenznutzen und vom Kostengesetz enthalten sind. Gleichzeitig erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität, ein Jahr später seine Berufung als a.o. Professor nach Prag, wo er 1889 Ordinarius für Nationalökonomie wurde. Im selben Jahr erschien sein zweites wirtschaftstheoretisches Werk "Der natürliche Wert", das die berühmt gewordene "Zurechnungstheorie" enthält. Es gilt als klassische Leistung der modernen Wirtschaftstheorie und hat sehr dazu beigetragen, daß die österreichische Schule der Nationalökonomie internationale Anerkennung errang. In der Folge wandte er sich mehr praktischen volkswirtschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Fragen zu. 1903 wurde Wieser als Nachfolger Carl Mengers nach Wien berufen. 1910 erschien das Werk "Recht und Macht", das die Ergebnisse seiner soziologischen Forschungen enthält, 1914 die "Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft", in der seine nationalökonomische Forschungsarbeit in einem umfassenden System dargestellt wird. Den Weltkrieg und den Zusammenbruch behandelte Wieser in einer Reihe von Schriften, wie "Österreichs Ende". Als Krönung seiner soziologischen und geschichtsphilosophischen Forschungen entstand kurz vor seinem Tod das Werk "Das Gesetz der Macht", in dem das gesellschaftliche Geschehen in seinem geschichtlichen Ablauf nach seiner Gesetzmäßigkeit und in seinem universellen Zusammenhang erfaßt ist. Wiesers Lebenswerk wurde in bedeutsamer Weise gewürdigt. Er wurde u.a. zum mehrfachen Ehrendoktor, zum wirklichen Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und gleichartigen ausländischen Vereinigungen ernannt, in das Herrenhaus berufen, wirkte als Minister und war Leiter der österreichischen Abteilung des Carnegiewerkes über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Die Stadt Wien wird ihren grossen Sohn, der zur Mehrung ihres geistigen Ansehens in der Welt soviel geleistet hat, stets durch ein dankbares Gedenken ehren.

## Wien motorisiert sich

=====

Seit 1937 hat sich der Kraftfahrzeugbestand verdoppelt

7. Juli (Rath.Korr.) Nach einem Bericht der Polizeidirektion an das Statistische Amt der Stadt Wien waren Mitte Juni 1951 in Wien rund 74.000 Kraftfahrzeuge verschiedenster Art registriert. Nicht inbegriffen ist hier der Fahrpark der vier Besatzungsmächte. Demnach hat sich die Zahl der motorisierten Fahrzeuge in Wien seit dem Jahre 1937 verdoppelt. Im Jahre 1945 wurden in Wien 8.955 Kraftfahrzeuge gezählt. Den größten Zuwachs verzeichnet die Kategorie der Lastkraftwagen. Vor dem Krieg gab es in Wien 6.208, Ende 1945 nur mehr 3.535, im März 1951 aber schon 18.834 Lastkraftwagen. Ubereinstimmend mit dem Rückgang der pferdebespannten Fuhrwerke hat sich auch die Vermehrung der Traktoren bemerkbar gemacht. Gegenüber 49 Traktoren im Jahre 1937 gibt es gegenwärtig in Wien 919 Traktoren mit 4.199 Anhängern.

Die Statistik gibt darüber Aufschluß, daß seit dem Jahre 1945 in der Bundeshauptstadt mehr als 18.000 Personenkraftwagen angemeldet wurden. In der Vorkriegszeit gab es in Wien rund 16.000 Personenautos. Die Zahl der Motorräder hat sich seitdem Jahr 1937 ebenfalls mehr als verdoppelt. In den Nachkriegsjahren wurden jährlich beinahe 4.000 Motorräder angemeldet. Im März dieses Jahres wurden in Wien 23.515 Motorräder gezählt. Außerdem verzeichnet die Statistik zu diesem Zeitpunkt noch 737 Spezialfahrzeuge.

Die fortschreitende Motorisierung der Bundeshauptstadt brachte auch ein enormes Ansteigen der Verkehrsunfällekurve mit sich. Den Rekord an Unfällen hält das Jahr 1950 mit durchschnittlich 1.100 Unfällen monatlich. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden monatlich rund 1000 Verkehrsunfälle motorisierter Fahrzeuge gemeldet.

Pro Schulklasse nur ein Repetent  
 =====

Der Unterrichtsfolg der Wiener Pflichtschulen im Schuljahr 1950/51

7. Juli (Rath.Korr.) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" vom Stadtschulrat für Wien erfährt steht nunmehr fest, daß im Gesamtdurchschnitt der Pflichtschulen 4.33 Prozent der Schüler als zum Aufsteigen für "nicht reif" erklärt wurden. In den Volksschulen sind es 5 Prozent, an den Hauptschulen 2.9 Prozent aller Schüler. In Anbetracht der zahlreichen hemmenden Umstände - der großen Zahl von Flüchtlingskindern, langer Auslandsaufenthalte (z.B. in Spanien und Portugal), des Wechselunterrichtes, der trotz der gewaltigen Anstrengungen der Gemeinde Wien noch nicht gänzlich beseitigt werden konnte - stellt dieser günstige Unterrichtserfolg ein besonders eindrucksvolles Zeugnis für die hingebungsvolle Arbeit der Wiener Lehrerschaft und die Wirksamkeit der modernen Unterrichtsweise dar.

Durch diese Daten werden auch die unrichtigen und teilweise tendenziösen Nachrichten über "katastrophale Mißerfolge" im Wiener Pflichtschulwesen richtig gestellt, da im Durchschnitt auf eine Schulklasse heuer nur etwa ein Repetent entfällt.

Infolge des Krieges und der Nachkriegsereignisse haben im Vorjahr, wie aus einer Verlautbarung des Bundesministeriums für Unterricht hervorgeht, in einzelnen Bundesländern bis zu 52.3 Prozent der Vierzehnjährigen die oberste Schulstufe nicht erreicht. Die entsprechende Zahl für Wien (41 Prozent) deckt sich ziemlich genau mit dem Bundesdurchschnitt. Sie stellt die Summe aller Mißerfolge dar, die sich im Verlauf von acht Schuljahren ereignet haben, von denen drei noch in die Kriegszeit fallen.

Erfolge von Wiener Konservatoristen in Paris  
 =====

7. Juli (Rath.Korr.) Drei Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien, Heli Sklenicka (Klavier), Ernst Knava (Cello) und Holmut Rießberger (Flöte), die im abgelaufenen Schuljahr mit einem Stipendium des Wiener Institut Francais am Pariser Konservatorium studiert haben, haben bei den Schlußprüfungen für Ausländer mit sehr gutem Erfolg abgeschnitten und kehren nun an das Konservatorium der Stadt Wien zurück.



Förderungspreise der Stadt Wien  
=====

7. Juli (Rath.Korr.) Alljährlich werden bekanntlich die Preise der Stadt Wien für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung verliehen. Diese Preise dienen also der Würdigung für eine besondere Leistung. Daneben will jedoch die Stadt Wien die Förderung der jungen Künstler nicht vernachlässigen. Auf Initiative von Stadtrat Mandl werden daher zum ersten Mal auch Förderungspreise für Literatur, Musik, bildende Kunst und Wissenschaft verliehen. Für heuer ist beabsichtigt, diese Preise zweimal zuzuerkennen. Der Gemeinderatsauschuß für Kultur und Volksbildung hat bereits die erste Gruppe dieser Preisvergebungen beschlossen. Sieben junge Künstler und Wissenschaftler erhalten Förderungspreise von je 2000 Schilling. Die Übergabe der Preise durch Stadtrat Mandl findet am Donnerstag, dem 12. Juli, um 11 Uhr, im Amt für Kultur und Volksbildung statt. Die Preisträger sind:

Paul Kont (Komponist)

Paul Kont wurde am 18. August 1920 in Wien geboren. Er ist ein beachtliches Talent in den Reihen der jungen österreichischen Komponisten. Die Zahl seiner Werke ist wohl noch gering ("Heptameron für Bläserquartett und Klavier", "Triptychon für Geige und Klavier", "Serenade für 30 Instrumente", Bläserquartett, Klavier-sonaten, Lieder, Chöre u.a.), zeugen aber von einer außerordentlichen Reife. In letzter Zeit ist Paul Kont bedeutsam mit einer Filmmusik zu dem experimentellen Kurzfilm "Der Rabe" nach einem Gedicht von Edgar Allan Poe hervorgetreten.

Vera Ferra (Schriftstellerin)

Vera Ferra wurde am 14. Februar 1925 in Wien geboren. Im Alter von 21 Jahren, im Jahre 1946, brachte sie ihr erstes Buch heraus "Melodie am Morgen", eine Sammlung von echt empfundenen Gedichten. Der Titel des ersten Gedichtes "Die Sackgasse" wird auch der Titel ihres 1948 erscheinenden Romans. Darin wird das Schicksal einer Familie in einer Großstadt gezeigt, die auf engstem Raum leben muß. Die Sackgasse wird zum Symbol des hoffnungslosen Lebens, dem das junge Mädchen Luise in seinem Hunger nach

Freiheit und nach Besserem erliegt, bevor sich noch die Familie daraus befreien kann. Auch dieser Roman zeigt eine für das Alter der Verfasserin überdurchschnittliche Begabung. Außerdem ist Vera Ferra die Verfasserin von zwei liebenswürdigen Märchenbüchern "Der Märchenwebstuhl" und "Der Käferspiegel".

Walter Eckert (Graphiker)

In Leobersdorf, Niederösterreich wurde Walter Eckert im Jahre 1913 geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule in Wien sowie an der Akademie der bildenden Künste. Obwohl er die Meisterschule für Malerei bei Prof. Boeckl absolvierte, ist sein künstlerisches Hauptbetätigungsfeld die Graphik (Porträtzeichnungen). Verschiedene Ausstellungen bewiesen sein Talent. Zahlreiche Arbeiten Eckerts sind von der Albertina und von den Städtischen Sammlungen gekauft worden.

Dozent Otto König jun. (Naturwissenschaftler)

Otto König wurde am 23. Oktober 1914 in Wien geboren. Er betrieb zunächst wissenschaftliche Fotografie und wandte sich der Tierpsychologie zu. 1939 erschien sein populärwissenschaftliches Tierbuch "Wunderland der wilden Vögel". Durch die wissenschaftliche Arbeit "Rallen und Bartmeisen - Beiträge zur Biologie und Psychologie" erwies er sich als hervorragender Vogelkenner. 1946 errichtete er eine biologische Station auf dem Wilhelminenberg als Forschungsstätte für Tierpsychologie, für die er aus eigenen Mitteln rund 16.000 Schilling aufwendete. Zur Veröffentlichung der wissenschaftlichen Arbeiten der Station begründete er die Zeitschrift "Umwelt" und gab nach deren Einstellung das Informationsblatt "Zoologische Informationen" heraus. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmete er sich durch Führungen, Vorträge, Kurse und populärwissenschaftliche Abhandlungen der Volksbildung.

Dr. Gertrud Pleskot (Naturwissenschaftlerin)

Die Preisträgerin wurde am 15. Mai 1913 in Wien geboren. Gertrud Pleskot studierte Biologie, Physik, Chemie, Mineralogie, Psychologie und Pädagogik. Seit 1943 wirkt sie als Assistentin am Zoologischen Institut der Wiener Universität. Ihre wissenschaftlichen Arbeiten entstammen den Gebieten der Limnologie und der Ökologie der Fließwässer. Neben ihren Forschungen leitet sie an der Universität das morphologische Praktikum und hält an der

7. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1234

Biologischen Station Lunz Fortbildungskurse für Mittelschullehrer und Hauptschullehrer. Auch als Volksbildnerin ist sie tätig.

Dr. Maja Löhr (Historikerin)

Sie wurde am 9. März 1888 in Wien geboren, studierte an den Universitäten Wien und Kiel Germanistik und Romanistik und hörte daneben historische und kunsthistorische Vorlesungen. Später wurde sie als wissenschaftliche Bibliothekarin ausgebildet und war Leiterin der Bibliothek der Statistischen Zentralkommission. Nachher war Dr. Löhr im "Verband für freiwillige Jugendfürsorge" sowie im "Wiener Volksbildungsverein" tätig und setzte sich hauptsächlich für die Bekämpfung des Schundfilms und für den Jugendschutz ein. Derzeit ist sie als Privatgelehrte tätig und unternahm als solche ausgedehnte Reisen im In- und Ausland. Von ihren wissenschaftlichen Arbeiten sind besonders die "Ortsgeschichte von Eisenerz", "Historische Studien über Leoben" und sonstige Geschichtswerke von Bedeutung. Für das Kultur- und Geistesleben Österreichs und Wiens ist sie in Wort und Schrift im Ausland eingetreten. Sie verfaßte Monographien über verschiedene Wiener Künstler.

Dr. Andreas Liess (Musikwissenschaftler)

Andreas Liess wurde am 16. Juni 1903 in Klein-Kniegnitz in Schlesien geboren. Er studierte in Breslau und Wien Musikwissenschaften und unternahm Studienreisen nach Frankreich und Spanien. Von seinen zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der Musik seiner Heimat und Österreichs befassen und für die Verständigung des deutschen und französischen Kulturbereiches eintreten, sind besonders erwähnenswert: "Claude Debussy, das Werk im Zeitbild", "Claude Debussy und das deutsche Musikschaffen", "Die Trisonaten von J.J. Fux", "Wiener Barockmusik", "J.J. Fux, eine Biographie, nebst Verzeichnis neuer Werkfunde", "Die Musik im Weltbild der Gegenwart", "Deutsche und französische Musik in der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts."

Unterstützung von Komponisten durch die Stadt Wien  
=====

7. Juli (Rath.Korr.) Die Herstellung von Notenmaterial, das Kopieren von Partituren, das Ausschreiben von Stimmen und dergleichen ist stets mit sehr hohen Kosten verbunden. Das bedeutet eine große Belastung für die Komponisten unserer Zeit. Die Internationale Gesellschaft für neue Musik hat daher eine Aktion durchgeführt, bei der Kompositionen nach einem verbilligten Verfahren vervielfältigt werden können. Die Stadt Wien hat auf Antrag des Stadtrates für Kultur und Volksbildung Mandl durch Beschluß des zuständigen Gemeinderatsausschusses einen Großteil der Kosten dieser Aktion übernommen.

Zunächst wurden Kammermusikwerke ausgewählt und zwar von S.C.Eckhardt-Gramatté, Joseph Garai, Michael Gielen, Paul Kont, Manfred Nedbal, Felix Petyrek, Robert Schollum und Raimund Weissensteiner. Jeder Komponist erhält unentgeltlich 100 Exemplare seines Werkes, die zum Teil auch ins Ausland versendet werden. Die Aktion wird somit dazu beitragen, das Schaffen unserer Komponisten auch außerhalb unserer Grenzen bekanntzumachen.

Wiederaufbau der städtischen Gartenanlagen  
=====25 Millionen Schilling für die Instandsetzung der Wiener Parks

7. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas eröffnete heute nachmittag in Anwesenheit der Stadträte Koci, Resch, des Präsidenten des Stadtschulrates, Nationalrat Dr.Zechner sowie einer Anzahl von Nationalräten, Bundesräten und Gemeinderäten die neue Gartenanlage in der Wagramer Straße. In dem mit Fahnen geschmückten Park haben sich viele Bewohner aus dem 21. und 22. Bezirk eingefunden.

Nach einer Begrüßungsansprache des Bezirksvorstehers Horacek, der im Namen seines Bezirkes der Stadtverwaltung für die Umgestaltung der einstigen Müllablagungsstätte Dank sagte, sprach Bürgermeister Jonas über den Wiederaufbau der städtischen Gartenanlagen seit dem Jahre 1945.

Er erinnerte, daß mehr als die Hälfte aller städtischen

Gartenanlagen durch die Kriegseinbauten und später auch durch die Kampfhandlungen zerstört wurden. Die Gemeinde Wien habe in der richtigen Erkenntnis, daß die Gartenanlagen Erholungsflächen für die städtische Bevölkerung sind, mit einer gewaltigen Anstrengung den größten Teil der kriegszerstörten Parkanlagen neu instandsetzen lassen. Für den Wiederaufbau der städtischen Gartenanlagen wurden 22,500.000 S zur Verfügung gestellt. So konnten 383 Gartenanlagen im Ausmaß von 3,800.000 m<sup>2</sup> instandgesetzt werden.

Darüber hinaus hat die Stadt Wien 15 neue Gartenanlagen mit einem Ausmaß von mehr als 200.000 m<sup>2</sup> und einem Kostenaufwand von rund 2,400.000 S hergestellt. Gleichzeitig wurden bei den neuen Siedlungen öffentliche Grünflächen mit einem Ausmaß von 64.000 m<sup>2</sup> neu hergestellt und auch die neuen Schulen und Kindergärten, die in der Nachkriegszeit erbaut wurden, erhielten schöne Schulgärten. In den wiederaufgebauten Gemeindehäusern wurden die Grünflächen wieder erneuert und die neuen Wohnhausanlagen der Nachkriegszeit erhielten Grünflächen in einem Ausmaß, wie sie in Wien vorher nie gesehen wurden.

Bürgermeister Jonas bezeichnete es als symbolisch, daß auf der ehemaligen Mistg'stetten in Kaisermühlen, auf einem Boden, wo Schutt von fast jedem kriegsbeschädigten Wiener Haus abgelagert wurde, durch fleißige Arbeiterhände eine Anlage entstanden ist, die der Bevölkerung Freude bereiten und Erholung bieten soll. Die Gemeinde Wien habe die Absicht, gerade im Gebiet entlang der Donau eine Kette von schönen Parkanlagen mit Sport- und Erholungsplätzen zu errichten. Der Bürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der ganzen Bevölkerung in Friede und Ruhe ihr Aufbauprogramm vollbringen werden könne.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

9. Juli 1951

Blatt 1237

Bürgermeister Jonas - Obmann des Städtebundes  
=====

9. Juli (Rath.Korr.) Der Große Ausschuß des Österreichischen Städtebundes hat heute über Antrag von Vizebürgermeister Aust, Graz, den Wiener Bürgermeister Franz Jonas einstimmig zum Obmann des Österreichischen Städtebundes gewählt.

Gänsehäufel ausverkauft  
=====

Besucherrekord in den städtischen Sommerbädern

9. Juli (Rath.Korr.) Die städtischen Sommerbäder hatten Sonntag insgesamt nicht weniger als 72.000 Besucher aufzuweisen. Allein 31.000 Badegäste besuchten das neue Gänsehäufel. Ab 11 Uhr konnten nur mehr Mitbenützungskarten ausgegeben werden. Zum ersten Mal seit seinem Bestehen war das neue Gänsehäufel vollkommen ausverkauft. Trotzdem konzentrierten sich die Badelustigen nur an bestimmten Stellen, während Ruhebedürftige immer noch ein verhältnismäßig stilles Plätzchen finden konnten. Das Wellenbad allerdings war eine einzige Menschenwoge. Die Leute standen jedesmal wenn die Wellenmaschine lief, wie in der Straßenbahn Kopf an Kopf und ließen sich von den Wellen heben und senken.

Die große Anziehungskraft des Gänsehäufels wirkte sich auf den Besuch in den anderen städtischen Bädern aus. Obwohl auch sie sehr guten Besuch hatten, waren die übrigen städtischen Bäder nicht ausverkauft. Nach den Meldungen der Bäderdirektion befanden sich im Kongreßbad 6000 Besucher, ebenso viele im Klosterneuburger Strandbad und je 5000 Badegäste in Kritzendorf und im Strandbad Alte Donau. Glücklicherweise ist es trotz dem Massenbetrieb zu keinem schwereren Unglücksfall in den städtischen

Bädern gekommen.

Auch die Straßenbahner "genossen" den Badesonntag "in vollen Zügen". Besonders stark frequentiert waren die Linien C, 24R und P, die zum Gänsehäufel führen. Aber auch die Gänsehäufel-Autobusse ab Oper wurden gerne benützt. Fast ohne Intervalle führen die Züge über die Reichsbrücke. Insgesamt wurden rund 1.5 Millionen Fahrgäste im Laufe des Sonntags auf der Straßenbahn und Stadtbahn befördert.

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

9. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 13. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Villa Kellermann" und die Kinder, die am 13. Juni in das Kindererholungsheim "Villa Bitzinger" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 11. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus der "Villa Kellermann" um 10.30 Uhr, und die Kinder aus der "Villa Bitzinger" um 13 Uhr von Wien 1., Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Außerordentlicher Städtetag in Wien  
=====Die Stellungnahme zur Gewerbesteuerreform und der Bedeckung des Mehraufwandes aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen

9. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag fand im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses ein außerordentlicher Städtetag statt. Als Gäste waren Nationalräte der SPÖ, ÖVP und WdU sowie Vertreter des Innen- und Finanzministeriums anwesend. Vizebürgermeister Honay eröffnete die Tagung und hielt zunächst einen tief empfundenen Nachruf für den verstorbenen Villacher Bürgermeister Petschnik. Dann teilte er dem Städtetag mit, daß der Große Ausschuß des Städtebundes den Bürgermeister von Wien, Jonas, an Stelle des Bundespräsidenten Dr.h.c. Körner zum neuen Obmann des Österreichischen Städtebundes gewählt hat. Bürgermeister Jonas übernahm dann den Vorsitz des außerordentlichen Städtetages und dankte den Delegierten für ihr Vertrauen.

Das Hauptreferat hielt Stadtrat Resch. An Hand von Ziffern erbrachte er den Beweis, daß die österreichischen Städte die beabsichtigte Gewerbesteuerreform finanziell und wirtschaftlich nicht ertragen könnten. Seit dem Jahre 1947, in dem die Abgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beschlossen wurde, hat sich zugunsten des Bundes vieles wesentlich geändert. Die Ausführungen von Stadtrat Resch gipfelten in der Erklärung, daß die Länder und Gemeinden trotz des großen Verständnisses, das sie dem Bund gegenüber stets beweisen, die neuen Lasten nicht auf sich nehmen können.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen und fanden die Zustimmung der Debattenredner Bürgermeister Dr. Steingötter (St.Pölten), Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Scherleitner (Linz), Bürgermeister Wehrl (Wr. Neustadt), Vizebürgermeister Katzian (Klagenfurt), Stadtrat Schmid (Graz), Stadtrat Rachbauer (Linz) und Stadtrat Dkfm. Nathschläger (Wien). Der Städtetag nahm dann einstimmig eine Resolution folgenden Wortlautes an:

Der am 9. Juli 1951 in Wien tagende außerordentliche Städtetag hat die im Parlament zur Verhandlung stehenden Fragen der Gewerbesteuerreform und der Bedeckung des Mehraufwandes aus dem



5. Lohn- und Preisübereinkommen eingehend geprüft.

In der Frage der Reform der Gewerbesteuer wiederholt der Österreichische Städtebund seine bereits mehrfach zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, die Ansätze der Gewerbesteuer zu Gunsten des Kleingewerbes abzuändern. Er warnt aber nachdrücklich davor, daß durch diese Reform gleichzeitig auch die Gewerbesteuer der Unternehmungen mit hohem Gewerbeertrag herabgesetzt werde. Diese Steuerbegünstigung der Großbetriebe würde den Ertrag der Gewerbesteuer, die eine der tragenden Säulen der Gemeindefinanzen ist, schwerstens beeinträchtigen, in vielen Gemeinden sogar auf weniger als die Hälfte herabdrücken.

Der Städtebund ist bemüht einen Weg zu finden, der sowohl den berechtigten Wünschen des Kleingewerbes, wie auch den finanziellen Erfordernissen der Gemeinden Rechnung trägt. Er hat mehrere Varianten einer neuen Skala der Gewerbesteuer ausgearbeitet, die dem Kleingewerbe Erleichterungen bringen, die zum Teil über die Vorschläge des Initiativantrages Lakowitsch-Kostroun sogar hinausgehen, jedoch die gleichzeitig eintretende Senkung der Gewerbesteuer der Großbetriebe vermeiden und dadurch für die Gemeinden noch finanziell tragbar sein würden.

Nun stehen allen Gemeinden Österreichs auch noch schwere neue Belastungen aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen bevor. Sie werden verhältnismäßig nicht geringer sein, als die Belastungen des Bundes und der Länder, weil die Gemeinden neben den Erhöhungen des Personalaufwandes auch den erhöhten Fürsorgeaufwand für ihre Kinder, Mütter und Greise und den erhöhten Sachaufwand zu tragen haben werden. Die geplante Bedeckung dieser Mehraufwände aber benachteiligt die Gemeinden auf das schwerste. Es soll die Umsatzsteuer um ungefähr 50 % und die Mineralölsteuer um ungefähr 80 % erhöht werden. Nach den derzeit bestehenden Verteilungsschlüsseln erhalten die Gemeinden bei der Umsatzsteuer  $1/9$ , die Länder  $2/9$  und der Bund  $6/9$  des Mehrertrages. Die Mineralölsteuer wird überhaupt nur zwischen Bund und Ländern geteilt. Die Gemeinden erhalten vom Mehrertragnis nichts.

Es ist offensichtlich, daß eine solche Verteilung der zur Bedeckung herangezogenen Steuern für die Mehrkosten der Gemeinden unmöglich ausreicht. Der Städtebund stellt daher fest, daß die Gemeinden unter diesen Umständen nicht in der Lage sein werden,

die ihnen verfassungsmäßig zukommenden Aufgaben zu erfüllen.

Er fordert entweder eine Neuverteilung der Umsatz- und der Mineralölsteuererträge zu Gunsten der Gemeinden, oder, falls dies wegen der finanziellen Lage des Bundes nicht möglich sein sollte, die Einführung von Zuschlägen auf andere gemeinschaftliche Bundessteuern zu Gunsten der Gemeinden. Solche Zuschläge wären nach der Meinung des Städtebundes bei der Umsatzsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Biersteuer möglich. Die Gemeinden fordern weiters eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf Luxuswaren zu ihren Gunsten.

Der Städtebund richtet an den Nationalrat das dringende Ersuchen, über diese die Lebensinteressen aller Gemeinden treffenden Finanzprobleme nicht zu entscheiden, ohne die Vertreter der Gemeinden angehört zu haben. Er richtet an die Nationalräte aller Parteien den eindringlichen Appell, bei diesen Beratungen die Interessen ihrer Gemeinden nicht im Stich zu lassen; er fordert sie auf, die Novelle zur Gewerbesteuer in dem Rahmen zu halten, der durch ihre Begründung vorgezeichnet erscheint: Eine Hilfe für das Kleingewerbe zu sein; und die vom Städtetag aufgezeigten Wege zur Bedeckung der den Gemeinden aus der bevorstehenden Lohn- und Preisregelung erwachsenden Mehrausgaben zu beschreiten. Der Städtetag lenkt die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Nationalrates auf die Gefahren, die ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen für die Beschäftigung des Gewerbes, der Arbeiter und Angestellten mit sich bringen würde. Die Vollbeschäftigung und der soziale Friede hängen nicht zuletzt von der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der kleinsten und daher empfindlichsten Zellen des Staates, ab, die ihre vielseitigen und für das Wohl der Bevölkerung so bedeutsamen Aufgaben nur dann weiterhin erfüllen können, wenn sie finanziell gesichert sind.

#### Nächster Internationaler Städtekongreß in Wien

Vizebürgermeister Honay referierte dem Städtetag über den Verlauf des Internationalen Städtekongresses in Brighton. Er machte die Mitteilung, daß Wien zum nächsten Kongreßort des Internationalen Städtebundes bestimmt wurde. Dieser große Internationale Kongreß wird im Jahre 1953 stattfinden.

Vizebürgermeister Honay, der als Vertreter des Österreichischen Städtebundes der großen Ausstellung "Constructa" in Hanno-

ver beiwohnte, berichtete dann über die außerordentliche Anerkennung, die sämtliche österreichische Ausstellungsobjekte in Hannover gefunden haben. Auch bei dem zum Wochenende in München stattgefundenen deutschen Städtetag, an dem unter Führung von Vizebürgermeister Honay eine Abordnung österreichischer Städte teilgenommen hat, wurden die österreichischen Delegierten herzlich aufgenommen.

#### Rinderhauptmarkt vom 9. Juli

=====

9. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 2 Ochsen, Summe 2. Auftrieb Inland: 216 Ochsen, 226 Stiere, 563 Kühe, 165 Kalbinnen, Summe 1170. Gesamtauftrieb: 218 Ochsen, 226 Stiere, 563 Kühe, 165 Kalbinnen, Summe 1172. Verkauft wurden: 165 Ochsen, 207 Stiere, 499 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1017. Unverkauft blieben: 53 Ochsen, 19 Stiere, 64 Kühe, 19 Kalbinnen, Summe 155. Außermarktbezüge: 296 Rinder.

Bei schleppendem Marktverkehr betrugen die saisonbedingten Zuschläge zu den Stockhöchstpreisen bei Ochsen und Kühen bis zu 2.40 S, bei Stieren und Kalbinnen bis zu 2.70 S, bei Beinlvieh bis zu 1.20 S.

#### Sturz in einen Kabelschacht

=====

9. Juli (Rath. Korr.) Heute kurz nach mittag ereignete sich im Neuen Wiener Rathaus ein schwerer Arbeitsunfall. Der Angestellte der Fa. Siemens, Oskar Czinar, stürzte bei einer Reparaturarbeit im Halbstock fünf Meter tief in einen Kabelschacht, von wo er mit Hilfe der Feuerwehr mit Unterarmbruch und Beckenprellungen geborgen wurde. Er wurde vom Rettungsdienst in das Arbeiter-Unfallkrankenhaus gebracht.

Wolkenbruch über Wien  
=====

9. Juli (Rath.Korr.) In den frühen Nachmittagsstunden ging über Wien ein schwerer Wolkenbruch nieder, der besonders im 18., 19. und 9. Bezirk schweren Schaden anrichtete.

So konnten Kanäle im 18. Bezirk die plötzlich niederstürzenden Wassermassen nicht fassen und überschwemmt die Straßen. Dadurch kam es zu einer Entgleisung der E<sub>2</sub> Linie in der Herbeckstraße - Ecke Saliergasse. Die Währinger Straße, Gentzgasse und Alserbachstraße glichen Flüssen.

Im 9. Bezirk bei der Alserbachstraße - Nußdorfer Straße überschwemmt der Alserbach die Straßen. Dort kam es gleichfalls zu einer Straßenbahnentgleisung der Linie 5.

Im ganzen mußte die Feuerwehr in 120 Fällen Hilfe leisten.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

10. Juli 1951

Blatt 1244

## Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge =====

10. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 15. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Unter-Oberndorf", und die Kinder, die am 15. Juni in das Kindererholungsheim "Grundlsee" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 12. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus "Unter-Oberndorf" um 13.41 Uhr und die Kinder aus "Grundlsee" um 15.10 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

## Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat =====

10. Juli (Rath.Korr.) Am Freitag, dem 13. Juli, um 11 Uhr, tritt der Wiener Landtag zusammen, um über die Gesetzesvorlage betreffend den Wiederaufbau Wiens und zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien (Wiener Wiederaufbaugesetz) zu beraten. Berichterstatter ist Stadtrat Afritsch. Hierauf erfolgt die Wahl eines dritten Präsidenten des Wiener Landtages, welche Funktion durch die Wahl von Franz Koci zum Amtsführenden Stadtrat freigegeben ist.

Im Anschluß daran findet auch eine Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates statt.

Stand der Tierseuchen in Wien  
=====

10. Juli (Rath.Korr.) Im Juni hat sich die Zahl der Fälle von Rotlauf bei Schweinen, bedingt durch die warme Jahreszeit, neuerlich bedeutend erhöht. Die Krankheit trat im Laufe des Monats in 53 Gehöften auf (gegenüber 23 Gehöften im Vormonat). Die Ausbreitung der Geflügelpest ist hingegen zurückgegangen und am Ende des Monats waren nur mehr drei Gehöfte verseucht. Unverändert blieben weiterhin die Deckseuchen der Rinder. Ein Fall von ansteckender Schweinelähmung ist neu aufgetreten.

Pferdemarkt vom 6. Juli  
=====

10. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 25 Schlächterpferde. Bezahlt wurden für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 15, Oberösterreich 2; Ausland: Jugoslawien 8.

Schweinemarkt vom 10. Juli, Hauptmarkt  
=====

10. Juli (Rath.Korr.) Neuzufuhren: 2464 inländische Fleischschweine. Gesamtauftrieb 2464 inländische Fleischschweine. Verkauft wurde alles. Außermarktbezüge 793 inländische Fleischschweine. Preise: inländische Fleischschweine prima Ware 12.50, mittlere Ware 12.50, mindere Ware 12.30 S.

Inländische Fleischschweine prima Ware verteuerten sich um 20 g, mittlere Ware um 50 g, mindere Ware um 30 g je Kilogramm Lebendgewicht.

Ein Notschrei in ernster Stunde  
=====Stadtrat Resch spricht im Namen der Gemeinden

10. Juli (Rath.Korr.) Der Wiener Finanzreferent, Stadtrat Resch, hielt gestern vor dem außerordentlichen Städtetag ein eingehendes Referat über die finanziellen Auswirkungen jener Maßnahmen, die gerade jetzt im Parlament verhandelt werden. An Hand nüchterner und realer Ziffern schilderte er die bevorstehende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Städte und Gemeinden Österreichs. Die Länder wie die Gemeinden haben in den Verhandlungen der letzten Jahre, die wegen der Abgabenteilung zwischen dem Bund einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits immer wieder notwendig waren, sich ständig bemüht, die Lage des Bundes mit dem größten Verständnis und dem größten Entgegenkommen zu berücksichtigen.

In der ersten Abgabenteilung im Jahre 1947 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die Verteilung der gemeinschaftlichen Bundessteuern sind diese so aufgeteilt worden, daß die Länder und Gemeinden <sup>50.7 Prozent</sup> und der Bund 49.3 Prozent der gemeinschaftlichen Steuern erhielten. Diese Verteilung hat sich seit 1947 wesentlich geändert. Seit 1947 haben die Länder und Gemeinden zugestanden, daß zu der Umsatzsteuer, die eine gemeinschaftliche

Bundessteuer war, ein 50prozentiger Zuschlag eingehoben wird, der nur dem Bund gehört. Die Gemeinden und Länder haben weiter zugestanden, daß der Bund zu der Mineralölsteuer, die eine zwischen den Ländern und dem Bund zu gleichen Hälften geteilte Steuer war, einen 200prozentigen Zuschlag einheben darf, der wieder nur dem Bund gehört hat. Über diese Begünstigungen hinaus haben die Länder und Gemeinden in wiederholten Verhandlungen der letzten drei Jahre weiter zugestanden, daß von ihren eigenen Ertragsanteilen zuerst unter dem Namen eines Notopfers und jetzt unter dem Titel Bundespräzipium Beträge abgezogen werden, die nunmehr für das Jahr 1951 400 Millionen Schilling ausmachen.

Stadtrat Resch stellte nunmehr die Rechnung an, was die Länder und Gemeinden nach dem Bundesvoranschlag für 1951 tatsächlich bekommen und was sie bekommen sollten, wenn die ursprüngliche Abgabenteilung noch bestünde: Nach dem Bundesvoranschlag für 1951 erhalten die Gemeinden und Länder 1.972 Millionen Schilling. Wenn noch die alten Bestimmungen der Abgabenteilung 1947 in Geltung wären, dann müßten sie auch 50 Prozent des Umsatzsteuerzuschlages erhalten, das sind 390 Millionen, ferner 50 Prozent des Mineralölzuschlages, das sind 62 Millionen, und die 400 Millionen Bundespräzipium, die ihnen von ihrem Anteil abgezogen werden. Würde die alte Ordnung noch bestehen, so müßten also die Länder und Gemeinden um 852 Millionen Schilling mehr erhalten als sie jetzt bekommen, das wären 2.824 Millionen Schilling. Stadtrat Resch erklärte, daß diese 852 Millionen Schilling dem Bund von den Ländern und Gemeinden nicht etwa leichtfertig zugestanden wurden. Sie haben damals um jeden Schilling gerungen. Die Lage des Bundes war aber damals so, daß dieses Opfer gebracht werden mußte, sollte die Währung nicht in Gefahr geraten. Für dieses damals dem Bund gegenüber gezeigte Verständnis verlangt der Österreichische Städtebund nunmehr vom Bund das gleiche Verständnis für die wirtschaftliche Not der Gemeinden.

In Prozenten ausgedrückt haben der Bund einerseits und die Länder und Gemeinden andererseits ursprünglich je 50 Prozent der gemeinschaftlichen Bundessteuern erhalten. Heute beträgt der Anteil des Bundes an den gemeinschaftlichen Steuern 65 Prozent, die Beteiligung der Länder und Gemeinden jedoch nur mehr 35 Prozent. Ein solcher Verlust hat tiefe Spuren im Budget aller Länder und



Gemeinden hinterlassen.

Sodann kam Stadtrat Resch auf die Gewerbesteuerreform zu sprechen.

Der Städtebund hat sich wiederholt bereit erklärt, für die Gewerbetreibenden mit geringeren Einkommen, die Gewerbesteuer herab zu setzen. Er ist jedoch nicht bereit diese Herabsetzung auch den Betrieben zukommen zu lassen, deren Einkommen hoch ist. Er verlangt weiters, daß die Verluste die durch die Ermäßigungen in den unteren Stufen der Gewerbeerträge entstehen, durch eine wenn auch nur geringfügige Erhöhung der Steuer oben zum Teil wett zumachen sind.

Der Antrag Lakowitsch-Koustron verlangt die Erhöhung aller Ansätze der bisherigen Gewerbesteuer auf das Zweieinhalbfache. Dieser Vorschlag ist wirtschaftlich berechtigt, soweit er sich darauf beschränkt, die Begünstigungen nur für die unteren Schichten aufrechtzuerhalten. Dagegen, daß die Betriebe, die bis zu 1200 Schilling steuerfrei waren, nun bis 3000 Schilling steuerfrei werden sollen, ist nichts einzuwenden. Auch gegen die Erhöhung der bisher begünstigten Gewerbeerträge bis 6000 Schilling auf 15.000 Schilling besteht kein Einwand. Nach der bisherigen Konstruktion der Gewerbesteuer bleiben aber diese Steuernachlässe auch für jene Betriebe aufrecht, deren Erträge hoch sind. Jeder Gewerbebetrieb, gleichgültig welchen Gewerbeertrag er erzielt, würde für die ersten 15.000 Schilling Gewerbeertrag die gleiche Begünstigung bekommen, wie der Mann, der nur 15.000 Schilling verdient.

Der Antrag Lakowitsch bewirkt nun, daß dieser Steuerermäßigungsbetrag bei 15.000 S sein Höchstausmaß erreicht. Er macht bei diesem Betrag statt den bisherigen 130 S das Zweieinhalbfache davon, d.h. 450 S Messbetrag aus, oder in Steuer zum Hebesatz von 300 Prozent umgerechnet, einen Nachlaß von 1.350 S Steuer jährlich, gegenüber 540 S jetzt. Das würde zum Beispiel bei Wien mit seinen 80.000 Gewerbebetrieben, von denen anzunehmen ist, daß 60.000 über 15.000 S Gewerbeertrag haben, einen jährlichen Steuerverlust von 48.6 Millionen Schilling bedeuten. Dabei würde diese Ermäßigung nur denjenigen zugute kommen, die mehr als 15.000 Schilling verdienen. Die gerechtfertigte Begünstigung für jene Betriebe, die unter 15.000 S Gewerbeertrag haben, sind in dieser Rechnung nicht berücksichtigt.

Stadtrat Resch geht dann mit einigen Zahlen auf das Unsoziale

des Antrages ein. Der dort vorgesehene Steuernachlaß macht - immer mit 300 Prozent Hebesatz gerechnet - bei einem Gewerbeertrag von 5.000 S 180 S aus, bei einem Gewerbeertrag von 8.000 S 450 S, bei einem Gewerbeertrag von 12.000 S 720 S und erst bei 15.000 S erreicht die Begünstigung ihr Höchstausmaß von 810 S, und diese 810 S Begünstigung bleiben bis zum Höchstertrag. Sie macht einen so hohen Verlust bei der Gewerbesteuer aus, daß Wien allein ungefähr 20 Prozent der Gewerbesteuer verlieren würde.

Die zweite finanzielle Forderung im Antrag Lakowitsch-Kostroun verlangt, daß der höchste Hebesatz, der in den meisten Gemeinden Österreichs heute 300 Prozent ausmacht, auf 250 Prozent herabgesetzt wird. Das heißt, daß ein volles Sechstel der Steuer bei sämtlichen Steuerpflichtigen verloren gehen würde. Auch diese Forderung ist offensichtlich unsozial, weil sie prozentuell die gleiche Begünstigung bei den niedrigeren und höheren Gewerbeerträgen gibt. Der prozentuell gleiche Nachlaß für alle Gewerbeerträge würde bedeuten, daß zum Beispiel ein Gewerbebetrieb, der bisher 100 S Gewerbesteuer bezahlt hat, eine Ersparnis von 16 S im Jahr haben würde, ein Betrieb mit 1.000 S Gewerbesteuer schon eine Ersparnis von 167 S und einer, der 100.000 S zahlt, hätte 16.700 S Ermäßigung zu Lasten der Gemeinden.

Wie große sind nun die Verluste, die die Gemeinden aus diesen zwei finanziellen Bestimmungen des Initiativ-Antrages erleiden sollen?

Die Gewerbesteuer ist im Bundesvoranschlag 1951 mit 800 Millionen Schilling vorgesehen. Für Wien gering gerechnet würde der Verlust aus der Änderung mehr als 36 Prozent der Steuer ausmachen. In kleinen Gemeinden macht aber der Verlust bei Änderung der Steueransätze prozentuell wesentlich mehr aus. Wenn man vorsichtigerweise nur mit einem Verlust von 30 Prozent rechnet, würden die Gemeinden Österreichs einschließlich Wien von den 800 Millionen Schilling fast 250 Millionen Schilling verlieren.

Der Städtebund wäre damit einverstanden, die Erträge bis 3000 S steuerfrei zu belassen und bis 15.000 S Gewerbesteuererträge einen Steuernachlaß gegenüber dem heutigen Betrag zu geben. Er hat auch gegen das Ausmaß dieses Nachlasses, also bis zu 810 S bei 15.000 S, nichts einzuwenden. Der Städtebund schlägt <sup>aber</sup> vor, daß in der Skala etwa von 15.000 bis etwa 30.000 S die erhöhte Begünstigung, also die 810 S, wieder abgebaut wird, sodaß der Gewerbe-

betrieb mit 30.000 S schon die gleiche Steuer wie heute zahlt, und daß über 30.000 S wieder mit einem schnelleren Tempo die noch verbleibende heutige Begünstigung abgebaut wird, sodaß bei Betrieben von 33.000 S an volle 5 Prozent Gewerbesteuer bezahlt werden. Die Mehrsteuer, die nach den Vorschlägen des Städtebundes von diesen Betrieben gezahlt werden müßte, würde jährlich 540 S betragen. So würde an den Gemeinden wenigstens ein Teil des Opfers wieder gut gemacht werden, das sie zugunsten ihrer wirtschaftlich schwächeren Gewerbetreibenden bringen.

Im Interesse der kleinen Landgemeinden, die nur kleine Gewerbebetriebe haben, macht Stadtrat Resch den Vorschlag, von diesen wenigstens eine Minimalsteuer einzuheben.

Stadtrat Resch schlug dafür einen Meß-Betrag von 20 S im Jahr vor.

Eine noch größere Gefahr für die Gemeinde-Finanzen sind die Steueränderungsgesetze, die dem Parlament von der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt wurden. Die Lasten, die den Gemeinden durch das 5. Lohn- und Preisabkommen zufallen, sind verhältnismäßig nicht geringer als die des Bundes, denn neben dem erhöhten Personalaufwand werden der Sachaufwand und die Soziallasten in der Fürsorge bedeutend ansteigen.

Wie soll nun dieser Mehraufwand gedeckt werden?

Bei der Einkommensteuer ist im Gesetz vorgesehen, daß die AFA auf das Vierfache erhöht wird. Das ist gerecht und wird die Erträge nicht entscheidend schwächen. Aber in diesem Steueränderungsgesetz ist weiters vorgesehen, daß die Investitionen der Jahre 1948 und 1949 mit den doppelten Abschreibungsbeträgen in die Bilanz 1950 eingesetzt werden dürfen. Das heißt, daß in der Bilanz für 1950 durchschnittlich etwa 10 Prozent statt 5 Prozent der Investitionen abgeschrieben werden. Da die Investitionssumme für 1948/49 auf 15 Milliarden Schilling geschätzt wird, wird die zusätzliche Abschreibungssumme ungefähr 5 Prozent von 15 Milliarden, das sind 750 Millionen Schilling betragen. Die Gewerbeerträge der österreichischen Wirtschaft werden somit um 750 Millionen Schilling geringer. Diese Senkung des Gewerbeertrages wird also eine ungefähre 30prozentige Senkung der Einkommensteuer ausmachen, das heißt, daß 225 Millionen Schilling an Einkommensteuer verloren gehen, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

geteilt werden. Für die Gemeinden geht aber von diesen 750 Millionen auch noch die Gewerbesteuer, was ungefähr wieder mehr als 120 Millionen Schilling ausmacht, verloren.

Stadtrat Resch spricht dann von den Steuervorlagen, deren Mehrerträge zur Bedeckung der Mehraufwände aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen bestimmt sind. Es soll die Umsatzsteuer einschließlich des Bundeszuschlages um 50 Prozent, und die Mineralölsteuer einschließlich des Bundeszuschlages um ungefähr 80 Prozent erhöht werden. Von der Mehreinnahme der Umsatzsteuer bekommt der Bund nach den bestehenden Bestimmungen zwei Drittel, die Länder und Gemeinden aber nur ein Drittel. Von diesem einen Drittel der Länder und Gemeinden bekommen die Länder wieder zwei Drittel, das sind also zwei Neuntel der Gesamterhöhung, und die Gemeinden ein Drittel, das ist ein Neuntel des Mehreinganges.

Der Bund nimmt an, daß die Mehreingänge gegen den Budgetansatz 1951 auf das Jahr berechnet, 1.8 Milliarden ausmachen werden. Bei dieser Annahme erhalten hievon der Bund 1.2 Milliarden, die Länder 400 Millionen, und die Gemeinden einschließlich des Gemeindeanteiles von Wien 200 Millionen. Damit sollen alle Aufwände gedeckt werden, die sich aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen ergeben, was offenbar unmöglich ist. Bei der Mineralölsteuer, das ist die zweite Steuer, die erhöht wird, liegen die Dinge für die Gemeinden noch schlechter. Von der Erhöhung der Mineralölsteuer bekommen die Gemeinden überhaupt nichts, sie wird zwischen Bund und Ländern so geteilt, daß der Bund fünf Sechstel des Mehrertrages erhält und die Länder 1/6 bekommen.

In der Frage der Steueränderungsgesetze verlangt der Städtebund nur eine gerechtere Verteilung der Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer und der Mineralölsteuer zugunsten der Gemeinden. Der Städtebund fordert, daß den Gemeinden aus der Erhöhung des Zuschlages zur Umsatzsteuer, ein Anteil zukommt und daß sie auch von der Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages einen Teil erhalten. Sollte die finanzielle Lage des Bundes dies nicht zulassen, dann bleibt den Gemeinden nichts anderes übrig, als an die gesamte Wirtschaft zu appellieren, den Gemeinden neue Einnahmen zu verschaffen. Solche Zuschläge wären möglich bei der Umsatzsteuer, bei der Kraftfahrzeugsteuer und bei der Biersteuer. Weiter/<sup>könnte</sup> zu Gunsten der Gemeinden ein Zuschlag zur Umsatzsteuer für Luxuswaren eingeführt

10. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1252

werden, denn fast alle Staaten Europas besteuern die Luxuswaren.

Alle diese Maßnahmen würden aber langwierige Verhandlungen voraussetzen. Die Gemeinden brauchen aber, um nach dem Lohn- und Preisabkommen die Geschäfte weiterführen zu können, Sofortmaßnahmen. Eine solche wäre, daß der Bund auf den weiteren Abzug des Bundespräzipiums so lange verzichtet, bis die Gemeinden Österreichs einvernehmlich mit dem Nationalrat einen brauchbaren Weg gefunden haben, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Gemeinden erwarten vom Parlament, daß es nichts beschließe, ehe nicht mit dem Städtebund und dem Gemeindebund über die Probleme der Gewerbesteuerreform und der Steueränderungsgesetze Beratungen abgehalten wurden.

Am Schluß seiner Rede gab Stadtrat Resch der Hoffnung Ausdruck, daß der Notschrei der Städte und Gemeinden, der von dem außerordentlichen Städtetag in ernster Stunde erhoben wird, bei Regierung und Parlament nicht ungehört verhallen möge.

Kulturgroschenzuteilung für die Wiener Privattheater in der kom-  
=====  
menden Spielzeit 1951/52  
=====

10. Juli (Rath.Korr.) Die Wiener Landesregierung hat als die gesetzlich berufene Körperschaft im April d.J. die aus dem Kulturgroschenanteil der Stadt Wien für die Privattheater zur Verfügung stehenden Beiträge bis zum Schluß der laufenden Theatersaison 1950/51 verteilt und hierbei außer ständigen Zuwendungen auch Prämien für künstlerisch wertvolle Aufführungen beschlossen. Die bis zum Ende dieses Spieljahres, das ist bis zum 31. August 1951, entfallenden Beträge wurden an diese 6 Bühnen und, nach Ausscheiden des Theaters "Die Insel", ab Juni 1951 an die übrigen 5 Theater (Theater in der Josefstadt, Volkstheater, Scala, Bürgertheater und Stadttheater) angewiesen. Gleichzeitig wurde der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe III ermächtigt, eine Überprüfung der Wirtschaftslage jeder dieser Bühnen durchführen zu lassen. Diese Wirtschaftskommission, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Unterricht zusammengestellt wurde und aus Beamten des Kontrollamtes und der Buchhaltung der Stadt Wien und des Unterrichtsministeriums bestand, hat nun in ihrem Abschlußbericht bestimmte Vorschläge über die Verwendung des Kulturgroschens für das Spieljahr 1951/52 erstattet. Der wesentlichste Punkt dieses Abschlußberichtes war der Vorschlag, ab September 1951 nur mehr 3 Privattheater in die Subventionierung aus dem Kulturgroschen einzubeziehen. Die Wirtschaftskommission ging dabei von der Feststellung aus, daß die auf 5 Bühnen aufgeteilte Subventionssumme zu gering sei, um jeder der 5 Bühnen wirksame Hilfe<sup>zu</sup>/leisten. Es wäre vernünftiger, die vorhandenen Beträge auf weniger Bühnen aufzuteilen, um wenigstens diesen durch Zuwendung einer größeren Summe ihre Existenz zu erleichtern. Sie schlug dabei vor, 2 Sprechbühnen und 1 Operettenbühne als jene Privattheater zu bestimmen, die im Jahre 1951/52 aus Mitteln des Kulturgroschens unterstützt werden sollen. In den letzten Wochen fanden im Kulturamt der Stadt Wien eine Reihe von Besprechungen statt, in denen dieser Vorschlag der Wirtschaftskommission als Diskussionsgrundlage diente. Zuletzt beschäftigte sich der Gemeinderatsausschuß III als Kulturgroschenbeirat mit der Materie.

Nunmehr hat sich auch die Wiener Landesregierung in ihrer heutigen Sitzung mit der Kulturgroschenzuteilung an die Privattheater für die kommende Spielzeit befaßt, und beschlossen, dem Antrag der Wirtschaftskommission zuzustimmen. Als zu unterstützende Theater wurden das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und eine noch zu bestimmende Operettenbühne fixiert. Diese sollen auch einer fortlaufenden Wirtschaftskontrolle unterworfen werden, um eine ordnungsgemäße Verwendung der Kulturgroschenbeiträge zu sichern. Bei Auswahl dieser Bühnen war die Erwägung maßgebend, wenigstens jene Theater in ihrem Bestand so weit als möglich zu sichern, die ihrer künstlerischen Bedeutung und dem Publikumsinteresse nach einen wesentlichen Bestand des Wiener Theaterlebens bilden. Die Bedeutung des Theaters in der Josefstadt und des Volkstheaters bedarf wohl keiner besonderen Darlegung. Daß neben der Staatsoper in der Volksoper, die sich mit der Pflege der klassischen Operette befaßt, wenigstens eine Bühne für die moderne Operette zur Verfügung stellen soll, ist gewiß zu vertreten.

Die Wiener Landesregierung ließ sich bei diesem schwerwiegenden Entschluß, der keineswegs ihren kulturellen und theaterfreundlichen Wünschen entspricht, von der zwingenden wirtschaftlichen, auf eine tunlichste Konsolidierung der Theaterwirtschaft bedachten Erwägung leiten, daß es nicht länger verantwortet werden könne, durch geringere Subventionen Unternehmer zu einem Theaterbetrieb zu ermuntern, für den schließlich die erforderlichen weiteren öffentlichen Unterstützungsmöglichkeiten fehlen. Die bisherige Übung vermochte dem Anwachsen der Schulden nicht entsprechend vorzubeugen. Sie war auch der Sicherung der Lage der Angestellten der Theater sowie der künstlerischen Entwicklung der Bühnen nicht förderlich.

Die Wiener Landesregierung hat sich daher im Bewußtsein ihrer Verantwortung zu der einschneidenden Maßnahme entschlossen und weiß sich, gestützt auf die öffentliche Diskussion des Verständnisses der Überwiegenden Mehrheit aller, die Einblick in die Verhältnisse besitzen und objektiv zu urteilen vermögen, sicher. Auch das Bundesministerium für Unterricht hat sich im Grundsätzlichen der gleichen Auffassung angeschlossen. Nach dem heutigen Beschluß erhalten die genannten Theater aus dem Kultur-

groschenanteil der Stadt Wien monatlich je 52.500 S, wozu noch der Anteil des BMFU in der Höhe von rund eines Drittels dieses Betrages kommt. Es ist zu hoffen, daß durch diese weitgehende Unterstützung der 3 genannten Bühnen, durch sparsame und wirtschaftliche Betriebsführung ihrer Konzessionäre und durch Steigerung der Besucherzahl innerhalb kürzerer Zeit eine Gesundung dieser Bühnen eintritt und nach einem Jahr - für diese Zeit ist der Beschluß der Landesregierung gedacht - die Möglichkeit gegeben wird, die Theaterhilfe aus dem Kultur Groschenanteil wieder auf eine breitere Basis zu stellen.

Ein Ehrentag der Freiwilligen Feuerwehr  
=====

126 Auszeichnungen durch Bürgermeister Jonas

10. Juli (Rath.Korr.) Heute nachmittag wurde im Stadtsenats-sitzungssaal an 126 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren aus den Randgemeinden durch Bürgermeister Jonas das Ehrenzeichen für verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesen überreicht. An der Feier nahmen die Stadträte Afritsch, Koci, die Gemeinderäte Doppler und Philomena Haas, der Bezirksvorsteher für den 22. Bezirk, Horacek, Magistratsdirektor Dr. Kritscha, Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz, der Landeskommandant der Freiwilligen Feuerwehr von Niederösterreich, Drexler, sowie der Obmann des Fachausschusses für die Betriebsfeuerwehren Ing. Klackl teil.

Stadtrat Afritsch hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß die Medaillen für 25 beziehungsweise 40jährige Tätigkeit im Verband der Freiwilligen Feuerwehren die einzigen sind, die in der zweiten Republik verliehen werden können. Er bezeichnete es als durchaus verdient, wenn gerade Angehörigen der Feuerwehren, die sich uneigennützig bei Gefahren für die Allgemeinheit einsetzen, diese hohe Anerkennung zukommt.

Bürgermeister Jonas sprach dann über die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr und sagte, daß die Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Betriebsfeuerwehren aus dem öffent-



lichen Leben nicht wegzudenken seien. Die Katastrophen der letzten Monate haben neuerlich bewiesen, daß wir ihre Hilfsbereitschaft nicht entbehren können. "Das Beispiel dieser Menschen, die bei jeder Gelegenheit und zu jeder Stunde sich für die Rettung von Hab und Gut ihrer Mitmenschen einsetzen", sagte unter anderem der Bürgermeister, "ist für alle nachahmenswert. Den Feuerwehrmännern bedeutet dieser Einsatz mehr als ein moralisches Gebot - für sie ist es eine Selbstverständlichkeit!" Der Bürgermeister nahm dann die Überreichung der Medaillen vor, indem er die verdienten Feuerwehrmänner um ihre Mithilfe bei der Ausbildung eines tüchtigen Nachwuchses bat.

Im Namen des dienstlich verhinderten Bundesfeuerwehrkommandanten Polizeipräsident Holaubek dankte Landeskommandant Drexler der Stadt Wien und dem Bürgermeister für die Ehrung seiner Feuerwehrkameraden. Mit dem Dank gab er auch die Versicherung ab, daß die Feuerwehrmänner in den Randgemeinden auch weiterhin uneigennützig und selbstlos ihren Pflichten nachkommen werden.

Den feierlichen Rahmen der Feier im Wiener Rathaus besorgte das Klavierquartett Faltl.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

11. Juli 1951

Blatt 1257

Das "Statistische Taschenbuch der Stadt Wien für das Jahr 1950"  
=====

11. Juli (Rath.Korr.) Das Statistische Amt der Stadt Wien hat kürzlich den neuen Jahrgang des "Statistischen Taschenbuches der Stadt Wien" herausgebracht. Es wird damit die Reihe dieses wertvollen und aufschlußreichen kleinen Nachschlagewerkes fortgesetzt, das auf rein sachlicher Grundlage und in übersichtlicher Form die statistischen Ergebnisse aus dem Leben unserer Bundeshauptstadt festhält. Über die verschiedensten Gebiete, Kultur und Volksbildung, Bevölkerungs- und Gesundheitswesen, Fürsorge und Wirtschaft, Witterung und geographische Verhältnisse, kann man sich auf 134 Tabellen schnell orientieren. Eine kurze Chronik gibt einen Überblick über die Wiener Stadtgeschichte von der Zeit der ersten Keltensiedlungen bis in die Gegenwart. Einige Kapitel, die Daten über die Österreichischen Bundesländer, Städte und Staaten der Welt und Wissenswertes über Sachgebiete von allgemeinem Interesse bringen, ergänzen nebst einem Inhalts- und Sachverzeichnis dieses für jedermann nützliche Buch.

Der ebenso handliche wie gefällig ausgestattete Band bietet besonders auch für den Schulbetrieb eine reiche Informationsquelle und damit einen wertvollen Behelf. Das "Statistische Taschenbuch der Stadt Wien" ist zu dem außerordentlich niedrigen Preis von 5 Schilling durch den Verlag der Ueberreuter'schen Buchdruckerei, Wien 9., Alser Straße 24, zu beziehen.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

11. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 16. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kohlreithberg" gebracht wurden, am Freitag, dem 13. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 16.55 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Entfallende Sprechstunden  
=====

11. Juli (Rath.Korr.) In der Zeit vom 16. Juli bis 20. August entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung Mandl.

Neue Attraktion im Stadionbad:Ein kaltes "Dampfbad"  
=====

11. Juli (Rath.Korr.) Das Stadionbad, das nach seiner Verwüstung durch die Kriegshandlungen nun wieder zu den schönsten und modernsten Wiener Bädern zählt, ist bei den Wienern zu einer beliebten Stätte der Erholung aber auch ein vorbildliches Sportbad für internationale Wettkämpfe geworden. Auch in dieser Saison hat das Stadionbad verschiedene Neuerungen durchgeführt; so wurden unter anderem eine Filter-Enteisungs- und Vorwärmanlage gebaut, die Tribünen wurden mit sämtlichen Erfordernissen für Großveranstaltungen ausgestaltet, das Restaurantgebäude wurde fertiggestellt und die gärtnerische Ausgestaltung vollendet. Außerdem wurden auch verschiedene Zubauten zu den Sonnenbädern errichtet.

Schon in den nächsten Tagen soll eine weitere attraktive Neuerung den Besuchern des Stadionbades viel Vergnügen bereiten. Nach einer Idee des Geschäftsführers der Wiener Stadion Betriebsgesellschaft Röscher hat Architekt Schöll eine Anlage entworfen, die den hitzegeplagten Badegästen Abkühlung bringt, ohne ins Was-

ser gehen zu müssen: sozusagen ein kaltes Dampfbad. Die Anlage besteht aus einer seichten Betonwanne, die 22.5 Meter lang und 3 Meter breit ist. Aus einem sinnvoll angeordneten Röhrensystem wird durch eine eigene Pumptanlage aus fünf Röhrenkörben durch Düsen unter hohem Druck feinsten Wasserstaub versprüht. Vier Kombinations-Massageduschen für die besonders Sportlichen ergänzen die Anlage. Wer nun an Tagen mit Großbetrieb nicht gern in die überfüllten Basins steigen will, braucht nur durch diesen Wassergarten zu gehen und wird von allen Seiten mit dem kalten Wasserdampf besprüht. Diese für Wien völlig neue Einrichtung wird sicher den Beifall der Badegäste des Stadionbades finden.

Zuwendungen der Stadt Wien an wissenschaftliche Vereinigungen  
 =====

11. Juli (Rath.Korr.) Die Wiener Landesregierung hat auf Antrag von Stadtrat Mandl so wie im Vorjahr an eine Reihe wissenschaftlicher Vereinigungen oder wissenschaftlich tätiger Personen Förderungsbeiträge genehmigt, durch die die Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen ermöglicht wird. Durch eine derartige Unterstützung wird auch öffentlichen Zwecken gedient, da aus wissenschaftlichen Erkenntnissen neben einem ideellen auch ein praktisch-materieller Nutzen für die Allgemeinheit gezogen wird. Die Sicherung der Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen ist auch wegen des Austauschverkehrs mit dem Ausland notwendig.

Die von der Landesregierung genehmigte Förderungssumme beträgt 149.300 Schilling. Sie wird aus dem Anteil des Bundeslandes Wien am Kultur Groschenenertragnis für das Jahr 1951 gedeckt. Die Liste der Empfänger lautet:

Jahrbuch der Gesellschaft für Theaterforschung .....	S	5.000
Verein der Freunde Carnuntums .....	S	1.000
Verein für Volkskunde für die Herausgabe einer "Geschichte der österreichischen Volkskunde" (Schmidt)	S	4.000
Forschungsgesellschaft für Straßenwesen .....	S	9.000
"Kurzbericht der österreichischen Baudokumentation" (Prof. Dr. Kirste) .....	S	5.000
"Abhandlungen des Dokumentationszentrums der Technik" (Prof. Dr. Kirste)	S	8.000

11. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1260

Österreichische mathematische Gesellschaft .....	S	6.000
"Verein vulkanischer Gesteine im Hörndlwald" .....	S	4.800
Geologische Gesellschaft für "Die Molluskenfauna im Pannon des Wiener Beckens" (Doz. Dr. A. Papp) ....	S	10.000
Zoologisch-botanische Gesellschaft für Festschrift anlässlich des 100jährigen Bestandes .....	S	5.000
Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kennt- nisse .....	S	4.500
Österreichische mineralogische Gesellschaft (Jubi- läumsband anlässlich des 50jährigen Bestandes) .....	S	6.000
Österreichischer Naturschutzbund für Zeitschrift "Natur und Land" .....	S	7.000
Anthropologische Gesellschaft .....	S	5.000
Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft .....	S	5.000
Gesellschaft zur Herausgabe von Denkmälern der Ton- kunst .....	S	5.000
"Ausgrabungen und Funde im Wiener Stadtgebiet von 1948/49 .....	S	3.000
Jahrbuch und Geschichtsblätter des Vereines für Ge- schichte der Stadt Wien .....	S	7.000
Adalbert Stifter-Gesellschaft für Almanach .....	S	5.000
Forschungsgemeinschaft "Die Großstadt Wien als Lebensstätte der Wiener" (Leitung Prof. Marinelli im Institut für Wissenschaft und Kunst) .....	S	28.000
Wiener Goethe-Verein .....	S	1.000
Arbeitsgemeinschaft der Entomologen im Volksheim Ottakring .....	S	2.000
Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Verein für Heimatatlas (Grundlage für Stadt- und Landesplanung) .....	S	8.000
Österreichische Musikzeitschrift .....	S	5.000

---

 S 149.300

## 34 Diplombroschen

=====

Nach vielen Jahren wieder diplomierte Krankenpflegerinnen

11. Juli (Rath.Korr.) In Anwesenheit von Bürgermeister Jonas und Stadtrat Dkfm. Nathschläger wurden heute vormittag 34 Absolventinnen der dreijährigen Krankenpflegerinnenschule des Rudolfspitales die Abgangszeugnisse mit der Diplombrosche überreicht. Unter den Ehrengästen befand sich auch Stadtrat a.D. Dr. Freund, der als Primarius im Rudolfspital wirkt.

Der Leiter der Anstalt Prof. Dr. Steindl konnte in seiner Begrüßungsansprache feststellen, daß mit dieser Abschlußfeier ein seit Jahren gehegter Wunsch des Wiener Gesundheitswesens in Erfüllung gegangen ist; zum ersten Mal tritt eine komplette Klasse dieser durch Bürgermeister Körner vor drei Jahren eröffneten Schule ins Berufsleben. Er bezeichnete die Errichtung der Schule als einen Erfolg der Stadt Wien, der vor allem den Kranken zugute kommt und dankte <sup>namens</sup> der Anstalt der Stadtverwaltung und dem Lehrkörper für die gute Entwicklung der Krankenpflegerinnenschule.

Nachdem Stadtphysikus Dr. Schweger den Absolventinnen die Abgangszeugnisse mit der Diplombrosche übergeben hatte, begrüßte die jungen Schwestern namens des Amtsführenden Stadtrates für Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er beglückwünschte die Schülerinnen zum erfolgreichen Abschluß ihres Studiums und bat sie, sich stets des großen Ethos, der in ihrer Arbeit liegt, zu erinnern. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Rahmen des Gesundheitswesens unserer Stadt eine Lehranstalt geschaffen wurde, die dem guten Ruf Wiens gerecht wird.

Lebhaft begrüßt sprach dann zu den jüngsten Krankenpflegerinnen unserer Stadt Bürgermeister Jonas. Er hob hervor, daß es nur wenige Berufe gibt, an denen die Gemeinschaft so interessiert sei wie an dem Beruf der Krankenschwestern. Die Schule war bestrebt, ihnen das geistige Rüstzeug für ihren schweren Beruf zu übermitteln. Ihre Arbeit verlangt aber außerdem noch viel Ausdauer und Liebe zur leidenden Kreatur. Mit dem Dank an die Schulleitung für die Heranbildung des schaffensfrohen Nachwuchses wünschte er den Schülerinnen, die mit dem heutigen Tage ins Leben

treten, daß sie in ihrem Beruf volle Befriedigung finden mögen.

Eine Absolventin versprach dem Bürgermeister namens ihrer Kolleginnen, daß sie überall dort, wo sie angestellt werden, der Schule Ehre machen wollen. Im Rahmen der Feier brachten die Schülerinnen der Anstalt einige Chöre zum Vortrag.

Sportärztliche Untersuchungsstelle bis 15. August geschlossen

11. Juli (Rath.Korr.) Die Sportärztliche Untersuchungs- und Beratungsstelle in der Pelikangasse 16-18 bleibt vom 15. Juli bis 15. August geschlossen.

Stahlkonstruktion der Aspernbrücke fertiggestellt

11. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde der letzte Konstruktionsteil der Stahlkonstruktion auf der neuen Aspernbrücke eingesetzt und damit die Verbindung zwischen dem ersten und zweiten Bezirk hergestellt. Damit ist ein bedeutsamer Abschnitt beim Bau der neuen Aspernbrücke beendet. Das Gewicht der Stahlkonstruktion allein beträgt rund 580 Tonnen. Die neue Brücke, die auf den alten Fundamenten errichtet werden konnte, soll Mitte November bereits dem Verkehr übergeben werden. Mit dem Bau wurde bereits im September 1949 begonnen, doch traten bei den Stahllieferungen Verzögerungen ein. Gleichzeitig mit der Verkehrsübergabe der neuen Brücke soll auch der Aspernplatz neu gestaltet werden. Man denkt dabei an einen Kreisverkehr mit einer Grünanlage in der Mitte der Kreuzung, ähnlich wie bei der Kreuzung Gürtel - Mariahilfer Straße. Ebenso soll auch die zum Teil tiefer liegende Fahrbahn und der Gehsteig in der Aspernbrückenstraße assaniert werden.

Die neue Aspernbrücke wird 27,95 Meter breit sein, davon entfallen je 4,35 Meter auf die beiden Gehsteige. Die Fahrbahn bietet Platz für zwei Straßenbahngleise, die in der Mitte der Brücke angeordnet werden, und daneben je eine Seitenfahrbahn mit zwei Fahrspuren. Entlang des zur Stadt befahrenen Straßen-

11. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1263

bahngleises wird eine 1,80 Meter breite Haltestelleninsel für die Straßenbahn errichtet. Das Tragwerk der Brücke ist für schwerste Straßenbahntriebwagen mit gleichzeitiger Vollbelastung der Seitenfahrbahnen durch Lastkraftwagen von 14 bis 25 Tonnen bemessen. Die Stützweite der über den Kanal führenden Mittelöffnung der Brücke beträgt fast 59 Meter.

Heute nachmittag besuchte der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen Thaller die Baustelle, auf der er sich von dem raschen Fortschreiten der Arbeiten überzeugte. Stadtrat Thaller ließ sich von dem Leiter der Gruppe Tiefbau, Senatsrat Dipl.Ing.Dr.Tillmann und Oberbaurat Dipl.Ing.Mermon von der Abteilung Brücken und Wasserbau, über technische Einzelheiten informieren. Im Anschluß an die Besichtigung wurden die Arbeiter dem Stadtrat vorgestellt.

Als nächste Brücke über den Donaukanal soll dann die Marienbrücke errichtet werden, bei der die Vorarbeiten bereits aufgenommen wurden. Die Marienbrücke wird voraussichtlich im Jahre 1953 dem Verkehr übergeben werden können.



# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

12. Juli 1951

Blatt 1264

## Der schwedische Gesandte besichtigte städtische Einrichtungen

---

12. Juli (Rath.Korr.) Gestern besuchte der schwedische Gesandte Kurt Allan de Belfrage in Begleitung von Bürgermeister Jonas und des Stadtrates für das Bauwesen, Thaller, die Per Albin Hansson-Siedlung in Favoriten. Der schwedische Gesandte zeigte für die große Siedlungsanlage starkes Interesse und besuchte bei dieser Gelegenheit auch die Schule der Per Albin Hansson-Siedlung sowie den im Bau befindlichen Kindergarten. Anschließend besichtigte er auch das Amalienbad und den Sonderkindergarten im Auer Welsbach-Park.

## Pferdemarkt vom 10. Juli

---

12. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 89 Schlächterpferde. Bezahlt wurden für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 22, Oberösterreich 3, Steiermark 7; Ausland: Jugoslawien 55.

## Ferkelmarkt vom 11. Juli

---

12. Juli (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 155 Ferkel, von denen 125 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 153 S, 7 Wochen 212 S, 8 Wochen 245 S, 9 Wochen 282 S.

Der Marktbetrieb war sehr lebhaft.

47 neue städtische Baustellen im Jahre 1952  
=====Die Vorarbeiten für das nächste Jahr haben begonnen

12. Juli (Rath.Korr.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauangelegenheiten berichtete Stadtrat Thaller über die Vorarbeiten für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien im Jahre 1952. Nach diesem Bericht sind für 1952 47 neue Baustellen vorgesehen. Die 47 Wohnbauten werden schätzungsweise mindestens 4000 Wohnungen enthalten. Wie Stadtrat Thaller dazu erklärt,, wird sich aber die Anzahl der Wohnungen voraussichtlich noch erhöhen. Die neuen Wohnbauten werden über fast alle Wiener Bezirke verteilt sein. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß auch das sogenannte Schnellbauprogramm der Gemeinde Wien, das bis jetzt die Errichtung von rasch vergrößerbaren Kleinwohnungen in Wien 21., an der Siemensstraße, und in Wien 10., Gudrunstraße, vorsieht, auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll. Ein neues Bauvorhaben dieser Art wird in Meidling errichtet werden.

Dem Bericht des Amtsführenden Stadtrates Thaller ist zu entnehmen, daß mit den Projektierungsarbeiten und den Verhandlungen zur Freimachung der vorgesehenen Grundstücke sofort begonnen werden wird.

Stadtrat Thaller schloß seinen für die Stadt Wien so wichtigen Bericht mit einem sehr bedeutsamen Hinweis: "Das in der ganzen Welt bekannte Wiener Wohnbauprogramm, das ja gerade für unsere Stadt von lebenswichtiger Bedeutung ist, wird aber," so sagte der Stadtrat, "nur dann durchgeführt werden können, wenn die Einnahmen der Stadt in der kommenden Zeit keine wesentlichen Einbußen erleiden.

Zur Fleischversorgung  
=====

Zur Fleischversorgung in dieser Woche teilt das Marktamt der Stadt Wien mit, daß der dieswöchige Rindermarkt gegenüber der Vorwoche eine bessere Beschickung aufwies, so daß der Nachfrage voll entsprochen werden konnte. Der Schweinehauptmarkt war wohl unbefriedigend beliefert, doch wurde ein gewisser Ausgleich dadurch herbeigeführt, daß die Großmarkthalle mit geschlachteten Schweinen gut beschickt war.

Verleihung der Förderungspreise der Stadt Wien  
=====

12. Juli (Rath.Korr.) Bekanntlich werden heuer zum ersten Mal von der Stadt Wien neben den Preisen der Stadt Wien, die nur für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung verliehen werden, auch Förderungspreise, vor allem für junge Künstler und Wissenschaftler, gegeben. Diese Preisverleihung ist in zwei Gruppen vorgesehen. Die erste Gruppe, bestehend aus sieben Personen, hatte sich heute vormittag im Amt für Kultur und Volksbildung eingefunden, wo ihnen Stadtrat Mandl die Förderungspreise in der Höhe von je 2000 Schilling überreichte. In seiner Ansprache spornte er die jungen Künstler an, sich weiterhin in den Dienst der Stadt zu stellen.

Die heutigen Empfänger des Förderungspreises sind: Paul Kont (Komponist), Vera Ferra (Schriftstellerin), Walter Eckert (Graphiker), Dozent Otto König jun. (Naturwissenschaftler), Dr. Gertrud Pleskot (Naturwissenschaftlerin), Dr. Maja Löhr (Historikerin) und Dr. Andreas Liess (Musikwissenschaftler).

Die Biographien der Preisträger hat die "Rathaus-Korrespondenz" bereits in ihrer Aussendung vom 7. Juli gebracht.

Ehrenmedaille der Stadt Wien für Anton Stehno  
=====

12. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas wird am Samstag, dem 21. Juli, um 9.30 Uhr, im Sitzungssaal des Stadtsenates an den Fürsorgerat Anton Stehno die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien verleihen.

Zugang: Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I.

Die Sprechstunden beim städtischen Personalreferenten  
=====

12. Juli (Rath.Korr.) Der städtische Personalreferent, Stadtrat Fritsch, hält ab 1. August wieder jeden Mittwoch seine Sprechstunden ab.

Rindermarkt vom 12. Juli - Nachmarkt  
 =====

12. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 53 Ochsen, 19 Stiere, 64 Kühe, 19 Kalbinnen, Summe 155. Auftrieb Inland: 7 Ochsen, 10 Stiere, 36 Kühe, Summe 53. Gesamtauftrieb: 60 Ochsen, 29 Stiere, 100 Kühe, 19 Kalbinnen, Summe 208. Unverkauft blieben: 52 Ochsen, 11 Stiere, 59 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 135. Verkauft wurden: 8 Ochsen, 18 Stiere, 41 Kühe, 6 Kalbinnen, Summe 73. Außermarktbezüge: 208 Rinder.

Bei lustlosem Marktverkehr wurden die Hauptmarktpreise behauptet.

Schweinemarkt vom 12. Juli - Nachmarkt  
 =====

12. Juli (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 11 inländische Fleischschweine, Summe 11. Verkauft wurde alles. Außermarktbezüge: 1620 inländische Fleischschweine.

Aufnahmen in die Krankenpflegeschulen der Stadt Wien  
 =====

12. Juli (Rath.Korr.) In den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien werden für den Krankenpflegeberuf körperlich und geistig geeignete Schülerinnen im Alter von nicht unter 18 und nicht über 30 Jahre mit mindestens abgeschlossener Hauptschulbildung zu einer dreijährigen Ausbildung mit kostenfreier Unterbringung aufgenommen.

Die mit Geburtsurkunde, Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft und polizeilichem Führungszeugnis belegten eigenhändig geschriebenen und mit einem Bundesstempel zu vier Schilling gestempelten Ansuchen, die auch eine kurze Darstellung des Lebenslaufes der Bewerberinnen enthalten müssen, sind für die Krankenpflegeschulen in der Krankenanstalt Rudolfstiftung und im Allgemeinen Krankenhaus bis 31. August 1951, für die im Wilhelminenspital bis 30. September und für die im Krankenhaus Lainz bis 31. Oktober 1951, bei den Direktionen dieser Schulen einzubringen. Ungestempelte Beilagen sind mit 1 S nachzustempeln.

12. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1268

Vor und bei der Aufnahme findet eine schulärztliche Untersuchung statt. Der Unterricht beginnt in der Krankenanstalt Rudolfstiftung am 4. September, im Allgemeinen Krankenhaus Anfang Oktober, im Wilhelminenspital Ende Oktober und im Krankenhaus Lainz Anfang Jänner 1952. Nähere Auskünfte erteilen die Direktionen der Krankenpflegeschulen.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

13. Juli 1951

Blatt 1269

Gesperrt bis 15 Uhr!

Ehrenring der Stadt Wien für Ferdinand Bruckner

Ehrenmedaille für Karl Kobald und Michael Powolny

13. Juli (Rath.Korr.) Der Gemeinderat beschloß heute dem Dramatiker Ferdinand Bruckner in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf dem Gebiet der Literatur anlässlich der Vollendung seines 60. Lebensjahres den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Ferner erhalten der Musikschriftsteller Karl Kobald anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres und der Bildhauer und Keramiker Michael Powolny anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Würdigung ihrer besonderen Verdienste die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien.

Ferdinand Bruckner wurde am 26. August 1891 in Wien geboren. Er wirkte als Schauspieler und Theaterdirektor in Berlin. 1933 verließ er Deutschland, hielt sich einige Zeit in Wien auf und ging schließlich 1936 über die Schweiz und Frankreich in die USA in die Emigration, wo er bis zum heutigen Tage lebt. Seit 1945 war er zweimal zu kurzem Aufenthalt in Wien. Seine früheren Dichtungen, die der expressionistischen Richtung folgten, ragen nicht über den Durchschnitt hervor. Erst als er die unter dem Namen Ferdinand Bruckner der neuen Sachlichkeit nahestehenden Dramen schrieb, errang er seine im ganzen Sprachgebiet gleich wirksamen Erfolge. Bruckner schildert in seinen Zeitdramen der ersten Schaffensperiode die junge Generation zwischen den beiden Kriegen. Seine "Krankheit der Jugend" (1929), aufgeführt am Theater in der Josefstadt, gab ein scharfes psychologisches Bild jener Jugend, die der Ungewißheit der Zeit nichts entgegenzusetzen hatte und ihren inneren Kämpfen ausgeliefert ist. "Verbrecher" (1929) zeigt

gleichfalls einen ungeschminkten realistischen Querschnitt durch eine Menschenschichte jener Zeit. Mit der "Elisabeth von Endland" (1930) begann die Reihe seiner historischen Dramen, die Bruckners ganz eigene Technik der historischen Deutung zeigte, mit Mitteln der Tiefenpsychologie arbeitend und in ständigem Zusammenhang mit der Gegenwart zum Verständnis des Dargestellten hinführend. Das Stück wurde im Volkstheater mit einem Riesenerfolg gegeben und wurde auch im Jahre 1949 im Burgtheater (Ronacher) mit gleichem Erfolg wieder aufgeführt. In der "Marquise von O." bot er eine eigenartige Dramatisierung der Kleist'schen Novelle, im "Timon von Athen" eine Neudichtung des antiken Stoffes von der Untreue der Freunde im modernen Kleid, zugleich eine glänzende Satire auf den Nationalsozialismus, in "Simon Bolivar" eine moderne Darstellung der Befreiung Südamerikas, in der "Heroischen Komödie" (aufgeführt 1947 im Volkstheater) eine Darstellung des Kampfes der Frau von Sael gegen Napoleon. Während des zweiten Weltkrieges schrieb er eine Anzahl von Dramen, die mit geradezu prophetischem Blick die Zukunft des Faschismus und die Zukunft der Welt nach dem Zusammenbruch des Faschismus darstellten. ("Denn seine Zeit ist kurz" und "Die Befreier"). Das 1947 im Akademietheater aufgeführte Stück "Fährten" stellt das Drama einer Dienstmagd dar. Bruckner gehört heute zu den ersten Dramatikern Österreichs, dessen Bedeutung über Österreich hinausgeht.

Karl Kobald wurde am 28. August 1876 in Brünn geboren, studierte an der Universität Jus, aber auch Kunstgeschichte und Musikgeschichte. Seit 1906 war er im Staatsdienst tätig, zuerst als Beamter bei der Zentralkommission für kunsthistorische Denkmale (späteres Bundesdenkmalamt), später im Unterrichtsministerium selbst, wo er die grundlegenden Umgestaltungen in der Organisation des Wiener Kunstlebens mitbewirken half. (Schaffung der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst, Mitbegründer der Salzburger Festspiele, Mitorganisator der Zentenarfeiern für Schubert, Beethoven, Bruckner und Haydn.) Dreimal stand er an der Spitze der Akademie, zuerst 1918 als Staatskommissär, dann als Präsident des Instituts von 1932 bis 1938, bis er von den Nationalsozialisten enthoben wurde, und schließlich von 1945 bis zu seiner Pensionierung. Als Musikschriftsteller ist Kobald außerordentlich

fruchtbar. Die großen österreichischen Musiker Schubert, Beethoven, Bruckner, Haydn, Johann Strauß hat er in großen, auch weiten Kreisen gut verständlichen Monographien behandelt. Sein in mehreren Sprachen übersetztes Buch "Alt Wiener Musikstätten" erschien in zahlreichen Auflagen, zuletzt 1950 unter dem Titel "Wo unsterbliche Musik entstand". Einen wertvollen Beitrag zur Topographie Wiens liefert er in seinem umfangreichen Buch über Schönbrunn. In seinen jungen Jahren ist Kobald auch als Lyriker und Erzähler hervorgetreten. Anlässlich seines 70. Geburtstages war er Gegenstand zahlreicher öffentlicher Ehrungen.

Michael Powolny wurde am 1<sup>o</sup>. September 1871 in Judenburg in Steiermark geboren. Nachdem er bei seinem Vater das Hafnergewerbe erlernt hatte, trat er als Gehilfe bei der Firma Sommerhuber, für die er so wie für Schwadron auch später Ofenentwürfe lieferte, in Steyr ein. 1891 besuchte er die Fachschule für Tonindustrie, in Znaim und studierte ab 1894 an der Wiener Kunstgewerbeschule, wo er bei Kühne, Otto König und Arthur Strasser arbeitete. 1906 begründete er mit Bertold Löffler die Werkstätte "Wiener Keramik", die auch die "Wiener Werkstätte" belieferte und 1912, nachdem Löffler 1909 als Lehrer an die keramische Fachklasse der Wiener Kunstgewerbeschule berufen worden war, an die von dessen Schüler Franz Schleiss geführte "Gmundner Keramik" überging. 1932 übernahm Powolny die Bildhauerklasse der Kunstgewerbeschule, in der er auch eine Werkstätte für Glasschliff und Glasschnitt einrichtete, deren Leitung er von Anfang an innehatte. Besondere Erwähnung verdient seine Mitarbeit in der Wiener Porzellanmanufaktur Schloß Augarten, die mit Löffler durchgeführte Majolikakachelverkleidung im Kabarett Fledermaus, die figürliche Keramikausstattung für das Dianabad und für den Kindergarten der Stadt Wien in der Löschenkohl-gasse. Ferner die Stuckreliefs für die Villa Skywa (Erbauer Prof. Josef Hoffmann) in Hietzing, die Plastiken für das Haus Berl in Freudenthal (Schlesien) und die, die er für das Stoclet-Palais in Brüssel (Erbauer Prof. Josef Hoffmann) geschaffen hat.

Bemerkenswert ist an Powolny die Vielseitigkeit seines künstlerischen Schaffens: man kennt von ihm Keramik-Kleinplastiken,



Großplastiken, Kachelöfen, Glas- und Silberarbeiten, Medaillen und Münzen, Putten mit Blumen, von der Augarten-Porzellan-Manufaktur ausgeführte Tiere und Figuren. Der Künstler wurde mit dem Grand-Prix in Brüssel, dem Diplome d'honneur in Paris, der Bronzemedaille in St. Louis in Amerika, dem Silbernen Staatspreis für seine "Pomona" ausgezeichnet.

### Sitzung des Wiener Landtages

=====

13. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag um 11 Uhr trat der Wiener Landtag unter seinem Präsidenten Marek zu einer Sitzung zusammen, um die Gesetzesvorlage betreffend dem Wiederaufbau Wiens und zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien zu beraten. Vor Eingang in die Verhandlungen wurde der 3. Präsident des Landtages neu gewählt. Bisher bekleidete der jetzige Stadtrat Koci dieses Amt. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei ist nun Conrad Lötsch (SPÖ) 3. Präsident des Wiener Landtages. Ferner wurde als Mitglied des Immunitätskollegiums Landtagsabgeordneter Hans Winter (SPÖ) gewählt.

Über das Wiener Wiederaufbaugesetz, wie die Gesetzesvorlage betreffend dem Wiederaufbau Wiens und zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien kurz genannt wird, referierte StR. Afritsch (SPÖ). Er erläuterte den Gesetzestext und führte unter anderem aus:

#### Das neue Wiederaufbaugesetz

Durch die Kriegereignisse sind an Bauanlagen auch in Wien zahlreiche Schäden entstanden. Sofern es sich dabei um Anlagen handelt, die im Eigentum der Stadt stehen, wie Brücken, Straßen, Schulen u.dgl., wurden und werden diese Schäden auf Kosten der Stadt beseitigt. Die Behebung der Schäden an privaten Bauanlagen ist Aufgabe der Eigentümer. In vielen Fällen waren aber die Eigentümer entweder nicht Willens oder nicht in der Lage, diese Schäden zu beheben. In diesen Fällen muß die Behörde eingreifen, um vorhandene Gefahren für die Bewohner der Gebäude oder der Straßenbenützer zu verhüten.

Die rechtliche Grundlage für die Erteilung der erforderlichen Aufträge bot die Bauordnung für Wien aus dem Jahre 1930. Diese Bauordnung, eine der modernsten Österreichs und überhaupt Europas, enthielt alle jene gesetzlichen Bestimmungen, die notwendig waren, um die unmittelbar drohenden Gefahren zu beseitigen.

Als sich die Verhältnisse auf dem Gebiete der Bauwirtschaft besserten, die ernstesten Schäden an Straßen, Brücken und Verkehrsflächen beseitigt waren, entstand das Bedürfnis, die teilzerstörten oder beschädigten Gebäude wieder aufzubauen. Für diesen Wiederaufbau war aber in der Mehrzahl aller Fälle die Erwirkung einer Baubewilligung nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien erforderlich. Dabei zeigte es sich, daß eine Bewilligung zum Wiederaufbau in manchen Fällen überhaupt nicht, in anderen Fällen nur sehr schwer erteilt werden konnte. Denn die Wiener Bauordnung aus dem Jahre 1930 stellt insbesondere an Wohnhäuser weit höhere Anforderungen als dies die Bauordnungen taten, unter deren Geltung die beschädigten Häuser errichtet wurden.

Um jedoch den dringend notwendigen Wiederaufbau zu fördern, wurde bereits Ende 1946 der Magistrat beauftragt, den Entwurf eines Gesetzes auszuarbeiten, der den Wiederaufbau Wiens erleichtern sollte. Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf wurde am 20. Februar 1947 vom Wiener Landtag zum Beschluß erhoben. Das Gesetz, womit Sonderbestimmungen für den Wiederaufbau Wiens und andere, von der Bauordnung abweichende Bestimmungen erlassen wurden, war von Anfang an nur als zeitlich befristetes Gesetz gedacht. Es sollte für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende die erforderlichen Übergangsbestimmungen schaffen.

Bald nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zeigte sich, daß auch die Bestimmungen der Bauordnung für Wien über die Instandhaltungspflicht von Baulichkeiten in vielen Fällen zu einer vom Gesetzgeber nicht beabsichtigten Härte führen. Denn nach der Bauordnung für Wien ist der Eigentümer einer Baulichkeit verpflichtet, diese in einem guten, der Baubewilligung entsprechenden Zustand zu erhalten. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, teilzerstörte Gebäude wieder aufzubauen. Für den Wiederaufbau fehlten aber in vielen Fällen die hierfür erforderlichen Mittel. Das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, das diese Mittel später zur Verfügung stellte, war aber im Jahre 1947 noch nicht erschienen. Durch die Novelle

vom 21. Juli 1947 wurde daher die Instandhaltungspflicht bei kriegsbeschädigten Baulichkeiten auf jene Maßnahmen eingeschränkt, die zur Hintanhaltung einer Gefährdung erforderlich waren.

Das erste Wiener Wiederaufbaugesetz hat sich im allgemeinen bewährt. Es hat diejenigen Erleichterungen geschaffen, die einen Wiederaufbau kriegszerstörter oder beschädigter Gebäude in vielen Fällen überhaupt erst möglich machten. Es hat aber auch den weiteren Verfall beschädigter Baulichkeiten verhindert und einen Schutz für den so dringend benötigten Wohnraum geboten. Da das Gesetz mit 31. Dezember 1950 befristet war, wurden bereits zu Beginn des Jahres 1950 die Vorarbeiten für ein neues Gesetz aufgenommen.

Im Sommer 1950 war nach eingehenden Beratungen aller in Betracht kommenden Stellen der Entwurf eines neuen Wiener Wiederaufbaugesetzes fertiggestellt worden. In diesem Zeitpunkte wandten sich jedoch mehrere betroffene Eigentümer mit einer Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, in dem den Ländern das Recht zur Erlassung baurechtlicher Bestimmungen für den Wiederaufbau abgesprochen wurde. Da die Rechtslage nicht völlig zweifelsfrei war, konnte der Gesetzentwurf zunächst nicht weiter verfolgt werden. Über die eingebrachten Beschwerden hat der Verfassungsgerichtshof am 28. September 1950 verhandelt. In der Entscheidung, die erst Ende Oktober 1950 in schriftlicher Ausfertigung dem Land Wien zugestellt wurde, hat der Verfassungsgerichtshof die Beschwerden als unbegründet abgewiesen. Erst damit war der Weg für die Weiterbehandlung des Gesetzes frei. Der Gesetzentwurf wurde nun den zuständigen Kammern zur Stellungnahme übersandt. Auf Grund der Stellungnahmen der Kammern wurde der Gesetzentwurf neuerlich umgearbeitet, da von diesen wertvolle Anregungen gegeben wurden. Der neue Entwurf bildete nun die Grundlage für weitere eingehende Besprechungen, die zu dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf führten.

Das neue Wiener Wiederaufbaugesetz zerfällt in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt befaßt sich mit den eigentlichen Wiederaufbaubestimmungen. Der zweite Abschnitt beinhaltet zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien. Der dritte Abschnitt regelt

das Vorzugspfandrecht, das Eintrittsrecht in Grundkäufe im Wald- und Wiesengürtel und die Vertretungsbefugnisse. Im vierten Abschnitt sind die Übergangsbestimmungen enthalten.

Was nun zunächst die eigentlichen Wiederaufbaubestimmungen anlangt, so übernehmen diese im wesentlichen den Rechtsstoff wie er sich aus dem ersten Wiener Wiederaufbaugesetz ergab. Der § 1 stellt klar, daß auch der Wiederaufbau eines kriegsbeschädigten und zerstörten Gebäudes einer Baubewilligung bedarf. Im § 2 ist die Erhaltungspflicht kriegsbeschädigter Baulichkeiten geregelt. Auch nach den neuen Bestimmungen ist der Eigentümer grundsätzlich nur zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen zum Zwecke der Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes verpflichtet. Um den Wiederaufbau zu fördern, ist, und darin liegt eine Neuerung, die Baubehörde berechtigt, von einzelnen Bestimmungen der Bauordnung abzusehen. Eine Grenze findet dieses behördliche Ermessen darin, daß eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes keinesfalls eintreten darf.

Von den Bestimmungen des zweiten Abschnittes dehnt der § 3 die Zuständigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung auch auf die Begutachtung einzelner Bauvorhaben aus, wenn diese von maßgeblichem Einfluß auf das Stadtbild sind. Der § 4 schafft die Möglichkeit, unerwünschte Grundabteilungen zu verhindern. Die in der Wiener Bauordnung vorhandene Lücke, bestehend in dem Fehlen gesetzlicher Bestimmungen beim Abbruch einer Bauanlage, wurde durch die zahlreichen Abtragungen kriegszerstörter Baulichkeiten besonders unangenehm empfunden. Hier schafft der § 5 die erforderliche Rechtsgrundlage. Eine Überlastung des Gemeinderatsausschusses VII war in der letzten Zeit dadurch eingetreten, daß bei der Einräumung von Erleichterungen die Bescheide der Baubehörde der Zustimmung, Bestätigung oder Genehmigung des Ausschusses bedurften. Dabei handelt es sich vielfach um Ausnahmen unbedeutender Natur, die sachlich eine Beschlußfassung des Gemeinderatsausschusses nicht rechtfertigen. Durch die Bestimmungen des § 6 soll daher die Möglichkeit gegeben werden, den Gemeinderatsausschuß zu entlasten und ihm in Zukunft nur solche Bauvorhaben zur Entscheidung vorzulegen, die schwerwiegende Abweichungen von den Bestimmungen der Bauordnung beinhalten.

Im Interesse der Allgemeinheit

Nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien ist bei der Abteilung eines Grundes der Eigentümer nur verpflichtet, die zu den Verkehrsflächen entfallenden Grundteile unentgeltlich und lastenfrei abzutreten. Diese Abtretungsverpflichtung reicht aber nicht aus, alle jene öffentlichen Bedürfnisse zu befriedigen, deren Befriedigung von dem Grundeigentümer billigerweise verlangt werden kann. Durch die Bestimmungen des § 7 wird daher die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, den Eigentümer auch zu einer erweiterten Grundabtretung im Interesse der Allgemeinheit zu verhalten.

Bei einer Straßenverbreiterung mußte bisher die Gemeinde den vollen Baugrundwert der zur Straße entfallenden Grundteile entschädigen. Andererseits war bei einer Straßenversmälnerung der Eigentümer verpflichtet, den einzubeziehenden Grund als Baugrund von der Gemeinde zu erwerben. Da aber bei einer Straßenverbreiterung oder einer Straßenversmälnerung nicht nur die öffentliche Hand oder der Anrainer den Vorteil von der Änderung des Bebauungsplanes hat, sieht der § 8 vor, daß, entsprechend der Interessenverteilung jeweils nur die Hälfte des Baugrundwertes entschädigt wird.

Die Bestimmungen des § 9 und des § 10 betreffen Erleichterungen für Bauführungen, wie die Entlüftung von Aborten und den Einbau von Wohnungen im Dachgeschoß.

Der § 11 gibt die Möglichkeit, neue Baustoffe und neue Bauweisen, deren endgültige Zulassung der Landesregierung obliegt, auf die Dauer von zwei Jahren durch Verfügung des Magistrates zuzulassen. Diese Regelung erweist sich als notwendig, da in vielen Fällen neue Baustoffe und neue Bauweisen nicht den erwarteten wirtschaftlichen Erfolg zeigen.

Die Bestimmungen des § 12 über die Verpflichtung zur Herstellung von Modellen entspricht den bisherigen Bestimmungen.

Der § 13 befaßt sich mit der Aufstellung der Kehrtrichter und der § 14 regelt die Anbringung der Gas-, Elektrizitäts-, Fernsprech- und Wasserleitungen in einem Gebäude, um eine nachteilige Beeinträchtigung der Leitungen untereinander zu verhindern.

Einem Wunsche des Baugewerbes entsprechend, schafft der § 15 die Möglichkeit, Baugewerbetreibende zur Unterstützung der Behörden

bei der Überwachung unbefugter Bauführungen heranzuziehen.

30.000 S Strafe für unbefugte Bauten

Im § 16 ist die Obergrenze der Geldstrafen auf 30.000 S erhöht worden, da die bisherige Obergrenze von 4.000 S bei eigenmächtigen Bauführungen umfangreicheren Ausmaßes keine ausreichende Handhabe für eine Bekämpfung solcher unerwünschten Erscheinungen bot.

Im § 17 des Gesetzes ist das Vorzugspfandrecht geregelt. Auch das bisherige Gesetz kannte ein solches Vorzugspfandrecht. Die Änderungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand bestehen im wesentlichen darin, daß das Gesetz in einem größeren Maß als bisher darauf Rücksicht nimmt, daß die Beschaffung der Mittel zur Durchführung notwendiger Sicherungsmaßnahmen langwierige Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen oder eine langdauernde Erledigung eines Fondsansuchens erforderlich machen.

Das im § 18 geregelte Eintrittsrecht in Grundverkäufe im Wald- und Wiesengürtel soll die Möglichkeit geben, die erforderlichen Grundflächen in das Eigentum der Stadt Wien zu überführen ohne den Weg der Enteignung beschreiten zu müssen.

Durch die Bestimmungen des § 19 über die Vertretungsbefugnis wird vermieden, daß die Baubehörden, um Bauaufträge zustellen zu können, bei Aufenthalt des Eigentümers im Ausland, an die Gerichte zwecks Bestellung eines Abwesenheitskurators herantreten müssen.

Bis Juni 1956 befristet

Der § 20 befaßt sich mit dem Wirksamkeitsbeginn. Er sieht im wesentlichen vor, daß diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, die eine einschneidende Änderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand darstellen, erst drei Monate nach Kundmachung des Gesetzes in Kraft treten, während die Bestimmungen über das Vorzugspfandrecht aus Gründen der gleichmäßigen Behandlung aller Betroffenen bereits am 1. Jänner 1951 in Wirksamkeit treten.

Das Gesetz soll am 30. Juni 1956 außer Kraft treten. Bis dahin ist zu hoffen, daß die Verhältnisse auf dem Gebiet der Bauwirtschaft sich so weit gebessert haben, daß Sonderbestimmungen für den Wiederaufbau nicht mehr erforderlich sind. Die Gesetzesbestimmungen, die sich bewährt haben, sollen dann in die Bauordnung für Wien eingebaut werden.

Ein bedeutsamer Fortschritt

Abschließend betonte StR. Afritsch, daß wohl selten ein Gesetzentwurf für den Wiener Landtag so eingehend beraten und durchbesprochen wurde, wie der vorliegende. Dies hatte zur Folge, daß der Entwurf erst etwas später eingebracht werden konnte, als man allgemein erwartete. Es erschien jedoch allen an dem Gesetzentwurf beteiligten Stellen und Personen wichtiger, dem Hause einen wohldurchdachten und sehr gut vorbereiteten Entwurf vorzulegen, als dem Landtag einen Gesetzentwurf zu überreichen, der rascher behandelt worden wäre und die Aufnahme wichtiger fortschrittlicher Bestimmungen entbehrt hätte. Die eventuell eingetretenen Nachteile, die dadurch entstanden sind, daß das vorliegende Gesetz nicht unmittelbar an sein Vorgesetz angeschlossen wurde, sind unbedeutend, wie die Praxis erweist.

Der Referent gab seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß das Gesetz einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Gebiet des Bauwesens darstellt. Es wird nicht nur den Wiederaufbau und Ausbau unserer Stadt fördern, sondern auch ein Vorbild für die Landesgesetzgebung der anderen Bundesländer sein. Er stellte den Antrag, den Entwurf zum Beschluß zu erheben.

Die Debatte

Als erster Debatteredner nimmt Dipl.Ing. Haider (WdU) zu dem Wiederaufbaugesetz Stellung. Er erklärt, daß in den Erläuterungen zwar darauf hingewiesen wird, daß sich der Wiener Magistrat bei der Anordnung von Maßnahmen von wirtschaftlichen Erwägungen in Bezug auf die Tragbarkeit für die Betroffenen wird leiten lassen, daß es aber im Interesse der Betroffenen wünschenswert wäre, dies im Gesetz selbst zu verankern. Ferner fehle auch eine Bestimmung, die in der Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit ein Berufungsrecht an die Bauoberbehörde einräumt, mit der Wirkung, daß mit den Ersatzarbeiten nicht vor deren Entscheidung begonnen werden darf.

Bezüglich des Vorpfandrechtes der Gemeinde Wien hinsichtlich durchgeführter Ersatzvornahmen wäre interessant zu erfahren, ob eine Stellungnahme der Kreditinstitute eingeholt wurde. Denn nach Gesetzwerdung dieser Vorlage dürfte es aus diesem Grund noch schwerer sein, einen Hypothekarkredit zu erhalten.

Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben wird.

Abg. Architekt Lust (ÖVP): Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Gesetzesvorlage verschiedene Eingriffe in das Haus- und Grundeigentumsrecht bringt, die hart sind und die in gewissen Teilen der Bevölkerung infolge ihrer nicht immer sozialen oder wirtschaftlichen Art Widerspruch hervorrufen werden. Wenn die Tragik des Weltgeschehens vielen Bürgern unserer Stadt ihnen lieb gewordenes Eigentum entzissen hat, so ist dies gewiß sehr schmerzlich, und es wäre Pflicht der Gemeinschaft, ihnen zu helfen. Noch schmerzlicher aber ist es, wenn Bürger unserer Stadt daneben noch schwere Verpflichtungen für die Zukunft auf sich nehmen sollen, die nicht nur den zum Schaden gekommenen Vermögensteil allein betreffen, sondern sich auf deren ganzes Vermögen und Einkommen auswirken können. Beinhaltet doch das Gesetz weitere Einbrüche in die sonstige private Rechtssphäre vieler Bewohner unserer Stadt, die nicht nur die sogenannten Reichen sondern zum großen Teil den bürgerlichen Mittelstand zu neuen Opfern verpflichten. Es darf der Bevölkerung nicht vorenthalten



werden, daß es den großen Bemühungen der Vertreter der ÖVP im Verhandlungskomitee gelungen ist, teilweise grundlegende Änderungen des ersten Entwurfes durchzusetzen oder erhebliche Verbesserungen zu erreichen.

Der Redner bespricht sodann technische Details und empfiehlt abschließend die Annahme des Gesetzentwurfes. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Dr. Soswinski (Ibl.) betont, das vorliegende Wiener Wiederaufbaugesetz bedeute zweifellos einen Fortschritt auf diesem Gebiete, es weise aber noch eine Unmenge von Schönheitsfehlern und Schwächen auf. In diesem Zusammenhang stellt er eine Reihe von Abänderungs- und Zusatzanträgen, die unter anderem verlangen, daß der Eigentümer einer Baulichkeit, die durch Kriegseinwirkung beschädigt wurde, wenn nicht öffentliche Rücksichten entgegenstehen, zum Wiederaufbau der Baulichkeit durch Bescheid des Magistrats verpflichtet werden kann. An Stelle der Verpflichtung, bei Straßenverbreiterungen Grund gegen Entschädigung einzulösen, soll die Verpflichtung der Grundeigentümer treten, den für die Straßenverbreiterung erforderlichen Grund kostenlos an die Stadt Wien abzutreten. Über die Zulässigkeit des Einbaues von Wohnungen im Dachgeschoß soll die Bestätigung durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß eingeholt werden müssen. Ferner soll verhindert werden, daß Rechtsgeschäfte dazu mißbraucht werden, um zu versuchen, den Ausschluß des Eintrittsrechtes der Stadt Wien zu erreichen. Von besonderer Wichtigkeit sei, daß die Bestimmungen der Bauordnung über die Enteignung von Grundstücken, die im Wald- und Wiesengürtel liegen, unberührt bleiben.

Nur wenn die von ihm beantragten Zusatzanträge angenommen werden, werde dem Gesetz jene Kraft gegeben, die notwendig sei, um den Wiederaufbau in entsprechendem Umfang zu gewährleisten.

Abg. Bock (SPÖ) erinnerte daran, daß vor 46 Jahren auf Anregung von Bürgermeister Lueger der Beschluß gefaßt wurde, den Wald- und Wiesengürtel zu schaffen. Dabei wurde auch festgelegt, daß keine Baulinien zu bestimmen seien, weil ein Bedürfnis nach Bauten im Wald- und Wiesengürtel nicht besteht.

Seit Bestehen dieses Gesetzes wurden jedoch leider allzu- viele Einbrüche in dieses Gebiet unternommen. Die Zahl der Bau-

lichkeiten im Wald- und Wiesengürtel geht in die Tausende. Der Redner verlangt, daß die Bestimmungen auf diesem Gebiet von der Stadtverwaltung rigoros eingehalten werden sollen. Sonst bestünde die Möglichkeit, daß durch die Einschränkung des Wald- und Wiesengürtels die Gesundheit der Wiener Bevölkerung gefährdet werde. Der § 18 der Gesetzesvorlage, der das Eintrittsrecht der Gemeinde bei Kaufverträgen von Grundstücken des Wald- und Wiesengürtels festlegt, bietet dazu die Möglichkeit.

Der Redner bezeichnet es als bedauerlich, daß während des Wahlkampfes zur Bundespräsidentenwahl die Volkspartei die unbefugten Bauausführungen im Wald- und Wiesengürtel zum Anlaß genommen hat, gegen die Gemeinde Stellung zu nehmen.

Dann beschäftigt sich der Redner mit dem § 7 des Gesetzes, der die Grundabtretung an die Gemeinde beinhaltet und bezeichnet diesen Paragraphen als einen entscheidenden Fortschritt. Dadurch erhält die Gemeinde die Möglichkeit, den sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Der Redner bedauert jedoch, daß kein größerer Prozentsatz erreicht werden konnte, weil dies die ÖVP verhindert hat.

Abschließend gab Abg. Bock seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach Ablauf dieses Gesetzes die brauchbaren und notwendigen Bestimmungen in die Bauordnung aufgenommen werden. Im Namen seiner Fraktion gab er die Zustimmung zu der Gesetzesvorlage.

Abg. Schwaiger (ÖVP) erinnerte an die schwierigen Verhandlungen, die diesem Entwurf vorausgingen. Am meisten umstritten waren die §§ 7, 17 und 18, die die Grundabtretung, das Vorzugspfandrecht und das Eintrittsrecht der Gemeinde beinhalten.

Abg. Schwaiger nahm dann zu den Vorwürfen von Abg. Bock Stellung und sagte dazu, daß das Verhalten seiner Fraktion der schlagende Beweis dafür sein müßte, daß die ÖVP immer gewußt hat, was sie der Gemeinde schuldig ist, und diesen Verpflichtungen restlos nachgekommen ist. Es gibt aber Grenzen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Eigentum; diese Grenzen müssen eingehalten werden, dafür wird die Volkspartei immer eintreten.

Abg. Schwaiger brachte dann einen Antrag ein, im § 7 der Vorlage, der die Grundabtretung an die Gemeinde beinhaltet, die Worte "für öffentliche Zwecke" einzufügen. Damit wird eindeutig

festgelegt, daß alle diese Grundabtretungen tatsächlich für öffentliche Zwecke verwendet werden sollen.

Bei dem Vorzugspfandrecht der Gemeinde für die Kosten der Ersatzvornahmen beantragte der Redner die Personalhaftung in eine Realhaftung zu verwandeln, damit ein Hausbesitzer nicht sein ganzes Vermögen verliert, wenn er die Kosten der Ersatzvornahme nicht zahlen kann. Auch hier stellt der Redner einen diesbezüglichen Antrag, dessen Annahme er als einen wesentlichen Schritt für eine Altersversorgung der Gewerbetreibenden bezeichnet. (Beifall bei der ÖVP.) Er wies auch darauf hin, daß sich die Volkspartei von vornherein bemüht habe, die Härten dieser Paragraphen zu mildern. In der ursprünglichen Verfassung wurde der Gemeinde das Recht eingeräumt, jedes Haus, an dem eine Ersatzvornahme durchgeführt wurde, nach drei Jahren versteigern zu lassen.

Zum § 18, der das Eintrittsrecht der Gemeinde behandelt, führte Abg. Schwaiger aus, die ÖVP habe verlangt, daß auf die Bedürfnisse der Wiener Landwirtschaft Rücksicht genommen werde; das heißt, daß die Gemeinde von ihrem Eintrittsrecht absieht, wenn der Grund auch weiterhin landwirtschaftlich benützt wird.

Abschließend stellt Abg. Schwaiger fest, es habe lange gedauert, bis das Gesetz zustandgekommen ist. Er hoffe jedoch, daß auf Grund der Verhandlungen ein Gesetz geschaffen wurde, das der Stadt Wien die Möglichkeit gibt, sich nach modernen Grundsätzen zu entwickeln und daß damit der Bevölkerung gedient ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Amtsführender StR. Thaller (SPÖ) erklärt, das Gesetz ist eine Folge des Krieges, weil zur Behebung all der Schäden, die der Krieg in unserer Stadt angerichtet hat, die normalen Bestimmungen unserer Bauordnung, die eine der besten ist, nicht ausreichen. Es sind daher Sonderbestimmungen unvermeidbar gewesen. Das erste Wiederaufbaugesetz aus dem Jahre 1947 hat sich im allgemeinen bewährt. Leider aber ist der Aushahmezustand noch nicht überwunden, so daß ein neues Gesetz geschaffen werden mußte.

Das Verlangen des Abg. Dr. Sowinski, daß in dem Gesetz eine Wiederaufbaupflicht statuiert werden soll, ist bereits in der Budgetdebatte ebenfalls von einem Redner der SPÖ gestellt worden,

ist aber keine Angelegenheit des Landtages, sondern fällt in die Kompetenz des Bundes, so daß der Wiener Landtag eine solche nicht beschließen kann.

Widersprüche sind vor allem bei der Frage der Ersatzvornahmen und bei der der Schutträumungsaktion entstanden. Der Redner wendet sich gegen Artikeln in der Zeitung "Die Wirtschaft" und erklärt, daß der Verfassungsgerichtshof Entscheidungen der Bauoberbehörde nur wegen formaler Fehler aufgehoben hat.

Durch Ersatzvornahmen wurden bis zum Ende des vergangenen Jahres etwa 9500 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 31 Millionen Schilling gesichert, so daß jede Wohnung nur 3300 S gekostet hat. Damit konnten aber 14.000 Menschen vor Obdachlosigkeit bewahrt und gleichzeitig 4000 Arbeitsaufträge an die Wirtschaft vergeben werden. In diesem Jahre wurden bisher schon 31 Millionen Schilling dafür ausgegeben.

Durch die Schutträumungsaktion wurden bis Ende Mai dieses Jahres 358 Schuttstellen abgeräumt, davon 146 durch die Grundeigentümer selbst, ein Zeichen dafür, daß manche, die dazu in der Lage sind, solche Aufträge der Baubehörde auch ausführen. Durch diese Aktion sind neuerlich 300.000 Kubikmeter Schutt aus unserer Stadt entfernt worden.

Zur Frage des Vorpfandrechtes erklärt Stadtrat Thaller, daß die Personalhaftung ein im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch verankerter Grundsatz des österreichischen Zivilrechtes ist, der vom Landtag gar nicht geändert werden kann. Im Übrigen brauchen die Hausbesitzer keine Angst zu haben, daß ihnen dadurch von der Gemeinde mutwilligerweise ihre Häuser weggenommen werden. Außerdem schafft das Gesetz gleichzeitig eine Reihe von Sicherungen.

Bezüglich der Bestimmungen über die Abtretung ist zu sagen, daß es zu begrüßen ist, daß sich endlich der Grundsatz der Verpflichtung zur Grundabtretung für öffentliche Erfordernisse durchgesetzt hat, und es ist nur zu bedauern, daß die ÖVP-Fraktion nicht den Mut aufgebracht hat, die vollen Konsequenzen zu ziehen.

Dieses Gesetz hat die Interessen der Gemeinschaft aller Bürger unserer Stadt im Auge, nimmt aber auch gebührend Rücksicht auf die Interessen des einzelnen. Allerdings müssen die Interes-

sen der letzteren hinter jenen der Gemeinschaft zurückstehen, wenn diese überwiegen. Der Redner wendet sich gegen verschiedene Ausführungen in der "Wiener Tageszeitung" und stellt schließlich fest, daß die Gemeinde Wien lediglich 20 Prozent des Grundes unserer Stadt besitzt, was für die großen Aufgaben, die die Gemeinde zu erfüllen hat, viel zu wenig ist.

Abschließend dankt StR. Thaller dem Baudirektor und den beteiligten Beamten und erklärt, daß die Sozialisten für dieses Gesetz, **wenn es auch nicht allen ihren Wünschen entspricht**, stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Amtsführender StR. Afritsch (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß zweifellos alle Menschen und Behörden, die mit dem Wiederaufbau und dem Ausbau unserer Stadt zu tun haben, dieses Gesetz freudig begrüßen werden.

Der Referent nahm hierauf eingehend zu den in der Debatte eingebrachten Abänderungsanträgen Stellung.

Bei der Abstimmung wurde das Wiener Wiederaufbaugesetz nach geringfügigen Abänderungen einstimmig in erster und zweiter Lesung beschlossen.

#### Für eine Altersversicherung der Gewerbetreibenden

Der Präsident erteilte hierauf dem Abg. Jodlbauer (SPÖ) als Anfragsteller das Wort zur Begründung seines Antrages auf Verlesung und Besprechung einer Anfrage an den Landeshauptmann, betreffend Aufforderung an die zuständigen Bundesorgane (des Nationalrates), die Beratungen zur Einführung einer Altersversicherung für alle selbständigen Erwerbstätigen, die der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Kammer der Wirtschaftstreuhänder angehören, ehestens zu beginnen.

Der Anfragsteller verwies darauf, daß zehntausende Wiener Gewerbetreibende seit Jahrzehnten in treuer Pflichterfüllung ihren volkswirtschaftlichen Pflichten nachkommen. Durch die Ungunst der Zeit und die Verhältnisse, die auf die zwei Weltkriege zurückzuführen sind, stehen sie nun in ihrem Alter vor dem Nichts. Diese Gewerbetreibenden haben ein Recht darauf, daß schnellstens eine Lösung gefunden wird, für ihr Alter vorzusorgen. Sie sollen auch im Alter ihr eigenes Leben leben können und nicht auf die

öffentliche Fürsorge angewiesen sein. Hier gehe es darum, eine soziale Frage zu lösen, die schon längst erledigt hätte werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag auf Verlesung der Anfrage wird angenommen.

Der Schriftführer verliest hierauf die Anfrage, in der hervorgehoben wird, daß die Sozialversicherung der Unselbständigen in Österreich im Vergleich mit den meisten anderen Staaten einen hohen Stand erreicht habe, während für die Sozialversicherung der selbständig Erwerbstätigen nur in geringem Ausmaße Vorsorge getroffen worden sei. Die von der öffentlichen Fürsorge ergriffenen Maßnahmen müssen als völlig unzulänglich angesehen werden.

Die Anfragesteller halten daher die eheste Schaffung eines diesbezüglichen Bundesgesetzes im Interesse der zahlreichen Wiener Gewerbetreibenden für notwendig und richten an den Landeshauptmann die Anfrage, ob er bereit sei, die zuständigen Bundesorgane aufzufordern, in kürzester Frist die Beratung eines Gesetzes über die Altersversicherung des selbständig Erwerbstätigen im Sinne der Anträge der SPÖ-Abgeordneten Kostroun und Genossen und der ÖVP-Abgeordneten Lakowitsch und Genossen zu beginnen und für dessen rasche Verabschiedung Sorge zu tragen.

Landeshauptmann Jonas, der die Anfrage sofort beantwortete, betonte, ihm sei aus eigener Erfahrung die schwierige Lage eines überraschend großen Teiles unserer selbständig Erwerbstätigen bekannt. Die vielen Erschütterungen auf wirtschaftlichem Gebiet in der Kriegs- und Nachkriegszeit haben es mit sich gebracht, daß viele Gewerbebetriebe ihre Substanz verloren haben und daß für den Lebensabend dieser Gewerbetreibenden nichts übrig geblieben ist. Sie sind daher gezwungen, so lange sie körperlich dazu in der Lage sind, in ihren Betrieben zu bleiben und verhindern damit unfreiwillig die so dringend notwendige Verjüngung in den Gewerbe- und Handelsbetrieben.

Der Landeshauptmann werde gerne die ihm in der Bundesverfassung zustehenden Möglichkeiten benützen, um die in der Anfrage enthaltenen Intentionen bei den zuständigen Organen des Bundes zu fördern. Er werde dem Landtag bei Gelegenheit über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In der Debatte ergreift als erster Redner Abg. Römer (ÖVP) das Wort. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die Sozialistische Partei in der Frage der Altersversorgung für die Gewerbetreibenden aus ihrer bisherigen Reserve herausgetreten ist. Sie rennen dabei allerdings offene Türen bei der Volkspartei ein. Die ÖVP hat schon vor Jahren diese Forderung gestellt. Der Redner wendet sich besonders dagegen, daß diese Anfrage im Landtag eingebracht wird, obwohl die Angelegenheit Bundessache ist. Er bezeichnet die Einbringung als ein demagogisches Spiel (Abg. Sigmund, SPÖ: Ist Ihnen bekannt, daß im Bundesrat Ihre Kollegen dieses Gesetz zu Fall gebracht haben?) Der Redner teilt mit, er wisse, daß dieses Gesetz betreffend die Altersversorgung am 1. Jänner 1952 Wirklichkeit werden würde, weil die Volkspartei bindende und verpflichtende Zusagen habe.

Unter Beifall seiner Fraktionskollegen und heftigen Zwischenrufen aus den Bänken der sozialistischen Abgeordneten meint der Redner schließlich, daß die Gewerbetreibenden nicht mit Anfragen gerettet werden, sondern durch praktische Arbeit. Er fordert die Sozialisten auf, statt Anfragen Taten zu setzen.

Abg. Jodlbauer (SPÖ) sagt eingangs, es sei bezeichnend, daß die gesamte Fraktion der ÖVP zu den Ausführungen von Abg. Römer Beifall geklatscht habe, StR. Bauer aber nicht. (Gr. Schwai-ger, ÖVP: Er kann leider nicht zustimmen, weil er Stadtrat ist!) StR. Bauer ist nicht in den Landtag gewählt und muß sich daher nach der Geschäftsordnung jeder Beifallsbezeugung enthalten.

Abg. Jodlbauer wendet sich im folgenden dagegen, daß seine Anfrage als demagogisch bezeichnet wird. Er betonte, daß der Landtag auch dazu da ist, den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, ihren Landeshauptmann zu ersuchen, beim Bund zu intervenieren, wenn der Bund in solchen Fragen nicht die notwendigen Maßnahmen ergreift.

Der Redner begründet weiter, warum es zu dieser Anfrage im Landtag gekommen ist und teilt mit, daß sich Sozialisten und Volksparteiler darüber klar waren, daß vor dem Altersversorgungsgesetz zuerst das Krankenversicherungsgesetz im Parlament verabschiedet werden müsse. Am 5. Juli 1950 wurde dieses Gesetz auch zum Beschluß erhoben, aber am 19. Juli vom Bundesrat an den

Nationalrat zurückverwiesen. Der Redner nimmt dagegen Stellung, daß seither nichts geschehen ist und betont, daß aus diesem Grunde die Anfrage gestellt wurde. Abg. Jodlbauer erneuerte nochmals sein Ersuchen an den Landeshauptmann, alles daranzusetzen, damit auch von Seiten des Landes Wien nichts unversucht gelassen wird, um den selbständig Gewerbetreibenden eine Altersversorgung zu geben.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Ferner hatte die ÖVP einen Antrag gestellt, der dem zuständigen Amtsführenden Stadtrat überwiesen wurde. Der Antrag verlangt eine Novellierung des Gebrauchsgebührengesetzes in der Richtung, daß die Städtischen Unternehmungen vom 1. Jänner 1951 bis 31. Dezember 1952 von der Zahlung der Gebrauchsgebühren befreit werden.

Eine Anfrage des Linksblockes beschäftigt sich mit der Neuverteilung des Kultur Groschens. Sie wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

#### Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages fand unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas eine 18 Tagesordnungspunkte umfassende Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Der erste Punkt, Wahl der Vertrauenspersonen in die Gemeindebezirkskommissionen für die Anlegung der Gemeindebezirkslisten der zum Amte eines Geschworenen oder Schöffen fähigen Personen, wurde abgesetzt. Die übrigen Tagesordnungspunkte, die in der Hauptsache Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Grundstückkaufe und Nachtragskredite betreffen, wurden ohne Debatte angenommen.

Es wurden drei Anträge eingebracht, und zwar ein Dringlichkeitsantrag der GRe. Dr. Soswinski, Guger und Genossen (Lbl.), betreffend wirksame Maßnahmen gegen die neuerliche Fleischpreissteigerung und alle im Zusammenhang mit dem fünften Lohn- und Preispaht angekündigten Preis- und Tariferhöhungen, deren dringende Behandlung verlangt wurde; ferner ein Antrag der GRE. Maller und Genossen (Lbl.), betreffend sofortige Inangriffnahme wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere



die Errichtung öffentlicher Lehrwerkstätten und den weiteren Ausbau der Aktion "Jugend am Werk"; und schließlich ein Antrag der GR. Hermine Holub, Eleonore Hiltl, Haim und Genossen (ÖVP), betreffend Ehrung von 90-, beziehungsweise 100jährigen Wienern und Wienerinnen.

In dem Iringlichkeitsantrag der GR. Dr. Soswinski, Guger und Genossen wird unter anderem ausgeführt, daß bei allen Lohn- und Preispakten die arbeitenden Menschen die Betrogenen waren und daß sich jeder Lohn- und Preisakt bei ihnen und ganz besonders bei den Rentnern und Pensionisten katastrophal ausgewirkt hat. Die Vorbereitung dieses neuen Anschlages beunruhigt die Bevölkerung auf das Schwerste. Gleichzeitig mit der Preiserhöhung bei allen Lebensmitteln, bei denen Hungerrationen durch eine Lohnerhöhung abgegolten werden sollen, ist eine Erhöhung der Fleischpreise erfolgt und noch im Gange, wofür selbst bei einem 1 Gramm-Konsum in der Woche keine Abgeltung versprochen wurde.

Die Bevölkerung Wiens verlangt, heißt es weiter, daß der Gemeinderat der Stadt Wien die verantwortlichen Stadträte zwingt, gegen die Preissteigerungen und Preistreiberei aufzutreten.

In dem Antrag wird unter anderem verlangt, der Gemeinderat möge den Bürgermeister und den Stadtsenat beauftragen, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Durchführung des fünften Lohn- und Preispaktes zu verhindern und insbesondere jeden Stadtrat zu verpflichten, alles vorzukehren, um Preis- und Tarifierhöhungen in seinem Ressort unmöglich zu machen. Der Bürgermeister und Stadtsenat sollen weiter beauftragt werden, alle Schritte zu unternehmen, um die in den letzten 14 Tagen eingetretenen Preiserhöhungen auf dem Fleischsektor rückgängig zu machen.

GR. Dr. Soswinski (Lbl.) erklärt in seiner Begründung, daß die Bundespräsidentenwahl gleichzeitig eine Absage der arbeitenden Bevölkerung an die ausplündernde Wirtschaftspolitik der Österreichischen Regierung war. Er erinnert an einen Ausspruch des Abg. Dr. Pittermann bei einer Kundgebung, wonach die Viehhändler und Geldwucherer von den Geldsackbänden der ÖVP einen neuen Preisraub an der arbeitenden Bevölkerung vorbereiten und einen Semmelpreis von 40 Groschen und einen Mehlpreis von 4.05 S

einführen wollen. Nun haben sie einen Semmelpreis von 42 Groschen und einen MehlpPreis von 4,50 S durchgesetzt, und die Steuerergänze an die Reichen betragen viele hundert Millionen Schilling.

Besonders aufreizend ist es aber, daß in den letzten zwei Wochen Preiserhöhungen auf dem Fleischsektor im Gange sind, von denen auf der offiziellen Liste der angekündigten Preiserhöhungen kein Wort gesprochen wird. Wenn Sie der Meinung sind, erklärt abschließend Dr. Soswinski, daß der fünfte Lohn- und Preispaht ein unerhörter Anschlag auf die Taschen der Bevölkerung ist, dann stimmen Sie der dringlichen Behandlung dieses Antrages zu.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zugesprochen. Er wird dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Damit ist die Sitzung des Wiener Gemeinderates beendet.  
(Schluß der Sitzung 14.30 Uhr.)

#### Lebensmittelaufruf für Wien

=====

13. Juli (Rath.Korr.) Das Marktamt - Sonderreferat Landesernährungsamt - gibt bekannt: Für die 82. Versorgungsperiode (16. Juli bis 12. August 1951) werden aufgerufen:

Zucker: Auf die Abschnitte 5 und 6 aller Lebensmittelkarten je 640 Gramm. Auf Abschnitt 3 der Mütterkarte 400 Gramm.

Speiseöl: Auf Abschnitt 10 aller Lebensmittelkarten 100 Gramm.

Margarine: Auf Abschnitt 13 aller Lebensmittelkarten 200 g.

Schmalz (Importware): Auf Abschnitt 15 aller Lebensmittelkarten 300 Gramm.

Die Bezugsabschnitte für Zucker, Speiseöl und Margarine sind abzutrennen und getrennt zu verrechnen, die Bezugsabschnitte für Schmalz abzutrennen und von den Geschäftsleuten für Kontrollzwecke aufzubewahren.

Die aufgerufenen Bezugsabschnitte sind im Laufe der Periode einzulösen. Alle nicht eingelösten Abschnitte verfallen am Ende der 82. Periode.

Billiges Speiseöl - aber gesundheitsschädlich  
=====

13. Juli (Rath.Korr.) Das Marktamt der Stadt Wien ist stets bemüht, nicht nur die Einhaltung der Preisvorschriften zu überwachen, sondern auch die Qualität aller Lebensmittel ständig zu überprüfen. Wie wichtig diese Aufgabe im Dienste der gesamten Bevölkerung unserer Stadt ist, geht aus einer Mitteilung des Marktamtes hervor, nach der bei zwei Lebensmittelhändlern Speiseöl beschlagnahmt werden mußte, das nach dem Gutachten der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung erhebliche Mengen Mineralöl enthielt und daher gesundheitsschädlich ist. Auf Grund der Rechnung konnte festgestellt werden, daß das Öl von der Verkaufsstelle der Arb.Versorgung der Usia, Magazin III, Wien 25., Steingasse, in einer Menge von je 360 Kilogramm zum Preis von 7.920 Schilling bezogen worden war. Wie das Marktamt weiter mitteilt, ist bei auffallend billigen Lebensmitteln, gleichgültig wo sie gekauft werden, immer Vorsicht am Platz, weil die Gefahr einer unter Umständen gesundheitsschädlichen Verfälschung besteht.

Die Wiener brauchen nicht auf ihr Schnitzel verzichten  
=====

13. Juli (Rath.Korr.) Eine Wiener Tageszeitung meldete heute, daß für den Bedarf der Wiener nicht genügend Fleisch vorhanden sei. Dazu teilt das Marktamt der Stadt Wien mit, daß für das Wochenende zwar weniger Lebewild nach Wien gekommen ist, jedoch durch die große Anlieferung von geschlachteten Schweinen und Kälbern außer Rindfleisch auch Schweine- und Kalbfleisch in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Die Wiener werden also nicht auf ihr Sonntagsschnitzel verzichten müssen.

Entfallende Sprechstunde  
=====

13. Juli (Rath.Korr.) Mittwoch, den 18. Juli entfällt die Sprechstunde des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe XI, Dipl.Kfm. Nathschläger.

## Neueröffnete Ausstellungen

=====

13. Juli (Rath.Korr.)

Galerie Würthle, 1.,Weihburggasse 9	Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen, Graphik lebender Künstler - Oskar Kokoschka, Graphik - Zeichnungen und Graphik französischer Impressionisten.	Mo-Fr: 9-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr, So geschl. (bis Sept.)
Palais Lobkowitz, 1.,Lobkowitz Platz 2	Das Rote Kreuz und die Post	9-19 Uhr, (17.-29.7.)
Hotel Münchnerhof, 6.,Mariahilfer Str.81	Historische Kino-Ausstellung der österr.Kinematik.	ganztägig

## Gleichenfeier am Donaukanal

=====

13. Juli (Rath.Korr.) Auf der großen Baustelle am Donaukanal, zwischen der Schüttelstraße und Böcklinstraße, wo sich einst die Schöllner'sche Dampfmaschine befand, hat heute nachmittag die Gleichenfeier eines großen Wohnhausbaues der Stadt Wien stattgefunden. Auf der rund 5.000 m<sup>2</sup> großen Fläche, die jedoch nur zur Hälfte verbaut wird, gibt es 13 sechs- bis siebenstöckige Stiegenhäuser mit 252 Wohnungen, einem Geschäftslokal und einem Kinderhort. Der Bau wird nach den Plänen der Arbeitsgemeinschaft Arch.Ing.Oskar Payer und Dipl.Arch.Karl Hauschka durchgeführt.

## Sonntag letzter Tag der Ausstellung "Unsterbliches Wien"

=====

13. Juli (Rath.Korr.) Die Ausstellung "Unsterbliches Wien" (Bilder aus frohen und ernsten Tagen unserer Stadt) wird Sonntag, den 15. Juli, 19 Uhr, endgültig geschlossen. Um noch vielen Kunstfreunden die Möglichkeit zur Besichtigung dieser interessanten Schau zu bieten, hat sich das Künstlerhaus entschlossen, an diesem Tage die Ausstellung frei zugänglich zu machen.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

14. Juli 1951

Blatt 1292

## Umschaltung von Gleich- auf Drehstrom dauert ein Viertel- ===== jahrhundert =====

14. Juli (Rath.Korr.) Am Donnerstag sprach der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, über den Sonder Rot-Weiß-Rot zu den schon seit einiger Zeit durchgeführten Umschaltungsarbeiten der Wiener E-Werke. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgende Einzelheiten:

Als vor 50 Jahren die Elektrifizierung Wiens begann, hat jedes private E-Werk eine andere Stromart bevorzugt. Unter Bürgermeister Lueger wurden dann die privaten Werke zu den städtischen Elektrizitätswerken vereinigt. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich nun die Überlegenheit des Drehstromes in der ganzen Welt erwiesen. Heute wird daher in allen Kraftwerken nur mehr Drehstrom erzeugt. Der Gleichstrom, den die E-Werke in Wien an die Stromabnehmer abgeben, ist bloß ein mit hohen Kosten umgewandelter Drehstrom.

Für die Umschaltung der einzelnen Strombezieher sind verschiedene Gesichtspunkte maßgebend. Eine geschlossene Umschaltung, wie sie derzeit in Hietzing durchgeführt wird, ist nicht überall möglich. Die Gleichstromnetze sind zum Großteil schon alt und vollbelastet. In erster Linie müssen daher diese Kabel durch Umschaltung auf Drehstrom so weit entlastet werden, daß Stromstörungen vermieden bleiben. Die Kosten für die Umschaltung trägt zum Teil das E-Werk, zum Teil müssen die Hausbesitzer, bzw. die Stromabnehmer dafür aufkommen. Das E-Werk wechselt die Kabel bis zum Haus aus. Der Aufwand, den das E-Werk übernimmt, beträgt dabei ein Vielfaches der Kosten, die auf die Stromabnehmer entfallen. Außerdem gewährt das E-Werk für

Gewerbetreibende und bis zu einem gewissen Grad auch bei Wohnungen Kredite, sodaß der Stromabnehmer durch die Umschaltung auf keinen Fall Gefahr läuft, ohne Strom zu sein. Gegenwärtig ist die Zahl der Gleichstromanschlüsse mit mehr als 20.000 ungefähr gleich hoch wie die der Drehstromanschlüsse. Da jedoch die meisten Drehstromanschlüsse von Großverbrauchern benützt werden, beträgt der Gleichstromverbrauch in Wien nur ungefähr 20 Prozent des Gesamtstromverbrauches.

Die E-Werke rechnen damit, daß die Gesamtdauer der Umschaltungen 20 bis 25 Jahre betragen wird. Die zur Umschaltung vorgesehenen Häuser werden alle rechtzeitig verständigt, sodaß in Ruhe alles Nötige vorbereitet werden kann. Wenn dann in 20 bis 25 Jahren in ganz Wien eine einheitliche Stromart und Stromspannung besteht, wird man nicht nur übersiedeln können, ohne seine Elektrogeräte jedesmal umtauschen zu müssen, die Rationalisierungsmaßnahmen werden sich vielmehr auch auf den Stromabnehmer in einem günstigen Strompreis auswirken.

#### 12 Minuten-Intervall auf der Linie 360

=====

14. Juli (Rath.Korr.) Von Montag, den 16. Juli an muß die Linie 360 "Mauer-Mödling" auf die Dauer der Durchführung von Bauarbeiten in der Haltestelle Felsenkeller an allen Werktagen mit einem Zugsintervall von 12 Minuten geführt werden.

Erster Zug: Von Mauer nach Mödling um 5,28 Uhr (bisher 5,32 Uhr),  
von Mödling nach Mauer um 5,10 Uhr (unverändert).

Letzter Zug: Von Mödling nach Mauer um 22,46 Uhr (bisher 22,50),  
von Mauer nach Mödling um 23,28 Uhr (bisher 23,27).

#### "Zeichner für Buch und Zeitung"

=====

14. Juli (Rath.Korr.) Die Ausstellung des Amtes für Kultur und Volksbildung "Zeichner für Buch und Zeitung" ist im Juli und August an den Samstagnachmittagen geschlossen. Die neuen Besuchszeiten sind nunmehr Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr, Samstag von 8 bis 13 Uhr. Eintritt frei. (8., Friedrich Schmidt-Platz 5).

Schachmeister bei Bürgermeister Jonas  
=====

14. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas empfing gestern abend nach den letzten Partien des Schlechter-Gedenkturniers die in- und ausländischen Teilnehmer auf dem Kahlenberg, wo er sie zum guten Erfolg dieser internationalen Veranstaltung beglückwünschte. Er gab dem Wunsch Ausdruck, die ausländischen Meister mögen Wien in bester Erinnerung behalten und recht bald wieder zu uns kommen.

Dr. Lasker (USA), der im Namen seiner Kollegen dem Bürgermeister den Dank für die freundliche Aufnahme aussprach, benützte diese Gelegenheit, um eine Sympathieerklärung an Wien abzugeben. Mit Begeisterung erzählte der photographierende Schachmeister über die vielen gelungenen Schnappschüsse in Wiener Museen und Sammlungen, um die man ihn in New York sehr beneiden werde. Das dürfte auch die Ursache sein, warum Dr. Lasker sich im Turnier nicht ganz behaupten konnte. "Ich habe mich in Wien so wohl gefühlt und so schlecht gespielt wie noch nie!", sagte lächelnd Dr. Lasker. Im Namen der österreichischen Schachspieler und der Veranstalter begrüßte den Bürgermeister Dr. Dorazil.

Pferdemarkt vom 13. Juli  
=====

14. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 30 Schlächterpferde. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war sehr ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 5, Burgenland 2, Steiermark 7; Ausland: Jugoslawien 16.

Berufsjubiläum im Stadtbauamt  
=====

14. Juli (Rath.Korr.) Senatsrat Dipl.Ing. Hosnedl, der die Gruppe Allgemeines in der Wiener Baudirektion leitet und durch seine Arbeit für den sozialen Wohnungsbau weit über die Wiener Baukreise bekannt ist, feierte heute sein 25jähriges Dienstjubiläum. Der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller,

und Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker beglückwünschten den Jubilar mit anerkennenden Worten und sprachen ihm in Anwesenheit der versammelten Beamten für seine unermüdliche Arbeit und für seine Leistungen den Dank aus. Senatsrat Dipl.Ing. Frey überreichte dem Jubilar ein Diplom und das silberne Ehrenabzeichen des Gewerkschaftsbundes. Der jüngste Dienstjubililar im Stadtbauamt dankte für die ihm erwiesene Ehrung, indem er darauf hinwies, daß er stets bemüht war, seine Pflicht zu erfüllen. "Sollte es aber manchesmal mehr gewesen sein", fügte er hinzu, "dann wäre ich glücklich. Ich verspreche für die Zukunft, mindestens dasselbe zu tun als bisher!"



# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

16. Juli 1951

Blatt 1296

## Die Stadt Wien zum Tode Arnold Schönbergs

16. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas hat sofort nach Einlangen der Nachricht vom Tode Arnold Schönbergs an die Gattin des Komponisten ein Beileidstelegramm nach Los Angeles schicken lassen. Es heißt darin:

Zum Tode Ihres Gatten spricht die Stadt Wien Ihnen tiefes Beileid aus. Mit Professor Arnold Schönberg verliert die Welt einen großen Meister der Tonkunst. Wien wird dem Toten stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

## Urlaub in Wien

### Veranstaltet von der Volkshochschule Wien-West

16. Juli (Rath.Korr.) Die Volkshochschule Wien-West, 6., Amerlingstraße 6, hat eine neue Aktion "Urlaub in Wien" ins Leben gerufen, um allen jenen Wienern die während der Urlaubszeit in Wien bleiben und den ankommenden Gästen Wiens, im Rahmen von besonders ausgewählten kulturellen Spaziergängen in froher Gemeinschaft unsere Stadt Wien neu erleben zu lassen.

Die Zusammenkünfte sind an Wochentagen von Montag bis Freitag um 18 Uhr, an Samstagen um 15 beziehungsweise um 16 Uhr angesetzt. An Sonntagen finden regelmäßig Fahrten und Ausflüge oder Spaziergänge in die nähere Umgebung Wiens statt. Das Programm ist so gestaltet, daß jedermann, jeden Alters daran teilnehmen kann.

Die erste Veranstaltung von "Urlaub in Wien" findet Mittwoch, den 18. Juli, um 18 Uhr statt. Der kulturelle Spaziergang führt durch den Rathauspark, die Festräume des Rathauses und des Rathaus-

kellers verbunden mit einem abendlichen Blick vom Rathausturm über die Dächer Wiens und zum Abschluß einer besinnlichen Feier am Balkon des Wiener Rathauses. Die Führung hat Prof. Dr. Hugo Ellenberger übernommen. Die Teilnehmer treffen sich um 18 Uhr unter dem Turm. Das jeweilige Tagesprogramm wird von der Ravag um 8 Uhr, vom Sender Rot-Weiß-Rot um 12.30 Uhr und durch die "Rathaus-Korrespondenz" veröffentlicht.

Internationaler Wettbewerb für Mandolinen- und  
=====

Akkordeon-Orchester  
=====

16. Juli (Rath.Korr.) Im Wettbewerb mit den größten Mandolinenorchestern aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und dem Saarland in Bad Kreuznach am 7. und 8. Juli gelang es dem Ersten Wiener Mandolinen-Orchester-Verein den 3. Preis, eine Ehrenurkunde und zwei Bronzemedailles durch die Jury zuerkannt zu erhalten. Das Orchester lag nur um 1 1/2 Punkte gegenüber den Gewinnern des ersten und zweiten Preises, Italien und Deutschland, zurück.

Das Orchester wirkte außer im eigentlichen Wettbewerb noch in drei großen Konzerten mit. Die deutschen Tageszeitungen waren voll des höchsten Lobes für die Wiener. So hieß es u.a.: "Das Programm erreichte seinen Höhepunkt mit den Vorträgen des Ersten Wiener Mandolinen-Orchester-Vereines, der seine Stücke zart, duftig und stimmungsvoll zum Vortrag brachte und das Publikum zu wahren Beifallsstürmen hinriß. Immer wieder mußten viel umjubelte Zugaben gemacht werden." Oder: "Das Publikum rast vor Begeisterung. Die Wiener musizierten, daß es eine Freude war. Ihr weiches und orchestral gebildetes Spiel kündete von einem Können und einer Technik, die viele neue Wege für die Behandlung dieses Instrumentes weist."

An dem Wettbewerb nahmen neun ausländische und mehr als 28 deutsche Vereine teil. Wie stark die Mandolinenmusik in Deutschland vertreten ist, geht schon daraus hervor, daß weit mehr als 70 Vereine ihre Meldung für den Wettbewerb abgegeben hatten, die

jedoch von den Veranstaltern wegen Platz- und Zeitmangel nicht angenommen werden konnte. 5000 Gäste kamen aus Anlaß dieses Wettbewerbes nach Bad Kreuznach. Sämtliche Konzerte waren ausgezeichnet besucht.

#### Die Infektionskrankheiten im Juni

16. Juli (Rath.Korr.) Der soeben erschienene Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien verzeichnet unter den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten eine sprunghafte Steigerung der Zahl der Typhusfälle. Während im Mai 19 Menschen an Typhus erkrankten, mußten im Juni 74 Typhusfälle gezählt werden. Auch zwei Fälle von Kinderlähmung sind im Bericht verzeichnet. Hingegen ist die Zahl der Scharlacherkrankungen von 251 im Mai auf 208 im Juni zurückgegangen. Ebenso ist die Zahl der Diphtheriefälle von 164 im Mai auf 138 im Berichtsmonat gesunken.

Bei einer Gesamtzahl von 16.597 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchungen in den Tbc-Fürsorgestellen 3853 (Mai 3680). Davon wiesen 2363 eine Tuberkulose auf (Vormonat 2390). Im Berichtsmonat wurden in den Tbc-Fürsorgestellen insgesamt 8411 Röntgendurchleuchtungen und 258 Röntgenaufnahmen gemacht. Von den Fürsorgerinnen wurden 7136 Hausbesuche durchgeführt.

Die Parteienfrequenz der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 4290. Aus ganz Wien wurden 302 Fälle neuer venerischer Erkrankungen gemeldet (Vormonat 251).

In den beiden Gesundenuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge im Franz Josef-Spital und im Kaiserin Elisabeth-Spital wurden im Juni insgesamt 234 Untersuchungen 98 Männer und 136 Frauen durchgeführt. Dabei konnten 15 Karzinomverdächtige Tumore festgestellt werden. Außerdem mußten 110 Personen wegen anderer Leiden ihrem behandelnden Arzt überwiesen werden.

In der sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden im Juni 221 Sportler untersucht.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

16. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 21. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Emmersdorf" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 18. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11.29 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Ignaz Krepp zum Gedenken  
=====

16. Juli (Rath.Korr.) Auf den 19. Juli fällt der 100. Geburtstag des Wiener Kupferstechers Ignaz Krepp.

Er studierte an der Wiener Akademie zuerst Landschafts- und Historienmalerei und wandte sich hierauf dem Kupferstich zu. Krepp, dessen Blätter durch Korrektheit der Zeichnung sowie durch saubere, kraftvolle Stichweise charakterisiert sind, wurde von Buch- und Kunsthändlern vielfach beschäftigt. Er stach u.a. Blätter nach italienischen und niederländischen Meistern für das von C.Haas herausgegebene Tafelwerk der Belvederegalerie, mehrere Blätter für J.v. Hormayrs "Geschichte Wiens" mit den Porträts von Dr. Lazius, Prinz Eugen und Karl VI. sowie für dessen Taschenbuch für die vaterländische Geschichte, ferner zahlreiche Einzelblätter nach älteren und zeitgenössischen Meistern. Der Künstler starb am 4. Juni 1853 in seiner Geburtsstadt Wien.

Die Feuerwehr hatte Hochbetrieb  
=====Großbrand mit Explosionen - Wassereinbrüche - Befreiung aus einem Aufzug

16. Juli (Rath.Korr.) Die Feuerwehrzentrale Am Hof wurde gestern gegen 12.30 Uhr vom Ausbruch eines Brandes im sogenannten Neugebäude nächst dem Krematorium benachrichtigt. In diesem alten Objekt, das bei der Ankunft der ersten Löschwagen in hellen Flammen stand, hatte die Firma Ernst Pfeiffer ihr Zelluloidlager. Die Löschkaktionen gingen unter ständigen Explosionen der brennen-

den Zelluloidabfälle vor sich, so daß die Löschmannschaften ihre Aktion unter ständiger Lebensgefahr durchführten. Nach einer Serie von starken Detonationen barsten schwer beschlagene Feuerschutztüren, und schließlich stürzte auch über dem Lager ein massives Ziegelgewölbe ein. 50 Meter hohe Stichflammen entwickelten eine enorme Hitze, der eine große Anzahl von Bäumen und 90 Quadratmeter eines Maisfeldes zum Opfer fielen. Die Flammen hatten rasch ein weiteres Lager ergriffen, in dem sich Barrels mit 80 Kilogramm Salzsäure befanden. Durch den Brand wurde ein großer Teil des Dachstuhles vernichtet. In einem niedergebrannten Hühnerstall fanden 20 Hühner und 1 Truthahn den Flammentod.

Dank dem mutigen Einsatz der Feuerwehrmannschaften gelang es trotzdem, einen Teil des Zelluloidlagers und die übrigen gefährdeten Nachbarobjekte zu retten. Der Brand wurde kurz nach 1 Uhr lokalisiert. Die Ursachen der Feuerkatastrophe, deren Sachschaden bedeutend ist, sind noch unbekannt.

Einen zweiten Großeinsatz brachte der Feuerwehr der abendliche Wolkenbruch über Wien. Binnen zwei Stunden mußten die Feuerwehrmannschaften mehr als hundertmal fast in allen Wiener Bezirken bei Straßenüberflutungen, Kanalschäden und Wassereinbrüchen in Wohnungen und Kellerräumen intervenieren. Die meisten Hilfeleistungen erstreckten sich auf die Bezirke 2, 3, 9 und 20.

Im Zusammenhang mit der Wetterkatastrophe ereignete sich kurz nach 23 Uhr im 3. Bezirk ein nicht alltäglicher Unfall. Durch einen Wassereinbruch in den Aufzugschacht eines Hauses in der Ölzeltgasse kam es zu einem Kurzschluß. Zwei im Aufzug befindliche Personen blieben zwischen den Stockwerken stecken und mußten von der Feuerwehr aus ihrer unangenehmen Situation befreit werden.

#### Das Unglück im Kinderheim Seebenstein

=====

16. Juli (Rath.Korr.) Die Sonntagszeitungen berichteten von einem Unfall im Kinderheim Seebenstein, bei dem ein 3jähriger Bub in den Verkkanal gestoßen wurde und nur mehr als Leiche geborgen werden konnte. Dazu erfahren wir von der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien, daß es sich dabei nicht um das Kindererholungsheim der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien in Seebenstein handelt.

Wieder Rekordbesuch in den städtischen Bädern  
=====

16. Juli (Rath.Korr.) Zum zweitenmal im heurigen Sommer war gestern das neue Gänsehäufel ausverkauft. Bei den 12 Kassen, die seit den frühen Morgenstunden Hochbetrieb hatten, waren bereits kurz nach 10 Uhr vormittag weder Kabinen noch Kästchen zu haben. Die Nachzügler mußten sich daher wieder mit Mitbenützerkarten begnügen. Insgesamt wurden am gestrigen Sonntag wieder rund 31.000 Besucher, nur um 18 weniger als am ersten Rekordsonntag, auf dem Gänsehäufel gezählt. Auch die übrigen städtischen Sommerbäder waren sehr gut besucht, so das Kongreßbad von 7.000 und das Klosterneuburger Strandbad von 5.000 Besuchern. Insgesamt wurden gestern in den städtischen Badeanlagen 72.000 Badegäste gezählt.

Der neue Wassergarten im Stadionbad, der erst vor wenigen Tagen als letzter Schrei dieser Anlage in Betrieb genommen wurde, erfreute sich erwartungsgemäß eines regen Zuspruches der rund 10.500 Besucher. Die neue Attraktion erwies sich als voller Erfolg und wurde mit Begeisterung aufgenommen.

## Rinderhauptmarkt vom 16. Juli

=====

16. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 52 Ochsen, 11 Stiere, 59 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 135. Inland: 134 Ochsen, 167 Stiere, 483 Kühe, 94 Kalbinnen, Summe 878. Dänemark: 11 Ochsen, 12 Stiere, 88 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe 120. Gesamtauftrieb: 197 Ochsen, 190 Stiere, 630 Kühe, 116 Kalbinnen, Summe 1133. Unverkauft: 88 Ochsen, 130 Stiere, 375 Kühe, 99 Kalbinnen, Summe 692. Unverkauft: 109 Ochsen, 60 Stiere, 255 Kühe, 17 Kalbinnen, Summe 441. Außermarktbezüge: 140 Rinder.

Preise, Inland: Ochsen 7.80 S, Stiere 8.50 S, Kühe 6.80 S, Kalbinnen 7.30 S, Beinlvieh 6.- bis 6.80 S.

Bei äußerst schleppendem Marktverkehr ermäßigten sich die saisonbedingten Zuschläge gegenüber der Vorwoche bei Ochsen, Kühen, Kalbinnen und Beinlvieh bis zu 1.- S und bei Stieren bis zu 50 g.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

17. Juli 1951

Blatt 1303

Fortsetzung der Windschutzpflanzungen auf dem Wiener Berg  
=====

## Eine neue Gartenanlage in Floridsdorf

17. Juli (Rath.Korr.) Der Wiener Stadtsenat genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Thaller die Fortsetzung der im vorigen Jahr begonnenen Windschutzpflanzung auf dem Wiener Berg zwischen Tolbuchinstraße und Favoritenstraße. Für diesen zweiten Bauteil wurden 115.000 Schilling bewilligt.

Der Wiener Berg war bekanntlich ein ausgedehntes Waldgebiet, von dem allerdings nichts mehr übriggeblieben ist. Auch die später hier errichteten Weingärten sind schon längst verschwunden. Um die Jahrhundertwende ist dieser südöstliche Stadtrand fast zur Gänze den Ziegeleien anheimgefallen. Um die Versteppung dieser Gebiete zu verhindern, wurde im Vorjahr mit den ersten Windschutzpflanzungen begonnen. Dieser ausgedehnte Naturpark hat auch die Aufgabe, die Per Albin Hansson-Siedlung vor dem Wind aus dem Osten und Süden zu schützen. Schon im vergangenen Herbst wurden in diesem Gebiet viele hunderte Bäume und Sträucher gepflanzt.

Ein weiterer Antrag des Stadtrates Thaller, der sich mit der Errichtung einer öffentlichen Gartenanlage in Floridsdorf zwischen Bodenstedtgasse und der Rechten Nordbahngasse beschäftigt, wurde ebenfalls angenommen und die dafür erforderlichen 85.000 Schilling genehmigt. Es handelt sich dabei um jene Fläche, die der städtischen Wohnhausanlage Paul Speiser-Hof vorgelagert ist.



Urlaub in Wien  
=====Veranstaltet von der Volkshochschule Wien-West

17. Juli (Rath.Korr.) Donnerstag, den 19. Juli, kultureller Spaziergang durch Pötzleinsdorf. Besichtigt werden der Park, das Gästehaus der Stadt Wien, die Kirche und das Mautnerschlössel. Zum Abschluß findet eine abendliche Feier am Sommerheidenweg mit dem Blick auf Wien statt. Führer: Prof.Dr. Hugo Ellenberger. Zusammenkunft um 18 Uhr bei der Endstation der Linie 41.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

17. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 22. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Turnersee" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 19. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 15.45 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Rinderhauptmarkt vom 16. Juli  
=====

17. Juli (Rath.Korr.) In unserer Aussendung vom 16. Juli, Blatt 1302, soll es in der 5. Zeile richtig heißen: Verkauft: 88 Ochsen, 130 Stiere, 375 Kühe, 99 Kalbinnen, Summe 692.

Schweinemarkt vom 17. Juli - Hauptmarkt  
=====

17. Juli (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 470 inländische Fleischschweine. Außermarktbezüge: 1039 inländische Fleischschweine.

Bei völlig ungenügender Marktbeschickung wurden sämtliche aufgetriebenen Schweine zum Preis von 12.50 S je Kilogramm Lebendgewicht verkauft.

Wieder 5 Millionen Schilling für Sicherungsarbeiten  
=====

17. Juli (Rath.Korr.) Der zunehmende Verfall der kriegsbeschädigten Wiener Wohnhäuser hat die Gemeinde Wien schon in dem Jahre 1946 gezwungen, namhafte Beträge für die Sicherung des Lebens der Bewohner solcher Häuser und für die Instandhaltung der Wohnungen auszugeben. Diese für solche Arbeiten von der Gemeinde Wien vorgestreckten Summen haben sich von rund 500.000 Schilling im Jahre 1946 auf rund 20 Millionen Schilling im Jahre 1950 erhöht. Heuer dürfte diese Summe noch überschritten werden. Wie Stadtrat Thaller in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauangelegenheiten berichtete, hat nun die Gemeinde Wien abermals 5 Millionen Schilling für Ersatzvornahmen (Sicherungsarbeiten) an gefährdeten kriegsbeschädigten Häusern freigegeben.

Seit 1946 sind durch die Ersatzvornahmen der Wiener Gemeindeverwaltung tausende von Wohnungen vor dem vollständigen Verfall bewahrt worden. So wurden allein im Juni dieses Jahres 11.600 m<sup>2</sup> Wohnflächen gerettet. Vom Juni 1949 bis Juni 1951 wurden insgesamt 148.000 m<sup>2</sup> Wohnfläche und 1.307 m<sup>2</sup> Lagerflächen vor dem gänzlichen Verfall bewahrt. Derzeit sind rund 170 Ersatzvornahmen in Arbeit. 42 Häuser mit 310 gefährdeten Wohnungen wurden im Juni dieses Jahres soweit instandgesetzt, daß die Wohnungen als ungefährdet gelten können.

Stadtrat Thaller besichtigte das Gänsehäufel  
=====

17. Juli (Rath.Korr.) Heute nachmittag besichtigte der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, das städtische Strandbad Gänsehäufel. Er ließ sich die dort beschäftigten Arbeiter vorstellen und überzeugte sich von der Wirksamkeit der Maßnahmen, die getroffen wurden, um auch dem stärksten Publikumsandrang gerecht zu werden.

Die Gewitter der letzten Tage haben auf dem Gänsehäufel einigen Schaden angerichtet. So mußte das Wellenbad ausgelassen und

gereinigt werden, weil der Regen Sand und Erde in das Bassin gespült hatte. Morgen wird jedoch bei schönem Wetter das Wellenbad wieder in Betrieb sein.

Wiener Rathaus wird Prager Außenministerium  
=====

Die Mort Briskin Production filmt auf dem Rathausplatz

17. Juli (Rath.Korr.) Wenn die Wiener in den nächsten Tagen vom Rathaus schwarz-gelbe Fahnen wehen sehen, brauchen sie nicht glauben, daß die Vergangenheit wieder auferstanden ist. Es handelt sich nur um Filmaufnahmen, die die Mort Briskin Production für den amerikanischen Spielfilm "No time for flowers" ("Keine Zeit für Blumen") drehen wird. In den Hauptrollen wirken bekanntlich Paul Hubschmid und Viveca Lindfors mit. Die beiden Hauptdarsteller werden auf dem Rathausplatz nicht zu sehen sein. Hier werden nur Szenen gedreht, bei denen der Bau des Rathauses das Prager Außenministerium aus dem Jahre 1912 vortäuschen soll. Das Wiener Rathaus als ganzes wird jedoch im Film, der für Amerika bestimmt ist, nicht erkennbar sein.

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

18. Juli 1951

Blatt 1307

## Literatur- und Kompositionswettbewerb 1951 der Stadt Wien

=====

18. Juli (Rath.Korr.) Die Stadt Wien schreibt wie im Vorjahr nach einem Beschluß der Wiener Landesregierung, der auf Antrag von Stadtrat Mandl gefaßt wurde, auch heuer wieder einen Literatur- und Kompositionswettbewerb aus. Teilnahmeberechtigt sind österreichische Staatsbürger, die in Wien ihren Wohnsitz haben oder in Wien wirken. Die Einsendungen müssen anonym unter einem Kennwort eingereicht werden. Ein mit dem gleichen Kennwort versehenes, verschlossenes Kuvert muß Namen, Anschrift und eine Erklärung des Bewerbers enthalten, daß er österreichischer Staatsbürger ist und sich den Wettbewerbsbedingungen unterwirft. Eine vom Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung bestimmte Jury wird die Werke beurteilen. Einsendeschluß ist der 31. Dezember 1951.

Gegenstand des diesjährigen Literaturwettbewerbes ist eine bisher unveröffentlichte Novelle, die mit einem gegenwartsnahen Erlebnis verbunden ist. Ein Wiener Stoff wird bevorzugt. Eine Altersgrenze für die Teilnahme an dem Wettbewerb ist heuer nicht gesetzt. Jeder Teilnehmer darf nur ein Werk einreichen. Die Veröffentlichung der preisgekrönten Werke wird nach Möglichkeit von der Stadt Wien unterstützt werden. Die Einsendungen sind an die Magistratsabteilung 7, Wien 8., Friedrich Schmidt-Platz 5, 3.Stock, Zimmer 101, zu richten. Der 1. Preis beträgt 5000 Schilling, der 2. Preis 3000 Schilling, der 3. Preis 2000 Schilling. Außerdem sind zwei Anerkennungspreise in Form von Diplomen vorgesehen.

Im Kompositionswettbewerb ist ein Chorwerk a cappella oder mit Instrumentalstimmen einzureichen, das zur Aufführung bei festlichen Anlässen geeignet ist. Die Aufführungsdauer soll nicht kürzer sein als 20 Minuten. Das Werk darf noch nicht öffentlich aufgeführt worden sein. Für die Komposition kann ein eigener oder fremder Text gewählt werden. Dabei sind Dichtungen, die die Themen

Österreich, Wien, Arbeit und Frieden behandeln, bevorzugt. Es können auch solche Werke eingereicht werden, die bei voller Wahrung des künstlerischen Niveaus leicht ausführbar sind, beziehungsweise die Mitwirkung von Laien, also Schulkindern und eventuell sogar die Mitwirkung des Publikums vorsehen. Auch hier gilt diesmal keine Altersgrenze für den Einsender. Die Einsendungen sind an das Amt für Kultur und Volksbildung, Wien 8., Friedrich-Schmidt-Platz 5, 3. Stock, Zimmer 102, zu richten. Der 1. Preis des Kompositionswettbewerbes beträgt 3000 Schilling, der 2. Preis 2000 Schilling, der 3. Preis 1000 Schilling. Zwei weitere Preise bestehen in Anerkennungsdiplomen. Außerdem kann die Jury in Fällen, in denen die Komponisten eine Dichtung eines lebenden österreichischen Autors als Text gewählt haben, drei Prämien zu je 1000 Schilling für die Textdichter verleihen. Schließlich ist eine besondere Prämie für jenes Werk vorgesehen, bei dem Musik und Text am besten zu einer künstlerischen Einheit verschmolzen erscheinen.

Werden in Wien alle Jugendlichen eine Lehrstelle finden?

=====

Appell des Arbeitsamtes an alle Lehrbetriebe

18. Juli (Rath.Korr.) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" vom Landesarbeitsamt Wien über die Lehrstellensituation erfährt, muß vor allem immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die freien Lehrstellen nicht lange vor Schulschluß oder wenigstens unmittelbar vorher der Berufsberatung bekanntgegeben werden, sondern noch im Verlauf der Sommer- und Herbstmonate, oft bis in den Winter hinein einlangen. Dadurch ist die Unterbringung der lehrstellensuchenden Jugend nicht mit einem Schlag nach Schulschluß möglich, sondern erst nach und nach bis zum Ende des Jahres. Trotzdem ist es möglich, daß in einzelnen Berufen bereits zu Schulschluß mehr Lehrstellen als Bewerber vorhanden sind. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Berufswünsche der Jugendlichen durchaus nicht immer mit den vorhandenen Lehrstellen konform gehen, oder daß nicht alle Jugendlichen, die für einen bestimmten Beruf Interesse haben, auch die nötige Eignung zu seiner Erlernung mitbringen.

Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der letzten Jahre richtet das Landesarbeitsamt Wien auch heuer wieder den Appell an alle

18. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1309

Lehrbetriebe, die freien Lehrstellen umgehend bekanntzugeben.

Die Berufsberatung hat bereits im April dieses Jahres den leitenden Funktionären der Wirtschaft die Zahl der benötigten Lehrstellen genannt.

An die Eltern aber wird das Ersuchen gerichtet, im Interesse ihrer Kinder nicht unüberlegt Lehrstellen selbst zu suchen, sondern sich an die Berufsberatung zu wenden. Einmal gibt es eine Anzahl von Berufen, in denen genügend Lehrstellen vorhanden sind, zum anderen herrscht nicht selten selbst in jenen Berufen, wo die Lehrstellen knapper sind, Mangel an geeigneten Bewerbern.

Urlaub in Wien

=====

Veranstaltet von der Volkshochschule Wien-West

18. Juli (Rath.Korr.) Freitag, den 20. Juli, kultureller Spaziergang durch das andere Grinzing, Kaasgraben, Kobenzl verbunden mit der Besichtigung der traditionellen Gedächtnisstätten und einer abschließenden Feier mit dem Blick auf Wien. Führer: Prof.Dr. Hugo Ellenberger. Zusammenkunft 18 Uhr bei der Endstation der Straßenbahnlinie 38.

## Pferdemarkt vom 17. Juli

=====

18. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 1 Gebrauchspferd und 61 Schlächterpferde, Summe 62. Bezahlt wurde: für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 15, Oberösterreich 1, Burgenland 1, Steiermark 12, Kärnten 2; Ausland: Jugoslawien 31.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressesfelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

19. Juli 1951

Blatt 1311

## 96.357 Wohnhäuser in Wien

### Die ersten Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Juni

19. Juli (Rath.Korr.) Das "Amtsblatt der Stadt Wien" veröffentlicht die ersten Ergebnisse der Volkszählung in Wien. Am 1. Juni 1951 wurden in Wien 1,760.784 Personen gezählt, die hier ihren ordentlichen Wohnsitz haben. 67.114 Personen waren vorübergehend abwesend, während zur gleichen Zeit 44.223 Menschen vorübergehend in Wien anwesend waren. Nach den ausgegebenen Formularen ist die Zahl der bewohnten Gebäude mit 96.357 und die Zahl der Haushaltungen mit 726.570 anzunehmen. Bei den Haushaltungen sind auch Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Gefängnisse und dergleichen enthalten. Alle Zahlen beziehen sich auf die Bezirke 1 bis 26, einschließlich jener Gemeinden, die wieder zu Niederösterreich kommen sollen.

### "Wien 1951" weniger als "Wien 1900"

Gegenüber der letzten Volkszählung im Jahre 1939 hat die Bevölkerung Wiens um 169.196 Personen gegenüber der Volkszählung vom Jahr 1934 um 330.761 Personen abgenommen. Seit der Volkszählung des Jahres 1910 geht die Zahl der Bevölkerung kontinuierlich zurück; sie ist gegenwärtig niedriger als um die Jahrhundertwende. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hat die Wiener Bevölkerung ein rasches Wachstum gezeigt. Der erste Weltkrieg bringt den ersten großen Rückgang in der Bevölkerungszahl Wiens. Vor allem durch Zuwanderung ist zwischen 1923 und 1934 wieder eine kleinere Zunahme zu verzeichnen. Seither ist aber der Bevölkerungsrückgang wieder besonders kraß geworden. Der Rückgang seit 1934 hat verschiedene Ursachen. Zunächst erleidet Wien dadurch ständig große Bevölkerungsverluste, daß die Zahl der Gestorbenen seit 25 Jahren die Zahl der Geborenen übersteigt. Im Zeitraum von 1934 bis 1950



allein sind 493.471 Wiener gestorben, aber nur 333.105 Wiener geboren worden. Der Gestorbenenüberschuß beträgt demnach mehr als 160.000 Menschen.

### 37.000 Wiener im Krieg gefallen

Ein beträchtlicher Abfall ist durch die nach dem März 1938 einsetzenden Judenaustreibungen des Naziregimes entstanden. Im Jahre 1934 wurden bei der Volkszählung in Wien (im alten Stadtgebiet) noch 176.034 Personen mosaischen Glaubensbekenntnisses gezählt; im vergrößerten Stadtgebiet wurden im Mai 1939 nur mehr 82.077 Glaubensjuden ermittelt. Durch zwangsweise Aussiedlungen ist auch diese Zahl ständig zurückgegangen und betrug bei Kriegsende nur knapp über 2000. Sicherlich sind auch viele Ausländer, vor allem Angehörige der Ostblockstaaten und Reichsdeutsche nach dem Jahre 1945 von Wien abgewandert, wobei freilich dieser Abgang durch einen großen Zuzug von Volksdeutschen und anderen Flüchtlingen wieder kompensiert wurde. Ins Gewicht fallen schließlich auch die Kriegsverluste, die Kriegsgefangenen und die Kriegsvermißten. Die Zahl der im Krieg gefallenen und an Krankheiten gestorbenen Wehrmachtsangehörigen, die ihren Wohnsitz in Wien hatten, beträgt etwas über 37.000, jene der noch immer vermißten Wiener ungefähr 22.000.

### Landstraße - der volkreichste Bezirk

Rechnet man alle diese Bevölkerungsverluste zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 400.000 Menschen. Da der Unterschied zwischen der Volkszählung von 1934 und 1951 jedoch 330.000 beträgt, müssen demnach 70.000 Menschen mehr eingewandert als abgewandert sein. Es ist damit zu rechnen, daß auch weiterhin der Zuzug von Gebieten außerhalb Wiens die Bevölkerung von Wien in Hinkunft auf gleicher Höhe erhalten wird.

Der volkreichste Wiener Bezirk ist die Landstraße mit 118.138, dicht gefolgt von Ottakring mit 117.711. Dann folgen Favoriten mit 111.006 und Floridsdorf mit 106.297. Die wenigsten Menschen wohnen im 26. Bezirk, nämlich 22.866, und im 1. Bezirk, nämlich 34.418.

Die meisten Wohnhäuser stehen nach den Berechnungen der Statistik in Floridsdorf, nämlich 13.124. Dann folgen die übrigen ländlichen Bezirke wie der 25., 24., 22 und 23. Der volkreichste

Bezirk, die Landstraße, hat bloß 2.643 Wohnhäuser. Die niedrigste Zahl der Wohnhäuser weist der 8. Bezirk mit nur 932 auf. Die meisten Haushalte gibt es im 16. Bezirk; es sind insgesamt 52.741. Dann folgt der 3. Bezirk mit 49.331 Haushalten und der 10. Bezirk mit 46.456 Haushalten.

Urlaub in Wien

=====

Veranstaltet von der Volkshochschule Wien-West

19. Juli (Rath.Korr.) Samstag, den 21. Juli, kultureller Spaziergang Mödling - Burg Liechtenstein verbunden mit einer abendlichen Feier in der Burg. Führer Prof.Dr. Hugo Ellenberger. Zusammenkunft: um 16 Uhr bei der Endstation der Straßenbahnlinie 360 in Mödling.

Kultureller Spaziergang vom neu erbauten Kongreßhaus im Hörndlwald durch den Lainzer Tiergarten zur Hermesvilla. Führer Oberbau- rat Dipl.Ing. Rudolf Boeck, Forstdirektor Kolovrat, Prof. Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft: um 15 Uhr bei der Haltestelle Hermes- straße der Linie 60.

### Baufortschritte auf der Mariahilfer Straße

=====

19. Juli (Rath.Korr.) Die Straßenbauarbeiten in der Mariahilfer Straße sind so weit fortgeschritten, daß mit Mittwoch der Verkehr in der Richtung stadtwärts bis zur Schottenfeldgasse eröffnet werden konnte.

Ab Montag, den 23. Juli, früh, wird auch die Querung der Mariahilfer Straße zwischen Neubaugasse und Amerlingstraße bzw. Schottenfeldgasse und Webgasse möglich sein. Dadurch ist mit einer wesentlichen Entlastung des Verkehrs zwischen Neubaugürtel und Mariahilfer Gürtel zu rechnen. Vom gleichen Tag an kann die Mariahilfer Straße ab Neubaugasse auch in der Richtung zur Stadt befahren werden.

### Freikonzert in Penzing

=====

19. Juli (Rath.Korr.) In der Reihe der Gemeindebaukonzerte konzertiert Samstag, den 21. Juli, das "Wiener Volkssymphonie-Orchester" unter Leitung von Kapellmeister Etti Zimmer im Hofe des Gemeindebaues Wien 14., Penzinger Straße 150.

Auf dem Programm des Konzertes stehen im ersten Teil Werke von Wagner, Bizet, Dvorak und Liszt; der zweite Teil ist der "beschwingten Muse" gewidmet und bringt Walzer und Märsche von Strauß, Lanner, Hellmesberger, Suppé und Komzak. Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 17 Uhr und ist, wie alle derartigen Konzerte in Gemeindebauten, frei zugänglich.

### Ferkelmarkt vom 18. Juli

=====

19. Juli (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 183 Ferkel, von denen 146 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 170 S, 7 Wochen 223 S, 8 Wochen 257 S, 10 Wochen 300 S.

Schwacher Auftrieb, bei sehr gutem Abverkauf.

Die Stadt Wien gibt Auskunft  
=====

19. Juli (Rath.Korr.) Wie Bürgermeister Jonas vor kurzem im Österreichischen Presseklub erklärte, wird die Stadtverwaltung bestrebt sein, der Presse möglichst übersichtlich Material aus allen Gebieten der Stadtverwaltung rechtzeitig und in genügendem Ausmaße zur Verfügung zu stellen. Die "Rathaus-Korrespondenz" wird nun in loser Folge unter dem Sammeltitle "Die Stadt Wien gibt Auskunft" wichtige Zusammenfassungen aus den verschiedenen Magistratsabteilungen oder besonders hervorstechende Bauten und Ereignisse innerhalb des Wiener Stadtgebietes besprechen. Darüber hinaus wird die Pressestelle der Stadt Wien bei Fertigstellung von Bauten der Stadt Wien kleine Broschüren unter demselben Sammeltitle herausgeben. Beides, die Artikel in der Korrespondenz und die Broschüren, soll zeigen, wie die Gemeindeverwaltung die Steuergelder der Wiener verwendet.

Im folgenden wird ein Vierteljahresbericht der Magistratsabteilung 28, das ist die Straßenbauabteilung der Stadt Wien, wiedergegeben.

560.000 Quadratmeter Straßen und Gehwege vom April bis Juni 1951 instandgesetzt

Straßenbauarbeiten erfreuen sich nur geringer Popularität. Freilich sagt sich jeder im stillen, daß diese Arbeiten notwendig sind. Aber sie stören uns nun einmal in unseren alltäglichen Bewegungen und wir sind nur schwer geneigt, uns mit aufgerissenen Straßen, mit Staub und Arbeitslärm vertraut zu machen. Trotzdem aber wird natürlich jede neue und jede wieder hergestellte Straße lebhaft begrüßt und mit Freude jedes Stück neuer Asphaltbelag zur Kenntnis genommen. Es ist klar, daß Straßen unmittelbar und mittelbar auf unsere Wirtschaft einwirken. Fremdenverkehr, Transportwesen u.v.a. hängen auf Gedeih und Verderb vom Zustand der Straßen ab. Die Wiener Stadtverwaltung mußte also sofort nach 1945 damit beginnen, das Straßennetz wieder in Ordnung zu bringen. Sie geht nun daran, das veraltete Wiener Straßennetz langsam aber stetig zu verbessern und zu erneuern. Von den etwa 28 Millionen Quadratmetern Straßen und Gehwege, die von der Stadt Wien betreut werden müssen, sind seit Kriegsende viele

Millionen erneuert, instandgesetzt und repariert worden. Die Straßenbauabteilung der Stadt Wien hat nun ihren zweiten Vierteljahresbericht 1951 veröffentlicht und der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, hat den Auftrag gegeben, die wesentlichsten Daten dieses Berichtes sofort der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

In den Berichtsmonaten wurden von den Straßen- und Gehwegflächen, die zusammen ungefähr die Größe von Favoriten und Meidling erreichen, rund 560.000 Quadratmeter wieder instandgesetzt bzw. erneuert. Rund 84.000 Quadratmeter der wieder hergestellten oder instandgesetzten Straßen haben eine Großstein-, d.h. eine normale Granitsteinpflasterung, etwa 121.000 Quadratmeter sind Makadamstraßen, rund 6000 Quadratmeter Betonstraßen, 14.000 Quadratmeter Kleinstein- und etwa 16.000 Quadratmeter Asphaltstraßen. Von den Wiener Bezirken marschiert der 24. an der Spitze. Dort wurden nicht weniger als 73.000 Quadratmeter Straßen und Gehwege instandgesetzt. Ihm folgt der 21. Bezirk mit 43.000 und der 25. Bezirk mit etwa 44.000 Quadratmeter. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Wiener Gemeindebezirke. Summenmäßig wurde für die Straßen im 15. Bezirk das meiste ausgegeben, nämlich 4,3 Millionen Schilling. Dem folgt der 7. Bezirk mit 3,7 Millionen, der 10. Bezirk mit 1,7 Millionen und der 1. Bezirk mit 1,4 Millionen Schilling. Insgesamt hat die Gemeindeverwaltung im Zeitraum von 3 Monaten 19,698.836 Schilling für die Instandsetzung, Neuherstellung und für den Umbau der Wiener Straßen ausgegeben.

Preisträger der Stadt Wien malte den Bundespräsidenten  
=====

19. Juli (Rath.Korr.) Prof. Viktor Theodor Slama, der diesjährige Träger des Preises der Stadt Wien für Malerei und Graphik, hat sofort nach der Bundespräsidentenwahl den ehrenvollen Auftrag erhalten, das neue Staatsoberhaupt zu malen. Das Gemälde, das Dr.h.c. Körner bei seiner Arbeit darstellt, ist in Öl ausgeführt. Es wird im Herbst im Rahmen einer großen Ausstellung zu sehen sein.

Wiener Gemeinderäte auf Studienfahrt  
=====

Auf Anregung von Stadtrat Dkfm. Nathschläger unternahmen gestern die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen eine Besichtigung der städtischen Kraftwerk-anlagen in Opponitz, Gresten und Gaming. Die technische Leitung der Studienfahrt, an der auch sämtliche Direktoren der Städtischen Unternehmungen teilnahmen, oblag Direktor Dipl.Ing. Ruiss von den Wiener Elektrizitätswerken. Es gelang ihm, den Gemeinderäten ein anschauliches Bild über die wichtige Rolle dieser Kraftwerke in der Energieversorgung sowie deren Organisation zu vermitteln. Die Vorträge von Direktor Ruiss sowie die Erläuterungen der Leiter der einzelnen Anlagen, die nun seit mehr als 25 Jahren der Stadt Wien hervorragende Dienste leisten, fanden bei den Mandataren großes Interesse. Die Techniker der Elektrizitätswerke konnten mit Erfolg einem ununterbrochenen "Kreuzverhör" der wißbegierigen Mandatare standhalten.

In Gresten, wo die Mitglieder des Wiener Gemeinderates durch Bürgermeister Sigmund begrüßt wurden, bot sich Gelegenheit zur Besichtigung der vor ihrer Vollendung stehenden Werkswohnhäuser, die bereits im Herbst von den Angestellten der dortigen Schaltanlage bezogen werden. Anschließend an den Besuch des Erlauftales besichtigten die Gemeinderäte das für den zukünftigen Ausbau der Wiener Energieversorgung besonders interessante Gebiet des Lunzer Sees.

Der Umbau des Matzleinsdorfer Platzes  
=====Stadtrat Thaller im Österreichischen Presseklub

19. Juli (Rath.Korr.) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten, Thaller, wird auf Einladung des Österreichischen Presseklubs am Mittwoch, dem 25. Juli, um 11 Uhr, in den Räumen des Institutes 1., Schuberting 6, über das aktuelle Thema "Das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz" sprechen. Die Vertreter der in- und ausländischen Presse werden dabei Gelegenheit haben, die geplante Straßenunterführung und Ausgestaltung des Platzes im Modell zu sehen.

Zuschüsse an die Gemeindebefürsorgten  
=====

19. Juli (Rath.Korr.) Am Dienstag berichtete Vizebürgermeister Honay im Stadtsenat über die Auswirkung der am Montag wirksam gewordenen neuen Lebensmittelpreise auf die Lebenshaltung der von der Gemeindeverwaltung betreuten Unterstützungsempfänger. Der Magistrat arbeitet gegenwärtig an der Festsetzung von neuen Richtsätzen in der öffentlichen Fürsorge. Um jede Verzögerung bei der Auszahlung der erhöhten Dauerunterstützung zu vermeiden, beantragte Vizebürgermeister Honay an alle im Bezuge einer Dauerunterstützung stehenden Gemeindebefürsorgten, soweit sie nicht von anderer Seite, insbesondere aus der Sozialversicherung erhöhte Beträge erhalten, die Auszahlung eines Pauschbetrages als Abgeltung für die Zeit vom 16. Juli bis 31. August 1951. Es wurde einstimmig beschlossen, einmalig an die Hauptunterstützten 75 Schilling, an die Mitunterstützten 54 Schilling und an die Mitunterstützten, die durch die Kinderbeihilfe begünstigt sind (unter 21 Jahre), 67.50 Schilling anzuweisen. Da bereits alle Vorarbeiten getroffen sind, werden alle Anspruchsberechtigten in kürzester Zeit durch die Postsparkasse diese Beträge zugestellt erhalten. Es sind rund 28.000 Personen, die solche Zuschüsse erhalten werden. Der Gemeinde erwächst dadurch eine Mehrausgabe von 1,545.000 Schilling.

Die neuen Richtsätze für die Dauerunterstützungen werden sobald sie vorliegen den zuständigen Körperschaften zugehen und am 1. September 1951 wirksam werden.

Baufortschritte auf der Mariahilfer Straße  
=====

19. Juli (Rath.Korr.) In unserer heutigen Aussendung auf Blatt 1314, dritte Zeile von oben, soll es richtig heißen: Verkehr in der Richtung stadtauswärts bis zur Schottenfeldgasse.

Vier neue Messe-Ausstellungshallen  
=====Große Vorbereitungen für die 30. Jubiläumsmesse

19. Juli (Rath.Korr.) Auf dem neuen Messegelände, das sich auf den ehemaligen Grundstücken der Lagerhaus A.G. befindet, werden gegenwärtig von der Wiener Messe A.G. umfangreiche Bauten durchgeführt. Das Gelände war noch zur Zeit der Frühjahrsmesse ein riesiger Trümmerhaufen. Der Direktor der Wiener Messe A.G., Landtagspräsident Marek, lud heute die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Finanzwesen zur Besichtigung der vier großen Ausstellungshalle ein, die auf 5000 Quadratmeter Baugrund fast vor ihrer Vollendung stehen. Drei von diesen riesigen Hallen sind für die Messe der Landwirte bestimmt. Es gibt hier Stallungen mit automatischen Tränk- und Klimaanlage. Auch eine neue Ausstellungshalle für die Erfinder wurde errichtet. Die sehenswerteste dieser Neuerungen ist die 25.000 Quadratmeter große Bodenfläche, auf der heuer im September bei der 30. Wiener Jubiläumsmesse eine internationale Gartenausstellung veranstaltet wird. Die Gärtner haben bis jetzt schon rund 120.000 Pflanzen ausgesetzt. Es wird dies die größte Blumenschau sein, die Wien je gesehen hat. Die vielen tausenden Blumen und Sträucher, die zwischen Teichen angepflanzt wurden, werden vorläufig am Blühen gehindert, damit sie im Herbst in der Messewoche alle auf einmal aufblühen können.

An allen diesen umfangreichen Arbeiten wird seit Mai mit Hochdruck gearbeitet. Die dabei beschäftigten 600 Arbeiter haben heute Abend in Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Finanzwesen und der leitenden Funktionäre der Wiener Messe A.G. das Gleichenfest der neuen Objekte gefeiert.



# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

20. Juli 1951

Blatt 1320

## Im Rausch auf das Stadtbahngleise gestürzt

20. Juli (Rath.Korr.) Gestern, Donnerstag, nach 20 Uhr, bemerkte ein Passant, daß auf dem Stadtbahngleise nächst der Schönbrunner Brücke ein Mann lag. Er meldete dies dem Bahnsteigabfertiger der Station Schönbrunn. Gemeinsam entfernten sie den bewußtlosen Mann vom Geleise und verständigten den Rettungsdienst. Der Verunglückte ist der 41jährige Tischlergehilfe Michael Böhm, 10., Schröttergasse. Böhm, der im alkoholisierten Zustand auf den Bahnkörper stürzte, erlitt einen Bruch der Lendenwirbelsäule und eine Quetschwunde am Hinterhaupt. Er wurde in das Hanusch-Krankenhaus gebracht.

## Ausschreibung des Hebammenlehrgangs 1951/1953

20. Juli (Rath.Korr.) An der Bundeshebammenlehranstalt in Wien 18., Bastiengasse 36-38 (Ignaz Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien), beginnt am 2. November 1951 ein neuer Lehrgang in der Dauer von 18 Monaten zur Ausbildung von Hebammen.

Für die Unterbringung und Verpflegung im Internat ist ein monatliches Pauschale zu entrichten, das voraussichtlich, unter Vorbehalt geringfügiger Änderungen, 350 Schilling betragen wird. Der Unterricht selbst erfolgt kostenlos. Die selbst verfaßten, eigenhändig geschriebenen Ansuchen um Aufnahme in den Lehrgang sind bis spätestens 15. August 1951 von Bewerberinnen aus dem Burgenland an das Amt der burgenländischen Landesregierung in Eisenstadt, von Bewerberinnen aus Niederösterreich an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung, Landesamt VII/3, in Wien 1., Herrngasse 11, von Bewerberinnen aus Wien unmittelbar an die

Direktion der Anstalt zu richten, haben eine kurze Darstellung des Lebenslaufes zu enthalten und sind mit einem Bundesstempel im Werte von 4 S zu stempeln. Beizugeben sind: Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft (Auszug aus der Heimatrolle), Nachweis des Alters zwischen dem vollendeten 20. und 35. Lebensjahre (Geburts- und allfällige Heiratsurkunde), Nachweis der abgeschlossenen Hauptschulbildung oder erfolgreichen Beendigung der vier unteren Klassen einer Mittelschule (Abgangszeugnis), amtsärztliches Gesundheitszeugnis, polizeiliches Führungszeugnis, Zeugnis über eine erfolgreiche Blatternimpfung aus den letzten 5 Jahren, Erklärung über die Verpflichtung zur Zahlung der Unterhaltskosten.

Urlaub in Wien

Besuch in Baden

20. Juli (Rath.Korr.) Sonntag, den 22. Juli, Kunstfahrt durch das Kamptal mit der Besichtigung der Rosenberg, Gars und Krems. Führer: Prof.Dr. Ellenberger. Fahrpreis 36 S. Voranmeldung erforderlich!

Wien besucht Baden. Besichtigt werden der Kurpark, das Römerbad, das Strandbad und der Trabrennplatz mit der Teilnahme an einem Rennen. Fahrpreis einschließlich Führung und Eintrittsgebühren 8 S. Führer: Die Leiter der verschiedenen Betriebe in Baden, Gartenarchitekt Berger, Prof.Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft um 7.30 Uhr vor dem Eingang des Bahnhofes Meidling.

Ebenfalls am Sonntag findet eine Führung durch die Prunkräume des Parlamentes mit der Erklärung der österreichischen Verfassung statt. Zusammenkunft um 10 Uhr vor der Rampe.

Gesperrt bis 19.30 UhrDie Kärntner Straße soll Einbahn werden?  
=====

20. Juli (Rath.Korr.) Heute abend sprach Stadtrat Dr. Robetschek im "Echo des Tages" der Ravag über das in letzter Zeit zur Debatte gestandene Problem der Kärntner Straße als Einbahn. An die Spitze seiner Ausführungen stellte Stadtrat Dr. Robetschek die Mitteilung, daß aus der Kärntner Straße keine Einbahnstraße gemacht werde. Der Wiener Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß die Kärntner Straße nicht zu einer reinen Verkehrsstraße herabgewürdigt werden darf. Man stelle sich vor, ein Fremder kommt mit seinem Wagen von der Rotenturmstraße und will auf der Kärntner Straße einkaufen. Er wird sich in dem Gewirr der engen Gassen der Inneren Stadt gar nicht zurechtfinden. Aber auch für den Ortskundigen wäre es sehr kompliziert, einen bestimmten Punkt in der Kärntner Straße mit dem Auto zu erreichen.

Der Vorschlag der Verkehrspolizei war, einerseits die Kärntner Straße von der Walfischgasse bis zum Stock im Eisen-Platz als Einbahnstraße in der Richtung Stephansplatz zu erklären, andererseits die Seilergasse mit ihrer Fortsetzung über den Neuen Markt in der Gegenrichtung ebenfalls als Einbahnstraße festzulegen. Die Verkehrspolizei wollte dadurch den immer dichter werdenden Verkehr leichter bewältigen, aber hier gäbe es eine einfachere Abhilfe; nämlich dann, wenn die Verkehrspolizei die Kundmachungen des Wiener Magistrates entsprechend überwachen würde. Trotz dem bestehenden Durchfahrverbot für Lastfahrzeuge werden nämlich immer wieder in der Kärntner Straße und am Stephansplatz Lastautos und sogar Anhängerzüge festgestellt, die ohne Zweifel dort unberechtigt fahren. Diese mangelnde Überwachung trägt nicht unwesentlich zu Verkehrsstockungen bei. Im übrigen hat man schon einmal mit Einbahnstraßen in der Inneren Stadt schlechte Erfahrungen gemacht. Vor 1940 waren z.B. die Spiegelgasse und die Seilergasse Einbahnstraßen. Damals kam es immer wieder zu berechtigten Beschwerden aus den Kreisen der Wirtschaft.

Der Wiener Magistrat als die örtlich zuständige Straßenaufsichtsbehörde ist für alle technischen Verkehrsangelegenheiten

kompetent. Auch die Festlegung von Einbahnstraßen fällt nach der Straßenpolizeiordnung dem Wiener Magistrat zu. Es muß nur das Einvernehmen mit der Bundespolizeibehörde hergestellt werden. Solange also der Wiener Magistrat nicht zustimmt, wird es keine Einbahn in der Kärntner Straße geben.

Von 100 Wienern starben 21 an Krebs  
=====

Die Bevölkerungsvorgänge in Wien im Juni

20. Juli (Rath.Korr.) Das in Wien in den letzten Jahren regelmäßig mit Beginn des zweiten Jahresdrittels einsetzende Steigen in der Heiratsfrequenz war auch im heurigen Jahre festzustellen. Im Mai betrug die Zahl der Eheschließungen 1.549 - um 615 mehr als im April - und im Juni wurden 1.590 Brautpaare getraut. Im Vergleich zum Jahre 1950 geht die Junizahl des laufenden Jahres um fast ein Fünftel über die vorjährige hinaus. Faßt man die nunmehr vorliegenden Ergebnisse für das erste Halbjahr zusammen, so ergibt sich im Vergleich mit der entsprechenden Vorjahrsperiode eine Zunahme bei den Eheschließungen um annähernd 400.

Dagegen wird die Zahl der Lebendgeburten in ihrem derzeit noch nicht vorliegenden endgültigen Ergebnis nur wenig 1.000 überschreiten und daher wieder um rund 150 niedriger sein als die Vergleichszahl des Vorjahres.

Die Gestorbenenzahl (1867) ist seit Beginn des Jahres zum erstenmal unter 2.000 gesunken und entspricht ungefähr der für den gleichen vorjährigen Zeitraum berechneten Sterbenshäufigkeit. Von je 100 Gestorbenen standen 8 im Alter unter 40 Jahren, 19 im Alter zwischen 40 und 59 Jahren und 73 waren 60 und mehr Jahre alt. Von den einzelnen hauptsächlichsten Todesursachen haben auf je 100 berechnet in 23 Fällen Herzkrankheiten, in 21 Krebs, in 15 Gehirnschlag, in 5 Tuberkulose, in 3 Verunglückung und in 33 Fällen verschiedene andere Krankheitsursachen zum Tod geführt.

Die Säuglingssterblichkeit liegt mit 50 Fällen etwas unter dem Jahresdurchschnitt 1950.

Die Zahl der Todesfälle übersteigt die Zahl der Lebendgeborenen um 948. Ungefähr doppelt so hoch, nämlich 1.828, ist nach den Berichten des Zentralmeldeamtes der Polizeidirektion Wien der durch Zu- und Abwanderungen entstandene Bevölkerungsgewinn.

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

21. Juli 1951

Blatt 1324

Eine Büste für Per Albin Hansson  
=====

## Festtag in der größten städtischen Siedlungsanlage der Nachkriegszeit

21. Juli (Rath.Korr.) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, wird der schwedische Ministerpräsident Erlander, in Begleitung prominenter schwedischer Persönlichkeiten, der Stadt Wien, die ihn eingeladen hat, einen mehrtägigen Besuch abstatten. Er wird voraussichtlich Freitag, den 3. August, mit dem Flugzeug in der Bundeshauptstadt eintreffen. Ministerpräsident Erlander wird in der schwedischen Gesandtschaft Aufenthalt nehmen.

Im Mittelpunkt des Besuches steht die Enthüllung einer Büste des verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson auf dem Gelände der nach ihm benannten, nach dem zweiten Weltkrieg gebauten größten städtischen Siedlungsanlage auf dem Wiener Feld im 10. Bezirk. Diese offizielle Feierlichkeit wird Sonntag, den 5. August, um 9.30 Uhr stattfinden. Die Büste, ein Geschenk des schwedischen Volkes, wurde von dem bekannten Bildhauer Maesvall, einem ehemaligen Holzfäller, in schwedischem Granit gehauen. Bei der Enthüllung wird Bürgermeister Jonas die Festansprache halten. Der Platz wird mit den Fahnen Schwedens und Österreichs geschmückt sein. Nachher findet ein offizieller Empfang im Wiener Rathaus statt.

Am Montag, dem 6. August, werden die schwedischen Gäste eine Rundfahrt durch das soziale Wien unternehmen.

Eben wird auch bekannt, daß der schwedische Bildhauer Maesvall schon Dienstag, den 24. Juli, (voraussichtlich 17.10 Uhr), mit der Büste Per Albin Hanssons in Wien eintreffen wird. In seiner Begleitung wird sich auch sein Steinmetz befinden. Sie werden in den darauffolgenden Tagen die Büste auf einem besonders geeigneten Platz in der Per Albin Hansson-Siedlung aufstellen.

Am Freitag Sitzung des Wiener Gemeinderates  
 =====

21. Juli (Rath.Korr.) Die nächste Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates findet Freitag, den 27. Juli, um 11 Uhr statt.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
 =====

21. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 26. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Montag, dem 23. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.45 Uhr von Wien l., Rathaus, Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Linie L bis Schönbrunn  
 =====

21. Juli (Rath.Korr.) Von Montag, dem 23. Juli an wird die Linie L wieder wie früher nach Schönbrunn, Meidlinger Tor, geführt.

Erster Zug:

ab Schönbrunn Meidlinger Tor nach Rotundenbrücke	6'01 Uhr
ab Rotundenbrücke nach Schönbrunn Meidlinger Tor	6'20 Uhr
ab Schönbrunn Meidlinger Tor nach Hauptallee	11'56 Uhr
ab Hauptallee nach Schönbrunn Meidlinger Tor	12'40 Uhr

Letzter Zug:

ab Schönbrunn Meidlinger Tor nach Hauptallee	20'16 Uhr
ab Hauptallee nach Schönbrunn Meidlinger Tor	19'26 Uhr
ab Hauptallee nach Bahnhof Rudolfsheim	20'59 Uhr

Direktor Pemmer 65 Jahre alt  
 =====

21. Juli (Rath.Korr.) Der namhafte Heimatforscher, Direktor Hans Pemmer, feierte kürzlich seinen 65. Geburtstag. Bürgermeister Jonas gratulierte dem verdienten Jubilar in einem herzlichen Schreiben und widmete ihm sein Bild.

## Urlaub in Wien

=====

Besichtigung des Westbahnhofes

21. Juli (Rath.Korr.) Montag, den 23. Juli. Führung durch die größte Baustelle Wiens: Westbahnhof. Führer: Die Bauleiter der verschiedenen Baugruppen. Zusammenkunft um 18 Uhr Ecke Gerstnergasse und Mariahilfer Straße.

## Neue Strompreise ab 1. August

=====

Neue Preise für Industriestrom schon ab 23. Juli

21. Juli (Rath.Korr.) Die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke teilt mit: Die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke erhöhen infolge der bekannten Steigerung der Ausgaben für Brennstoffe, Material und Personal die Strompreise für die Tarif- und Sonderabnehmer. Die Erhöhungssätze wurden bereits am 19. Juli vom Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe festgesetzt. Sie bedürfen noch der Zustimmung durch den Gemeinderat der Stadt Wien, der in seiner Sitzung vom 27. Juli voraussichtlich darüber beschließen wird.

Die neuen Tarife treten für die Abnehmer in Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft voraussichtlich mit 1. August in Kraft. Die Preise für Sonderabnehmer, z.B. für die Industrie, werden bereits ab 23. Juli verrechnet. Die detaillierte Bekanntmachung der allgemeinen Tarifpreise erfolgt erst nach der Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat.

## Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

21. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 27. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Klamm am Semmering" gebracht wurden, am Dienstag, dem 24. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11.25 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Bürgermeister Jonas am Start der Österreich-Rundfahrt  
=====

21. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas gab heute vormittag auf dem Rathausplatz das Startzeichen zur dritten Österreich-Rundfahrt. Der Bürgermeister, begleitet von Vizebürgermeister Weinberger und den Stadträten Afritsch und Dkfm. Nathschläger, begrüßte die Fahrer aus Wien und den Bundesländern sowie die ausländischen Teilnehmer. Um Punkt neun Uhr schwenkte er die schwarz-weiß karierte Fahne.

Ein Leben im Dienste der Fürsorge  
=====Verleihung der Ehrenmedaille an einen Fürsorgerat

21. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde im Stadtsenats-sitzungssaal zum ersten Mal ein Fürsorgerat, einer der 4000 uneigennützig im Dienste des städtischen Wohlfahrtswesens stehenden Männer und Frauen auf besondere Art geehrt. Anton Stehno, der das Amt eines Fürsorgerates in Hernals bekleidet, erhielt aus Anlaß seines 80. Geburtstages von Bürgermeister Jonas in Anwesenheit der beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger und der Stadträte Afritsch, Dkfm. Nathschläger und Thaller die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt. Die Teilnahme vieler geladener Ehrengäste bewies die große Beliebtheit dieses öffentlichen Funktionärs.

Vizebürgermeister Honay würdigte in seiner Ansprache die Verdienste des Jubilars um den Aufbau des Wiener Fürsorgewesens, dessen freiwilliger Helfer Anton Stehno seit dem Jahre 1919 ist. Mit Unterbrechnung der Jahre nach 1934 galt er als einer der agilsten Fürsorgeräte Wiens. Im Jahre 1945 hat er sich der Stadt Wien wieder zur Verfügung gestellt und übt seine Funktion mit beispielhafter Hingabe noch immer aus. Vizebürgermeister Honay bezeichnete die hohe Auszeichnung für Anton Stehno als eine Anerkennung für die Arbeit der 4000 Männer und Frauen, die gegenwärtig das schwere Amt der Fürsorgeräte mit Liebe und Verständnis uneigennützig ausüben.

Bürgermeister Jonas hob hervor, daß die Stadt Wien, getreu ihrer sozialen Tradition, auch jene Leistungen würdigt, die der



21. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1328

Sorge um den Menschen gelten. Bis jetzt erhielten diese Auszeichnung hervorragende Persönlichkeiten der Kultur und Wissenschaft aus unserer Stadt. Der Bürgermeister bezeichnete es als erfreulich, daß der Wiener Stadtsenat einstimmig die Ehrenmedaille auch für langjährige Tätigkeit einem Sozialarbeiter unserer Stadt verliehen hat. Er beglückwünschte den rüstigen Jubilar zu dieser Anerkennung und sprach den Wunsch aus, er möge in Gesundheit den Aufstieg der Stadt, für den wir alle arbeiten, miterleben.

Anton Stehno dankte tiefbewegt für die Auszeichnung und versprach, daß er auch weiterhin alle seine Kräfte der öffentlichen Fürsorge widmen will.

Den musikalischen Rahmen der Feier besorgte das Konzertorchester Hans Faltl mit seinen Solisten.

#### Urlaub in Wien

=====

#### Spaziergang in Nußdorf

21. Juli (Rath.Korr.) Dienstag, 24. Juli. Kultureller Spaziergang durch das andere Nußdorf mit einer Besichtigung des Schikaneder-Schlössels mit dem Lehar-Museum und einer abendlichen Feier am Eichelhof mit dem Blick auf Wien. Führer: General Anton Lehar und Prof.Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft um 18 Uhr bei der Station Nußdorfer Platz der Linie 36.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

23. Juli 1951

Blatt 1329

Bitte vormerken!

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß Mittwoch, den 25. Juli, um 11 Uhr, der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, auf Einladung des Österreichischen Presseklubs in dessen Räumen, Schuberting 6, über das Thema "Das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz" sprechen wird. Die Vertreter der in- und ausländischen Presse werden dabei Gelegenheit haben, die geplante Straßenunterführung und die Ausgestaltung des Platzes am Modell zu sehen.

Fachschule für Damenkleidernachen

=====

23. Juli (Rath.Korr.) Die zweijährige Fachschule für Damenkleidernachen und Wäschewarenerzeugung an der Städtischen Lehranstalt für gewerbliche Frauenberufe in Wien-Mödling, Jakob Thomastraße 20, bildet die Schülerinnen zu Gesellinnen für das Kleidermachergewerbe aus. Das Abschlußzeugnis über den erfolgreichen Besuch dieser zweijährigen Schule ersetzt den Nachweis der ordnungsmäßigen Beendigung des Lehrverhältnisses.

Die Einschreibungen finden jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 Uhr statt. Die Aufnahmeprüfungen sind für Montag, den 3. September und Dienstag, den 4. September angesetzt.

Ehrenpreis der Stadt Wien zur Österreich-Rundfahrt 1951  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Die Stadt Wien hat heuer wieder Ehrenpreise für die drei Besten der größten österreichischen Radrennveranstaltung, die "Österreich-Rundfahrt 1951", gestiftet.

Die Preise bestehen in Silberplaketten in gleicher Ausführung, jedoch von verschiedener Größe. Sie sind mit dem Stadtwappen und mit dem olympischen Zeichen, dem Ölzweig, geschmückt, und zwar für den Ersten in Gold, den Zweiten in Silber und für den Dritten in Bronze, und tragen die entsprechende Widmung.

Die Plaketten werden den Siegern Samstag, den 28. Juli, bei ihrer Ankunft im Wiener Stadion durch Bürgermeister Jonas überreicht.

Fachschule für Großküchenbetrieb  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Die städtische Fachschule für Großküchenbetrieb an der Städtischen Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe Wien 6., Brückengasse 3, bildet Wirtschaftspersonal für Großküchenbetriebe aus.

Nähere Auskünfte und Einschreibungen in der Schulkanzlei jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr.

Urlaub in Wien  
=====Pferdezucht in der Freudenau

23. Juli (Rath.Korr.) Mittwoch, den 25. Juli. Kultureller Spaziergang durch die Freudenau. Besichtigung der Rennbahnanlagen, der Pferdezucht und des Golfspiels. Führer: Rennbahn-Inspektor Ing. Adolf Kiweg und Generalsekretär Dr. Eckelt. Zusammenkunft um 18 Uhr bei der Endstation der Linie 80.

Fremdenverkehr im Juni  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im Monat Juni. Darnach hielten sich im Berichtsmonat insgesamt 27.947 Fremde in Wien auf, darunter 10.911 Gäste aus dem Ausland. Im Juni wurden 80.853 Übernachtungen gezählt. In Jugendherbergen wurden 1.457 Besucher, darunter 459 Ausländer, untergebracht.

Die meisten ausländischen Besucher kamen diesmal aus Italien, nämlich 1.943. An zweiter Stelle sind die Schweizer mit 1.804 Gästen. Aus den Vereinigten Staaten kamen 1.217 Besucher, aus Schweden 805.

Pferdemarkt vom 20. Juli  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 12 Schlächterpferde, Summe 12. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 1, Oberösterreich 1, Steiermark 8, Salzburg 2.

Rindermarkt vom 23. Juli, Hauptmarkt  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Erspart von der Vorwoche: 44 Ochsen, 39 Stiere, 151 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe 243. Neuzufuhren Inland: 70 Ochsen, 55 Stiere, 222 Kühe, 27 Kalbinnen, Summe 374. Neuzufuhren Dänemark: 5 Stiere, 53 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 60. Gesamtauftrieb: 114 Ochsen, 99 Stiere, 426 Kühe, 38 Kalbinnen, Summe 677. Verkauft wurden: 111 Ochsen, 99 Stiere, 411 Kühe, 38 Kalbinnen, Summe 659. Unverkauft blieben: 3 Ochsen, 15 Kühe, Summe 18.

Bei ruhigem Marktverkehr erhöhten sich die saisonbedingten Zuschläge gegenüber der Vorwoche bei Ochsen, Stieren, Kalbinnen und Beinlvieh bis zu 1 Schilling, bei Kühen bis zu 1.50 Schilling je Kilogramm.

Außermarktbezüge: 84 Rinder.

Kranzniederlegung am Grab Otto Glöckels  
=====

23. Juli (Rath.Korr.) Aus Anlaß der 16. Wiederkehr des Todestages Otto Glöckels fand Sonntag, den 22. Juli, an seinem Grab im Meidlinger Friedhof eine Gedenkfeier statt, wobei Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Zechner einen Kranz niederlegte.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

24. Juli 1951

Blatt 1333

## Schweizer Arbeiter auf Urlaub in Wien

=====

24. Juli (Rath.Korr.) Die Schweizer Gewerkschaften der Metallarbeiter und Uhrenmacher und der Holz- und Bauarbeiter organisierten auch heuer einen Urlaubszug nach Wien, der am Sonntag angekommen ist. Die 360 Teilnehmer dieser Urlaubsfahrt wurden heute vormittag während einer Besichtigung des Rathauses von Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Thaller im Festsaal herzlich willkommen geheißen.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Gäste und informierte sie eingehend über die Bemühungen der Stadtverwaltung um den Wiederaufbau. "Die Ausländer", sagte der Bürgermeister, "sehen vielfach noch Spuren des letzten Krieges, jene Teile der Stadt, die der Verwaltung immer noch große Sorgen bereiten, sie sehen aber auch schon viele neue Straßen und Wohnhausanlagen." Für die Bautätigkeit wird ein Drittel des gesamten Budgets, das sind mehr als 700 Millionen Schilling verwendet. Die Bautätigkeit ist ein wichtiger Bestand des sozialen Programmes der Stadt Wien. Auf den städtischen Baustellen sind gegenwärtig 18.000 Arbeiter beschäftigt. Bürgermeister Jonas unterstrich, daß ohne die Aufträge der Gemeinde die Arbeitsbeschaffung in Wien ein schwieriges Problem wäre. Zum Abschluß gab Bürgermeister Jonas dem Wunsch Ausdruck, die Schweizer Gäste mögen Wien, so wie es wirklich ist, und sein arbeitendes Volk kennenlernen.

Im Namen der Schweizer dankte der Gewerkschaftssekretär Marcel Walter aus dem Kanton Solothurn dem Bürgermeister für den freundlichen Empfang. Er sagte, daß die Schweizer Arbeiter nicht nur zum Vergnügen nach Wien gekommen sind, sondern daß sie auch regen Anteil an dem Aufbauwillen der Wiener bekunden. Sie können mit Sympathie feststellen, daß seit der letzten Urlaubsfahrt nach Wien wieder große Fortschritte in der Bautätigkeit erzielt wurden.

70. Geburtstag des akademischen Malers Jungnickel  
=====

24. Juli (Rath.Korr.) Am 22. Juli vollendete der bekannte Maler und Graphiker Heinrich Ludwig Jungnickel in Abbazia sein 70. Lebensjahr.

In Wunsiedel, Oberfranken geboren, kam er nach Absolvierung der Kunstgewerbeschule in München und nach einem Studienaufenthalt in Italien, durch die Gründung der Sezession angezogen, nach Wien wo er sich Josef Hoffmann, Alfred Roller und besonders Gustav Klimt anschloß. Gleichzeitig studierte er an der Akademie bei Eisenmenger und Unger. In der Folge unternahm er längere Reisen und wurde 1911 an die Kunstgewerbeschule in Frankfurt a.Main berufen, kehrte aber bald wieder nach Wien zurück. Seit 1938 lebt er ständig in Abbazia. Im Bestreben, dem Impressionismus und die illusionistische Raumdarstellung zu überwinden, bildete Jungnickel einen persönlichen Flächenstil aus und wandte sich in seiner weiteren Entwicklung dem Problem der Farbe sowie der Tierdarstellung zu, die in seinem Schaffen eine zentrale Stellung einnimmt. Die Vorliebe für das Handwerkliche seiner Kunst veranlaßte ihn zu neuen Versuchen in den verschiedenen Techniken der Graphik, unter denen seine Spritztechnik und der Farbholzschnitt besonders erwähnenswert sind. Jungnickel, der langjähriges Mitglied des Künstlerhauses und anderer Fachvereinigungen ist, erhielt für seine Leistungen verschiedene ehrenvolle Auszeichnungen des In- und Auslands.

Urlaub in Wien  
=====Spaziergang durch den Stadtpark

24. Juli (Rath.Korr.) Donnerstag, den 26. Juli. Kultureller Spaziergang durch den Stadtpark mit der Besichtigung der modernen Eiserzeugungsbetriebsanlagen des Eislaufvereines. Führer: Gartenarchitekt Berger - Prof. Dr. Eisenbeisser und Ing. Feistrizer. Zusammenkunft um 18 Uhr vor dem Johann Strauß-Denkmal im Stadtpark.

Hans Marr zum Gedenken  
=====

24. Juli (Rath.Korr.) Am 22. Juli wäre Hofschauspieler Hans Marr, der seine ursprüngliche Begabung besonders als Charakterdarsteller in klassischen und modernen Stücken erwiesen hat, 75 Jahre alt geworden.

In Agnetendorf in Schlesien geboren, begann er das Medizinstudium, entschied sich aber für die Theaterlaufbahn. Die erste Zeit verbrachte er als Schmierenkomödiant und spielte zusammen mit Emil Jannings und Werner Krauß. Schließlich kam er zu Otto Brahm an das Deutsche Theater in Berlin. Seit 1914 wirkte er am Wiener Burgtheater und wurde eine wertvolle Stütze seines Ensembles. Besondere Anerkennung fand die meisterhafte Sprachtechnik seines klangvollen Organs. Hans Marr, der auch in den Anfängen des Stummfilms bei zahlreichen Filmen mitgewirkt hat, starb am 31. März 1949.

Schweinemarkt vom 24. Juli, Hauptmarkt  
=====

24. Juli (Rath.Korr.) Inländische Fleischschweine, Neuzufuhren: 284. Verkauft: 284. Außermarktbezüge: 663. Verkaufspreis: 12.50 S.

Bei ständig unzureichender Beschickung wurden die aufgetriebenen Schweine zum Preis von 12.50 S sofort abverkauft.



## Gedenktage für August

=====

## 24. Juli (Rath.Korr.)

- |     |                                                                                                                      |             |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 2.  | Dr. Alexander PILCZ, Neurologe, Psychiater                                                                           | 80.Geb.Tag  |
| 5.  | Albin SWOBODA, Schauspieler                                                                                          | 50.Tod.Tag  |
| 13. | Balthasar PERMOSER, Bildhauer                                                                                        | 300.Geb.Tag |
| 17. | Julius MANNABERG, Professor der internationalen Medizin an der Universität Wien, Direktor der Allgemeinen Poliklinik | 10.Tod.Tag  |
| 23. | Felix Maria EXNER, Physiker und Meteorolog (Direktor der meteorologischen Zentralanstalt, gest. 1930)                | 75.Geb.Tag  |
| 24. | Robert OERLEY, Architekt (gest. 1945)                                                                                | 75.Geb.Tag  |
| 26. | Ferdinand BRUCKNER (Pseud. Theodor Tagger), Dramatiker                                                               | 60.Geb.Tag  |
| 26. | Paul MESTROZZI, Kapellmeister, Liederkomponist                                                                       | 100.Geb.Tag |
| 27. | Eugen JETTEL, Maler                                                                                                  | 50.Tod.Tag  |
| 28. | Karl KOBALD, Musikschriftsteller, Direktor der Wiener Musikhochschule                                                | 75.Geb.Tag  |
| 29. | Sebastian MANSFELD, Kupferstecher                                                                                    | 200.Geb.Tag |
| 30. | Dr. Karl LIND, Ministerialrat, verd. um das kunstgewerbliche Fachschulwesen in Österreich                            | 50.Tod.Tag  |

## Neue städtische Gartenanlage in Floridsdorf

=====

Turnplatz für die neue Schule in der Schöffergasse

24. Juli (Rath.Korr.) Im 21. Bezirk an der Siemensstraße wird derzeit im Rahmen des Schnellbauprogrammes der Gemeinde Wien eine Wohnhausanlage gebaut. Im Westen dieser neu errichteten Wohnhausbauten befindet sich der Meßmerplatz, der jetzt zur Lagerung von Schutt und Abfällen benützt wird und somit eine sanitäre Gefahr für die Umgebung darstellt.

Der Wiener Stadtsenat hat daher einem Antrag des Stadtrates Thaller zugestimmt, daß auf dem Meßmerplatz eine Gartenanlage errichtet wird. Die Herstellungskosten werden mit 120.000 Schilling angenommen.

Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der Schaffung eines Turnplatzes für die neue Schule in der Schöffergasse. Nach dem

24. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1337

Entwurf der Architekten Prof. Theiß und Baurat h.c. Jaksch soll die Kleinschmidgasse in eine Rasenfläche mit einem durch eine Pergola überdeckten Gehsteig samt dem erforderlichen Einfriedungsgitter umgebaut und ein 760 m<sup>2</sup> großer Turnplatz errichtet werden. Die Kosten werden voraussichtlich 265.000 Schilling betragen. Mit den Arbeiten soll sofort begonnen werden, damit diese bis zur Eröffnung der Schule im Herbst dieses Jahres fertiggestellt sind.

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

25. Juli 1951

Blatt 1338

## Das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz

=====

### Stadtrat Thaller sprach im Presseklub über die Projekte der Stadtverwaltung zur Verkehrsregelung

25. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag sprach der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten, Thaller, im Presseklub zu einem großen Kreis von Wiener und ausländischen Journalisten über das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz und andere Projekte der Stadtverwaltung zur Vereinfachung des Straßenverkehrs in Wien. Stadtrat Thaller wurde vom Präsidenten des Presseklubs, Chefredakteur Dr. Kalmar, begrüßt und den Journalisten vorgestellt.

Über das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz führte Stadtrat Thaller an Hand von Plänen und im Modell, das die Neugestaltung der Kreuzung zeigt, unter anderem folgendes aus:

Durch seine Lage am Schnittpunkt zweier sehr stark befahrener Hauptstraßen von Wien, des Gürtels und der Triester Straße, zählt der Matzleinsdorfer Platz nicht nur zu den meist frequentierten, sondern auch zu den unfallreichsten Verkehrsknotenpunkten Wiens. Bei einer Zählung, die am 7. September 1950 vorgenommen wurde, haben den Gürtel innerhalb von 14 Stunden in beiden Fahrtrichtungen je 6000 Fahrzeuge passiert. 1300 davon bogen in die Triester Straße ab. Gleichzeitig überquerten den Gürtel von der Reinprechtsdorfer Straße stadtauswärts zur Triester Straße rund 3900 Fahrzeuge. Stadteinwärts fuhren in derselben Zeit 5100 Fahrzeuge. 900 Fahrzeuge bogen aus der Triester Straße in den Gürtel Richtung Südtiroler Platz und etwa 1400 Fahrzeuge von der Triester Straße in den Gürtel in Richtung Meidling.

Unfallstatistik und Verkehrsstockungen schwerster Art haben die Gemeinde Wien bewogen, das Verkehrsproblem Matzleinsdorfer Platz nun endgültig zu lösen. Für die Umgestaltung des Platzes sind zwei Bauetappen vorgesehen. In der ersten wird die Gürtel-

straße mit Ausnahme der Straßenbahngleise 6 m tiefer gelegt. In der zweiten werden dann die Geleise der Gürtellinien ebenfalls unter die Verbindung Reinprechtsdorfer Straße - Triester Straße verlegt werden.

Die Gürtelstraße wird in Zukunft aus drei Teilen bestehen. Aus einer 8 m breiten Mittelfahrbahn und 2 je 7 m breiten Seitenfahrbahnen, die dem Abbiegeverkehr dienen. Auf je zwei 120 m langen Rampenstrecken wird man den tiefsten Punkt der Gürtelstraße erreichen. Das Gefälle der Rampe wird 5 Prozent betragen. Die mindeste lichte Durchfahrtshöhe unter der 47 m breiten Brücke, die über den Gürtel führen wird, wird 4,5 m betragen. Um den Raum für die Abfahrtsrampen, sowie für den unter der zukünftigen Brücke durchführenden Straßeneinschnitt zu gewinnen, sind zahlreiche unterirdische Ein- und Umbauten notwendig. So arbeitet bereits die Magistratsabteilung 30 (Kanalbau) an der Tieferlegung des Kanals, der von der Triester Straße kommend zum Wienfluß führt. Dieser Kanal wird zukünftig in einer Tiefe von 9 m unter dem jetzigen Straßenniveau die Straße kreuzen und muß in einer Länge von 300 m neu gelegt werden. Auch die städtischen Wasserwerke haben damit begonnen, die zahlreichen, zum Teil sehr starken Rohrstränge neu zu verlegen. Hier sind zwei wesentliche Bauabschnitte zu unterscheiden. Im ersten werden drei Wasserrohrstränge mit einem Durchmesser von 105, 130 und 525 mm in der stadtseitigen Fahrbahn neu gelegt. Nach der Inbetriebnahme dieser Leitungen können erst die jetzt über die Kreuzung führenden Rohrstränge entfernt werden. Die zweite Baustappe sieht dann die Unterdückerung, das heißt, ein Senken der Rohrleitungen vom normalen Niveau unter das Niveau der Unterfahmung und hinter der Unterfahmung Wiederaufführung zum Normalniveau, der Wasserrohre vor, die von der Triester Straße zur Wiedner Hauptstraße führen. Diese Leitungen werden in einem 3,40 m breiten und 3,50 m hohen Betontunnel etwa 11 m unter dem heutigen Straßenniveau über den Matzleinsdorfer Platz geführt werden. Gasrohre, Strom- und Fernsprechkabel, werden unter den 5 m breiten Gehwegen Platz finden.

Die Stützmauern und Widerlager der 47 m breiten und 11 m langen Stahlbetonbrücke werden in Stampfbeton ausgeführt, die mit Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage gepflastert, die Gehsteige Fahrbahnen/im Kreuzungsbereich asphaltiert. Die bahnsseitige Seitenfahrbahn wird auf 7 m verbreitert, so daß dem Abbiegeverkehr aus der Triester Straße in Richtung Südtiroler Platz in Zukunft

keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Kosten des ersten Bauabschnittes werden 12 bis 14 Millionen Schilling betragen.

Der zweite Bauabschnitt wird erst in einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden. Nach der Verlegung der Straßenbahngleise unter die Brücke werden auch die Straßenbahnhaltestellen, ähnlich wie bei der Stadtbahn, unterirdisch liegen. In den unterirdischen Haltestellen werden zwei 3-Wagenzüge Platz finden. Die Durchführung wird weitere 5 Millionen Schilling kosten.

Bei den Arbeiten sind 20.000 m<sup>3</sup> Erdaushub erforderlich. 5000 m<sup>3</sup> Beton werden bei dem Bau verwendet werden.

Dann ging Stadtrat Thaller näher auf einzelne Projekte der Stadtverwaltung ein, die bereits ausgearbeitet sind. An erster Stelle steht die Regulierung der Gürtelstraße vom Margaretengürtel bis zur Heiligenstädter Straße. Durch den Bau des neuen Westbahnhofes war es notwendig, im Bereich des Gürtels und der Kreuzung Mariahilfer Straße die Verkehrssituation zu bereinigen. Der Gürtel wird ab Mariahilfer Straße gegen Norden getrenntspurig geführt. Diese Getrenntspurigkeit soll bei der weiteren Modernisierung des Belages des Gürtels schrittweise nach Norden fortgesetzt werden. Nach Süden bleibt der äußere Gürtel in beiden Richtungen befahrbar, solange der Durchbruch des inneren Gürtels zwischen Gumpendorfer Straße und Margaretengürtel nicht durchgeführt werden kann. Zu diesem Zeitpunkt ist dann die Fortsetzung der getrennten Fahrbahn auch nach Süden möglich.

Ein anderer Plan sieht den Ausbau der Wientalstraße von der Magdalenenstraße bis Schönbrunn vor. Derzeit ist die Schönbrunner Straße mit der zusätzlichen Funktion belastet, einen Teil des Verkehrs aus der Wientalstraße in das Stadtinnere zu übernehmen. Es wäre nun möglich, sowohl die Mariahilfer Straße als auch die Schönbrunner Straße von der derzeitigen Verkehrsüberlastung durch den Fernverkehr zu befreien, wenn es gelänge, zumindest die Linke Wienzeile zu einer tauglichen Einfallsstraße für den Fernverkehr auszugestalten. Dazu wäre es notwendig, das Stück zwischen Wientalstraße und Margaretengürtel durchzubrechen. Es liegt eine Studie vor, die eine Fahrbahnbreite von 9 m vorsieht und die wichtigsten Querstraßen überfährt. Das entspricht der Ausbaugröße wie sie die Wientalstraße in ihrem äußeren Teil aufweist. Auch in dem schon bestehenden Teil der Linken Wienzeile zwischen Margaretengürtel bis zum Naschmarkt wären einige örtliche Bereinigungen

notwendig. Es würde dies also eine Verlängerung der Wientalstraße bis praktisch zum Karlsplatz bedeuten.

Weiter ist die Verbindung der Edelsinnstraße mit der Hetzendorfer Straße projektiert. Bekanntlich ist die Durchfahrt durch Hetzendorf derzeit schwierig. Eine Verbreiterung der Hetzendorfer Straße würde enorme Kosten bereiten, da eine große Anzahl von Häusern entfernt und umgebaut werden müßten. Es ist daher gedacht, als Umfahrung von der Philadelphiabrücke ab die Edelsinnstraße zu benutzen und zur Hetzendorfer Straße eine Verbindung herzustellen.

Auch an eine Verbreiterung der Ausmündung des Flötzersteiges bei der Linzer Straße ist gedacht.

Schließlich sprach Stadtrat Thaller auch über die Herstellung einer Verbindungsschleife im Zuge der Johnstraße zur Possingergasse und eine Reform der Ausmündung der Schöffelgasse in die Gersthofer Straße. Es werden derzeit Studien durchgeführt, die eine S-förmige Verbindung von der Johnstraße zur Possingergasse vorsehen.

Es gäbe darüber hinaus natürlich noch eine ganze Reihe von Projekten, die für den Straßenverkehr in Wien von großer Bedeutung sind. Auch diese Projekte werden studiert, doch ist es eine Frage der Zeit und vor allem der Finanzen, ob und wann alle durchgeführt werden können. Als Beispiel für solche Planungen führte Stadtrat Thaller an: die Verkehrsreform am Karlsplatz, die Reform der Straßenkreuzung Alser Straße - Universitätsstraße, die Entlastung und Regulierung der Kreuzung Schottengasse der Schottengasse / - Freyung, die Regulierung des Pratersterns, der 2er-Linie am Karlsplatz, eine neue Umkehrschleife für die Linie 60 in Hietzing, einen Autobusbahnhof am Karlsplatz, eine Verkehrsreform am Naschmarkt und die Durchführung der Neulinggasse bei der Marokkanergasse.

Im übrigen soll auch am Karlsplatz das neue Mozartdenkmal aufgestellt werden. Nach seinem Referat stellte sich Stadtrat Thaller den Journalisten für Anfragen zur Verfügung. Er teilte dabei unter anderem mit, daß auch die Verlängerung des Gürtels nach Floridsdorf ins Auge gefaßt wurde, doch sind bei diesem Projekt vor allem schwierige Fragen der Grundablösung zu regeln. Stadtrat Thaller machte auch die Mitteilung, daß vielleicht in zehn Jahren aller Verkehrsfragen in Wien bereinigt sein werden. Zu der Stras-

senenge der Mariahilfer Straße bei der Stiftskirche teilte schließlich Stadtrat Thaller mit, daß hier Verhandlungen im Gange seien, die, wie er hoffe, zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Sowohl der Bund, als auch das erzbischöfliche Ordinariat sind mit einem Arkadengang einverstanden. Nur der Pfarrer äußert noch Bedenken wegen der sich ergebenden gewissen Raumeinschränkung der Kirche.

#### Gustav Kadelburg zum Gedenken

=====

25. Juli (Rath.Korr.) Auf den 26. Juli fällt der 100. Geburtstag des Schauspielers und Bühnenschriftstellers Gustav Kadelburg, der zu den beliebtesten Lustspielautoren seiner Zeit gehörte.

In Pest geboren, erwählte er gegen den Willen seines Vaters den Schauspielerberuf und wurde in Wien von Alexander Strakosch unterrichtet. Seine erfolgreiche Laufbahn führte ihn über Halle, Leipzig, Wien an das Deutsche Theater in Berlin, dessen Direktor, Adolf L'Arronge ihn veranlaßte, selbst Stücke zu schreiben. In der Folge verfaßte er teils allein, teils gemeinsam mit Franz v. Schönthan und Oskar Blumenthal zahlreiche Lustspiele, Schwänke, Possen und Singspiele, die auf den Bühnen des ganzen deutschen Sprachgebietes aufgeführt wurden. Kadelburg kam mit dem Ensemble des Deutschen Theaters zur Internationalen Theater- und Musikausstellung nach Wien und errang auch hier als Autor und Schauspieler Erfolge. Er starb am 11. September 1925 in Berlin. Seine Stücke erheben keinen Anspruch auf literarischen Wert, sind aber für die Zeit der Jahrhundertwende charakteristisch. Sie behandeln die Probleme der gesellschaftlichen Umwälzung in spaßhafter Weise und zeichnen sich durch ihre Bühnenwirksamkeit aus. Von ihnen ist der Schwank "Im weißen Rössl" durch die Operettenbearbeitung Raph Benatzkys zu neuem Leben erweckt worden. Auch der Schwank "Familie Schimek" ist noch in Erinnerung und wurde verfilmt.

## Holländische Sänger im Rathaus

=====

25. Juli (Rath.Korr.) 400 holländische Arbeitersänger aus Den Haag, die gestern zu einem einwöchigen Besuch in Wien eingetroffen sind, brachten heute vormittag Bürgermeister Jonas ein Ständchen. Aus diesem Anlaß hatten sich in dem mit holländischen und österreichischen Flaggen geschmückten Arkadenhof viele Wiener Freunde der Holländer eingefunden. Die Gäste wurden durch den Bürgermeister in Anwesenheit von Stadtrat Afritsch empfangen.

Bürgermeister Jonas hieß die Gäste im Namen der Bevölkerung Wiens herzlich willkommen und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß sie sich in der Musikstadt Wien wohlfühlen werden. Er äußerte den Wunsch, die Arbeitersänger mögen sich nicht nur jene legendäre Stätte ansehen, wo sich die Wiener und Wienerinnen an Sonntagen vergnügen, sondern auch jene Stätte, wo sie die ganze Woche arbeiten, denn die Wiener müssen, sagte der Bürgermeister, viel arbeiten, wenn sie die Folgen des Krieges überwinden wollen. Er wünschte den tüchtigen Arbeitersängern für ihr morgiges Konzert einen vollen Erfolg. Und noch einen Wunsch richtete Wiens Bürgermeister an die Gäste: Wenn sie zuhause über unsere Stadt berichten, mögen sie nicht vergessen, daß die Bevölkerung Wiens nichts sehnüchtiger herbeiwünscht, als einen dauernden Frieden unter den Völkern.

Im Namen der Gäste dankten dem Bürgermeister für die herzliche Aufnahme in Wien der Obmann von Stem van het Volk, Venema, und van Langen. Zur Erinnerung an das erste Auftreten der Haager Arbeitersänger in Wien überreichten sie dem Bürgermeister einen kunstvoll gearbeiteten Wandteller. Die darauf folgenden Gesangsvorträge unter der Leitung von Chormeister Olthuis wurden von den Zuhörern lebhaft akklamiert.

## Urlaub in Wien

=====

Das Belvedere

25. Juli (Rath.Korr.) Freitag, den 27. Juli. Kultureller Spaziergang durch das Belvedere mit der Besichtigung des Alpengartens. Führer: Gartenarchitekt Berger und Prof.Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft um 18 Uhr Ecke Prinz Eugen-Straße und Landstrasser Gürtel.



Einem verdienten Wissenschaftler und Schulmann zum Gedächtnis  
=====

25. Juli (Rath.Korr) Auf den 27. Juli fällt der 25. Todestag des Vizepräsidenten der Geographischen Gesellschaft Prof. Dr. Franz Heiderich, der durch seine zahlreichen weitverbreiteten Lehrbücher, wissenschaftlichen Abhandlungen und Kartenwerke einer der bekanntesten Vertreter seines Faches geworden ist.

Am 25. Oktober 1863 in Wien geboren, studierte er an der Universität seiner Vaterstadt Geographie, Geschichte und Naturwissenschaften und betätigte sich zunächst für verschiedene Verlagsanstalten. In der Folge unterrichtete er an der landwirtschaftlichen Lehranstalt "Francisco-Josephinum" in Mödling, an der höheren Lehranstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg und seit 1906 an der Exportakademie, der späteren Hochschule für Welthandel, wo er zwei Jahrzehnte als hochgeschätzter Lehrer wirkte und auch die Rektorswürde bekleidete. Daneben hielt er Vorlesungen über Wirtschaftsgeographie an der Konsularakademie. Der erdkundliche Unterricht verdankt Heiderichs Lebenswerk dauernde Förderung. Seine geographischen Handbücher wurden für alle Stufen der Mittelschulen, seine kartographischen Arbeiten in dem Kozennschen Schulatlas sowie in großen Wandkarten verwendet. Als Forscher hat er sich besonders mit der Wirtschaftsgeographie befaßt und ihre soziologische Bedeutung dargelegt. Zu seinen wissenschaftlichen Werken gehören die völlige Umarbeitung von Balbis dreibändiger Erdbeschreibung, seine allgemeine Erd- und Länderkunde "Die Erde", die mit Robert Sieger herausgegebene 3. Auflage von Andreas "Geographie des Welthandels", für die er einige Abschnitte verfaßte und die Meisterleistungen erdkundlicher Beschreibung sind, eine Länderkunde von Europa und der außereuropäischen Länder, ferner Donaustudien sowie zahlreiche Darstellungen der österreichischen Alpenwelt und der österreichischen Länder.

Ein Geschenk schwedischer Zeitungslöser  
=====Der Schöpfer der Per Albin Hansson-Büste in Wien

25. Juli (Rath.Korr.) Die große Stockholmer Zeitung "Morgon Tidningen" wandte sich vor kurzem an die schwedische Öffentlichkeit mit dem Aufruf, durch eine symbolische Gabe die Verbundenheit Schwedens mit der Kulturstadt Wien zum Ausdruck zu bringen. Es wurde angeregt, ein Denkmal für die Wiener Per Albin Hansson-Siedlung zu schaffen. Dieser Vorschlag erfreute sich ungeteilter Sympathien der großen Lesergemeinschaft, so daß die erforderlichen Geldmittel - etwa 11,000 Schwedenkronen (55.000 Schilling) - in kürzester Zeit beisammen waren.

Der mit der Gestaltung des Denkmals betraute schwedische Bildhauer Emil Näsvall ist gestern in Begleitung seines Freundes, des Intendanten der schwedischen Künstlergemeinschaft "Skulptur i Natur", Karl Hugogard, aus Stockholm in Wien eingetroffen und wird in den nächsten Tagen mit der Aufstellung des Denkmals in Favoriten beginnen..

Emil Näsvall zählt zu den interessantesten Erscheinungen der jüngeren schwedischen Künstlergeneration. Der jetzt 43jährige Bildhauer ist in der Waldlandschaft des schwedisch-norwegischen Grenzgebietes aufgewachsen. Schon als Schuljunge und später als Holzfäller hat er mit seinen Holzschnitzereien die Aufmerksamkeit seiner Landsleute auf sich gelenkt. Mit 18 Jahren kam Näsvall, finanziell unterstützt von seinem Dorflehrer, in die Stockholmer Kunstgewerbeschule. Nach Absolvierung dieses Institutes wurde ihm Gelegenheit geboten, sich bei einigen namhaften Schwedischen Bildhauern weiter auszubilden. Bereits seine ersten selbständigen Arbeiten für private und später auch staatliche Auftraggeber haben ihn in ganz Schweden bekannt gemacht. Seine Werke verraten eine persönliche Note mit ausgeprägten Neigungen zum modernen Naturalismus. Auch als Künstler blieb er der alte Naturbursche. Aus seinen Skulpturen strahlt die Poesie der verträumten schwedischen Landschaft mit ihren rauschenden Wäldern.

Einer seiner größeren Aufträge war das Per Albin Hansson-Denkmal für den Volkspark von Malmö. Nun wurde ihm der Auftrag zum zweiten Hansson-Denkmal, diesmal in Wien, übertragen.

Pferdemarkt vom 24. Juli  
=====

25. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 58 Schlächterpferde und 2 Gebrauchspferde, Summe 60. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvie Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen Ia 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 24, Oberösterreich 1, Burgenland 2, Steiermark 9, Kärnten 1; Ausland: 22 aus Jugoslawien.

Wiener Modeschülerinnen nach Dornbirn  
=====

25. Juli (Rath.Korr.) 20 Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien und ihre Lehrkräfte reisen morgen nach Vorarlberg, wo sie auf Einladung der Dornbirner Export-Mustermesse täglich ihre Modeschau vorführen werden.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

26. Juli 1951

Blatt 1347

Das E-Werk spannt Leitungen über die Donau  
=====

## Sieben Seile werden nach 27 Jahren ausgewechselt

26. Juli (Rath.Korr.) In der Zeit vom 28. bis 31. Juli werden die Wiener E-Werke eine interessante, aber auch nicht ungefährliche wichtige Arbeit durchführen. Sämtliche Leitungsseile der 110.000 Volt-Freileitung müssen an der Stelle ausgetauscht werden, wo die aus dem Westen kommende Leitung die Donau zwischen Klosterneuburg-Kierling und Korneuburg überquert. Die Freileitung bringt einen beachtlichen Teil der für Wien erforderlichen elektrischen Energie aus den Kraftwerken, die im westlichen Teil Österreichs an das Verbundnetz angeschlossen sind, über das Umspannwerk Bisamberg nach dem Umspannwerk Wien-Nord. Diese Hochspannungsleitung wurde anlässlich der Inbetriebnahme des Wasserkraftwerkes Opponitz im Jahre 1924 erbaut.

Vor rund sechs Jahren hatten die Leitungsseile an dieser Stelle, der Donauüberquerung, erhebliche Schäden erlitten, die damals wegen Materialmangels nur behelfsmäßig behoben werden konnten. Nichtsdestoweniger war dadurch jedoch die Wiederinbetriebnahme der Leitung im Sommer des Jahres 1945 und damit die Wiederaufnahme der Stromlieferung nach Wien gesichert. Aus Gründen der Betriebssicherheit wird nunmehr, 27 Jahre nach der ersten Verlegung, der erste Austausch dieser Seile vorgenommen.

Der Abstand zwischen den beiden Donaukreuzungsmasten, die 48 Meter hoch sind, beträgt 381 Meter. Jeder dieser Türme, die in Gitterkonstruktion aus Stahlprofilen ausgeführt sind, wiegt etwa 32 Tonnen. Jeder Turm ist auf vier mächtigen Betonfundamenten gelagert, die über den Höchstwasserspiegel der Donau emporgeführt sind, so daß auch bei Hochwasser der Donau die Stahlkonstruktion von den Fluten nicht erreicht wird. Die Bronzeseile von

95 mm<sup>2</sup> Querschnitt, und einem Durchmesser von etwa 1.25 cm, die für die Donaukreuzung nunmehr neu aufgelegt werden, sind beiderseits des Stromes an weiter landeinwärts stehenden, etwas niedrigeren schweren Masten abgespannt. Mit Hilfe entsprechender motorisierter Winden wird nun unter Verwendung von Bremseinrichtungen jedes der sieben neuen Seile unter Zuhilfenahme des bestehenden Seiles über die beiden Türme vom linken zum rechten Donauufer gezogen werden. Sechs Seile dienen der Stromübertragung, während das siebente, über die Mastspitzen geführte Seil als sogenanntes Erdseil für den Blitzschutz der Leitung vorgesehen ist. Über der Strommitte hängen die Seile durch ihr großes Gewicht etwa 14 Meter unterhalb ihrer Aufhängepunkte an den Türmen durch. Die untersten Seile bleiben trotzdem etwa 20 Meter über dem Donauwasserspiegel. Mit Rücksicht auf die große Spannweite, sowie auf die durch die Schifffahrt bedingten Arbeitsunterbrechungen werden pro Tag voraussichtlich nur etwa zwei Seile ausgewechselt werden können.

Mit der Durchführung dieses Vorhabens können die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke einen weiteren beachtlichen Erfolg im Rahmen ihrer Wiederaufbauarbeiten zur Sicherung der Stromversorgung Wiens für sich buchen.

Geehrte Redaktion!

Sonntag, den 29. Juli, wird der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, die Arbeiten besichtigen. Zusammenkunft um 10 Uhr vormittag vor dem Rathaus in Lang-Enzersdorf.

Urlaub in Wien

=====

Kunstfahrt nach Kreuzenstein

26. Juli (Rath.Korr.) Samstag, den 23. Juli. Kunstfahrt zur Burg Kreuzenstein. Verbunden mit einer Kunstfeier. Führer: Prof.Dr. Franz Eisenbeisser. Zusammenkunft um 13 Uhr vor dem Nordwestbahnhof.

Einem großen Arzt und Lehrer zum Gedenken  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Auf den 28. Juli fällt der 50. Todestag des Professors der Kinderheilkunde und langjährigen Direktors des St. Annen-Kinderspitals Hofrats Dr. Hermann Freiherr v. Widerhofer, dem die Wiener medizinische Schule Ansehen und die Pädiatrie den Rang einer eigenen Disziplin verdankt.

Am 24. März 1832 in Weyer a. d. Enns geboren, wirkte er nach Absolvierung der medizinischen Studien als Sekundararzt an der n.ö. Landesfindelanstalt, hierauf als Assistent des St. Annen-Kinderspitals und habilitierte sich 1862 als Privatdozent für Kinderheilkunde. Seit 1863 Direktor des Kinderspitals, wurde er 1884 als erster seines Faches zum Ordinarius für Kinderheilkunde ernannt. 1895 wurde er Mitglied des Herrenhauses. Widerhofer erwies sich als hervorragender Kenner der Erkrankungen des Säuglingsalters und trat schon früh für die Serumbehandlung der Diphtherie ein. Von seinen größeren Arbeiten verdienen die "Krankheiten der Bronchialdrüsen" und die "Krankheiten des Magens und Darmes" als Meisterleistungen klinischer Darstellung besondere Erwähnung. Er veröffentlichte ferner Beiträge im Jahrbuch für Kinderheilkunde, dessen Mitredakteur er war, und populärwissenschaftliche Schriften über Fragen der Kindererziehung.

Londoner Magistratsbeamte bei Bürgermeister Jonas  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Mit einer größeren englischen Reisegesellschaft kam dieser Tage auch eine Gruppe von Beamten des Londoner Magistrats zu einem Urlaubsaufenthalt nach Wien. Die Gäste benützten hiezu ein von einem Wiener Reiseunternehmen gemietetes Flugzeug, das im heurigen Sommer 15 solche Österreich-Flüge mit Touristen aus verschiedenen englischen Städten durchführen wird. Die Londoner Gäste wurden heute mittag durch Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dr. Robetschek im Rathaus empfangen.

Bürgermeister Jonas gab seiner Freude über den regen Touristenzustrom aus England Ausdruck und wünschte den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in Wien. Im Namen der Gäste dankte D.F. Duce dem Bürgermeister für den freundlichen Empfang.

Rindermarkt vom 26. Juli, Nachmarkt  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 3 Ochsen, 15 Kühe, Summe: 18. Auftrieb Inland: 18 Ochsen, 11 Stiere, 69 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 100. Jugoslawien: 26 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 28. Gesamtauftrieb: 21 Ochsen, 11 Stiere, 110 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 146. Verkauft: 14 Ochsen, 10 Stiere, 77 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 105. Unverkauft blieben: 7 Ochsen, 1 Stier, 33 Kühe, Summe 41. Außermarktbezüge 142 Rinder.

Bei schleppendem Marktverkehr blieben die Hauptmarktpreise unverändert.

Ferkelmarkt vom 25. Juli  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 184 Ferkel; von denen 115 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 191 S, 7 Wochen 240 S, 8 Wochen 283 S. Der Marktbetrieb war rege.

Freie Arztstellen  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind wieder verschiedene freie Arztstellen ausgeschrieben, und zwar in der Ignaz Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien und in der Nervenheilanstalt der Stadt Wien - Maria Theresien-Schlössel je eine Stelle eines Assistenten; im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien wird die Stelle eines Assistenten an der internen Abteilung neu besetzt.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten bis spätestens 15. September 1951 bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, Wien 1., Gonzagagasse 23, einzubringen.

Japanischer Architekt in Wien  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde der japanische Architekt Genn Ito aus Tokio von Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus empfangen. Der japanische Gast ist Leiter der Verbindungsabteilung des japanischen Wiederaufbauministeriums und offiziell von seinem Ministerium im Einvernehmen mit den amerikanischen Dienststellen entsandt worden, um Studien über den Wiederaufbau Europas zu machen. Gleichzeitig richtete Mr.Genn Ito eine Ausstellung japanischer Baukultur und japanischen Wiederaufbaues auf der "Constructa" in Hannover ein. Mr.Genn Ito ist der erste Japaner, der nach diesem Krieg offiziell nach Europa entsandt worden ist und auch Wien einen Besuch abstattete. Der Bürgermeister empfing seinen Gast in seinem Arbeitszimmer, wo er sich längere Zeit mit ihm über Fragen des Wiederaufbaues und des Neuaufbaues in Wien unterhielt.

Nachher hatte ein Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" Gelegenheit mit Genn Ito zu sprechen. Der japanische Architekt, der schon in Hannover auf der Constructa österreichische Planungsarbeit und den Wiederaufbau unseres Landes kennengelernt hat, war von der österreichischen Ausstellung sehr beeindruckt und bezeichnete sie als die weitaus beste von allen ausländischen Ausstellungen. Besonders interessierten Mr.Ito die Fragen des sozialen Wohnungsbaues und des Aufbaues der Energiewirtschaft. Nach Österreich ist Mr.Ito gekommen, weil er von seinem Ministerium den Auftrag erhalten hat, auch die Stadt Wien zu besuchen, da man vom Wiederaufbau unserer Stadt in Japan sehr viel gehört hat. In der Vorstellungswelt der Japaner zählt Wien zu den schönsten Städten des europäischen Kontinents. Daher begegnen in Japan gerade die Wiederaufbauprobleme, besonders aber der Wohnungswiederaufbau in Wien, starkem Interesse. Mr.Genn **Ito** spricht es auch selbst aus, daß seiner Meinung nach Wien die schönste Stadt in Europa sei. Er war jedoch sehr bestürzt, daß Wien durch die Zerstörungen des Krieges so schwer beschädigt worden ist. Es wäre ihm unfaßbar, daß kulturelle Werte dieser Art im Krieg zerstört werden konnten. Mr.Ito zeigte sich auch sehr erfreut



über den freundlichen Empfang, der ihm bei allen Dienststellen bereitet wurde. Er sei zwar der erste Japaner seit dem Krieg, er werde jedoch dafür sorgen, daß wieder wie früher viele seiner Landesleute nach Wien kommen werden, um hier ihre Studien zu vollenden. Mr. Genn Itoo bleibt noch vier Tage in Wien und fährt dann nach Zürich weiter.

Bürgermeister Jonas verabschiedet 234 Pensionisten  
=====

26. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag fanden sich 234 Pensionisten der Stadt Wien im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates ein, wo sie Bürgermeister Jonas im Rahmen einer schlichten Feier verabschiedete und ihnen seinen Dank für ihre Dienste aussprach. Bei der Abschiedsfeier waren Vizebürgermeister Honay, Stadtrat Fritsch und der Erste Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Gemeinderat Pölzer, anwesend. Das Swoboda-Quartett der Wiener Symphoniker steuerte mit Musik von Mozart und Schubert den musikalischen Rahmen bei.

Stadtrat Fritsch verabschiedete sich in seiner Eigenschaft als städtischer Personalreferent von den Bediensteten und versicherte ihnen, daß die Stadt Wien alles mögliche unternemen will, um deren Lebensabend erträglicher zu gestalten.

Bürgermeister Jonas bezeichnete den Tag der Pensionierung als einen bedeutsamen Einschnitt im Leben jedes städtischen Bediensteten. Der öffentlich Angestellte sieht diesem Tag mit größerer Ruhe entgegen als der Angestellte in der Privatwirtschaft. Scherzend bemerkte der Bürgermeister, er hoffe, daß sich jeder der Pensionisten für die Zeit ihres Pensionsdaseins recht viele persönliche Liebhabereien aufbewahrt hat. Trotzdem wird wohl ein Stück Herz hier im Rathaus bleiben. Eine wichtige Aufgabe werden jedoch die Pensionisten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zu erfüllen haben: Mittler zu sein zwischen Gemeindeverwaltung und Bevölkerung und dafür zu sorgen, daß der Arbeit der Gemeindeverwaltung Verständnis entgegengebracht wird. Abschließend dankte der Bürgermeister im Namen der Gemeinde Wien und der Wiener Bevölkerung den Pensionisten für ihre Dienste, die sie in schwerer Zeit geleistet haben.

26. Juli 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1353

Er wünschte allen, daß sie ihren Lebensabend noch recht lange und gesund genießen können. Er hoffe, daß sie im Kreis ihrer Familien mehr als bisher ein friedliches und geruhames Leben führen können.

Der Bürgermeister verabschiedete sich sodann mit Handschlag von jedem einzelnen der ehemaligen Bediensteten, die von der Feierlichkeit des Augenblickes sichtlich gerührt waren.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8, a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

27. Juli 1951

Blatt 1354

## Neue Verpflegsgebühren in den Spitälern =====

27. Juli (Rath.Korr.) Der Amtsführende Stadtrat für das Wiener Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, legte heute der Wiener Landesregierung einen Antrag auf Neufestsetzung der Verpflegskostensätze in den Wiener städtischen Krankenanstalten vor. Die Erhöhung der bisherigen Verpflegssätze, die schon seit 1.11.1950 gelten, ist durch das in der Zwischenzeit erfolgte Nachziehverfahren und die Auswirkungen des 4. und 5. Lohn- und Preisabkommen notwendig geworden. Sie beträgt durchschnittlich 30 Prozent und tritt am 1. August in Kraft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 5000 Besucher in der Sezession =====

27. Juli (Rath.Korr.) Die Ausstellung der Wiener Sezession "Unsterbliches Wien im Spiegel der Sezession" hatte am Dienstag dieser Woche ihren 5000. Besucher zu verzeichnen. Die Ausstellung ist noch bis 19. August wochentags von 9 bis 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr zu besichtigen.

## Entfallende Sprechstunden =====

27. Juli (Rath.Korr.) Im August entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Dr. Robetschek.

Urlaub in Wien

=====

Das österreichische Parlament

27. Juli (Rath.Korr.) Sonntag, den 29. Juli. Kultureller Spaziergang. Prunkräume des Parlaments - Volksgarten - Repräsentationsräume des Unterrichtsministeriums. Führer Prof.Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft um 10 Uhr vor der Rampe des Parlaments.

Das 5. Lohn- und Preisabkommen vor dem Wiener Gemeinderat

=====

27. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen. Die umfangreiche Tagesordnung beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Auswirkungen des 5. Lohn- und Preisabkommens. Im Einlauf befanden sich ein Antrag der WdU, betreffend die Behebung von Übelständen im städtischen Strandbad Gänsehäufel, und eine Anfrage der ÖVP an den Bürgermeister, betreffend die Außerdienststellung und Disziplinaruntersuchung des Oberamtsrates Franz Wegenstein von der Magistratsabteilung 17. Die Verlesung der Anfrage wird verlangt. Die Abstimmung darüber findet vor Schluß der öffentlichen Sitzung statt.

Als erster Tagesordnungspunkt wurde die Wahl der Vertrauenspersonen in die Gemeindebezirkskommissionen durchgeführt. Die Kommissionen haben die Aufgabe, die Gemeindebezirkslisten der zum Amt eines Geschworenen oder Schöffen fähigen Personen anzulegen. Auf die je acht Vertrauenspersonen entfallen vier Mandate auf die Sozialistische Partei, zwei auf die ÖVP und je eines auf Linksblock und WdU.

Die Stadt Wien muß 321 Millionen zahlen

Stadtrat Fritsch (SPÖ) berichtete nun über die Neuregelung der Teuerungszuschläge und der Sonderzahlungen für die städtischen Bediensteten und Pensionsparteien. Der Referent betonte zunächst, daß der Ausgang der Verhandlungen wie bei allen Kompromissen dieser Art einen großen Teil von Wünschen und Forderungen unerfüllt

läßt. Er erläuterte sodann die Vorlage, die aus fünf Abschnitten besteht. Im ersten Abschnitt werden die bereits ausgezahlten Vorschüsse in der Höhe von 5 Prozent für die Zeit vom 1. bis 15. Juli behandelt. Der zweite Abschnitt sieht eine grundsätzliche Erhöhung der Grundgehälter auf das 3,7-fache vor. Bei niedrigeren Grundgehältern als 379 Schilling treten jedoch zwei Mindesterhöhungen in Kraft: Bis zu einem Grundgehalt von 315 Schilling wird der bisherige Monatsbezug um 10 Prozent und 140 Schilling erhöht. Dies bedeutet bei niedrigstem Bezug eine Steigerung von 28,4 Prozent, bei 315 Schilling Grundgehalt monatlich eine Steigerung um 24 Prozent. Bei einem Grundgehalt von 315 bis 379 Schilling ist der bisherige Bezug um 24 Prozent zu erhöhen. Durch die Neuregelung wurde auch die Spannung erhöht. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß es auf die Dauer unmöglich ist, leitenden Beamten, die mit Millionenbeträgen zu tun haben, so wenig zu bezahlen. Bisher betrug das höchste Gehalt nur das 6,6-fache des niedrigsten. Nach der Neuregelung wird er das 8,1-fache betragen. Damit sind trotzdem erst 64,8 Prozent der ursprünglichen Spannung erreicht.

Für die Pensionisten gilt die gleiche Regelung, jedoch muß die Pensionserhöhung mindestens 125 Schilling, bzw. bei Hinterbliebenen mindestens 80 Schilling betragen.

Die Kinderzulagen werden von 40 Schilling um 15 Schilling auf 55 Schilling monatlich pro Kind erhöht. Der Haushaltszuschuß wird von 40 Schilling um 25 Schilling auf 65 Schilling erhöht. Die Erhöhung tritt jedoch nur dann ein, wenn auch eine Kinderzulage gewährt wird oder der Betreffende für eine geschiedene Gattin zu sorgen hat oder wenn die Frau nicht mehr als 200 Schilling eigenes Einkommen monatlich bezieht.

Beim 13. Monatsbezug wird nunmehr den Bediensteten, die an den Stichtagen der Auszahlung nicht Dienst versehen, der aliquote Anteil ausbezahlt. Dadurch wird ein bisher bestandenes Unrecht beseitigt.

Stadtrat Fritsch machte sodann Mitteilung von den Kosten, die der Stadt Wien durch diese Neuregelung erwachsen. Sie betragen für das laufende Jahr 91,7 Millionen Schilling beim Magistrat und 61,1 Millionen für die Städtischen Unternehmungen, zusammen also 152,8 Millionen. Für ein volles Jahr betragen die Mehrkosten nicht weniger als 321 Millionen Schilling. Hier wird ein Loch in

den Stadtsäckel gerissen, von dem man noch nicht weiß, wie es geschlossen werden kann. Die Tariferhöhungen, die der Gemeinderat heute zu beschließen haben wird, bedecken bei weitem nicht die für heuer benötigten Beträge. Es wurde verzweifelt um die notwendigen Forderungen der Stadt Wien gerungen. Leider konnte im Parlament nicht das richtige Verständnis gefunden<sup>werden</sup>. Stadtrat Fritsch richtete an alle Vertreter der Stadt Wien die dringende Bitte, das finanzielle Gleichgewicht der Stadt Wien erhalten zu helfen, damit die sozialen Aufgaben in Wien durchgeführt werden können. Es ist unbedingt notwendig, daß die Stadt Wien baut und Wohnungen schafft, daß die Vollbeschäftigung erhalten und gewahrt bleibt, daß die soziale Fürsorge mindestens auf der derzeitigen Höhe erhalten wird. Ebenso wichtig ist es aber, für unsere Angestellten halbwegs anständige Lebensverhältnisse zu schaffen. Das alles verlangt ungeheure Beträge, die von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Wir können diese Aufgaben nur dann erfüllen, wenn wirklich alle gutgesinnten Wiener zusammenstehen.

#### 84.396 Aktive und Pensionisten

Abschließend gab Stadtrat Fritsch noch einige Zahlen über die städtischen Bediensteten bekannt. Die Hoheitsverwaltung zählt derzeit 33.443 Bedienstete, ohne die Saisonarbeiter und die Urlaubsvertretungen. Bei den Unternehmungen sind 20.571 Menschen angestellt. Ferner hat die Stadt Wien für 30.382 Pensionisten zu sorgen. Besonders kraß ist das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten bei den Verkehrsbetrieben. 13.884 Aktiven stehen nicht weniger als 12.521 Pensionisten gegenüber. Insgesamt muß also die Stadtverwaltung für 84.396 Aktive und Pensionisten sorgen. Werden dazu noch die Angehörigen gerechnet, so ergibt sich eine beträchtliche Zahl von Menschen, für die die Stadtverwaltung die Verantwortung hat.

Stadtrat Fritsch ersuchte den Gemeinderat, die Vorlage anzunehmen (Beifall bei der SPÖ).

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, man solle nicht für eine Gehaltserhöhung Stimmung machen, wenn man gleichzeitig den Leuten weit mehr aus den Taschen herausnehme, als man ihnen durch die Erhöhung ihrer Bezüge zubillige. Diese Gehaltserhöhungen hätten nur dann einen Sinn, wenn sie wirklich eine Erhöhung des Realinkommens bedeuten würden. Sie würden jedoch nicht ausreichen,

wenn neben den gewaltigen Preiserhöhungen in der Wirtschaft der Gemeinderat selbst heute nicht weniger als 24 Preis- und Tarifierhöhungen beschließe. Wir müssen, erklärt der Redner abschließend, den öffentlich Bediensteten die Erhöhungen zubilligen, weil die Lohn- und Preispolitik in Österreich dazu geführt hat, daß man nachher immer den Menschen einen Bruchteil dessen gibt, was man ihnen vorher weggenommen hat und was man ihnen künftig noch stärker wegnimmt.

GR. Dr. Freitag (ÖVP) betont, daß im Zuge des 5. Lohn- und Preisabkommens zum ersten Mal der Besuch gemacht wurde, die öffentlich Bediensteten bei der Gehaltsregelung herauszuheben. Dies geschah nicht deswegen, um ihnen eine Sonderstellung zu geben, sondern um jene Nachteile, die sie bei den früheren Abkommen unbestreitbar erlitten hatten, einigermaßen wieder wettzumachen.

Zum ersten Mal sei es gelungen, wenigstens einigermaßen einen Spannungsausgleich herbeizuführen und damit den Ansätzen im Gehaltsüberleitungsgesetz mehr als bisher Rechnung zu tragen. Er wolle feststellen, daß es gerade die Österreichische Volkspartei war, die auf den Spannungsausgleich allergrößten Wert gelegt hat. Wenn sowohl die Sowjetunion als auch England einen Spannungsfaktor von 1:30 aufweisen, so zeige dies, daß man in allen Teilen der Welt einer gesunden Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Gehältern Rechnung trage. Die große und hohe Verantwortung, die manche Menschen zu tragen haben, müsse auch in ihren Gehältern zum Ausdruck kommen.

Wenn die "Volksstimme" in einer Schlagzeile hervorgehoben habe, daß ein Sektionschef durch die neue Gehaltsregelung um 2.900 S mehr erhalte, so beziehe sich das einerseits nur auf den Brutto- und nicht auf den Nettobezug, andererseits gelte es jedoch nur für die höchste Stufe der obersten Dienstklasse, die gegenwärtig im Bundesdienst nur von 3 Beamten erreicht werde.

Die Österreichische Volkspartei spreche sich zu dieser Vorlage positiv aus. (Lebhafter Beifall bei der ÖVE)

GR. Pölzer (SPÖ) erinnert daran, daß die öffentlich Bediensteten seinerzeit mit ihren Bezügen von 150 S die Paria der Gesellschaft waren, heute aber ihren Rückstand gegenüber den Dienstnehmern in der Privatwirtschaft voll aufgeholt haben. Die Gewerkschaften haben hiezu wesentlich beigetragen. Es soll aber auch den Gebietskörperschaften Dank dafür gesagt werden, daß sie sich

bemüht haben, den gerechten Wünschen und Forderungen der öffentlich Bediensteten zu entsprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem GR. Dr. Soswinski stehe die heute gezeigte "Proletarierwut" gar nicht. Es sei auch lächerlich, davon zu reden, daß dieses Abkommen "ausgepackelt" wurde, da die Tatsache, daß die Gewerkschaften auf der einen und die Verwaltungen auf der anderen Seite die Verhandlungspartner waren, nur der Ausdruck des demokratischen Zusammenarbeitens in unserem Staate sei. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVE)

Es müsse mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Gewerkschaften schon im März klare Richtlinien für die kommenden Verhandlungen herausgegeben haben, lange bevor der Verband der geistig "Schlafenden" auf den Plan getreten sei. Schon damals sei von den Gewerkschaften der Einbau der Teuerung bis zum 5. Lohn- und Preisabkommen, die volle Abgeltung der Auswirkungen des Lohn- und Preisübereinkommens selbst, die Regulierung der Familienzulagen und ein Spannungsausgleich gefordert worden. Da in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes 350.000 Menschen organisiert seien, müsse man zweifellos ihnen die Priorität bei den Verhandlungen zuerkennen, nicht aber Splittergruppen wie der KPÖ oder dem Verband der geistig Schaffenden.

In Mühseligen Verhandlungen wurde getrachtet, einen vernünftigen Spannungsausgleich herzustellen. Die niedersten Bezüge wurden jedoch auf das 5,7-fache des Gehaltsüberleitungsgesetzes hinaufgezogen, es wurde also bewußt eine Politik der kleinen Leute gemacht. Durch den nunmehrigen Mindestbezug von 976 S wurde die Sicherung der Existenz aller Bediensteten gewährleistet. (Beifall bei den Parteigenossen.) Die Tatsache, daß jede Bedienerin und Reinigungsfrau in unkündbarer Stellung diesen Mindestbezug erhalte, beweise, daß die Gemeindeverwaltung dafür Sorge, daß ihre Bediensteten nicht im Elend leben müssen. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Auch der Linksblock müsse seine Demagogie niedriger hängen, denn die seinerzeit vom GR. Dr. Altmann (LBl.) geforderte Versechsfachung des Gehaltes würde einen Anfangsbezug von 1.020 S und einen Höchstbezug von 13.400 S bedeuten, die Belastung des Bundes allein würde 3,4 Milliarden ausmachen, zuzüglich 40 Prozent des Aufwandes für Länder und Gemeinden.

Der Redner nimmt dagegen Stellung, daß der Verband der geistig Schaffenden das Primat in Anspruch nehme, die Interessen einer



bestimmten Gruppe zu vertreten. Es sei von vornherein klar gewesen, daß der Spannungsausgleich nur sukzessive durchgeführt werden kann.

Daß es nicht gelungen sei, auch die Familienzulagen auf das 3,7-fache zu erhöhen, bedeute zweifellos eine Härte.

Die Gewerkschaften, schließt der Redner, stehen zu diesem Abkommen. Mit Zähigkeit und durch das Verständnis der Gebietskörperschaften war es möglich, diesen Abschluß zu tätigen, daher werden die Sozialisten für die beantragte Regelung stimmen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

GR. Keller (parteilos, früher WdU) weist darauf hin, daß die Bezüge, über die jetzt abgestimmt werden soll, nicht imstande sein werden, das Sinken des Lebensstandards der Bediensteten der Gemeinde Wien aufzuhalten. Das sei darauf zurückzuführen, daß der Nationalrat das Wucherkapital schütze, das die primäre Ursache der Preissteigerungen in unserer Wirtschaft sei. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung sei daran schuld, daß wir aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht herauskommen. Wenn die Wirtschaft vernünftig geführt würde, wäre es nicht notwendig, über so unzureichende Bezugserhöhungen Beschluß zu fassen. Er werde für den Antrag des Referenten stimmen.

GR. Doppler (WdU) erklärt, es sei so weit, daß sich der Wiener Gemeinderat wieder einmal - es sei dies schon fast regelmäßig vierteljährig der Fall - mit einer Neuregelung der Bezüge der städtischen Bediensteten und Pensionsparteien zu beschäftigen habe. In fast jeder Sitzung des Gemeinderates werde über Tarif- und Gebührenerhöhungen beschlossen.

Es sei bezeichnend, daß die vorliegende Regelung im Gemeinderatsausschuß ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. Fraglich sei jedoch, ob auch die Gemeindebediensteten, vor allem ihre Frauen, die mit diesen Bezügen auskommen müssen, auch so zufrieden sein werden, daß sie darüber kein Wort verlieren.

Das vorliegende Lohn- und Preisabkommen sei das schlimmste aller bisherigen Regelungen, da es sehr viele Fragen offen gelassen habe. Wieder werde von einer vollen Abgeltung gesprochen, während in Wirklichkeit der Lebensstandard der Bediensteten wieder um ein großes Stück gesenkt werde. Nicht einmal die Preiserhöhungen bei Strom, Heizmaterial, Straßenbahn usw. seien berücksichtigt obwohl man gerade bei der Erhöhung dieser Tarife gar nicht eng-

herzig vorgegangen sei.

Aber nicht nur die Lohnempfänger werden durch dieses Abkommen geprellt, sondern es wird auch die Wirtschaft schwerstens geschädigt, da ihr ja ständig neue Steuern und andere Belastungen aufgehaut werden. Dadurch werde die Wirtschaft immer kredit-schwächer und noch weniger konkurrenzfähig. Vor allem im Gewerbe trete ständig ein Substanzverlust ein. Die Rohstoffversorgung werde hiedurch gefährdet, was sich produktionshemmend auswirke und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unmöglich mache. Die Folge werde eine Rückläufigkeit des gesamten Wirtschaftslebens sein. Auch der Fremdenverkehr sei schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Der Redner richtet an den Personalreferenten die Bitte, dahin zu wirken, daß der Stadtsenatsbeschluß, der die 48-stündige Arbeitszeit festlegte, aufgehoben wird und die Arbeitszeit jener in anderen großen Städten, wie in Linz und Graz, die eine 45-stündige Arbeitszeit haben, angepaßt wird.

Die Unabhängigen werden der Vorlage mit der Motivierung die Zustimmung geben, daß der Sperling in der Hand besser als die Taube auf dem Dach sei. (Ironische Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

Stadtrat Fritsch nahm in seinem Schlußwort zu verschiedenen formalen Vorwürfen der Debatteredner Stellung. Wenn Dr. Soswinski bekrittelt hat, daß die Vorlage an erster Stelle behandelt wurde, könne er nur sagen, es sei selbstverständlich, daß man zweckmäßig verhandle und an die Spitze der Tagesordnung die Vorsorge um die Angestellten stelle. Der Referent verwahrte sich auch gegen den Vorwurf, daß er die Vorlage nur oberflächlich behandelt habe. Schließlich mußten sich alle Gemeinderäte seit Monaten schon damit beschäftigen. Redner teilte ferner mit, daß die Bediensteten der Dienstgruppen 1 bis 4 von den Senatsräten bis zu den Oberamtsräten nur 2,8 Prozent ausmachen. Die Anzahl der Bediensteten der Gruppe 1 können nicht einmal in Promille ausgedrückt werden. Er wiederholt schließlich, daß es notwendig sei, den hohen Beamten anständig zu bezahlen. Im übrigen könne er die Ausführungen der Debatteredner im großen und ganzen nur guthießen. Die wirtschaftspolitischen Ausführungen der GRe. Dipl. Ing. Keller und Doppler waren jedoch reichlich überflüssig. StR. Fritsch unterstrich

ferner die Notwendigkeit eines einfacheren Systems der Gehaltsberechnung.

Der Referent kam sonach auf die Bezahlung der Gemeindebediensteten im Vergleich zu der Privatwirtschaft zu sprechen und meinte, daß die Gemeinde versuche, den wirtschaftlichen Nöten ihrer Angestellten nach bester Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wenn eine junge Stenotypistin nunmehr im Monat mehr als 1000S verdient, so bedeutet das bereits ein ganz hübsches Plus gegenüber der Privatwirtschaft.

In diesem Zusammenhang verlangte jedoch StR. Fritsch auch die vollste Pflichterfüllung der Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien. Es müssen Personalverschiebungen vorgenommen werden, es geht aber dabei nicht an, daß zum Beispiel bei den Verkehrsbetrieben Streckenkassiere gebraucht werden und sie aus der Zahl der überschüssigen Kanzleikräfte nicht gefunden werden können. Was wir brauchen, sagte der Stadtrat abschließend, sind weniger aber besser bezahlte Beamte. Er bitte daher um mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Verwaltung. StR. Fritsch schloß seine Rede mit einem Dank an seine engeren Mitarbeiter.

Bei der Abstimmung wird der Vorlage einstimmig von allen Parteien die Zustimmung erteilt.

#### Die Tarifierhöhungen bei den Stadtwerken

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) berichtete sodann über die Tarifierhöhungen bei den Wiener Stadtwerken. Er erinnert daran, daß seit März über diese Tarifregulierungen gesprochen wurde, daß die Verhandlungen über das 5. Lohn- und Preisabkommen durch die Bundespräsidentenwahl eine Unterbrechung erfuhren und erst jetzt ihren Abschluß finden konnten.

Bei den Elektrizitätswerken erhöhen sich die Strompreise im Durchschnitt von 57,10 auf 79,52 g oder um 39,3 Prozent, u. zw. für den Haushalt um 37,1 Prozent, für das Gewerbe um 39,7 Prozent, bei der Landwirtschaft um 31,2 Prozent, für den Nachtstrom um 18 Prozent, für Pauschalabnehmer um 27 Prozent und für den Industriestrom um 42,2 Prozent. Der bisherige Haushaltstarif wird von 35 g auf 50 g pro Kilowatt, die Zählergebühr wird künftig für die ersten beiden Tarifräume 9 S und für jeden weiteren Tarifraum 6,50 S im Monat betragen. Daneben wird wieder ein Stromtarif mit billiger

Zählergebühr (6,50 S für die ersten beiden und 4,50 S für jeden weiteren Tarifraum) eingeführt, wobei je Kilowatt 1 S zu entrichten ist.

Verglichen mit 1937 müsse, wie der Stadtrat weiter ausführt, der neue Strompreis noch immer als relativ billig bezeichnet werden, da gegenüber 1937 nur eine Steigerung um durchschnittlich 193 Prozent eintritt, die im einzelnen beträgt: Haushalt 56 Prozent, Gewerbe 192 Prozent, Landwirtschaft 216 Prozent, Nachtstrom 300 Prozent, Industriestrom 194 Prozent. Dagegen haben sich im Verhältnis zu 1937 die Brennstoffkosten auf das Neunfache und die Kosten des Strombezuges aus fremden Kraftwerken auf das 7,8-fache verteuert.

Unter den Ursachen, die die neuen Tarifpreise bedingen, führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger vor allem die seit dem Vorjahre eingetretene gewaltige Erhöhung der Brennstoffkosten an. So ist der Preis für Grünbacher Steinkohle gegenüber dem Juni des Vorjahres um 106 Prozent und der Preis für polnische Feinkohle um 314 Prozent gestiegen. (Hört! Hört!-Rufe.) Der Preis für Heizöl erhöhte sich in der gleichen Zeit um 90 Prozent, jener für Erdgas um über 70 Prozent. Zusammen mit den erhöhten Personalaufwand und den sonstigen Posten ergab sich im Gesamtaufwand eine Präliminare von 604 Millionen, dem nur Erträge von 434 Millionen gegenüberstehen. Von dem Abgang in Höhe von 170 Millionen werden durch die Stromtarifierhöhung 167 Millionen gedeckt.

Bei den Gaswerken beträgt das Ausmaß der Tarifierhöhung 74 Prozent. Im einzelnen werden die Gaspreise für den Haushalt von 50 auf 87 g und für Gewerbe und Industrie von 46 auf 80 g pro Kubikmeter erhöht.

Hier beträgt gegenüber dem Jahre 1937 die Erhöhung für den Haushalt 304, für das Gewerbe 321 und für die Industrie 260 Prozent. Demgegenüber waren im Mai dieses Jahres die Preise für Nahrungsmittel und Lebenshaltungskosten bereits auf das 5,3-fache des Jahres 1937 angestiegen. Der Preis der ausländischen Steinkohle hat jedoch seit 1937 eine Erhöhung auf das 16,5-fache erfahren.

Bei den Gaswerken stehen derzeit einem Gesamtaufwand von 497 Millionen nur Erträge von 369 Millionen gegenüber, so daß ein Abgang von 127 Millionen zu decken wäre. Die Mehreinnahmen auf Grund der neuen Tarife werden mit 116,6 Millionen veranschlagt, so daß der Fehlbetrag auf 16,1 Millionen verringert wird.

Die neuen Strom- und Gastarife treten ab 1. August in Kraft.

Für die Übergangszeit werden, wie üblich, Mischpreise berechnet.

Bei den Verkehrsbetrieben erhöht sich der Straßenbahnfahr-schein von 1 S auf 1,30 S und der Fahrpreis für den Autobus für die erste Teilstrecke von 40 auf 50 g in der Inneren Stadt und von 50 auf 70 g außerhalb von Ring und Kai. Die Wochenkarte auf der Straßenbahn wird künftig 7,30 S, die Sonn- und Feiertagsrück-fahrkarte 2,40 S und der Kinderfahrchein 30 g kosten. Als Mehr-ertrag werden insgesamt 80,1 Millionen, davon 73,6 Millionen bei den Straßenbahnen erwartet. Dem stehen jedoch Mehraufwände gegen-über dem Vorjahr um 134,6 Millionen entgegen.

Auf der Straßenbahn tritt die Fahrscheinpreiserhöhung mit 1. August, für Zeitkarten ab 2. August und für Wochenkarten ab 5. August in Kraft.

Gr. Wicha (WdU) kommt auf die Umstellung von Gleichstrom auf Wechselstrom zu sprechen und erklärt, daß den davon betroffenen Strombeziehern durch diese Umstellung oft hohe Kosten erwachsen, da die E-Werke nur einige Glühlampen, eine halbe Kochplatte und ein Bügeleisen ersetzen, während sich Zahnärzte, Dentisten sowie Geschäftsleute die Umbauten ihrer Apparate und Maschinen selbst bezahlen müssen, wobei die Kosten oft zwischen 10.000 und 15.000 Schilling schwanken. Die Gemeinde Wien sollte sich vor der Strom-umschaltung mit den Bewohnern der betreffenden Häuserblöcke vor-her auseinandersetzen und notfalls die Umstellung auf einen wirt-schaftlich günstigeren Zeitpunkt zurückstellen.

Bezüglich der neuen Gaspreise gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinde Wien in dem Falle, daß die Kohlenpreise wieder zurückgehen sollten, ebenso rasch und freiwillig eine Sen-kung der Gastarife vornehmen werde.

Die städtischen Verkehrsbetriebe werden auf die Dauer mit ihren Einheitstarifen nicht mehr durchkommen, sondern werden end-lich auf die wiederholten Vorschläge der Unabhängigen zurückkom-men müssen, Kurz- und Teilstreckentarife einzuführen. Es habe sich gezeigt, daß nicht nur die Tarifkilometer, sondern auch die Wagen-kilometer zurückgegangen sind. Die Verkehrsbetriebe nehmen also Einsparungen vor, die zu Lasten der Benutzer der Verkehrsmittel gehen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) weist zunächst auf eine Reihe von Tatsachen hin, die seiner Ansicht nach zu den Preis- und Tarif-erhöhungen geführt haben. Er wendet sich dagegen, daß man immer

wieder behauptete, daß die jetzt eintretenden Tarifierhöhungen vor allem auf die Preissteigerungen der Kohle aus den Volksdemokratien zurückzuführen sei. Die Verdoppelung der Kohlenpreise im Vorjahr sei nicht deshalb eingetreten, weil etwa Polen die Preise erhöht hat, sondern weil über Antrag der Amerikaner die Geldkurse geändert wurden. Bei der tschechoslowakischen Kohle, die oft ins Treffen geführt wird, sei es so, daß sich der Preis gegenüber dem Juli 1948 nur um 33 Prozent erhöht habe. Die Volksdemokratien hätten die Kohlenpreise nur in jenem Ausmaß erhöht, um das sie infolge der amerikanischen Rüstungen die Baumwolle, Kupfer und ähnliche Dinge teurer bezahlen müssen. Es sei ja auch Österreich bei seinen Exportpreisen nicht billiger geworden. (Erregte Zwischenrufe.) Die österreichische Exportindustrie habe allein Überprofite von über 2 Milliarden Schilling erzielt.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzen vermeide es, nur ein Wort darüber zu verlieren, ob er gewillt sei, dem Gemeinderat ein Nachtragsbudget vorzulegen, obwohl dies die einzige Möglichkeit wäre zu beurteilen, welche Belastungen die Preiserhöhungen bringen und inwieweit sie durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden können. Durch Scheinanträge wolle man vor der Öffentlichkeit so tun, als ob man gewillt sei, die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Frachtsätze und die Erhöhung der Kohlenpreise sei noch nicht berücksichtigt, man habe also schon jetzt die Möglichkeit für die spätere Argumentation geschaffen, daß zumindest ein Defizit von 10 Prozent aufscheine und ein Nachziehverfahren notwendig sei.

Es sei lächerlich, wenn die ÖVP einen Antrag einbringen werde, den Gaspreis auf 76 Groschen "herabzusetzen", da ja in Wirklichkeit dann noch immer eine Erhöhung von 50 auf 76 Groschen eintreten würde.

Ständig werde eine USIA-Hetze betrieben, würde man aber zur Gaserzeugung Erdgas, das in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden könnte, heranziehen, könnte auch in Hinkunft ein Gaspreis erzielt werden, der pro Kubikmeter unter 50 Groschen liegt. (Stürmische, anhaltende Zwischenrufe.) Niemand spreche davon, daß elektrischer Strom aus Vorarlberg gratis nach Westdeutschland für die Rüstungsindustrie exportiert werde und daß

die Engländer von Österreich verlangen, ein Elektrizitätswerk an Jugoslawien abzutreten.

Es sei falsch zu behaupten, daß die eintretenden Erhöhungen voll abgegolten werden, tatsächlich werde es so sein, daß nicht einmal 50 Prozent der nunmehr eintretenden Preissteigerungen abgegolten werden. Erstaunlich sei es, wie die Straßenbahn die Überfüllung der Wagen zu beseitigen trachte. Man rechnet mit einem Rückgang der Frequenz durch die Tariferhöhungen um 5 Prozent. Das bedeutet im Jahr 25,5 Millionen Fahrten und pro Tag 70.000 Fahrten. Die Überfüllung wolle man also nicht durch den Bau von Untergrundbahnen oder verstärkten Wagenverkehr beseitigen, sondern durch Tariferhöhungen.

Es sei unsozial, daß gerade bei der Arbeiter-Wochenkarte die größte Erhöhung eintrete. Der Redner wiederholt in diesem Zusammenhang seinen bereits früher einmal eingebrachten Antrag, eine 5 Tage-Wochenkarte einzuführen.

Ein Drittel der Bevölkerung sei zur Erkenntnis gekommen, daß der Kapitalismus und seine Trabanten verschwinden müssen. Der Linksblock wolle diesen Weg in den Abgrund nicht mitmachen und sage zu den Tariferhöhungen Nein!

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) nimmt dagegen Stellung, daß die Sozialisten die Volkspartei während des Wahlkampfes als Preistreiberpartei bezeichnet haben. Er zitiert dabei eine Äußerung des Nationalrates Dr. Pittermann, der in einer Rede die ÖVP als Partei des Gaswuchers hingestellt hätte. Der Redner stellt dem entgegen, daß die Volkspartei bereit ist, der Gemeinde Wien und den städtischen Unternehmungen das zu geben, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen, also auch jene Tariferhöhungen, die durch die Vereinbarungen des 5. Lohn- und Preisabkommens und durch die Preiserhöhungen für Material und Kohle unbedingt notwendig geworden sind. Er sei aber auch der Überzeugung, daß man in solchen kritischen Zeiten alle Mittel und Wege versuchen muß, um der Bevölkerung nur das an Mehrbelastungen zuzumuten, was vertretbar ist. Redner verlangt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen eine Untersuchung der bisherigen Kalkulationsmethoden bei den Stadtwerken.

Auf wiederholte Zwischenrufe von sozialistischer Seite, die darauf hinweisen, daß ja der Referent der Tariferhöhungen, Stadtrat Dkfm. Nathschläger, selbst der ÖVP angehört, antwortet GR.

Dipl.Ing. Rieger, daß ein großer Teil des Einflusses auf die Entwicklung der städtischen Unternehmungen nicht bei dem Amtsführenden Stadtrat liege.

Auch dem Verlangen nach Betriebsreform, um die Unternehmungen rationeller leiten zu können, gibt der Redner Ausdruck. Als Stadtrat Resch mit dem Zwischenruf: "Ihr Stadtrat!" wieder darauf hinweist, daß der Redner und der Referent der gleichen Partei angehören, erwidert GR. Dipl.Ing. Rieger darauf, daß das Ressort Betriebsreform nicht Stadtrat Nathschläger, sondern Stadtrat Fritsch unterstehe.

Der Redner stellt weiter fest, daß seit 1945 bei den städtischen Unternehmungen 750 Millionen Schilling für Investitionen aufgewendet wurden. Der Eigentümer der Unternehmungen jedoch, die Gemeinde Wien, hat den Betrieben keine finanzielle Hilfe geleistet. Die 750 Millionen wurden allein aus den Einnahmen der Unternehmungen gedeckt. Sogar die Kriegsschäden wurden von den Unternehmungen selbst behoben. Diese Investitionen haben jedoch die Stadtwerke in eine unangenehme Situation gebracht. Fast das gesamte Stammkapital ist aufgezehrt worden.

Der Redner gliedert nun die Kalkulation der städtischen Unternehmungen auf und wendet sich vor allem gegen die sogenannten Gebrauchsgebühren. Von den 120 Millionen Schilling, die durch dieses Gesetz vereinnahmt werden, leisten allein die Stadtwerke 105 Millionen, das sind 87 Prozent. Es zeigt sich also, daß dieses Gesetz fast ausschließlich zur Abschöpfung eines Betrages von den Stadtwerken geschaffen wurde. Die Stadtwerke sind jedoch im Eigentum der Gemeinde ebenso wie die öffentlichen Verkehrsflächen. Es soll also ein gemeindeeigenes Unternehmen für die Benützung gemeindeeigenen Gutes eine Gebühr bezahlen. Das hat die Fraktion der Volkspartei veranlaßt, im Landtag einen Antrag einzubringen, die Zahlung der Gebrauchsgebühren durch die städtischen Unternehmungen vorübergehend einzustellen. Der Redner weist auch darauf hin, daß andere Kosten, die die Stadtwerke tragen müssen, eigentlich Sache der Hoheitsverwaltung wären. So müssen die Verkehrsbetriebe die Gesamtpflasterung innerhalb des Bahnkörpers, also ein Drittel jeder Straße, durch die eine Straßenbahn fährt, instandhalten, obwohl diese Flächen dem öffentlichen Verkehr dienen. So sind durch den Umbau der Mariahilfer Straße



Kosten von 6 Millionen Schilling erwachsen, obwohl den Bedürfnissen der Verkehrsbetriebe die Auswechslung von 400 Meter Gleis genügt hätte. Auch der Umbau beim Westbahnhof ist kein Projekt der Stadtbahn. Auch dabei sind ungefähr 9 bis 10 Millionen den Verkehrsbetrieben aufgelastet. Dies alles muß bei der Einhebung der Gebrauchsgebühren berücksichtigt werden.

Der Redner sieht dann die Möglichkeit weiterer Einsparungen der Stadtwerke bei den sogenannten Rückstellungen und durch die Ermäßigung des kalkulatorischen Gewinnes. Ferner verlangt er langfristige Kredite durch die Hoheitsverwaltung. Die Gemeinde sei dazu fähig, weil sie seit 1945 bereits 141 Millionen Schilling an Krediten und Beteiligungen ausgegeben hat. Auch Stadtrat Resch hat anlässlich der Budgetdebatte erklärt, daß er die Kreditannahme für die Stadtwerke nicht ablehne.

Der Redner kommt zu dem Schluß, daß durch die von seiner Fraktion unterstützten Reformen in der Kalkulation sowohl die Tarife der Gaswerke, als auch die der Verkehrsbetriebe herabgesetzt werden könnten. Er stellt den Antrag, den Gaspreis pro Kubikmeter auf 76 Groschen zu erstellen und bei der Straßenbahn einen Kurzstreckentarif zu einem Schilling sowie eine Fünftage-Wochenkarte zu 6.20 bzw. 7.50 Schilling einzuführen. Damit könnte man der Bevölkerung beweisen, daß die Gemeinde auch als Unternehmer ihre Pflicht zu erfüllen weiß. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dipl. Ing. Keller (parteilos) sieht die Ursachen aller Preis- und Tariferhöhungen in der Vermehrung des wertlosen Geldes. Im Verlauf seiner langen Ausführungen wird er wiederholt durch ironische Zwischenrufe unterbrochen. Nach und nach leeren sich auch die Bänke und die Gemeinderäte verlassen den Saal. Der Redner verlangt als Ausweg aus den Lohn- und Preispakten eine gerechte Verteilung der Güter. Er wendet sich gegen die Saboteure der Wirtschaft und fordert die Verhaftung der Profithyänen. Er bezeichnet unsere Wirtschaftspolitik als völlig verfehlt und polemisiert gegen die Tätigkeit der Nationalbank, die nach seiner Meinung eine Inflation heraufbeschwört.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, muß den Redner wiederholt ermahnen, nicht zu verlesen und zur Sache zu sprechen. Nach dreimaliger Ermahnung entzieht schließlich der Vorsitzende dem Redner das Wort, als er den Wiener Gemeinderat als eine "komische Sache", bezeichnet. Als GR. Keller trotzdem weitersprechen will,

eilen einige sozialistische Gemeinderäte zum Rednerpult und sprechen erregt auf ihn ein. Unter den Protestrufen der sozialistischen Abgeordneten verläßt der Redner das Rednerpult.

Als Hauptredner der Sozialistischen Partei spricht Vizebürgermeister Honay, der unter anderem ausführt: So wie der Brot-  
alle Menschen in dieser Stadt trifft,  
preis/ so werden auch alle Wiener Haushalte von der Neuerstellung  
der Tarife unserer Monopolbetriebe betroffen. Daher muß jede Tarifierhöhung mit der größten Sorgfalt vorgenommen werden. Dies ist auch diesmal wieder geschehen. Die Gemeinde hat keinen Groschen mehr als notwendig von der Bevölkerung verlangt. Ja, die neuen Tarife decken nicht einmal die Eigenkosten. Beim Gaswerk und bei den Verkehrsbetrieben verbleibt ein ungedeckter Abgang von zusammen 190 Millionen. Es war in diesem Hause nicht immer so, daß die Tarife so erstellt wurden, daß die Gemeindeverwaltung nichts daran verdient hat. Wenn Lueger als Vorbild für eine kommunale Verwaltung bezeichnet wird, so hat er doch eine andere Tarifpolitik betrieben, als wir Sozialisten sie 1919 inauguriert haben. Damals wurden die drei städtischen Monopolbetriebe nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten geführt, die im Frieden im Jahresdurchschnitt rund 18 Millionen Goldkronen als effektiven Reingewinn an die Gemeindegasse abführten. Jeder Verbraucher von Gas und Strom, jeder Fahrgast mußte also damals seinen Tribut an die Gemeindegasse leisten. Es ist daher frivol, heute davon zu sprechen, daß mit diesen Tarifen in unserer Stadt eine Preistreiberei betrieben werde. Als die Demokratie 1919 in den Gemeinderat Einzug hielt, wurde mit dieser Tarifierstellung Schluß gemacht. Es war eine große soziale Tat der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung aus dieser Zeit, daß bei diesen drei Betrieben das Prinzip der Eigenkostendeckung eingeführt wurde, so daß Straßenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke keine Gewinne mehr an die Gemeindegasse abzuliefern hatten. Die Sozialdemokratische Partei ist diesem Prinzip bis 1934 treu geblieben und hat es gegen eine sehr hartnäckige, zähe Opposition in diesem Hause verteidigt. Der Großteil der Bevölkerung dieser Stadt hat diese Art der sozialen Tarifierstellung auch verstanden, und die Sozialdemokratische Partei hat bei den Wahlen in dieser Stadt von Wahl zu Wahl eine größere Mehrheit erhalten.

Vizebürgermeister Honay nimmt sodann zu den Anträgen der

Volkspartei Stellung und bemerkt hiezu: Die Taktik, daß den Anträgen des Referenten Gegenanträge von der eigenen Partei entgegengesetzt werden, ist seit 1945 in diesem Haus neu. Von 1919 bis 1934 war es anders. Damals hat die Opposition, die Christlichsoziale Partei, kein Mitverwaltungsrecht besessen. Der damalige Gemeinderat Kunschak hat von der Rednertribüne dieses Hauses aus erklärt: Wir sind damit einverstanden, daß nun die Sozialdemokraten zeigen, was sie an Verwaltungskunst leisten können; wir werden nunmehr das süße Brot der Opposition essen. Heute erleben wir den merkwürdigen Vorgang, daß die Volkspartei ebenfalls dieses süße Brot der Opposition neben den Vorteilen der Mitverwaltung genießen möchte. Ich glaube, daß diese neue Taktik in diesem Hause auf die Dauer nicht möglich sein wird. (Zustimmung bei den Sozialisten. - Vizebürgermeister Weinberger: Genau so wie im Nationalrat!)

Die Volkspartei habe auch bemängelt, daß die Gemeindeverwaltung von den städtischen Unternehmungen ungefähr 48 Millionen an Gebrauchsgebühren einnimmt. Selbst wenn man diese Gebrauchsgebühren streichen würde, könnte eine nennenswerte Senkung der Tarife nicht eintreten. Solche Gebühren werden in allen deutschen Städten von den kommunalen Unternehmungen eingehoben, und es sei selbst bei objektiver Betrachtung keine Berechtigung für die Befreiung zu erbringen. Jeder Schilling, der der Gemeindeverwaltung entzogen werde, fehle im Budget. Die Gemeinde könne nicht das große soziale Fürsorgewerk und den sozialen Wohnhausbau durch leichtfertige Einnahmenschmälerung gefährden.

Wir Sozialisten bejahen auch im Rathaus die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Volkspartei, wir wünschen aber, daß sie aufrichtig und ehrlich sei. Was Sie hier heute aufgeführt haben, erinnert mich leider als noch lebenden Zeugen an die bösen Worte, die von der früheren Christlichsozialen Partei in diesem Saale bis 1934 so oft gesprochen wurden und denen dann sojantsetzliche Taten gefolgt sind. Ihre Dollfuß-Huldigung am 25. Juli gibt jedem Demokraten zu denken. Die Zusammenarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden seit 1945 mit der Volkspartei ist aus der Not unseres Volkes und aus der Not der Republik geboren worden. Wir Sozialisten nehmen heute noch an, daß die Volkspartei in ihrer Mehrheit den demokratischen Gedanken von 1945 treu geblieben ist. Aber die Art,

wie heute hier und in den letzten Tagen die Volkspartei sich gegenüber der Republik verhält, zwingt mich zu einer ernststen Mahnung: Wachen Sie darüber, daß Ihre Partei nicht wieder unter die Führung jener Elemente gerät, die Österreichs geschichtliches Unglück waren! (Vizebürgermeister Weinberger: Jeder soll darüber wachen!) Wachen Sie darüber, daß die demokratischen Grundlagen Ihrer Partei nicht erschüttert werden, daß die wirklichen Demokraten in Ihrer Mitte nicht wieder einflußlos und damit die Voraussetzungen der demokratischen Zusammenarbeit zerstört werden. Die Folgen wären auch für Sie unabsehbar.

Wir demokratischen Sozialisten führen einen schweren Kampf für die Demokratie an der Front, wo sie am stärksten bedroht ist. Wir führen diesen Kampf um die ruhige legale Entwicklung des Staatswesens im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Wir kämpfen gegen jedes Experiment der Gewalt. Diese Politik setzt jedoch Verständnis und Aufrichtigkeit der bürgerlichen Demokratie voraus. Versagt diese, dann nehmen die Dinge zwangsläufig den Verlauf, den die Welt kennt.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, schließt Vizebürgermeister Honay, namens der sozialistischen Fraktion mit Rücksicht auf die Vorkommnisse der letzten Zeit unseren Mitarbeitern in der Österreichischen Volkspartei das in aller Deutlichkeit zu sagen. (Starker, anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Schwaiger (ÖVP) verweist auf die Tatsache, daß es das erstemal seit 1945 sei, daß die ÖVP in Opposition einen Antrag stellt, u.zw. einen für die Bevölkerung sehr bedeutungsvollen Antrag. Es sei das erste Mal, daß die Österreichische Volkspartei klar und offen erklärt, daß sie mit der Vorlage des Amtsführenden Stadtrates nicht einverstanden ist. Die SPÖ möge zur Kenntnis nehmen, daß das in Hinkunft öfter der Fall sein werde, wenn sich die Verhältnisse im Rathaus nicht ändern. Jede der beiden Parteien habe ihre Auffassung von Koalition. Ihre Auffassung - ruft er der SPÖ zu - von Koalition und Zusammenarbeit besteht scheinbar darin, daß Sie beschließen und wir Ja sagen! (Zustimmung bei der ÖVP.) Die ÖVP habe eine andere Meinung von einer echten Koalition und Zusammenarbeit, u.zw.: gemeinsame Beratung und dann gemeinsame Beschlußfassung!

Die ÖVP habe sofort nach Bekanntwerden des Inhaltes des

Direktionsvorschlag für die neuen Tarife mit der Sozialistischen Partei und der sozialistischen Fraktion im Rathaus die Verhandlungen aufgenommen, habe aber feststellen müssen, daß ihre sachlich begründeten Vorschläge von den Sozialisten strikt abgelehnt wurden. Die Sozialisten meinten wohl, es gelte hier das Sprichwort: "Vogel friß oder stirb!" Darauf lasse sich die ÖVP jedoch nicht ein. Die ÖVP sei gewillt, ihre sachlich begründeten Vorschläge nach wie vor in aller Öffentlichkeit zu vertreten.

Auch Vizebürgermeister Honay habe anerkennen müssen, daß die Investitionen der Unternehmungen, vor allem jene, die durch die Kriegsereignisse notwendig geworden sind, nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können und dürfen, sondern daß hierfür andere Wege gefunden werden müssen. Von den rund 700 Millionen an Investitionen der drei städtischen Unternehmungen seien allein 300 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden verwendet worden. Bezüglich der Wege, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen, habe die ÖVP bereits entsprechende Vorschläge gemacht.

Vizebürgermeister Honay habe zwar erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion nach 1919 die städtischen Unternehmungen niemals gewinnbringend, sondern immer nur kostendeckend geführt hätte: Es müßten aber auch die Gebrauchsgebühren als Gewinne der Gemeindeverwaltung bezeichnet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf keinem Fall könne man es zulassen, daß der Staat seinen Betrieben, die Privatbetrieben Konkurrenz machen, bessere Bedingungen als den Privatbetrieben gibt. Man dürfe/zwischen den städtischen Unternehmungen und der Hoheitsverwaltung Unterschiede aufrichten, da es sich hier um Blut vom selben Blut und Fleisch vom selben Fleisch handle. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Es sei unverständlich, warum man den städtischen Unternehmungen keine Investitionsanleihen gewähre. Der Rechnungsabschluß für 1950 habe gezeigt, daß 400 Millionen übrig geblieben seien. Die städtischen Unternehmungen hätten hievon keinen Groschen erhalten, während alle möglichen anderen Unternehmungen seit 1945 zirka 150 Millionen an Betriebskrediten und Darlehen bekommen haben. Aber nicht nur, daß man keine Investitionsanleihen gebe, es werden sogar die bereits gewährten Anleihen zurückgekauft.

Seit 1945 seien 45 Millionen für den Rückkauf von Anleihen ausgegeben worden.

Im November 1950 sei es sogar so weit gekommen, daß man um dieser Jahreszeit begann, die Straßen zu reparieren, weil man nicht mehr wußte, wie man das überschüssige Geld ausgeben sollte. (Erregte anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Diese Art der Finanzpolitik der Gemeinde gehöre endlich einmal angeprangert und müsse vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden.

Es sei nicht so, daß die ÖVP nicht bereit sei, die Wiener Gemeindeverwaltung bei der Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zu unterstützen. Auch die Forderung nach niedrigeren Gaspreisen und niedrigeren Straßenbahntarifen sei die Erfüllung einer sozialen Verpflichtung gegenüber der Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP. - Andauernde Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Soswinski habe sich bemüht gefühlt, sehr warmherzig bezüglich des Kraftwerkes Lavamünd die österreichischen Interessen in diesem Hause zu vertreten. Wie stehe es aber mit seiner Vertretung österreichischer Interessen bei der Rückführung unserer Kriegsgefangenen, bezüglich des Abschlusses unseres Staatsvertrages, bei der Lösung der Frage Deutschen Eigentums, beim Erdöl usw? Es wäre angebracht, wenn er gerade bei diesen Fragen so energisch und so laut österreichische Interessen vertreten würde. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Zur Forderung des GR. Dr. Soswinski, daß die Wiener Gaswerke ihren gesamten Bedarf durch Erdgas decken sollen, müsse festgestellt werden: Eine solche Maßnahme wäre derzeit schon technisch nicht durchführbar. Außerdem würde die Gasversorgung Wiens von den kommunistischen Betriebsräten abhängen, die es in der Hand hätte, der Wiener Bevölkerung die Gaszufuhr abzuschneiden. Die Wiener Bevölkerung dürfe aber nicht der Willkür der kommunistischen Agenten bei der USIA ausgeliefert werden. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Grundsätzlich erklärt der Redner namens der ÖVP, daß die Investitionen nicht durch die Tarife, sondern durch Anleihen ge-

deckt werden sollen. Aus den Tarifen dürfen keinerlei Gewinne kommen, es dürfen nur jene Kosten der Wiener Bevölkerung verrechnet werden, die zur Weiterführung der einzelnen Unternehmungen notwendig sind. Wer für diese Gedankengänge eintrete, dem bleibe nichts anderes übrig, als für die Abänderungsanträge der ÖVP zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Marek (SPÖ) betont, es sei zu erwarten gewesen, daß der Linksblock die Gelegenheit benützen werde, um anlässlich dieser Beratungen seinen traditionellen Haß gegen das selbständige, unabhängige, freie, demokratische Wien zum Ausdruck zu bringen. Es sei einfach erschütternd, einen Wiener Gemeinderat in der Rolle des befohlenen Verteidigers ausländischer Interessen zu sehen. Es sei beschämend, einen Wiener zu hören, der Beifall klatscht, wenn man die Bevölkerung dieser Stadt demütigt, erniedrigt, beleidigt, striemt, ausbeutet und ausplündert, und der den Exoffoverteidiger ausländischer Interessen spielt. Wenn man die Vielfalt seines Materials über die Volksdemokratien und die Sowjetunion gehört habe, könnte man nur wünschen, daß er einen Teil seiner freien Zeit zum Studium der Nöte der Wiener Bevölkerung und der Fülle der Probleme verwendet, die uns beschäftigen. Man sehe bei den Rednern des Linksblocks förmlich den Schaum for dem Mund, wenn sie über den sogenannten Preispaht sprechen.

GR. Soswinski habe im Namen der Volksrepublik Polen in Dollars gerechnet, aber als "österreichischer" Gemeinderat habe er die anderen Kalkulationen in Schillingen gegenübergestellt, nur um zu beweisen, daß die Kohlenpreise Polens bzw. der Tschechoslowakei vollkommen gerechtfertigt seien. GR. Marek betont, er wolle ein Versäumnis Dr. Soswinskis nachholen, nämlich die Vergleichspreise, die für die Ruhrkohle zu bezahlen sind, anzuführen.

Die für das Gaswerk benötigte Ruhrkohle habe am 1. Juli 1950 206,68 S pro Tonne gekostet, sie koste seit 16. Juli dieses Jahres 420,61 S. Der Preis der Ostrauer Kohle habe am 1. Juli 1950 207,04 S betragen, sie koste jedoch seit 16. Juli dieses Jahres 653,08 S.

Polen verlange für dieselbe Kohle, die es an Österreich für 24 Dollar pro Tonne verkauft, im Verkehr mit den skandinavischen Staaten nur 21.5 Dollar, für Lieferungen nach Ostdeutschland nur 16.5 Dollar (Rufe: Hört! Hört!), für Lieferungen in die Sowjetunion sogar nur 8 Dollar pro Tonne. (Erneute Hört!Hört!-Rufe.)

Die in Österreich liegenden Grünbacher Steinkohlenbergwerke, die Deutsches Eigentum sind, sind unter USIA-Verwaltung, so daß den österreichischen Stellen kein Einfluß auf die Förderung, die Kalkulation und die Preisbildung zusteht. Während diese Werke die Kohle im Jänner 1949 noch zum Preise von 125 S lieferten, verlangt die USIA-Verwaltung seit März 1951 350 S pro Tonne. (Hört!Hört!-Rufe.) Wenn die gleichfalls in Österreich geförderte Braunkohle zwar qualitätsmäßig nicht an die Steinkohle heranreicht, so sei es doch bezeichnend, daß der Preis dieser Kohle von 80 S im April 1950 nur auf 95 S pro Tonne im Juli 1951 gestiegen sei.

Die unverhältnismäßig starke Verteuerung der polnischen und tschechoslowakischen Kohle, aber auch der aus den inländischen USIA-Betrieben stammenden Kohle sei der Ausdruck einer politischen Linie. Dr. Soswinski könne auch durch noch so lautes Schreien diese Schande, die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens nicht mildern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. - Erregte Zwischenrufe.)

Ein ganz besonders trauriges Kapitel sei die von Dr. Soswinski angeschnittene Erdgasfrage. 51 Prozent der "Südostdeutschen Erdgasgesellschaft", die im Jahre 1940 gegründet wurde, stehen unter der Verwaltung der USIA, je 24.5 Prozent gehören den Ländern Wien und Niederösterreich. Die von den beiden Ländern nominierten Verwaltungsräte wurden trotz wiederholter Urgezen bis zum heutigen Tage noch nie zu Sitzungen einberufen, so daß weder Wien noch Niederösterreich irgend eine Möglichkeit der Kontrolle haben. (Andauernde Zwischenrufe.) Der Erdgaspreis betrug im Jänner 1951 noch 14 Groschen, seit 1. Juni 1951 verlangt die USIA 25.5 Groschen pro Kubikmeter, also um 82 Prozent mehr..

Der Erdgaslieferungsvertrag mit den Gaswerken war am 30. Dezember 1950 abgelaufen, es war jedoch bisher nicht möglich, die neuen Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Es wurde viel-



mehr das auf österreichischem Boden gewonnene Gas, das wir dringend für die Gaserzeugung brauchen, gedrosselt. Wir müssen es der Wiener Bevölkerung sagen, daß wir sechseinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges so behandelt werden, wie seinerzeit die Neger am Unterlauf des Senegal durch die Kolonisatoren. (Stürmische Zustimmung bei der SPÖ.) Hier treten die Kommunisten nicht dafür ein, daß wir das Erdgas zu einem Preis bekommen, der es ermöglicht, unsere Wirtschaft und unsere Kommunalverwaltung in Ordnung zu halten.

Mit Parade-Urabstimmungen in den USIA-Betrieben, die nicht mehr wert sind, als der sogenannte Volksentscheid am 10. April 1938, könne man die Wahrheit nicht verdunkeln.

Da der Linksblock immer davon spricht, wie gut die Menschen in den Volkdemokratien leben, wolle der Redner einige Verbrauchsziffern anführen. Der Fleischverbrauch betrage in der Sowjetunion 6.5 Kilogramm pro Kopf und Jahr, in Ungarn 14,3 und in Österreich 32.5 Kilogramm. Der Fettverbrauch sei in der Sowjetunion 6.5 Kilogramm, in Ungarn 11.7 und in Österreich 16 Kilogramm pro Kopf und Jahr, der Zuckerkonsum in der Sowjetunion 12, in Ungarn 13 und in Österreich 25 Kilogramm, der Mehlverbrauch in der Sowjetunion 95, in Ungarn 84 und in Österreich 116 Kilogramm. Diese Ziffern sollen nicht dazu dienen, um zu sagen, daß es uns besonders gut geht, sollen aber aufzeigen, daß es uns trotz der wirtschaftlichen Not der heutigen Zeit nicht schlechter als anderswo geht.

GR. Marek stellt weiter fest, daß in den Jahre 1950 und 1951 Österreich 21.8 Millionen Dollar an ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt wurden. 18.2 Millionen Dollar wurden zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ferner ist festgestellt worden, daß die Preisbildung auf den Weltmärkten eine sinkende Tendenz zeigt. Hoffen wir, daß die trügerischen Spannungen eine Lösung finden, dann wird der Preisauftrieb, der seit dem 30. Juni 1950 eingetreten ist, weiter zurückgehen und wir werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter lösen können.

Wenn man jedoch die Ausführungen des Linksblocks aneinanderreihet, wird genau die Linie erkennbar: Nicht nur die Freude an den Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, sondern es ge-

schiebt alles, um der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Das ist die Stellung der Kommunisten, die sie auch früher eingenommen haben. Die Methoden sind in einer jahrzehntelangen Entwicklung die gleichen geblieben. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die Einheit der Arbeiterklasse zu sprengen. Es ist ihnen damals nicht gelungen und es wird ihnen auch heute nicht gelingen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Redner ging dann auf die Politik ein, die die Österreichische Volkspartei heute in diesem Saal eingeschlagen hat. StR. Dkfm. Nathschläger hat heute Anträge vertreten, die seine Parteifreunde als Anträge der Direktion bezeichnet haben. Das heißt, man will dem Amtsführenden Stadtrat die Rolle zumuten, Direktionsanträge zu vertreten. Der Redner sagte, er habe das Gefühl, daß man hier an der Wende einer politischen Entwicklung stehe. Die Ausführungen des GR. Dipl. Ing. Rieger bezeichnet er als die Antrittsrede eines neuen Stadtrates, der nachweist, daß der bisherige Stadtrat das Vertrauen nicht besitzt. GR. Rieger habe geradezu liebevoll zusammengetragen, was gegen die Gemeindeverwaltung spricht. Man wisse aber genau, daß die Verkehrsbetriebe schwer unter den Unterlassungssünden seit dem Jahre 1934 leiden. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten. - Protestrufe bei der Volkspartei.) Der Redner bezeichnet es als gefährlich, die von ihm aufgezeigte politische Linie zu vertreten und weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß man in Verfolg dieses Systems im Parlament ein Gesetz nicht verabschiedet hat mit der Begründung, man scheue sich, es einem Sozialisten in die Hand zu geben. Wenn aber in diesem Winter das Verbundnetz zusammenbricht, dann ist das keine Angelegenheit der sozialistischen Fraktion dieses Hauses, sondern dann bedeutet jeder Zusammenbruch einen Millionenschaden durch den Ausfall der Produktion.

GR. Marek wendet sich sodann gegen einen Artikel in der "Neuen Wiener Tageszeitung", in dem unter dem Titel "Mieter ziehen aus den Gemeindebauten aus" Unrichtigkeiten verbreitet wurden, die unter den Gemeindemieter Beunruhigung hervorriefen. (Vizebürgermeister Weinberger: Beschämend! Unsachlich!) Der Redner empfahl den Gemeinderäten der Volkspartei, in Zukunft bei der Wahrheit zu bleiben. Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen sagte

GR. Marek, daß die Sozialisten auch den Mut haben, die demogogischen Anträge der Volkspartei über die Gaspreise abzulehnen, weil sie sich verpflichtet fühlen, den Notwendigkeiten zu gehorchen.

Zu dem Antrag auf Einführung eines Teilstreckentarifes bemerkte der Redner, daß dazu die Normalisierung des Fahrparkes notwendig sei und daß dann der Regelfahrschein zugunsten der Kurzstreckenfahrer erhöht werden müßte. Das heißt, daß der Arbeiter mehr bezahlen müßte. (Gegenrufe bei der Volkspartei und bei den Unabhängigen.)

Zu den Ausführungen von GR. Dipl.Ing. Keller (parteilos, früher WdU) sagte GR. Marek, daß dieser wohl die Möglichkeit habe, hier zu sprechen. Es geht aber nicht an, daß dieses große Entgegenkommen von ihm zu antidemokratischen Bemerkungen benützt wird. Er könne diese Körperschaft nicht eine komische Einrichtung nennen. Es wird vielleicht hoch an der Zeit sein, die Voraussetzungen zu untersuchen, unter denen GR. Keller hier ist. (GR. Dipl.Ing. Keller: Ich habe diese Worte nicht gesagt!)

Abschließend bemerkte GR. Marek unter dem stürmischen Beifall seiner Fraktionskollegen, wenn der Finanzminister gesagt habe, der Bund sei kein guter Onkel, so müsse er mit aller Deutlichkeit sagen, daß auch Wien kein Stiefkind sei. Es geht nicht an, daß der Gemeinde keine Möglichkeit geboten wird, die Bedeckung ihrer Mehrbelastungen vorzunehmen. Mit dem Gefühl der Verantwortung erklärte er in Namen seiner Partei, den Anträgen des Berichterstatters zustimmen zu wollen, die Anträge der ÖVP aber abzulehnen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort bemerkt StR. Dkfm. Nathschläger zu der Kritik an der Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom, daß derzeit nur Drehstrom erzeugt werde. Die Umwandlung auf Gleichstrom verursache ziemlich hohe Kosten. Die Umstellung werde in 20 bis 25 Jahren beendet sein. Diese Umgestaltung des Wiener Elektrizitätsnetzes werde der Gesamtheit der Wiener Abnehmer zugutekommen, weil die teure Umformung auf Gleichstrom dann auch im Preis wegfallen würde.

Die Lizitationspolitik des GR. Dr. Soswinski, die diesmal statt nach oben nach unten gerichtet gewesen sei, müsse er ablehnen und seinen Antrag gleichfalls zur Ablehnung empfehlen.

Die vom GR. Dipl.Ing. Rieger vorgetragene Anträge der

Österreichischen Volkspartei basieren auf drei Grundsätzen. Erstens wird darauf hingewiesen, daß die Gebrauchsgebühr nicht zeitgemäß wäre; zweitens wird der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß die Überwälzung der Investitionen auf die Tarife nur insoweit vorgenommen werden dürfe, als die Belastung der jetzigen Generation zumutbar sei; drittens soll der Gewinnzuschlag, der mit 8 Prozent zwar preisrechtlich vertretbar sei, um 2 Prozent reduziert werden. Es liege ihm als dem zuständigen Stadtrat am Herzen, die Investitionen in großem und schnellem Ausmaße fortsetzen zu können. Wir müssen uns sehr großer Anstrengungen befleißigen, um nicht den Anschluß an die Verkehrsbedingungen im Auslande zu verlieren. Es werde notwendig sein, vor allem für die Verkehrsbetriebe, verhältnismäßig große Summen für die Dauer zur Verfügung zu stellen. Da derartige Beträge bei den gegenwärtigen Einnahmen nicht untergebracht werden können, sei die Hilfe der Stadt unerläßlich geworden.

Der Stadtrat entwickelt in längeren Ausführungen fünf Punkte, wie diese Hilfe durch die Stadt Wien erfolgen könne: 1.) in weitgehendem Ausmaß durch eine Unterstützung der Stadt, indem die Hoheitsverwaltung das Defizit der Unternehmungen übernimmt; 2.) durch Übernahme bestimmter großer Investitionen, die nur mittelbar von den Unternehmungen durchgeführt werden, wie zum Beispiel der Ausbau der Stadtbahnstrecke nach Heiligenstadt, die Ausgestaltung der Gürtellinie und des Schwedenplatzes; 3.) durch Gewährung langfristiger Kredite seitens der Hoheitsverwaltung bei geringsfügiger Verzinsung; 4.) durch Gewährung von ERP-Krediten; 5.) eine Hilfe der Stadt bei der Erlangung von Auslandskrediten durch Haftungsübernahme, Zinsengarantie usw. Diese Gedankengänge seien mit der Mehrheit besprochen worden, hätten bei dieser jedoch zum großen Teil keinen Anklang gefunden. Man könne, wenn man durch Jahrzehnte an bestimmten Grundsätzen festhalte, diese Grundsätze nicht auf einmal über Bord werfen. Die Bevölkerung werde aber im steigenden Maße ein Interesse an diesen Belangen nehmen und ihre beschleunigte Durchsetzung fordern.

Es fehlen somit, argumentiert StR. Dkfm. Nathschläger, die Voraussetzungen, um die Anträge der Volkspartei zur Annahme zu empfehlen. Aus diesen Gründen müsse er beantragen, die Anträge der Volkspartei abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei den Soziali-

sten.)

Zu den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay wolle er unterstreichen: Die Zusammenarbeit ist aus der Not von 1945 geboren. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die Not noch lange nicht gebannt ist und daß wir gut daran tun, wenn wir die Zusammenarbeit noch sehr, sehr lange fortsetzen und am besten nicht wieder abreißen lassen. Zu diesem Standpunkt bekenne sich nicht nur er, sondern auch die Fraktion der Österreichischen Volkspartei. Dazu sei es aber notwendig, daß wir die Führung dieser Stadt nicht immer und ausschließlich nach alten Doktrinen vornehmen, sondern nach Rezepten, die abänderungsmöglich sind und die sich den Zeitläufen anpassen. In der Politik sollte es keine Dogmen, sondern höchstens Grundsätze geben und man sollte den Fluß der Zeit gelten lassen.

Abschließend empfiehlt der Referent, die von ihm vorgelegten Anträge zu genehmigen.

Bei der von Bürgermeister Jonas durchgeführten Abstimmung werden zunächst sowohl die Anträge Dr. Soswinski wie auch die Anträge Dipl.Ing. Rieger, für die nur die Volkspartei stimmt, abgelehnt. Sodann werden die Anträge des Referenten auf Neufestsetzung der städtischen Tarife mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

#### 126.500 S Subventionen der Gemeinde Wien

Als nächster Punkt gelangt die 3. Subventionsliste 1951 zur Verhandlung, über die StR. Rosch (SPÖ) berichtet. An 11 Körperschaften und Vereine werden Subventionen in der Höhe von 126.500 S gewährt, darunter an das Landesjugendreferat des Stadtschulrates 50.000 S, für den Wiener Rennverein 33.000 S, zur Kartoffelkäferbekämpfung 20.000 S, für die Fortbildungsschule der Hausgehilfinnen und für den Arbeiter-Abstinenzantenbund je 5000 S.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) stellt den Antrag, die dem Wiener Rennverein zugedachten 33.000 S der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zuzuwenden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Hierauf referiert GR. Planek (SPÖ) über die Neufestsetzung der Schulgelder für die Musiklehranstalten und die Modeschule der Stadt Wien. Er bemerkt hiezu, daß sich die Schulgelderhöhung durchaus in vertretbaren Grenzen halte. Er ersuchte um die Zustimmung

zu dem Antrag.

GR. Maller (LBl.) wendet sich gegen die Erhöhung. Für Arbeiterkinder sei anscheinend in den Kulturinstituten der Gemeinde Wien kein Platz. Aus diesem Grund stimme seine Fraktion gegen den Antrag.

GR. Planek weist darauf hin, daß es im wesentlichen die Kindersingschulen sind, die besonders in die Breite wirken. Bei ihnen tritt jedoch keine Erhöhung im Rahmen des 5. Lohn- und Preisabkommens ein. Überdies wird es auch bei den heutigen Verhältnissen für den Arbeiter möglich sein, in der Woche 50 Groschen für die musikalische Erziehung seines Kindes aufzubringen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Antonie Alt (SPÖ) referiert über die Gebührenfestsetzung an der Fürsorgeschule der Stadt Wien. Die Gebühren sind seit 1946 unverändert geblieben, die wirtschaftlichen Voraussetzungen haben sich jedoch wesentlich geändert. Die Referentin stellte daher den Antrag, die Gebühren neu festzusetzen, und zwar beträgt die Aufnahmegebühr 50 S, das monatliche Schulgeld 30, die Prüfungstaxen pro Jahrgang 30 S. Der Magistrat wird jedoch ermächtigt, Ermäßigungen oder Befreiungen zu gewähren.

GR. Guger (LBl.) wendet sich gegen die Erhöhungen, die er als unsozial bezeichnet; deshalb wird seine Fraktion dem Antrag nicht die Zustimmung geben.

GR. Antonie Alt verweist im Schlußwort auf die Gemeindevorrichtungen für die weniger Bemittelten, denen durch Stipendien, Freiplätze usw. der Besuch der Schule möglich wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Helene Potetz (SPÖ) übernimmt den Vorsitz.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referiert einen Antrag über die Festsetzung der Gebühren an der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen. Nur ein geringer Teil der Kosten wird durch das Schulgeld hereingebracht. Die Gebühren betragen: Die Aufnahmegebühr 30 S, das monatliche Schulgeld 20 S, die Prüfungstaxen pro Jahrgang 20 S. Auch hier ist Ermäßigung oder Befreiung möglich.

GR. Hausner (LBl.) sagt, daß mit diesem Antrag wieder ein Stück vom sozialen Wien abgebaut wurde. Er weist darauf hin, daß

für diese Schule früher kein Entgelt eingehoben worden ist und lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag ab.

GR. Frieda Nödl bezeichnet im Schlußwort die Gebühren lediglich als eine Anerkennung dafür, daß es die Gemeinde Wien jungen Menschen ermöglicht, einen Beruf zu erlernen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Über die Beitragserhöhung für die Kindergärten und Horte der Stadt Wien referiert gleichfalls GR. Frieda Nödl (SPÖ). Das Besuchsgeld wird auf 6 S wöchentlich festgesetzt, der Krippenbeitrag für Kinder von 0 bis 2 Jahren beträgt wöchentlich 30 S. Der Beitrag für die Ausspeisung beträgt 10 S in der Woche, die Ausspeisung umfaßt fünf Wochentage. Auch hier sind Ermäßigungen und Befreiungen vorgesehen.

GR. Guger (LBl.) lehnt den Antrag ab.

GR. Frieda Nödl bezeichnet es im Schlußwort als selbstverständlich, daß der Linksblock dagegen gesprochen hat. Sie stellt fest, daß auch die Kinderbeihilfen erhöht wurden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) referiert die Beitragserhöhung für die Schülerausspeisung, die mit Beginn des neuen Schuljahres auf 7.50 S pro Vollzahler, auf 3.50 S für Halbzahler und auf 1 S für alle anderen Teilnehmer wöchentlich festgesetzt wird.

GR. Maller (LBl.) bemerkt, daß die Teilnehmerzahl an der Schülerausspeisung schon bisher zurückgegangen sei. Durch die Erhöhung wird die Zahl noch weiter sinken. Der Linksblock wird gegen den Antrag stimmen.

GR. Hedwig Lehnert sagt im Schlußwort, es ist richtig, daß die Teilnehmerzahl zurückgegangen ist, aber nicht wegen der Höhe des Beitrages, sondern weil die Kinder schon wählerischer geworden sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referiert über die nachträgliche Genehmigung der an die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien bezahlten Abgeltungsbeträge für die sechs Wochen vom 16. Juli bis 31. August dieses Jahres. Jeder Hauptunterstützte erhält für die-

sen Zeitraum einen Betrag von 75 S, jeder Mitunterstützte über 21 Jahren 54 S und jeder Mitunterstützte unter 21 Jahren 67.50 S. Die Beratungen über die Neufestsetzung der Richtsätze konnten noch nicht abgeschlossen werden, so daß diese Zwischenlösung getroffen werden mußte. Diese Erhöhung werde bei 26.000 Dauerbefürsorgten eine Mehrausgabe von rund 1.5 Millionen Schilling erfordern.

GR. Kowatsch (ÖVP) bedauert, daß die endgültige Regelung erst im September werde getroffen werden können. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei der Neubestellung der Richtsätze die Rentner mehr als 50 S zu ihren Renten dazubekommen. Die Schuld daran, daß die Dauerbefürsorgten noch nicht ihre endgültigen Beträge bekommen, liege sicherlich beim Rotstift des Finanzreferenten. Vizebürgermeister Honay und der Finanzreferent mögen bei der kommenden Regelung wirklich ein warmfühlendes Herz für die notwendigsten Bedürfnisse der Ärmsten der Armen finden.

GR. Dr. Soswinski (LBL.) betont, es sei bereits eine üble Gewohnheit geworden, daß die Rentner nur einen Bruchteil dessen bekommen, um was die Preise tatsächlich steigen. Die gewährte Vorschußzahlung sei viel zu gering. Es werde diesen Rentnern nicht möglich sein, mit den gewährten Beträgen 6 Wochen das Auslangen zu finden. Der Redner beantragt daher die Verdoppelung der vorschußweise bezahlten Erhöhung.

Berichterstatter Honay macht in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß die Gemeinde in diesem Jahr an die Dauerunterstützten nahezu 50 Millionen Schilling auszahle. Die Vorschüsse mußten deshalb ausbezahlt werden, um zu gewährleisten, daß die Befürsorgten rechtzeitig in den Genuß der Erhöhungen kommen.

Den Ausführungen des GR. Dr. Soswinski gegenüber stellt der Referent fest, daß es sich hier ja nur um Richtsätze handelt, so daß einzelne Familien allein aus den Fürsorgeetat der Gemeindeverwaltung monatlich über 1000 S erhalten. Die Richtsätze werden von den Fürsorgeräten sehr weitgehend ausgelegt. Die vom GR. Dr. Soswinski beantragte Erhöhung empfiehlt der Referent zur Ablehnung.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Hierauf berichtet GR. Kowatsch (ÖVP) über Tarifänderungen für die ambulatorische Behandlung von Krankenkassenmitgliedern



in den Ambulatorien der Wiener städtischen Krankenanstalten.

GR. Guger (LBl.) weist darauf hin, daß durch diese Tarifänderungen weitere Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung eintreten. Der Linksblock werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Der Berichterstatter betont hiezu, die Tarifierhöhungen seien durch die Erhöhung der Personalkosten und ganz besonders durch die Erhöhung der Materialkosten, die um 50 bis 100 Prozent gestiegen sind, begründet.

Der Antrag wird angenommen.

Den Bericht über die Verpflegskostenneufestsetzung im Zusammenhang mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen in den Wiener städtischen Altersheimen, den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, den Jugendfürsorgeanstalten und den Herbergen für Obdachlose erstattet GR. Antonie Platzer (SPÖ.)

GR. Guger (LBl.) bemängelt, daß die Erhöhungen viel zu hoch gegriffen seien. In den Erziehungsheimen betrage die Erhöhung pro Tag 6 S, so daß die Eltern nunmehr 180 S im Monat mehr zu bezahlen haben. Auch die Verpflegskosten in den Obdachlosenheimen seien um 75 S im Monat erhöht worden. Dies mache bei zwei Personen 150 S aus, obwohl die sogenannte Kompensation nur 140 S beträgt.

Berichterstatterin GR. Platzer beantragt die unveränderte Annahme der vorgeschlagenen Sätze, da es sich bei den Forderungen des Linksblocks nur um seine übliche Lizitationspolitik handle.

Der Antrag der Referentin wird angenommen.

Sodann erstattet GR. Franziska Krämer (SPÖ) den Bericht über die Neufestsetzung der Gebühren der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt.

GR. Hausner (LBl.) stellt fest, daß der Magistrat bei keiner Leistung die Erhöhung vergessen habe. Der vorliegende Antrag sei ein Anschlag gegen die Gesundheit vieler tausender Menschen, ja ein Anschlag gegen die Hygiene unserer Stadt. Es sei unverständlich, die Gebühr für eine Untersuchung auf Typhus um 25 Prozent zu erhöhen, in einer Zeit, in der eine Typhusepidemie ausgebrochen ist.

Berichterstatterin GR. Krämer unterstreicht, daß gerade diese Anstalt entsprechende Gebührensätze zugewilligt erhalten müsse,

weil ihre Arbeit für das Gesundheitswesen der Stadt von ungemainer Wichtigkeit sei.

Der Antrag der Referentin wird angenommen.

Hierauf erstattet GR. Fürstenhofer (SPÖ) den Bericht über die Umgestaltung des Matzleinsdorfer Platzes. Hier sei darangehen worden, eines der größten Verkehrsprobleme der Stadt zu lösen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, dieser Kostennachtrag für den Umbau des Matzleinsdorfer Platzes zeige, daß die Vorarbeiten für dieses Projekt nicht mit jener Sorgfalt durchgeführt wurden, die man von einer ordentlichen Verwaltung verlangen könne. Selbstverständlich müsse man jetzt dem Zusatzkredit zustimmen, weil die Umfahrung eben notwendig sei.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) beantragt hierauf neue Vergütungssätze für die Räumung der Senkgruben und für die Behebung von Verstopfungen der Unratsleitungen.

GR. Hausner (LBl.) bezeichnet diese Erhöhungen als ausgesprochen asoziale Maßnahme für die Wiener Randgemeinden. So habe ein Bewohner des 22. Bezirkes im Jahre 1950 368 S an diesen Gebühren entrichtet. Nach der jetzigen Erhöhung werde er noch viel mehr zahlen müssen. Seine Fraktion sei nicht in der Lage, den beiden Vorlagen zuzustimmen.

Die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

#### Die neuen Bäderpreise

Über die Neufestsetzung der Preise für die städtischen Bäder berichtet gleichfalls Stadtrat Thaller (SPÖ). Die Erhöhung der Bäderpreise, die ab 1. August d.J. erfolgt, wird im Durchschnitt 50 Prozent betragen. Bei einem Aufwand von insgesamt 20 Millionen sollen durch die Erhöhung die Einnahmen von 11 auf 17 Millionen gebracht werden. Die städtischen Bäder seien selbst mit den neuen Preisen noch immer weitaus billiger als die privaten Bäder. Die Besitzer von Dauerkarten für städtische Sommerbäder brauchen für diesen Sommer keine Nachzahlung mehr leisten.

Im einzelnen erfahren die Bäderpreise folgende Erhöhungen:

Von den Sommerbädern erhöht das Strandbad Gärschäufel die Preise für die Kabine ganztägig von 6 auf 9 S, halbtägig von 3.50 auf 5 S, für ein Kästchen ganztägig von 3.50 auf 5.50 S, halbtägig von 2.20 auf 3.50 S, und für Kinder ganztägig von 80 g auf 1.20 S und halbtägig von 50 g auf 70 g. Das Strandbad Alte Donau erhöht die Halbtagskarte für eine Kabine von 3.20 auf 4.50 S und für ein Kästchen von 1.50 auf 2.30 S, die Kinderkarte von 25 auf 40 g.

In den geschlossenen Bädern werden beispielsweise im Amalien- und Jörgerbad folgende Preiserhöhungen vorgenommen: Dampfbad Kabine von 5 auf 7.50 S, Kästchen von 4.40 auf 6.50 S, Wannenbad II. Klasse von 3.80 auf 5.80 S, Brausebad II. Klasse von 70 g auf 1 S, Schwimmbad Kabine von 2.70 auf 4 S, Kästchen von 2 auf 3 S, Kinder von 80 g auf 1.20 S.

GR. Wicha (WdU) spricht sich gegen die Erhöhung der Tarife in den Sommerbädern aus, weil weder Wasser noch Sonne und Luft teurer geworden seien.

GR. Maller (LBl.) erklärt, die Vorlage beweise, daß es nicht die polnische Kohle sei, die die Preiserhöhungen hervorgerufen habe, denn die Alte Donau, die nun auch teurer werde, würde keinesfalls mit polnischer Kohle geheizt. Weil diese Erhöhungen die breitesten Kreise treffen und am wenigstens motiviert seien, stimme seine Fraktion gegen die unsoziale Erhöhung der Bäderpreise.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß es bei den neuen Preisen für eine Familie mit Kindern fast nicht mehr möglich sei, die Bäder zu besuchen. Ein Bad sei kein Luxus, sondern gehöre zu den unumgänglich notwendigen hygienischen Einrichtungen.

Sie stellt namens der ÖVP folgenden Antrag:

1. Die Preise für Kinder sowohl in den städtischen Sommerbädern als auch in den Brause- und Schwimmbädern werden nicht erhöht, sondern bleiben auf der bisherigen Preisstufe. 2. Die Kinderpreise gelten nicht nur für Kinder von 1.30 m Größe, sondern für alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

3.) Hochschülern und Hochschülerinnen und sonstigen in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen sind die gleichen Ermäßigungen zu gewähren wie den übrigen Jugendlichen bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres. 4.) Die "Wertmarken" für Jugendliche sind einheitlich mit 30 g festzusetzen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die außerordentliche Höhe des Abganges bei den Bädern die Erhöhungen unbedingt notwendig mache. Er müsse daher sämtliche Anträge zur Ablehnung empfehlen. Selbst nach Durchführung dieser Erhöhung würden die Bäderpreise im Durchschnitt erst das Dreieinhalbfache bis Vierfache der Preise von 1937 betragen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hiltl gegen die Stimmen der Volkspartei und der Unabhängigen abgelehnt. Der Antrag des Referenten auf Erhöhung der Bäderpreise wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

StR. Dr. Robetschek (ÖVP) referierte über die Änderung der Ansätze des Gebührentarifes für die Friedhöfe und Urnenhaine der Stadt Wien. Der gesteigerte Personal- und Sachaufwand des Friedhofbetriebes erfordert zur Bedeckung der Mehrausgaben zusätzliche Mehreinnahmen. Es war daher notwendig, neue Gebühren zu errechnen. Insgesamt sind damit die Gebühren gegenüber dem Jahr 1937 erst um das 3.1-fache gestiegen. Die Bestimmungen treten am 1. September dieses Jahres in Kraft.

GR. Hausner (LBl.) bemerkt, daß heute Preiserhöhungen sozusagen von der Wiege bis zum Grab behandelt wurden. Er nimmt gegen die Erhöhungen Stellung, weil es für die arbeitende Bevölkerung wieder schwieriger wird, ein pietätvolles Begräbnis durchzuführen. Außerdem wird auf den Friedhöfen der Klassenunterschied besonders stark zum Ausdruck gebracht. Der Redner lehnt daher den Antrag ab.

Stadtrat Dr. Robetschek erwidert in seinem Schlußwort, daß neben den Gebührenerhöhungen auch eine ganze Reihe von Verbilligungen vorgenommen wurden. Gerade dort, wo es sich um geringere Klassen handelt, sind Ermäßigungen eingetreten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblock angenommen.

StR. Bauer (ÖVP) referiert unter einem über die Erhöhung der Gebühren für die Benützung der Wiener Markteinrichtungen, eine 100-prozentige Erhöhung der Gebühren für die Benützung der Wiener städtischen Vieh- und Schlachthöfe sowie über die Neufestsetzung der Raumbenützungsgebühren bei den Berufsschulen.

Er führt dazu aus, daß die Gemeinde von dem Standpunkt ausgegangen ist, die Markt- und Schlachthofgebühren möglichst niedrig zu halten, um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden. Schon im Frühjahr war jedoch beabsichtigt, die Marktgebühren zu erhöhen, weil die Entwicklung bedrohliche Formen angenommen hat. Der Abgang betrug bei den Vieh- und Schlachthöfen im Jahr 1948 3,9 Millionen, im Jahr 1949 4,7 Millionen, im Jahr 1950 6,8 Millionen und im Jahr 1951 sind 9,7 Millionen veranschlagt. Bei den Marktgebühren war der Verlust 1948 3,2 Millionen, 1949 4,1 Millionen, 1950 4,1 Millionen, und für 1951 sind 6,5 Millionen veranschlagt. Es ist daher nicht mehr zu verantworten, Steuergelder für diese Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Bei den Berufsschulen handelt es sich um eine Erhöhung für Raumüberlassungen aller Art im Zentralberufsschulgebäude, in allen der Magistratsabteilung 56 unterstehenden Schulgebäuden und an den Handelsakademien.

GR. Maller (LBl.) sagt zu den beiden ersten Anträgen, daß diese Erhöhungen zum Anlaß genommen werden, um die Preise auf den Märkten um ein Vielfaches dieses Betrages hinauszusetzen.

Bei der Erhöhung der Raumbenützungsgebühren kritisiert der Redner vor allem, daß damit eine Verteuerung der Gebühren für die von der Jugend dringend benötigten Turnsäle eintritt.

In seinem Schlußwort bemerkt StR. Bauer, daß man die Erhöhung der Markt- und Schlachthofgebühren nach reiflicher Erwägung durchgeführt hat. Wenn die Erhöhung nicht früher beantragt wurde, so deswegen, weil die Stadt Wien erst ausreichend mit Obst und Gemüse beschickt werden mußte.

Zu der Frage der Raumgebühren stellt der Referent einen Irrtum des Debattenredners richtig. Bei den Turnsälen handelt es sich nur um die Turnsäle der Berufsschulen. Die Gebühren für die Turnsäle in den anderen Schulen erhöhen sich nicht.

27. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1389

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

GR. Heigelmayr (SPÖ) referierte über die Neufestsetzung der Transportkosten beim Wiener städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Er bemerkt dazu, daß die Kosten seit Februar 1948 nicht geändert wurden. Seither haben jedoch wiederholt Gehalts- und Lohnerhöhungen stattgefunden. Auch die Reparatur- und Treibstoffkosten haben sich erhöht.

GR. Maller (LBl.) betont, wenn man zwischen den verschiedenen Preis- und Tarifierhöhungen differenzieren könnte, dann müßte man die Erhöhung der Transportkosten für den städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst wohl als eine der unsozialsten Erhöhungen bezeichnen. Der Linksblock werde dagegen stimmen.

Berichterstatter Heigelmayr weist darauf hin, daß aus sozialem Empfinden heraus diese Gebühren seit drei Jahren nie eine Erhöhung erfuhren. Hiefür gebühren der Gemeinde der Dank der gesamten Wiener Bevölkerung.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen. (Bürgermeister Jonas übernimmt den Vorsitz.)

Den Bericht über die Erhöhung der Nächtigungsgebühren in den Wiener städtischen Herbergen für Obdachlose erstattet GR. Kowatsch (ÖVP). Er weist darauf hin, daß auch die erhöhten Gebühren nicht einmal ausreichen, den tatsächlichen Verbrauch an Gas, Strom, Wasser und Heizung zu decken.

GR. Hausner (LBl.) erklärt, die USIA-Hetze und die Hetze gegen die Volksdemokratien, die heute vorgebracht wurden, hätten nur dazu gedient, von der asozialen Gebührenpolitik der Gemeinde Wien abzulenken. Es sei symbolisch, daß zum Schluß auch die Ärmsten unserer Bevölkerung bei den Erhöhungen nicht vergessen wurden. (GR. Nora Hiltl: "Wie ist das in Mödling?")

Berichterstatter Kowatsch entgegnet hierauf, daß in allen jenen Fällen, wo es sich um sozial schlecht gestellte Menschen handelt, die Kosten der Unterbringung zur Gänze von der Fürsorge getragen werden.

Auch dieser Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

Hierauf wird eine dringliche Anfrage der GRe. Dr. Eberle, Nora Hiltl, Kowatsch und Genossen (ÖVP) an den Bürgermeister, betreffend Außerdienststellung und Disziplinaruntersuchung gegen Oberamtsrat Franz Wegenstein von der Magistratsabteilung 17, folgenden Inhalts verlesen:

"Die gefertigten Gemeinderäte fragen den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien, ob er bereit ist, dem Wiener Gemeinderat und damit der Bevölkerung von Wien Aufklärung darüber zu geben, warum der vom Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Lois Weinberger schon vor mehreren Wochen gestellte Antrag auf Außerdienststellung und Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberamtsrat Franz Wegenstein bisher nicht behandelt, bzw. warum ihm bisher nicht Folge gegeben wurde.

Bekanntlich hat OAR. Wegenstein schon im Vorjahr ohne Ermächtigung des ihm vorgesetzten Leiters der M.Abt. 17, bzw. ohne Einwilligung des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen die Bewilligung zur Verköstigung des vom sozialistischen Verein "Volkshilfe" geführten Kinderferienlagers "Donaudorf" erteilt und auch im heurigen Jahr, und zwar zu einer Zeit, als in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs bereits Typhus ausgebrochen war, abermals und wieder ohne vorherige Zustimmung seines vorgesetzten leitenden Beamten, bzw. Amtsführenden Stadtrates die gleiche Genehmigung gegeben.

Dieses Vorgehen des OAR. Wegenstein stellt einen groben Amtsmissbrauch, wahrscheinlich auch eine schwere Schädigung der Gemeinder, vorallem aber indirekt eine schwere Gefährdung von Wiener Kindern und der Bevölkerung dar. Wie aus den bisherigen Untersuchungen klar hervorging, wurde der Typhus in Ybbs aus der Anstaltsküche weiter verbreitet und ist damit die Gefährdung der Kinder dieses Lagers offen erwiesen. Tatsächlich sind auch einige Kinder dieses Lagers im Verlaufe der Zeit selbst an Typhus erkrankt.

Besonders interessant in diesem Zusammenhange ist auch die Frage, wieso es möglich war, daß Herr OAR Wegenstein ohne Wissen des zuständigen Stadtrates und bloß durch eine einfache Verfügung des Oberamtsrates Heeger statt außer Dienst gestellt und in Disziplinaruntersuchung gezogen zu werden in das städtische Kinderheim Bad Hall auf billige Erholung kommen konnte. Wie eine durch den Amtsführenden Stadtrat vorgenommene Kontrolle des Heimes im

Juli 1951 zufällig ergab, hielt sich Herr OAR Franz Wegenstein im Kinderheim Bad Hall auf und hatte die Erlaubnis, die ganz billigen Nächtigungs- und Verpflegssätze des genannten Heimes für sich in Anspruch zu nehmen.

Es ist also Tatsache, daß OAR Wegenstein nicht nur nicht außerdienstgestellt und daß gegen ihn keine Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde, sondern, daß er für seine schweren Verfehlungen durch die Vergünstigungen im Städtischen Kinderheim Bad Hall geradezu noch belohnt wurde.

Die Gefertigten richten an den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien die Anfrage, was er zu tun gedenkt, um gegen alle in diesem Zusammenhang eine Verantwortung Tragenden entsprechend einzuschreiten und ob er gewillt ist, für die cheste Außerdienststellung des Oberamtsrates Franz Wegenstein und die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen denselben Sorge zu tragen".

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Jonas: Wir sind am Schlusse unserer heutigen Verhandlungen angelangt. Wir werden in der nächsten Zeit voraussichtlich durch einige Wochen keine Sitzung abhalten. Nach altem parlamentarischem Brauch soll den Mitgliedern des Gemeinderates Gelegenheit gegeben werden, diese kurze Zeitspanne zur Erholung zu benützen. Sollten sich Verfügungen als dringend notwendig erweisen, die sofort getroffen werden müssen, werden sie durch den Stadtssenat bzw. den Bürgermeister - selbstverständlich gegen nachträgliche Genehmigung - getroffen werden.

Hierauf wünschte der Bürgermeister allen Mitgliedern für die Zeit der Gemeinderatsferien gute Erholung und dankte allen Mitgliedern des Gemeinderates herzlich für die bisher geleistete Arbeit.

Schluß der Sitzung: 21.15 Uhr.



"Treubergs's Gratisbühne"  
=====

27. Juli (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung 7, Kultur und Volksbildung, übergab der "Rathaus-Korrespondenz" nachstehende Mitteilung:

Verschiedenen sensationellen Zeitungsmeldungen gegenüber stellt der Wiener Magistrat folgendes fest:

Herr Gottfried Treuberg erhielt über sein **Ansuchen** trotz verschiedener Einsprüche fortlaufend Theaterkonzessionen und zwar seit Mai 1949 bis 31. August 1951 für den Standort Wien, 10., Wielandgasse 2-4 (Wielandtheater). Am 12. Mai 1951 erhielt er weiters, als er das Wielandtheater räumen mußte, eine Konzession mit dem Standort Wien, 11., Simmeringer Hauptstraße 99, Brauhaus, mit Gültigkeit bis 11. Mai 1952. Die Behauptung "daß es ihm bis jetzt nicht möglich war eine Konzession zu erhalten" ist somit unrichtig. Herr Treuberg ist also zu einem Theaterbetrieb an dem genannten Standort berechtigt, nicht aber an einem anderen Standort, für welchen er bei der Behörde auch kein Ansuchen eingebracht hat.

Dachgleiche in Fünfhaus  
=====

27. Juli (Rath.Korr.) Heute nachmittag wurde in Anwesenheit vpm Bezirksvorsteher Hajek und des Vertreters des Stadtbauamtes auf der Baustelle der neuen Wohnhausanlage der Stadt Wien in der Fünfhausgasse die Dachgleiche erreicht. Der Bau besteht aus drei aneinandergereihten Stiegenhäusern mit 42 Wohnungen verschiedener Typen, einem Geschäftslokal und zwei maschinellen Waschküchen. In diesem Bau wird auch ein Kindergarten mit zwei Gruppen untergebracht werden. Von der Gesamtfläche im Ausmaß von 1924 Quadratmetern wurde ungefähr ein Drittel verbaut. Im Hof, der gärtnerisch ausgestaltet wird, bekommt der Kindergarten einen eigenen Spielplatz. Seit Baubeginn Ende November 1950 wurden an dieser Baustelle 6000 Arbeitsschichten geleistet.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

28. Juli 1951

Blatt 1393

## Großbrand in Lang-Enzersdorf

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Über den gestrigen Großbrand im Fabriksgebäude der Mineralölfirma Pokorny & Heinz in Lang-Enzersdorf stellt die Feuerwehrezentrale der Stadt Wien folgenden Bericht zur Verfügung:

Der Brand, der um 15.40 Uhr gemeldet wurde, ist auf eine aus bisher unbekannter Ursache erfolgten Entzündung des Kochkessels im Ölkochraum zurückzuführen. Trotz Löschversuchen der Betriebsangehörigen verbreitete sich das Feuer auch auf die angrenzenden Fabrikräume. Bei der Ankunft der ersten Löschmannschaften stand der Ölkochraum, die Raffinerie sowie der Heiz- und Kesselraum in hellen Flammen. Die Löschaktionen gestalteten sich infolge der ungünstigen Wasserversorgung sehr schwierig. Die hintereinander eingetroffenen Verstärkungszüge mußten zum Teil zur Wasserversorgung herangezogen werden. Das Löschwasser wurde in einem Fall aus 400 m, im zweiten Fall aus 600 m Entfernung an die Löschfahrzeuge herangeschafft. Der Großbrand war kurz nach 17 Uhr lokalisiert und um 19.40 Uhr gelöscht. Durch den Brand ist der Ölkochraum, die Raffinerie, der Heiz- und Kesselraum sowie ein Teil des Kitt-Erzeugungsraumes zerstört worden. Erhalten geblieben sind die an das Fabriksgebäude angebauten Magazine, die Garage und das Mineralölfasslager im Hof. Außerdem konnte ein benachbartes einstöckiges Wohnhaus, das durch den Brand sehr gefährdet war, gerettet werden. Die Firma gibt den Schaden mit 600.000 Schilling an.

## Übersiedlung

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Die Karten- und Verrechnungsstelle des 21. Bezirkes ist von der Prager Straße 33 in das Amtshaus Am Spitz 1 übersiedelt. Tel. A 60 5 75/79.

Meisterinnenschule für Damenkleidermachen  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Die städtische einjährige Meisterinnenschule für Damenkleidermachen in Wien 15., bereitet Gesellinnen, die über den Nachweis einer mindestens einjährigen Praxis im Gewerbe verfügen, auf die Meisterprüfung für das Damenschneiderhandwerk vor. Das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch dieser Meisterinnenschule berechtigt bei Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen zur Zulassung zur Meisterprüfung.

Die Einschreibungen finden bis einschließlich 30. Juni täglich von 8 bis 16 Uhr und ab 3. Juli jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr in der Schulkanzlei 15., Sperrgasse 8-10, statt. Die Aufnahmeprüfung in die einjährige Meisterinnenschule ist für den 30. August angesetzt.

Einem verdienten Wissenschaftler zum Gedenken  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Auf den 31. Juli fällt der 25. Todestag des Zoologen und Direktors des Vivariums im Prater Dr. Friedrich Knauer, der durch seine Tätigkeit das Interesse der Wiener Bevölkerung an den Naturwissenschaften gehoben hat.

Am 31. März 1850 in Graz geboren, befaßte er sich nach Beendigung der naturwissenschaftlichen Studien an der Wiener Universität fast ausschließlich mit zoologischen Untersuchungen, die sich besonders auf Reptilien und Amphibien bezogen. 1887 wurde er Direktor des Vivariums, für dessen Ausbau er verdienstvoll wirkte und dessen Besucher er durch belehrende Vorträge unterrichtete. Eine Zeit lang leitete er auch den Tiergarten am Schüttel, in dem interessante Schaustellungen exotischer Völkerschaften, wie z.B. der Aschantineger, stattfanden und die zur Hebung der großstädtischen Volksbildung beitrugen. Knauer verfaßte bis in sein spätes Alter eine Reihe größerer Werke, wie "Die Reptilien und Amphibien Niederösterreichs", "Naturgeschichte des Tierreichs" sowie zahlreiche populärwissenschaftliche Abhandlungen über das Leben verschiedener Tiergattungen, die durch ihre Faßlichkeit und liebevolle Detailschilderung nach Art von Brehms beschreibender Zoologie weite Verbreitung fanden.

Fachschule für Großküchenbetrieb  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Die städtische Fachschule für Großküchenbetrieb an der Städtischen Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe Wien 6., Brückengasse 3, bildet Wirtschaftspersonal für Großküchenbetriebe aus.

Nähere Auskünfte und Einschreibungen in der Schulkanzlei jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr.

Mozarts Nannerl zum Gedenken  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Auf den 30. Juli fällt der 200. Geburtstag von Maria Anna Mozart, der hochbegabten älteren Schwester des Genius der Tonkunst und Lieblings der Welt.

Wie der Bruder in Salzburg geboren und von ihrem Vater schon frühzeitig musikalisch ausgebildet, entwickelte sie sich zu einer vortrefflichen Pianistin und nahm an den ersten Kunstreisen Mozarts teil, auf denen die beiden Wunderkinder durch ihr meisterhaftes Spiel glänzende Erfolge errangen. Sie konzertierten u.a. in München, mehrmals in Wien vor Maria Theresia und Joseph II. an süddeutschen Fürstenhöfen, in Brüssel, Paris, London, Amsterdam und Zürich. Auf den Italienreisen begleitete Nannerl ihren Bruder nicht mehr, sondern bildete sich in ihrer Heimatstadt als Klavierspielerin weiter, erteilte Unterricht und versuchte sich auch im Komponieren. Die Geschwister verband zeitlobens ein besonders herzliches Verhältnis, wie die Briefe Mozarts zeigen, in denen übermütige Ausgelassenheit und tiefer Ernst abwechseln. Auch schickte er ihr oft seine Klavierkompositionen zur Beurteilung sowie Berichte und Kritiken aus dem zeitgenössischen Musikleben. Nannerl, die nach dem Tode ihrer Mutter dem väterlichen Haushalt mit Umsicht vorstand, heiratete 1784 den salzburgischen Hofrat und Pfleger zu St.Gilgen, Johann Baptist Berchthold zu Sonnenberg und kehrte nach dessen Tod 1801 nach Salzburg zurück, wo sie ihre Tätigkeit als Klavierlehrerin wieder aufnahm und sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. Hier starb sie am 29. Oktober 1829, nachdem sie die letzten 9 Jahre ihres Lebens in völliger Blindheit verbracht hatte.

Fachschule für Damenkleidermachen

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Die zweijährige Fachschule für Damenkleidermachen und Wäschewarenherstellung an der Städtischen Lehranstalt für gewerbliche Frauenberufe in Wien-Mödling, Jakob Thomastraße 20, bildet die Schülerinnen zu Gesellinnen für das Kleidermachergewerbe aus. Das Abschlußzeugnis über den erfolgreichen Besuch dieser zweijährigen Schule ersetzt den Nachweis der ordnungsmäßigen Beendigung des Lehrverhältnisses.

Die Einschreibungen finden jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 Uhr statt. Die Aufnahmsprüfungen sind für Montag, den 3. September, und Dienstag, den 4. September, angesetzt.

Urlaub in Wien

=====

Spaziergang durch "Alt-Wien"

28. Juli (Rath.Korr.) Montag, den 30. Juli: Kultureller Spaziergang durch "Alt-Wien". Besichtigung der Mülkerbastei, Dreimäderlhaus, Schottenstift und Hofkirche. Zusammenkunft um 18 Uhr vor dem Liebenbergdenkmal am Ring. Führer Prof.Dr. Franz Eisenbeisser.

Dienstag, den 31. Juli: Kultureller Spaziergang durch "Alt-Wien". Besichtigung der Prunkräume des Prinzen Eugen im Finanzministerium und der Annakirche. Zusammenkunft um 18 Uhr vor dem Eingang I., Himmelpfortgasse 8. Führer Prof.Dr. Franz Eisenbeisser.

Entfallende Sprechstunden

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Am Montag, dem 30. Juli, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe X, Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten, Stadtrat Afritsch, die Sprechstunden.

## Lebensmittelkartenausgabe

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Das Marktamt - Sonderreferat Landes-  
ernährungsamt gibt bekannt:

In Wien und in den Randgemeinden werden die Lebensmittel-  
karten für die Versorgungsperioden 83/85 in der Zeit vom 30.7.  
bis 11.8.1951 an die Inhaber der Behebungsausweise ausgegeben und  
zwar:

Behebungsausweise a am 30. Juli, b am 31. Juli, c am 1.  
August, d am 2., e am 3., f am 4., g am 6., h am 7., i am 8.,  
j am 9., k am 10., L am 11. August.

Die Behebungsberechtigten werden aufgefordert, die Behebungs-  
tage genau einzuhalten, um eine klaglose Abfertigung bei der Kar-  
tenausgabe zu gewährleisten. Soweit in den Randgemeinden andere  
Ausgabetermine vorgesehen sind, bleiben diese aufrecht.

An- und Abmeldungen während der Ausgabezeit können nur in  
den dringendsten Fällen ab 13 Uhr entgegengenommen werden.

Die Kartenstelle für den 21., Schöpfleuthnergasse 26, befin-  
det sich ab 27. Juli im Magistratischen Bezirksamt Wien 21.,  
Am Spitz 1.

## Diamantene Hochzeit in Favoriten

=====

28. Juli (Rath.Korr.) Im 10. Bezirk, in der Schautergasse 32  
feiert heute das Ehepaar Karl und Hermine Benischke das seltene  
Fest der Diamantenen Hochzeit. Bürgermeister Jonas besuchte am  
Nachmittag die Jubilare und überreichte ihnen das Diplom sowie  
eine Ehrengabe der Stadt Wien.

Karl Benischke, der am 6. Dezember 1867 geboren wurde, und  
seine Frau Hermine, die am 3. Dezember 1871 zur Welt kam, leben  
seit dem Jahr 1897 in Wien. Das Ehepaar zog vier Kinder groß,  
die auch heute noch leben. Ferner können sie sich an sieben En-  
keln und zwei Urenkeln erfreuen.

Solothurner Kraftsportler im Rathaus  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag empfing Bürgermeister Jonas im Beisein von Vizebürgermeister Honay die Vertreter des Solothurner Kraftsportvereines. Die Schweizer treten heute abend beim "Weigl" zu einem Retourkampf gegen die Wiener Auswahl an. Im vorigen Jahr weilten die Wiener Stemmer in der Schweiz und konnten die Solothurner einwandfrei schlagen.

Wiener Sänger begeistern Frankreich  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Die Chorvereinigung "Jung Wien" unternahm mit den Wiener Symphonikern in den vergangenen Wochen eine große Konzerttournee durch Südfrankreich, von der sie vor kurzem zurückgekehrt ist. Prof. Leo Lehnert mit zwei Chormitgliedern und dem österreichischen Handelsattache für Südfrankreich, Otto Wilhelm, besuchten heute vormittag Bürgermeister Jonas, um ihm über die künstlerischen Erfolge und die freundliche Aufnahme in vielen südfranzösischen Städten zu berichten. Überall wurden die Konzertveranstaltungen der Wiener Sänger und Musiker geradezu zu begeisterten Freundschaftskundgebungen für Österreich und die Musikstadt Wien. Fast alle Konzerte, bei denen ausschließlich österreichische Klassiker und Volkslieder vorgetragen wurden, fanden unter freiem Himmel in Anwesenheit von oft bis zu 8000 faszinierten Zuhörern statt. Nach vielen Jahren wurden in Südfrankreich wieder Chöre und Lieder in deutscher Sprache gesungen.

Als Zeichen einer besonderen Sympathie für Wien brachten die Sänger Bürgermeister Jonas ein persönliches Geschenk des Distriktprasidenten R. Delnondedieux: eine Radierung mit der Stadtansicht von Montauban. Bürgermeister Jonas beglückwünschte die jungen Sänger und die Wiener Symphoniker für ihren schönen Erfolg durch den sie auch zur Intensivierung der französisch-österreichischen Beziehungen viel beigetragen haben. Er wünschte ihren weiteren Bemühungen auf diesem Gebiet den besten Erfolg.

Bürgermeister Jonas gratuliert dem Sieger der Österreich-Rundfahrt  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Heute nachmittag wird Bürgermeister Jonas im Stadion dem Sieger der Österreich-Rundfahrt 1951 den Ehrenpreis der Stadt Wien überreichen. Auch der zweite und der dritte in der Gesamtwertung erhalten Ehrenpreise aus der Hand des Bürgermeisters.

Die Preise bestehen in Silberplaketten in gleicher Ausführung, jedoch von verschiedener Größe. Sie sind mit dem Stadtwappen und mit dem Olympischen Zeichen, dem Ölzweig, geschmückt, und zwar für den ersten in Gold, den zweiten in Silber, dem dritten in Bronze. Die Plaketten tragen eine entsprechende Widmung.

Deutsche und jugoslawische Sportler im Rathaus  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas empfing heute mittag in Anwesenheit der beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger die Teilnehmer des Dreiländerkampfes der Rudermannschaften aus Deutschland, Jugoslawien und Österreich, die sich morgen erstmalig in der Geschichte des Wiener Rudersportes an der Donau treffen.

Bürgermeister Jonas bezeichnete es als erfreulich, daß jetzt in Wien so viel sportliches Leben pulsiert, was wir im Hinblick auf die völkerverbindende Funktion des Sportes zu schätzen wissen.

Der Präsident des österreichischen Ruderverbandes, Ziegler, nahm die Vorstellung der Funktionäre der ausländischen Verbände vor. Im Namen der Gäste begrüßten den Bürgermeister die Präsidenten der beiden Verbände Ing. Konstantinović (Jugoslawien) und Dr. Willfing (Westdeutschland). Die Mannschaft aus Gelsenkirchen überbrachte dem Bürgermeister zur Erinnerung an ihren ersten Besuch in Wien eine Grubenlampe.



Ungewöhnliche Aufgabe einer Fürsorgerin  
=====

28. Juli (Rath.Korr.) Wie vielseitig eine Fürsorgerin sein muß und welche oft ungewöhnliche Aufgaben ihr gestellt werden, beleuchtet ein Ereignis das sich heute Nacht im 3. Bezirk abspielte.

Um 2 Uhr morgens wurde eine städtische Fürsorgerin von der Hausbesorgerin eines unweit entfernten Wohnhauses aufgeweckt. Die Hausbesorgerin teilte mit, daß sie aus der Wohnung einer alleinstehenden Frau plötzlich Kinderwimmern vernommen habe. Die Fürsorgerin stand sofort auf und ging mit der Hausbesorgerin in die Wohnung. Die dort wohnende Frau hatte tatsächlich ohne jede Hilfe einem Kind das Leben geschenkt, es jedoch überhaupt weiter nicht beachtet. Die Fürsorgerin verständigte die Polizei und gemeinsam mit dem Polizisten machte sie sich an ihre ungewöhnliche Aufgabe. Sie nabelte das Kleine ab und versorgte es notdürftig. Dann konnte sie es trotz dem Widerstand der Mutter durchsetzen, daß diese sich mit dem Kind in Spitalpflege begab.

Die Frau, die ein äußerst schwieriger Fall zu sein scheint, hat schon zwei Kinder geboren, sich jedoch immer geweigert ein Spital aufzusuchen. Die Kleinen starben auch stets gleich nach der Geburt. Ein riesig großer Wolfshund, der der einzige Gesellschafter der Frau war, mußte gleichfalls von der Fürsorgerin in Obhut genommen werden. Der Hund ist inzwischen vom Tierschutzverein übernommen worden.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

30. Juli 1951

Blatt 1401

## Kompetenzfragen im Wiener Rathaus

=====

30. Juli (Rath.Korr.) Wie in jedem großen Unternehmen erfolgen auch bei den Wiener Stadtwerken zum Ersatz ausgeschiedener Bediensteter von Zeit zu Zeit Neuaufnahmen. Nicht alle neu aufgenommenen Bediensteten erweisen sich aber in der Praxis als brauchbar; manche müssen nach einigen Dienstjahren, vor allem vor Eintritt des Definitivums wieder ausgeschieden werden. Das Organisationsstatut der Unternehmungen der Stadt Wien bestimmt nun in seinem § 22, daß in allen wichtigeren Personalangelegenheiten die Direktionen das Einvernehmen mit dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe der Unternehmungen ebenso mit dem Amtsführenden Stadtrat für Personalwesen bzw. mit dem Magistratsdirektor zu pflegen haben. Die Form dieses Einvernehmens, sagt der § 22, ist nach Zweckmäßigkeit zu vereinbaren.

Die Form dieses Einvernehmens wurde bereits im Jahre 1945 zwischen den im § 22 des Organisationsstatutes genannten Instanzen dahin festgelegt, daß die Kündigung von provisorischen Bediensteten ausschließlich durch die Direktionen nach Anhörung der Personalvertretung, bzw. des Betriebsrates vorgenommen wird. Diese Abmachung wurde damals auch den Vertretern sämtlicher Parteien zur Kenntnis gebracht. Sie wurde vom ersten Amtsführenden Stadtrat für die Unternehmungen, Speiser, und seinem Nachfolger ausnahmslos eingehalten. Der Sinn dieser Regelung ist unter anderem der, daß einerseits die Stellung der Direktion im Interesse der Arbeitsdisziplin dadurch gehoben wird, daß sie zu bestimmen hat, wer für den Dienst in den städtischen Unternehmungen geeignet oder ungeeignet ist und daß andererseits die in Betracht kommenden Amtsführenden Stadträte mit den Kündigungen, die immer als unangenehme Maßnahmen empfunden werden, nicht belastet werden. Die Anwendung

des § 22 des Organisationsstatutes hat sich in der für diese Fälle vereinbarten Form bisher bestens bewährt. Es war den Direktionen der Unternehmungen nur durch die verständnisvolle Mitwirkung der Personalvertretung möglich, ungeeignete Personen aus den städtischen Unternehmungen auszuschneiden. Dies ist insbesondere bei den Verkehrsbetrieben von größter Wichtigkeit, weil vermieden werden muß, daß ungeeignetes Personal im Dienst belassen und dadurch die Zahl der sogenannten Leichtdienstler ungebührlich erhöht wird.

Dieser bisher einvernehmlich eingehaltene Vorgang wurde etwa vor einem halben Jahr dadurch gestört, daß der Amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, einseitig und ohne die daran beteiligten anderen Instanzen zu befragen oder zu benachrichtigen, den Direktionen der städtischen Unternehmungen Weisungen erteilte, die im Gegensatz zu dem bisherigen Einvernehmen stehen. In der Folge wurde bei eigens zu diesem Zweck einberufenen Verhandlungen der Versuch gemacht, eine Klärung der strittigen Frage herbeizuführen, doch ist diese Absicht bisher nicht gelungen. Dadurch haben sich zwischen den beteiligten Amtsführenden Stadträten und den Direktionen der Unternehmungen und der Personalvertretung schwerwiegende Differenzen ergeben, die zu schädigenden Auswirkungen im Personalwesen geführt haben.

Bürgermeister Jonas hat nun, um diesen unerfreulichen Zustand zu beseitigen, den Amtsführenden Stadtrat Dkfm. Nathschläger am Samstag in einer Besprechung gebeten, seine einseitigen und ohne Einvernehmen mit den anderen beteiligten Instanzen gegebenen Weisungen rückgängig zu machen. Dieser Besprechung wurde in einem späteren Stadium Vizebürgermeister Weinberger beigezogen. Da Stadtrat Dkfm. Nathschläger erklärte, seine Weisungen nicht zu widerrufen, hat Bürgermeister Jonas als der für die Ruhe und Ordnung in den städtischen Betrieben verantwortliche oberste Chef der Verwaltung die Widerrufung der Weisungen des Stadtrates Dkfm. Nathschläger ausgesprochen und gleichzeitig mitgeteilt, daß er für eine möglichst rasche Klärung der Gegensätze durch Einladung von Besprechungen sorgen wolle.

80. Geburtstag eines verdienten Wissenschaftlers  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Am 2. August vollendet der bekannte Psychiater und Neurologe Prof.Dr. Alexander Pilcz sein 80.Lebensjahr.

In Graz geboren, wirkte er nach Beendigung seiner medizinischen Studien an der Wiener Universität als Assistenzarzt der N.Ö. Landesirrenanstalt in Wien und wurde Mitarbeiter Wagner-Jauregg's bei dessen Malariatherapie der progressiven Paralyse, für deren frühzeitige Anwendung er sich besonders einsetzte. 1902 habilitierte er sich für Psychiatrie und Neurologie und war bis 1907 interimistischer Leiter der I. Psychiatrischen Klinik. Während des ersten Weltkrieges war er u.a. Chefarzt der Psychiatrischen Abteilung des Garnisonspitals, 1921 wurde er zum wirklichen a.o. Professor ernannt. Pilcz hat auf seinem Forschungsgebiet zahlreiche wertvolle Arbeiten veröffentlicht, die sich vor allem mit dem Studium der periodischen Psychosen, der progressiven Paralyse, der vergleichenden Rassenpsychiatrie sowie der gerichtlichen Psychiatrie befassen und von denen das "Lehrbuch der speziellen Psychiatrie" weite Verbreitung fand. Der Jubilar erhielt für sein Lebenswerk verschiedene ehrenvolle Auszeichnungen und ist Mitglied angesehenen wissenschaftlicher Vereinigungen des In- und Auslandes.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 4. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Sori, Italien" gebracht wurden, am Mittwoch, den 1. August, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 21.35 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Urlaub in Wien

=====

Auf den Spuren des römischen Wiens

30. Juli (Rath.Korr.) Mittwoch, den 1. August: Kultureller Spaziergang auf den Spuren des römischen Wiens. Besichtigung des unterirdischen Museums, der Ruprechtskirche und der Kirche Maria am Gestade. Zusammenkunft um 18 Uhr vor dem Vermählungsdenkmal am Hohen Markt. Führer Prof. Dr. Franz Eisenbeisser.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im August

=====

30. Juli (Rath.Korr.) Im August sind nachstehende Abgaben fällig:

10. August: GETRÄNKESTEUER für Juli,  
GEFRORENESSTEUER für Juli,  
VERGNÜGUNGSSTEUER und SPORTGROSCHEN für die zweite Hälfte Juli.  
ANKÜNDIGUNGSABGABE für Juli.
14. August: ANZEIGENABGABE für Juli.
15. August: LOHNSUMMENSTEUER für Juli,  
GRUNDSTEUER für das Vierteljahr Juli bis September bei einer Jahresvorschreibung über 40 S, für das Halbjahr Juli bis Dezember bei einer Jahresvorschreibung von 20 S bis 40 S, für das Jahr 1951 bei einer Jahresvorschreibung bis 20 S.  
KANALRÄUMUNGS- und HAUSKEHRICHTABFUHRGEBÜHR für das Vierteljahr Juli bis September.
25. August: VERGNÜGUNGSSTEUER und SPORTGROSCHEN für die erste Hälfte August.

Warenstandsmeldungen und Abschöpfung 1951  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Nach den im Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 161 vom 15. Juli 1951 verlautbarten Kundmachungen des Bundesministeriums für Inneres sind für Milcherzeugnisse, Mehl und Mahlprodukte, Roggen und Weizen Lagerbestandsmeldungen zu erstatten. Die in dieser Kundmachung genannten Erzeuger- und Handelsbetriebe müssen die Meldung ihrer Lagerbestände bis 1. August 1951 an die örtlich zuständige Marktamts-Abteilung schriftlich bekannt geben. Dort können auch Erlagscheine für die Einzahlung behoben werden.

Bei 30 Grad in 48 Meter Höhe  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Am Sonntag vormittag wurde in Anwesenheit von Stadtrat Dkfm. Nathschläger und dem Direktor der E-Werke, Dipl.Ing. Ruis, mit der Auswechslung der 110.000 Volt-Leitungen über die Donau zwischen Klosterneuburg-Kierling und Korneuburg begonnen. Die Arbeiter mußten akrobatengleich auf dem 48 Meter hohen Turmmasten in der prallen Sonnenglut die Auswechslung vornehmen. Im Laufe des Tages wurden insgesamt drei Seile neu gespannt. Heute werden die restlichen drei ausgewechselt, während das siebente Seil, das dem Blitzschutz dient, schon am Samstag ausgetauscht werden konnte. Während der Arbeit standen donauaufwärts und donauabwärts Posten, um Schiffe zu avisieren und wenn notwendig zum Stoppen zu veranlassen. Der Arbeitsvorgang war der, daß die neue Leitung an die alte angeschlossen und vom jenseitigen Donauufer mit einer Motorwinde aufgerollt wurde.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger würdigte in einer kurzen Ansprache die schwierige Arbeit der bei der Auswechslung Beschäftigten und dankte den Arbeitern und Ingenieuren für ihre guten Leistungen.

Pferdemarkt vom 27. Juli  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 28 Schlächterpferde, Summe 2<sup>8</sup>. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 'S, Fohlen Ia 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 8, Oberösterreich 2, Steiermark 15, Salzburg 3.

Rindermarkt vom 30. Juli - Hauptmarkt  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Erspart von der Vorwoche: 7 Ochsen, 1 Stier, 33 Kühe, Summe 41. Auftrieb Inland: 131 Ochsen, 168 Stiere, 480 Kühe, 81 Kalbinnen, Summe 860. Gesamtauftrieb: 138 Ochsen, 169 Stiere, 513 Kühe, 81 Kalbinnen, Summe 901. Verkauft wurden: 132 Ochsen, 154 Stiere, 506 Kühe, 81 Kalbinnen, Summe 873. Unverkauft blieben: 6 Ochsen, 15 Stiere, 7 Kühe, Summe 28. Außermarktbezüge: 134 Rinder.

Preise je Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen 7.80 S, Stiere 8.50 S, Kühe 6.80 S, Kalbinnen 7.30 S, Beinlvieh 6.- bis 6.80 S.

Bei anfangs **ruhigem**, später lebhafteren Marktverkehr ermäßigten sich die saisonbedingten Zuschläge bei Kühen und Beinlvieh bis zu 50 Groschen. Ochsen, Stiere und Kalbinnen notierten unverändert.

Kommunale Krankenhäuser dem Zusammenbruch nahe!  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Um Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, dem finanziellen Notstand der kommunalen Krankenanstalten und der sich daraus ergebenden untragbaren Belastung der Gemeindefinanzen abzuhelpfen, hat der Österreichische Städtebund, wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, einen eigenen Fachausschuß der spitalerhaltenden Gemeinden eingesetzt. Dieser hielt heute im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Dr. Scherleitner, Linz, seine erste Beratung ab. Dabei wurde festgestellt, daß der Betrieb der Krankenanstalten die betreffenden Gemeinden finanziell deshalb so schwer belastet, weil die bewilligten und vor allem von den Sozialversicherungsinstituten geleisteten Verpflegskosten weit niedriger sind als die eigenen Regien. Dieser Zustand ist umso untragbarer, als bis zu 70 Prozent der Patienten der Gemeindespitäler aus anderen Gemeinden, zum Teil sogar aus anderen Bundesländern stammen. Die ganze Last der Betriebsabgänge muß aber von jenen Gemeinden <sup>zu</sup> allein getragen werden, die zufällig ein Krankenhaus/führen haben. Diese Last ist derart drückend, daß einige Gemeinden in Niederösterreich bereits die Schließung ihrer Krankenanstalten für den Fall, daß nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen wird, ins Auge gefaßt haben.

Der Fachausschuß stellte einhellig fest, daß die Führung und Erhaltung von Krankenanstalten eine soziale Pflicht der Allgemeinheit ist, für deren Kosten die Gesamtheit der Staatsbürger aufkommen müsse. Es ist daher Sache des Bundes, jenen Teil der Regien zu tragen, der durch die Verpflegskostenbeiträge der Patienten bzw. ihrer Sozialversicherungsinstitute nicht gedeckt werden kann. Es kann jenen Gemeinden, die ein Krankenhaus führen, auf die Dauer nicht zugemutet werden, allein diese Last zu tragen. Bei den im Herbst zu führenden Finanzausgleichsverhandlungen wird ein gerechter Ausgleich dieser Lasten gesucht und gefunden werden müssen. Mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger wird der Städtebund schon jetzt in Verhandlungen über eine angemessene Vergütung für die den Krankenkassen angehörenden Patienten eintreten.



Ablenkung der Autobuslinie 4  
=====

30. Juli (Rath.Korr.) Von Dienstag, den 31. Juli, an fahren die Wagen der Autobus-Taglinie 4 wegen Bauarbeiten in der Mariahilfer Straße bei der Rahlstiege in der Fahrtrichtung zum Stephansplatz ab Mariahilfer Straße - Theobaldgasse - Eschenbachgasse zum Opernring. In der Mariahilfer Straße vor Getreidemarkt und in der Eschenbachgasse nach Elisabethstraße werden Bedarfshaltestellen errichtet. Zonengrenze ist die Haltestelle Eschenbachgasse nach Elisabethstraße.

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838.

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

31, Juli 1951

Blatt 1409

Bis 1952 alle Stadtbahnstationen im neuen Kleid  
=====

31. Juli (Rath.Korr.) Wie das "Amtsblatt der Stadt Wien" berichtet, wird die Instandsetzung der Stadtbahnstationen heuer beschleunigt fortgesetzt, sodaß sich bis 1952 alle Stationen im neuen Kleid präsentieren werden.

Durch die Kriegssereignisse haben das Netz und die Bauten der Wiener Stadtbahn bekanntlich besonders stark gelitten. Es war bis heute noch nicht möglich, alle Schäden zu beseitigen. Vor allem die Stationsgebäude der Wiener Stadtbahn mußten bisher wegen des Mangels an finanziellen Mitteln vernachlässigt werden. Das Bild, das die beschädigten und oft nur provisorisch reparierten Stationen boten, war nicht immer erfreulich. Bisher wurden nur die Stadtbahnstationen Braunschweiggasse und Unter-St.Veit, die die schwersten Kriegsschäden erlitten haben, vollkommen erneuert.

Der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen hat sich nun dieser Angelegenheit angenommen und eine beschleunigte Instandsetzung der arg vernachlässigten Stadtbahnstationen aus Gründen des Ansehens der Stadt beantragt. Die Arbeiten, die seit Jahren zugunsten noch notwendigerer Erfordernisse zurückgestellt werden mußten, sind nun seit einiger Zeit bereits im Gange.

Ursprünglich war im Investitionsplan 1951 eine Summe von 1,76 Millionen Schilling für die Instandsetzung der Fassaden an den Hochbahnstationen Josefstädter Straße und Alser Straße und für die Behebung sonstiger Schäden in den wichtigen Stationen Hietzing und Hütteldorf vorgesehen. In Erweiterung dieses Bauprogrammes sind nun über Veranlassung des Amtsführenden Stadtrates für die städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger die Arbeiten für vier weitere Stadtbahnstationen bewilligt worden, und zwar für die Stationen Pilgramgasse, Schönbrunn, Margaretengürtel

und Schottenring. Nicht zu vergessen ist selbstverständlich auch die Neuherstellung der unterirdischen Stadtbahnstation Mariahilfer Straße-Westbahnhof, die im Zuge des Neuaufbaues des Westbahnhofes heuer noch fertig werden soll. Heuer werden also insgesamt 9 Stadtbahnstationen fertiggestellt.

Trotzdem bleibt für das nächste Jahr noch immer viel zu tun übrig. Die Stadtbahn hat insgesamt 24 Stationen, von denen zwei völlig neu hergestellt werden müssen, und zwar die Stationen am Schwedenplatz und in Heiligenstadt. Die Station Schwedenplatz wird mit dem Neubau der Schwedenbrücke voraussichtlich im nächsten Jahr hergestellt werden. Die Station Heiligenstadt allerdings wird erst erbaut werden können, wenn die Mittel für den Stadtbahnflügel nach Heiligenstadt zur Verfügung stehen. Wann dies sein wird, kann heute noch nicht gesagt werden.

#### Noch heuer weitere Straßeninstandsetzungen

#### 1,6 Millionen Schilling für die Fortsetzung des Umbaus der Gürtelstraßen

31. Juli (Rath.Korr.) Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung 1,6 Millionen Schilling für die Fortsetzung der Arbeiten an der Gürtelstraße genehmigt. Die erst in der vergangenen Woche von Stadtrat Thaller angekündigten weiteren Verbesserungen der Wiener Straßen werden somit schon jetzt in Angriff genommen, obwohl die umfangreichen Arbeiten am Matzleinsdorfer Platz und die Fertigstellung der Mariahilfer Straße viele Arbeitskräfte und Geldmittel in Anspruch nehmen. Am äußeren Gürtel wird das Teilstück zwischen Thaliastraße und Neulerchenfelder Straße und von der Friedmanngasse bis zur Hernalser Hauptstraße umgebaut. Die Straße erhält einen modernen Betonbelag. Die Strecke zwischen Neulerchenfelder Straße und Friedmanngasse, auf der die Endschleife der Straßenbahnlinie 118 liegt, wird voraussichtlich erst im nächsten Jahr umgebaut werden können, da eine Verlegung der Gleisschleife auf den inneren Gürtel derzeit noch nicht durchgeführt werden kann. Die neue Fahrbahn wird aus einer 25 cm starken Betondecke bestehen. Die oberste 6 cm hohe Schichte wird besonders hart sein. Die Gehsteige der Häuser-

seiten erhalten zum Teil einen neuen Gußasphaltbelag. Die Kreuzungen Thaliastraße und Ottakringer Straße bekommen einen Granit- und Würfelbelag auf Betonunterlage.

Gleichzeitig damit werden auch andere Arbeiten begonnen. Die stadtseitige Fahrbahn der Quellenstraße zwischen Absberggasse und Laimäckergasse bekommt ein neues, auf Beton verlegtes Granitpflaster. Als erster Teilabschnitt wird zwischen der Absberggasse und der Laimäckergasse vor dem Wasserbehälter der Fahrbahnanteil zwischen dem Straßenbahngleis und dem Gehsteig ausgebaut werden, so daß hier Raum für eine neue Fahrspur entsteht. Im 3. Bezirk werden am Ziehrer-Platz, in der Hagenmüllergasse und in der Stroh-gasse die provisorisch ausgebesserten Kriegsschäden endgültig behoben. Die Fahrbahnflächen erhalten auf 20 cm Betonunterlagen einen Hartgußasphaltbelag. Auch die Johann Staud-Gasse im 16. Bezirk wird instandgesetzt. Für diese Arbeit wurde ein Betrag von 400.000 Schilling genehmigt. In der Siedlung Kordon, sowie im 23. Bezirk zwischen Wienerherberg und Ebergassing, sowie im 24. Bezirk zwischen Weissenbach und Sparbach werden ebenfalls umfangreiche Straßeninstandsetzungen vorgenommen. Außer diesen Arbeiten wird die Gehallee auf der Ringstraße von der Stadion-gasse bis zum Aspernplatz instandgesetzt. Es ist beabsichtigt, die schadhaften Teile durch eine 6 cm starke Tränkmakadamdecke mit Oberflächenanstrich zu ersetzen.

#### Großer Erfolg der Modeschule in Dornbirn

=====

31. Juli (Rath.Korr.) Die Modeschule der Stadt Wien, Schloß Hetzendorf, wurde bekanntlich eingeladen, ihre Modeschau auf der Dornbirner Messe vorzuführen. Da die diesjährige Zusammenstellung der Modelle vor allem die Erzeugnisse der österreichischen Textilfirmen berücksichtigte, waren die Vorführungen von besonderem Interesse für die Wirtschaft. Die Modeschau vermittelte sozusagen einen Überblick über die Leistungsfähigkeit der österreichischen Textilindustrie veredelt durch das geschmackliche und handwerkliche Können der jungen Modeschülerinnen, die auch ihre Schöpfungen selbst vorführten. Nach den nun eingelangten Meldungen aus Dornbirn waren die Vorführungen ein großer Erfolg und erweckten stürmischen Beifall.

Urlaub in Wien

=====

Per Albin Hansson-Siedlung

31. Juli (Rath.Korr.) Donnerstag, den 2. August: Kultureller Spaziergang durch die neueste Wohnsiedlung Wiens: die Per Albin Hansson-Siedlung. Anlässlich der Errichtung des schwedischen Denkmals für den schwedischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson. Zusammenkunft um 18 Uhr bei der Straßenbahnhaltestelle Per Albin Hansson-Siedlung der Linie 167. Führer Baumeister der Stadt Wien Staudinger und Prof.Dr. Eisenbeisser.

Hundert Schweizer Arbeiter im Wiener Rathaus

=====

31. Juli (Rath.Korr.) Erst in der vergangenen Woche haben rund 400 Schweizer Arbeiter ihren Urlaub in Wien beendet und schon sind am Sonntag wieder 100 Mitglieder der Metall- und Uhrenarbeiter-Gewerkschaft aus Thun zu einem mehrtägigen Aufenthalt zu uns gekommen. Die Schweizer, meist junge Arbeiter und Arbeiterinnen, haben heute vormittag das Wiener Rathaus besichtigt. Sie wurden bei dieser Gelegenheit auch von Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay empfangen.

Bürgermeister Jonas sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Stadtverwaltung besonderen Wert darauf lege, allen ausländischen Gästen Wien so zu zeigen, wie es wirklich ist, nämlich die Stadt, deren Bevölkerung seit Kriegsende viel arbeiten und sparen muß, wenn die schweren Kriegsschäden überwunden werden sollen. In dieser Hinsicht, betonte der Bürgermeister, muß zwar noch vieles geschehen, doch hat die Stadtverwaltung nach den anfänglichen Materialschwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre schon manches Beachtenswertes geschaffen. Das erst im Jahre 1948 richtig in Angriff genommene Bauprogramm wird intensiv fortgesetzt. Eine größere Anzahl von neuen Wohnhausanlagen, Schulen, Kindergärten, Bäder und vielen sozialen Einrichtungen wurden errichtet. Darüber hinaus werden Straßen gebaut und Verkehrsmittel modernisiert. Die Stadt ist bemüht alles das aufzuholen, was in den letzten Vor-

31. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1413

kriegsjahren und im Krieg vernachlässigt wurde.

Der Bürgermeister bat die Gäste, sie mögen während ihres Aufenthaltes diesem Aufbauwerk ihre Aufmerksamkeit schenken und zu Hause dann über den Aufbauwillen Wiens berichten. Mit dem Wunsch, die Schweizer Gäste mögen bei uns schöne Urlaubstage verbringen, übermittelte er ihnen auch die besten Grüße der gesamten Wiener Bevölkerung.

Im Namen der Gäste dankte Gewerkschaftssekretär Flückiger aus Thun den Vertretern der Stadt für die freundliche Aufnahme in Wien.

Schweinemarkt vom 31. Juli, Hauptmarkt

=====

31. Juli (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 227 inländische Fleischschweine, verkauft wurde alles. Außermarktbezüge: 764 inländische Fleischschweine. Preise: inländische Fleischschweine 12.50 S.

Bei völlig unzureichender Beschickung wurden die aufgetriebenen Schweine zum Preise von 12.50 S verkauft.



49051

